

Seehafenstadt  **EMDEN**

das Meer an Leben!

Erste Gesamteröffnungsbilanz

zum 01.01.2012

Erste Gesamteröffnungsbilanz der Stadt Emden zum 01.01.2012

Aktiva	Haushaltsjahr -Euro-	Passiva	Haushaltsjahr -Euro-
1. Immaterielles Vermögen	8.994.984,54	1. Nettoposition	245.654.505,75
1.1 Geschäfts- oder Firmenwert der verbundenen Aufgabenträger	2.600.375,88	1.1 Basis-Reinvermögen	106.623.626,26
1.2 Konzessionen	303.228,31	1.1.1 Reinvermögen	106.623.626,26
1.3 Lizenzen	701.342,33	1.2 Rücklagen	19.205.407,01
1.4 Ähnliche Rechte	100.987,37	1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	8.120.448,46
1.5 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	2.831.550,65	1.2.4 Zweckgebundene Rücklagen	5.519.043,33
1.7 Sonstiges immaterielles Vermögen	2.457.500,00	1.2.5 Sonstige Rücklagen	5.565.915,22
2. Sachvermögen	513.824.189,31	1.3 Jahresergebnis	731.561,99
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	29.350.635,41	1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren	731.561,99
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	210.376.218,82	1.4 Unterschiedsbetrag bei der Kapitalkonsolidierung	6.350.021,00
2.3 Infrastrukturvermögen	208.474.995,31	1.5 Sonderposten	112.743.889,49
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	90.557,65	1.5.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse	85.113.465,23
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	33.248.331,49	1.5.2 Beiträge und ähnliche Entgelte	23.142.898,14
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	11.985.636,36	1.5.5 Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	4.487.526,12
2.8 Vorräte	3.377.518,03	2. Schulden	224.614.556,88
2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	16.920.296,24	2.1 Geldschulden	188.650.133,18
3. Finanzvermögen	29.871.191,89	2.1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	184.746.391,15
3.1 Anteile an verbundenen Ausgliederungen	301.723,38	2.1.3 Liquiditätskredite	3.903.742,03
3.2 Anteile an assoziierten Ausgliederungen	4.247.718,81	2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	14.319.820,81
3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung	175.298,08	2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	12.783.927,36
3.4 Ausleihungen	1.315.124,28	2.4 Transferverbindlichkeiten	284.506,97
3.5 Wertpapiere	781.603,26	2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	8.576.168,56

Aktiva	Haushaltsjahr -Euro-	Passiva	Haushaltsjahr -Euro-
3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen	8.084.416,31	3. Rückstellungen	94.731.326,89
3.7 Forderungen aus Transferleistungen	988.929,78	4. Passive Rechnungsabgrenzung	5.536.597,99
3.8 Sonstige privatrechtliche Forderungen	12.103.343,09		
3.9 Sonstige Vermögensgegenstände	1.873.034,90		
4. Liquide Mittel	13.956.448,64		
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	3.890.173,13		
Gesamtbilanzsumme	570.536.987,51	Gesamtbilanzsumme	570.536.987,51

Gemäß § 129 Absatz 1 Satz 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes wird die Vollständigkeit und Richtigkeit der ersten Gesamteröffnungsbilanz der Stadt Emden festgestellt.

Emden, 11.06.2014

-Bernd Bornemann-
Oberbürgermeister

Konsolidierungsbericht zur ersten Gesamteröffnungsbilanz

Inhaltsverzeichnis

Erste Gesamteröffnungsbilanz der Stadt Emden zum 01.01.2012	I
Konsolidierungsbericht zur ersten Gesamteröffnungsbilanz	III
Inhaltsverzeichnis	IV
Abkürzungsverzeichnis	VI
Allgemeine Hinweise zum Gesamtabchluss	1
I. Angaben zum Konsolidierungskreis.....	3
II. Angaben zu den Konsolidierungsgrundsätzen und –methoden	4
1. Verzicht auf Zwischenabschlüsse	4
2. Konsolidierungsmethoden	5
2.1 Vollkonsolidierung.....	5
2.2 Konsolidierung nach der Eigenkapitalmethode	7
III. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	8
B. Erläuterungen zur Gesamteröffnungsbilanz	9
I. Aktiva.....	9
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	9
1.1 Geschäfts- oder Firmenwerte der verbundenen Aufgabenträger	9
1.2 Konzessionen.....	9
1.3 Lizenzen	9
1.4 Ähnliche Rechte.....	9
1.5 Geleistete Investitionszuweisungen und –zuschüsse	10
1.7 Sonstiges immaterielles Vermögen.....	10
2. Sachvermögen	10
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	10
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte.....	11
2.3 Infrastrukturvermögen	12
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler.....	13
2.6 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	13
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	13
2.8 Vorräte.....	14
2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	14
3. Finanzvermögen	14
3.1 Anteile an verbundenen Ausgliederungen.....	14
3.2 Anteile an assoziierten Unternehmen.....	15
3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung	15
3.4 Ausleihungen	15
3.5 Wertpapiere	15
3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen.....	16

3.7 Forderungen aus Transferleistungen	16
3.8 Sonstige privatrechtliche Forderungen	16
3.9 Sonstige Vermögensgegenstände	17
4. Liquide Mittel	17
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	18
II. Passiva	18
1. Nettoposition	18
1.1 Basis-Reinvermögen	18
1.2 Rücklagen	18
1.3 Jahresergebnis.....	18
1.4 Unterschiedsbetrag bei der Kapitalkonsolidierung.....	19
1.5 Sonderposten	19
2. Schulden	19
2.1 Geldschulden.....	19
2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	20
2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	20
2.4 Transferverbindlichkeiten	20
2.5 Sonstige Verbindlichkeiten.....	21
3. Rückstellungen	21
3.1 Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	21
3.2 Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	22
3.3 Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung.....	22
3.4 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	22
3.6 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschulden	22
3.7 Rückstellungen für Bürgschaften, Gewährleistungen und Gerichtsverfahren.....	23
3.8 Andere Rückstellungen.....	23
4. Passive Rechnungsabgrenzung.....	23
III. Aktiva und Passiva Bilanzsumme.....	24
C. Anlagen zum Konsolidierungsbericht.....	25
Anlage I: Gesamtanlagenübersicht	VIII
Anlage II: Gesamtforderungsübersicht	IX
Anlage III: Gesamtschuldenübersicht.....	X
Anlage IV: Summenbilanz.....	XI
Anlage V: Übersicht über die Konzernstruktur	XIII
Anlage VI: Gesamtabschlussrichtlinie der Stadt Emden	XIV
Anlage VII: Beteiligungsbericht 2013	XV

Abkürzungsverzeichnis

BEE	Bau- und Entsorgungsbetrieb Emden
GemHKVO	Gemeindehaushalts- und kassenverordnung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GME	Gebäudemanagement Emden
GoB	Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung
GoK	Grundsätze ordnungsgemäßer Konzernrechnungslegung
HGB	Handelsgesetzbuch
KAdöR	Kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts
NeuOGemHR	Gesetz zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts und zur Änderung gemeindewirtschaftsrechtlicher Vorschriften
NKomVG	Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
NKR	Neues kommunales Rechnungswesen

Allgemeine Hinweise zum Gesamtabchluss

Die kommunale Aufgabenerledigung entwickelt sich zusehends hin zur vermehrten Übernahme von Aufgaben durch Eigenbetriebe, Eigengesellschaften und Beteiligungen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Es sollen die Professionalisierung vorangetrieben, Prozesse und Strukturen optimiert und die Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden.

Auch die Stadt Emden besitzt Eigenbetriebe und ist an einer Vielzahl von Unternehmen beteiligt, sodass aufgrund dieser Verflechtungen von einer konzernähnlichen Struktur gesprochen werden kann. Die übernommenen Aufgaben sind öffentlicher Natur oder es wird ein Einfluss der Stadt Emden angestrebt, sodass die Anforderungen an die politische und administrative Führung des Konzerns Stadt hinsichtlich der Steuerung und der Transparenz des Handelns mittlerweile eine große Herausforderung bietet.

Der städtische Jahresabschluss gewährt auch im Zusammenhang mit dem städtischen Beteiligungsbericht nur ein unzureichendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage der kommunalen Betätigung des Gesamtkonzerns. Dieses Defizit soll durch die Aufstellung des Gesamtabchlusses behoben werden. Der Gesamtabchluss soll ein umfassendes Bild der wirtschaftlichen Lage des Konzerns bieten und die Qualität der Rechenschaft über die finanziellen Auswirkungen der Aufgabenerledigung erhöhen.

Die Stadt Emden führt bereits seit der Aufstellung der ersten Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010 die Rechnungslegung nach den Grundsätzen des Neuen Kommunalen Rechnungswesens (NKR). Die grundsätzliche Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses ist normiert in § 128 Abs. 4 NKomVG, Art. 6 Abs. 6 NeuOGemHR und schreibt die Aufstellung des Gesamtabchlusses erstmals für das Jahr 2012 mit Bilanzstichtag zum 31.12.2012 vor.

Als Vorbereitung auf den ersten Gesamtabchluss wird nun diese Gesamteröffnungsbilanz zum 01.01.2012 vorgelegt.

Im Rahmen der Aufstellung wurden erstmals die konzerninternen Leistungsbeziehungen stichtagsbezogen abgestimmt. Differenzen bei den gegenseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten konnten geklärt und bereinigt werden. Zudem kann durch die hier vorgelegte Gesamteröffnungsbilanz erstmals ein Gesamtüberblick über die Vermögenslage des Konzerns Stadt Emden gegeben werden. Insbesondere im Vergleich mit dem Einzelabschluss der Stadt zum 31.12.2011 ermöglicht sie eine umfassendere Übersicht und neue zusätzliche Informationen.

Ein zusätzlicher positiver Aspekt ist in der durch die Aufstellung erworbene Erfahrung, sowohl was die zu erledigenden Arbeitsabläufe als auch den Umgang mit der speziell für den Gesamtabchluss erworbenen Software betrifft, zu sehen.

Bei der Aufstellung des kommunalen Gesamtabchlusses sind die Vorschriften des § 58 GemHKVO, der § 128 Abs. 4-6 NKomVG und die §§ 300-309, 311 und 312 HGB zu wahren und die Grundsätze der ordnungsgemäßen Buchführung (GoB) zu achten. Zusätzlich haben sich im Handelsrecht die Grundsätze ordnungsgemäßer Konzernrechnungslegung (GoK) entwickelt, welche auch für den Gesamtabchluss Anwendung finden.

Diese gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze sollen gewährleisten, dass die Zusammenführung der einzelnen Jahresabschlüsse der einzubeziehenden Unternehmen ein Bild über die gesamtwirtschaftliche Lage der Stadt Emden vermittelt, als wäre diese zusammen mit

den Gesellschaften ein einziges Unternehmen mit mehreren Geschäftsbereichen. Der Gesamtabschluss stellt hierbei keine einfache Addition der Daten aus den Einzelabschlüssen der Stadt Emden und der verbundenen Unternehmen dar. Geschäftsbeziehungen, die ein Unternehmen des Konzerns Stadt mit einem anderen Konzernunternehmen führt – so genannte Intercompany Buchungen – müssen vollständig herausgerechnet werden.

Für die Aufstellung des Gesamtabschlusses der Stadt Emden wurde ein Konsolidierungskreis aufgestellt. Dieser umfasst die zentrale Organisationseinheit und Konzernmutter, die Stadt Emden, sowie die wirtschaftlich selbstständigen Tochterorganisationen (verbundene Unternehmen, Sondervermögen) und die assoziierten Beteiligungen der Stadt Emden. Der städtische Jahresabschluss und die hierfür einschlägigen Ansatz-, Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze bilden den Ausgangspunkt für die Gesamtdarstellung des Konzerns. Nachfolgend wird unter dem Begriff des Konsolidierungskreises der Kreis der im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Gesamtabschluss einbezogenen verselbstständigten Aufgabenträgern verstanden.

Die auf den handelsrechtlichen Vorschriften basierenden Jahresabschlüsse der Tochterorganisationen weichen aufgrund unterschiedlicher Bewertungsvorschriften von einem Jahresabschluss nach dem NKR ab. Um diese Jahresabschlüsse an den städtischen Abschluss anpassen zu können, wurde eine Tabelle entwickelt, die sämtliche Bewertungsunterschiede zwischen den Regelungen des HGB und den Regelungen des NKR ausweist. In den Gesamtabschluss werden die umbewerteten Jahresabschlüsse der Tochterorganisationen aufgenommen. Die Jahresabschlüsse der Tochterorganisationen werden demnach an die Regelungen des NKR angepasst. Die im NKR geltenden Grundsätze und Vorschriften sind somit führendes System für die Aufstellung des Gesamtabschlusses des Konzerns Stadt Emden.

Alle für den zum Stichtag 31.12.2012 zu erstellenden Gesamtabschluss geltenden Gesetze und Verordnungen gelten in analoger Anwendung auch für die Aufstellung der Gesamteröffnungsbilanz. Alle in diesem Bericht genannten allgemeinen Formulierungen zu Verrechnungen und gesetzlichen Vorgaben gelten sowohl für den zu erstellenden Gesamtabschluss als auch für die hier vorliegende Gesamteröffnungsbilanz. Die sich aus diesen Vorgaben ergebenden Auswirkungen auf die Gesamteröffnungsbilanz sind konkret als solche benannt.

Die hier vorliegende Gesamteröffnungsbilanz zum 01.01.2012 wurde nach den NKR-Standards und –Grundsätzen vereinheitlicht und vollständig aufgestellt.

Zur Ergänzung der gesetzlichen Vorschriften wurde durch die Stadt Emden eine für die Aufstellung des Gesamtabschlusses verbindliche Gesamtabschlussrichtlinie erstellt. Diese Richtlinie entstand während der Aufstellung der Gesamteröffnungsbilanz und entwickelte sich während der Bearbeitung der zur Aufstellung notwendigen Teilaufgaben stets fort. Somit konnte für die Aufstellung der Gesamteröffnungsbilanz stets nur der Stand des Entwurfs der Richtlinie gelten, der in den bis dahin durchgeführten Projektgruppensitzungen mit den Beteiligten des Konsolidierungskreises und der Consultinggesellschaft „Schüllermann Consulting GmbH“ besprochen wurde und die konzerninternen Feststellungen, Anweisungen, Entscheidungen und Regelungen enthielt. Die Erstfassung der fertigen Gesamtabschlussrichtlinie mit Stand vom 19.02.2013 wurde am 07.03.2013 durch den Emdener Rat beschlossen. Die Gesamtabschlussrichtlinie entfaltet ihre Wirkung zum 31.12.2012. Sie gilt als verbindliches Nachschlage- und Regelungswerk und ist eine an die örtlichen Gegebenheiten angepasste Arbeitsanleitung zur Aufstellung des Gesamtabschlusses, welche eine einheitliche Bewer-

tung und Bilanzierung sicherstellen soll. Die Richtlinie wird regelmäßig und in besonderen Bedarfsfällen an weitere Vorgaben des Gesetzgebers oder konzerninterne Absprachen und Terminfestsetzungen angepasst.

Die Aufstellung des Gesamtabchlusses erfolgt im Wesentlichen mit dem Konsolidierungsmodul „Kommunaler Gesamtabchluss“ der Firma „Infoma“ in ihren Programm Newsystem NAV 2009 und Excel-basierten „Konzernreporting-Packages“. Ein Konzernreporting-Package setzt sich aus einer Summen & Saldenliste, welche die Überleitung der Konten des Unternehmens zu den Konten des NKR und eventuell erforderliche Umbewertungen auf Grundlage der GemHKVO dokumentiert sowie der Anlagenübersicht, der Forderungsübersicht und der Schuldenübersicht des Unternehmens zusammen. Dieses Konzernreporting-Package wird von den Mitarbeitern der Tochterunternehmen erstellt und deren Richtigkeit durch die für das Unternehmen zuständige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bescheinigt.

I. Angaben zum Konsolidierungskreis

Das zentrale Ziel der Aufstellung des kommunalen Gesamtabchlusses ist es, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns Stadt Emden umfassend darzustellen. Eine solche Darstellung ist nur dann möglich, wenn neben der Kernverwaltung auch alle städtischen Betriebe berücksichtigt werden. Hierzu wird ein Konsolidierungskreis erstellt. Ein Konsolidierungskreis legt fest, welche städtischen Betriebe in welcher Form in den Gesamtabchluss einbezogen werden müssen. Üblicherweise wird unter dem Begriff des Konsolidierungskreises nur der Kreis der im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Gesamtabchluss einbezogenen verselbstständigten Aufgabenträgern verstanden.

Das wichtigste Kriterium ist hierbei die Konzernzugehörigkeit. Diese kann sich aus verschiedenen Tatbeständen zusammensetzen.

Ein wesentliches Konzept zur Ermittlung der Konzernzugehörigkeit ist das Beherrschungskonzept (Prinzip der Einflussnahme). Dieses Prinzip besagt, dass nur solche Betriebe in den Konsolidierter Gesamtabchluss einzubeziehen sind, auf die die Stadt beherrschenden oder maßgeblichen Einfluss hat.

Ein beherrschender Einfluss wird angenommen, wenn die Stadt Emden die Mehrheit der Stimmrechte besitzt oder ihr das Recht zusteht, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans zu bestellen oder abzuwählen und die Stadt zeitgleich Gesellschafterin ist. Auch kann ein beherrschender Einfluss aufgrund bestimmter Satzungsbestimmungen oder Unternehmensverträge ausgeübt werden. Die Beteiligungsquote an dem Unternehmen beträgt in der Regel mehr als 50%.

In beiden Fällen ist der betroffene Betrieb voll zu konsolidieren, sofern er nicht von untergeordneter Bedeutung ist. Bei der Stadt Emden wird die Bedeutung eines Tochterunternehmens anhand der Kriterien

- Vermögenslage (Position Sachvermögen ohne Vorräte, Nettoposition ohne Sonderposten und Bilanzsumme)
- Finanzlage (Summen der Schulden und Rückstellungen) und
- Ertragslage (ordentliche Aufwendungen und Erträge sowie Jahresergebnis)

ermittelt. Eine untergeordnete Bedeutung wird dann angenommen, wenn die Positionen des Einzelabschlusses unter 2 % der entsprechenden Position der summierten Einzelabschlüsse

liegen. Außerdem wird von einer untergeordneten Bedeutung ausgegangen, wenn die Gesamtsumme der Positionen 7 % der entsprechenden Positionen des summierten Gesamtabschlusses nicht übersteigt. In beiden Fällen ist das Tochterunternehmen nicht zu konsolidieren, sondern wird mit dem Beteiligungsbuchwert gemäß § 124 Abs. 4 NKomVG angesetzt.

Als voll zu konsolidierende Tochterunternehmen gehen folgende Unternehmen in den Konsolidierten Gesamtabschluss mit ein:

- Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH
- Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH
- Stadtwerke Emden GmbH
- Zukunft Emden GmbH
- Stadtentwicklung Emden KAdöR
- Gewoba mbH
- Eigenbetrieb BEE Bau- und Entsorgungsbetrieb Emden
- Eigenbetrieb Gebäudemanagement Emden

Ein maßgeblicher Einfluss wird angenommen, wenn der Stadt direkt oder indirekt ein Stimmrechtsanteil an dem Betrieb von mindestens 20% zusteht. Diese Betriebe werden als assoziierte Betriebe bezeichnet und unterliegen der Anteilkonsolidierung (Eigenkapitalmethode). Für diese Betriebe muss im Rahmen der Kapitalkonsolidierung zunächst das anteilige Eigenkapital berechnet werden, um den korrekten Beteiligungsbuchwert für den Konsolidierten Gesamtabschluss ermitteln zu können.

Als Unternehmen unter maßgeblichem Einfluss der Stadt Emden geht folgendes Unternehmen in den Gesamtabschluss mit ein:

- Ostfriesische Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH

Weiterhin hat die Stadt Emden Beteiligungen, bei denen sie keinen Stimmrechtsanteil von mindestens 20% besitzt. Grundsätzlich könnte auch auf diese Beteiligungen unter bestimmten Umständen ein maßgeblicher oder beherrschender Einfluss bestehen. Für diese besteht nach einschlägiger Prüfung jedoch weder ein beherrschender noch ein maßgeblicher Einfluss seitens der Stadt Emden. Diese Beteiligungen verbleiben somit mit dem städtischen Beteiligungsbuchwert im Gesamtabschluss, werden jedoch nicht konsolidiert.

Einen Überblick über die vollständige Konzernstruktur vermittelt die mit Anlage 5 beigefügte Grafik. Weitere Einzelheiten zu den städtischen Betrieben können dem beigefügten Beteiligungsbericht entnommen werden.

II. Angaben zu den Konsolidierungsgrundsätzen und –methoden

1. Verzicht auf Zwischenabschlüsse

Der Jahresabschluss der Stadt Emden und die Jahresabschlüsse aller voll zu konsolidierenden Betriebe wurden zum Stichtag 31.12.2011 erstellt. Die Aufstellung von Zwischenabschlüssen kommt für den Konzern Stadt Emden demnach nicht in Betracht.

2. Konsolidierungsmethoden

Die in die Konsolidierung einbezogenen Abschlüsse der Unternehmen und der Stadt Emden wurden auf der Grundlage der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des NKR i. V. m. den entsprechenden Regelungen des HGB zum 31.12.2011 aufgestellt. Insgesamt unterlagen neben der Kernverwaltung der Stadt Emden acht Betriebe der Vollkonsolidierung, ein Betrieb wurde nach der Eigenkapitalmethode konsolidiert. Die übrigen Beteiligungen waren von untergeordneter Bedeutung und flossen mit ihrem Beteiligungsbuchwert in die Gesamteröffnungsbilanz ein.

2.1 Vollkonsolidierung

Betriebe, die unter beherrschendem Einfluss der Stadt Emden stehen, sind voll zu konsolidieren.

Gemäß § 128 Abs. 5 NKomVG sind für die Vollkonsolidierung die §§ 300 bis 309 HGB anzuwenden. Die Vollkonsolidierung unterteilt sich in vier unterschiedliche Schritte:

- Kapitalkonsolidierung gemäß § 301 HGB
- Schuldenkonsolidierung gemäß § 303 HGB
- Zwischenergebniseliminierung gemäß § 304 HGB
- Aufwands- und Ertragskonsolidierung gemäß § 305 HGB

Die **Kapitalkonsolidierung** dient der Eliminierung konzerninterner Kapitalverflechtungen. Da im Rahmen der Vollkonsolidierung sämtliche Vermögensgegenstände und Schulden der verbundenen Unternehmen und der Stadt Emden zu einer Summenbilanz aggregiert werden, kommt es durch die Erfassung des Beteiligungsansatzes der Stadt sowie des Eigenkapitals des verbundenen Unternehmens zu einer Doppelerfassung des Reinvermögens, die zu beseitigen ist. Dabei werden die im Abschluss der Stadt Emden bilanzierten Beteiligungsbuchwerte der in den Gesamtabschluss voll zu konsolidierenden städtischen Betrieben gegen deren konsolidierungspflichtiges Eigenkapital verrechnet.

Im Zuge der Kapitalkonsolidierung wurden für die Aufstellung der Gesamteröffnungsbilanz insgesamt rd. **113,06 Mio. €** an Beteiligungsbuchwerten verrechnet.

Die **Schuldenkonsolidierung** ist gemäß § 128 Abs. 5 NKomVG i. V. m. 303 Abs. 1 HGB durchzuführen und erstreckt sich auf alle Bilanzpositionen und Anhangsangaben. Die Schuldenkonsolidierung ist notwendig, da es Schulden und Forderungen einer wirtschaftlichen Einheit gegen sich selbst nicht geben kann. Dementsprechend werden bei der Schuldenkonsolidierung innerhalb des Konsolidierungskreises bestehende, gegenseitige Forderungen und Verbindlichkeiten miteinander verrechnet.

Im Rahmen der Schuldenkonsolidierung ließen sich für die Aufstellung der Gesamteröffnungsbilanz konzerninterne Geschäfts- und Leistungsbeziehungen in Höhe von insgesamt rd. **24,53 Mio. €** verrechnen.

Bei der Vornahme der Schuldenkonsolidierung kann es zu Aufrechnungsdifferenzen kommen. Diese sind in echte und unechte Aufrechnungsdifferenzen zu unterscheiden.

Unechte Aufrechnungsdifferenzen sind durch fehlerhafte oder fehlende Buchungen oder durch zeitliche Buchungsunterschiede aufgetreten. Dieses lässt sich im Rahmen der Aufstellung eines Gesamtabschlusses nicht ganz vermeiden. In Anbetracht dessen, dass die Stadt

Emden im Rahmen der Aufstellung der Gesamteröffnungsbilanz zum nunmehr ersten Mal stichtagsbezogenen Saldenabstimmungen mit den Betrieben durchführt und zahlreiche Unstimmigkeiten und Fehlerquellen sowohl bei den Betrieben als auch bei der Kernverwaltung ausgeräumt hat, bewegte sich die Anzahl der unechten Aufrechnungsdifferenzen auf einem niedrigen Niveau.

Das Volumen der unechten Aufrechnungsdifferenzen betrug für die Gesamteröffnungsbilanz insgesamt rd. **2,33 Mio. €**. Der wesentliche Anteil hiervon ist zeitlichen Buchungsunterschieden geschuldet. So werden Forderungen und Verbindlichkeiten über den Jahreswechsel hinaus ausgeglichen und gelten somit zum Stichtag 31.12. des Jahres stets als unechte Aufrechnungsdifferenz.

Die größten Posten, die aus diesen zeitlichen Unterschieden resultieren, sind mit rd. **1,08 Mio. €** eine Nachforderung des Eigenbetriebs Gebäudemanagement Emden an die Stadt Emden für Betriebskosten für die städtischen Gebäude aus den Jahren 2006 bis 2011 sowie die stets im Frühjahr auszugleichende Restforderung der Gebühren für Stadtentwässerung des Eigenbetriebs Bau- und Entsorgungsbetrieb Emden gegenüber der Stadt Emden in Höhe von rd. **0,47 Mio. €**.

Alle unechten Aufrechnungsdifferenzen wurden für die Aufstellung der Gesamteröffnungsbilanz mit dem Eigenkapital des Konzernunternehmens verrechnet, welches die jeweilige Forderung oder Verbindlichkeit auswies.

Weiterhin können auch sog. echte Aufrechnungsdifferenzen entstehen. Diese sind durch die Beachtung gesetzlicher Ansatz- und Bewertungsvorschriften für Forderungen (Niederstwertprinzip) und Verbindlichkeiten (Höchstwertprinzip) sowie durch die mögliche Ausübung von Wahlrechten in den Einzelabschlüssen entstehen. Entsprechende Sachverhalte haben sich bei der Aufstellung der Gesamteröffnungsbilanz nicht ergeben.

Alle Differenzen sind erfolgsneutral gegen Eigenkapitalpositionen gebucht worden. Die Differenzen wurden anhand ihres Buchungsdatums mit den Positionen „Ergebnis des laufenden Jahres“, „Ergebnisvortrag aus Vorjahren“ oder „Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses“ verrechnet. Differenzen aus Forderungen verringerten hierbei die vorgenannten Positionen beim Forderungshalter, während eine Differenz aus Verbindlichkeiten diese Positionen erhöhte.

Die **Aufwands- und Ertragskonsolidierung** in § 128 Abs. 5 NKomVG i. V. m. § 305 Abs. 1 HGB geregelt. Durch diesen Konsolidierungsschritt sollen Aufwendungen und Erträge aus konzerninternen Geschäftsbeziehungen eliminiert werden. Ziel ist es, die Ergebnisrechnung des Konzerns so abzubilden, als bestünde dieser aus nur einer Einheit. Nur Aufwendungen und Erträge, die aus Geschäftsvorfällen mit Dritten resultieren, dürfen im Gesamtabschluss ausgewiesen werden. Hierzu werden zunächst die Gewinn- und Verlustrechnungen der einzelnen Unternehmen summiert. Anschließend werden die Erträge, die durch Geschäftsbeziehungen mit Konzernunternehmen entstanden sind, mit den zugehörigen Aufwendungen beim konzerninternen Geschäftspartner aufgerechnet.

Aufwendungen und Erträge müssen gemäß § 305 Abs. 2 HGB nicht konsolidiert werden, wenn die wegzulassenden Beträge für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen

entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns Stadt Emden von untergeordneter Bedeutung sind.

Für die Gesamteröffnungsbilanz zum 01.01.2012 war die Aufwands- und Ertragseliminierung nicht notwendig.

Der **Zwischenergebniseliminierung** kommt aufgrund der Dienstleistungsorientierung des Konzerns Stadt Emden eine eher untergeordnete Rolle zu. Auf der Grundlage der Einheits- theorie gelten Gewinne erst dann als realisiert, wenn der Abnehmer einer Leistung eines konzerninternen Unternehmens konzernfremd ist. Veräußert ein konzerninternes Unternehmen einen Vermögensgegenstand an ein anderes konzerninternes Unternehmen, kommt es bei dem veräußernden Unternehmen zum Ausweis eines aus Konzernsicht nicht entstandenen Gewinns oder Verlusts und bei dem erwerbenden Unternehmen zu einem ggf. unzutreffenden Bilanzansatz. Der Konsolidierungsschritt der Zwischenergebniseliminierung bereinigt die Konzernbilanz um diese Verzerrungen. Rechtsgrundlage für diesen Konsolidierungsschritt ist § 128 Abs. 5 NKomVG i. V. m. § 304 HGB.

Die Eliminierung der Zwischenergebnisse kann gem. § 304 Abs. 2 HGB unterbleiben, wenn diese für die Vermittlung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung sind.

Für die Gesamteröffnungsbilanz zum 01.01.2012 war die Zwischenergebniseliminierung nicht notwendig. Die Zwischenergebniseliminierung kommt nur in Betracht, wenn am Gesamtabschlussstichtag Vermögensgegenstände in der Gesamtbilanz aktiviert sind, die aus Lieferungen oder Leistungen innerhalb des Vollkonsolidierungskreises herrühren und materielle Zwischenerfolge enthalten.

2.2 Konsolidierung nach der Eigenkapitalmethode

Im Gegensatz zur Vollkonsolidierung erfolgt bei der Eigenkapitalmethode grundsätzlich keine Einbeziehung von Vermögenswerten, Schulden, Aufwendungen und Erträgen des Beteiligungsunternehmens in den Konsolidierten Gesamtabschluss. Stattdessen wird der Beteiligungsbuchwert um die anteilig auf den Anteilseigner entfallenden Eigenkapitalveränderungen fortgeschrieben (sog. Equity-Fortschreibung).

Für die Aufstellung des kommunalen Gesamtabschlusses musste die „Ostfriesische Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH“ nach der Eigenkapitalmethode konsolidiert werden. Der ursprünglich in der städtischen Bilanz angesetzte Beteiligungsbuchwert von 1.537.200,04 € musste an das anteilige Eigenkapital der Beteiligung angepasst werden. Die Stadt Emden ist mit 21,52 % an der „Ostfriesische Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH“ beteiligt. Diese weist im Jahresabschluss zum 31.12.2011 19.173.725,83 € als Eigenkapital aus, sodass das anteilige Eigenkapital 4.126.185,80 € beträgt. Der Beteiligungsbuchwert und das Eigenkapital des Konzerns Stadt Emden wurden dementsprechend um 2.588.985,76 € erhöht.

III. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die einzelnen Jahresabschlüsse der verbundenen Unternehmen sind für die Aufstellung der Gesamteröffnungsbilanz hinsichtlich der Abschlussstichtage sowie der zum Teil abweichenden Ausweis-, Ansatz- und Bewertungsvorschriften vereinheitlicht worden. Hierzu wurden zunächst die Posten aus der Handelsbilanz I umgegliedert zur Kommunalbilanz I, welche dann unter Beachtung der Ansatz- und Bewertungsvorschriften des NKR zur Kommunalbilanz II umgegliedert wurde. Für die Übermittlung der Daten an die Konsolidierungsstelle wurde ein aus Excel-Datenblättern bestehendes Paket benutzt (Konzernreporting-Package). Um die Daten zusätzlich im Programm Infoma NewSystem NAV 2009 abbilden zu können, wurden die Bestände auf den Bilanzkonten zum 31.12.2011 mithilfe einer Editordatei über eine Schnittstelle in das Modul „Kommunaler Gesamtabschluss“ der Software Infoma eingelesen, welches von der Stadt Emden ausschließlich zur Aufstellung des kommunalen Gesamtabschlusses beschafft wurde.

Für die Vereinheitlichung von Ansatz und Ausweis gelten konzernweit die für die Kernverwaltung verbindlichen Vorschriften der GemHKVO. Die Gliederung der Gesamtbilanz ergibt sich aus dem örtlich erstellten Positionenplan. Dieser basiert auf den gesetzlichen Gliederungsvorschriften der GemHKVO. Bestehende Ansatzgebote und –verbote wurden grundsätzlich einheitlich angewandt und Ansatzwahlrechte unabhängig von ihrer Ausübung in den Einzelabschlüssen weitgehend vereinheitlicht, soweit nach HGB zulässige Bilanzansatzwahlrechte nicht beibehalten werden konnten.

Die für den Konzern Stadt Emden geltenden Ansatz- und Bewertungsvorschriften sind in der Gesamtabschlussrichtlinie der Stadt Emden aufgeführt, welche als Anlage 6 dem Konzernbericht beiliegt. Umbewertungen sind grundsätzlich nur durchzuführen, wenn die Gesamtsumme aller vorzunehmenden Umbewertungen eines verbundenen Unternehmens die vom für Finanzen zuständigen Vorstandsmitglied im Benehmen mit dem Rechnungsprüfungsamt festgelegte Grenze übersteigt. Für die erste Eröffnungsbilanz wurde diese Grenze auf 100.000,00 € festgesetzt.

B. Erläuterungen zur Gesamteröffnungsbilanz

I. Aktiva

1. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Summe der in der Eröffnungsbilanz enthaltenen Immateriellen Vermögensgegenstände beläuft sich auf **8.994.984,54 €**.

1.1 Geschäfts- oder Firmenwerte der verbundenen Aufgabenträger

	Betrag
Geschäfts- oder Firmenwerte der verbundenen Aufgabenträger	2.600.375,88 €
Summe	2.600.375,88 €

1.2 Konzessionen

	Betrag
Konzessionen	303.228,31 €
Summe	303.228,31 €

1.3 Lizenzen

	Betrag
Lizenzen über 150 – 1000 €	2.968,93 €
Lizenzen oberhalb der Wertgrenze von 1000 €	698.373,40 €
Summe	701.342,33 €

1.4 Ähnliche Rechte

	Betrag
Nutzungsrechte	100.987,37 €
Summe	100.987,37 €

1.5 Geleistete Investitionszuweisungen und –zuschüsse

	Betrag
Geleistete Zuwendungen an das Land	1.306.685,86 €
Geleistete Zuwendungen an übrige Bereiche	1.524.864,79 €
Summe	2.831.550,65 €

1.7 Sonstiges immaterielles Vermögen

	Betrag
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	2.457.500,00 €
Summe	2.457.500,00 €

2. Sachvermögen

Die Summe des in der Gesamteröffnungsbilanz enthaltenen Sachvermögens beläuft sich auf **513.824.189,31 €**.

2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

	Betrag
Grünflächen	3.459.933,24 €
Ackerland	1.661.090,76 €
Wald, Forsten	930.420,23 €
Wasserflächen Grund und Boden	798.625,23 €
Gewerbeflächen Grund und Boden	1.259.317,17 €
Naturschutzflächen Grund und Boden	3.554.113,85 €
Grundstückseinrichtungen	1.268.504,81 €

Sonstige unbebaute Grundstücke	16.418.630,12 €
Summe	29.350.635,41 €

2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

	Betrag
Grund u. Boden mit Wohnbauten	2.377.478,89 €
Gebäude und Aufbauten bei Wohnbauten	11.718.512,30 €
Grund und Boden mit sozialen Einrichtungen	24.478.635,48 €
Gebäude und Aufbauten bei sozialen Einrichtungen	5.043.554,68 €
Grund und Boden mit Schulen	2.300.437,56 €
Gebäude und Aufbauten bei Schulen	46.474.347,98 €
Grund und Boden mit Kultur-, Sport-, Freizeit- und Gartenanlagen	2.470.771,70 €
Gebäude und Aufbauten bei Kultur-, Sport-, Freizeit- und Gartenanlagen	17.318.758,41 €
Grund und Boden für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz	190.246,14 €
Gebäude Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz	1.435.159,88 €
Grund und Boden sonstige Gebäude	24.051.424,00 €
Gebäude und Aufbauten sonstige Gebäude	53.040.480,16 €
Erbbaurechte	19.476.411,64 €
Summe	210.376.218,82 €

2.3 Infrastrukturvermögen

	Betrag
Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	14.110.889,96 €
Brücken und Tunnel	1.256.006,74 €
Grund und Boden Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	167.738,23 €
Gebäude und Aufbauten Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	3.602.797,12 €
Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	83.733.462,16 €
Straßen, Wege, Plätze	67.200.032,50 €
Verkehrslenkungsanlagen	2.902.304,29 €
Strom-, Gas-, Wasserleitungen und zugehörige Anlagen	28.311.603,21 €
Wasserbauliche Anlagen	189,48 €
Grund und Boden für Friedhöfe und Bestattungseinrichtungen	4.414.255,96 €
Gebäude und Aufbauten für Friedhöfe und Bestattungseinrichtungen	536.755,57 €
Sonstige Vermögensgegenstände des Infrastrukturvermögens	619.692,09 €
Flugtechnische Anlagen	1.619.268,00 €
Summe	208.474.995,31 €

2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

	Betrag
Bildende Künste: Skulpturen, Kunstwerke, Bilder	43.248,00 €
Museum	47.309,65 €
Summe	90.557,65 €

2.6 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge

	Betrag
Fahrzeuge	3.063.216,15 €
Maschinen und technische Anlagen	30.185.115,34 €
Summe	33.248.331,49 €

2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere

	Betrag
Betriebsvorrichtungen	2.674.981,85 €
Arbeitsplatzausstattung	2.637.172,17 €
Technische Gerätschaften	3.976.490,71 €
IT	1.078.265,02 €
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	737.222,12 €
Sammelposten für bewegliche Vermögensgegenstände über 150 – 1000 €	881.504,49 €
Summe	11.985.636,36 €

2.8 Vorräte

	Betrag
Rohstoffe/Fertigungsmaterial	947.154,91 €
Waren	7.255,23 €
Unfertige/Fertige Erzeugnisse und Leistungen	1.508.213,13 €
Sonstige Vorräte	914.894,76 €
Summe	3.377.518,03 €

2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau

	Betrag
Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen	34.510,00 €
Anlagen im Bau	16.885.786,24 €
Summe	16.920.296,24 €

3. Finanzvermögen

Die Summe des in der Gesamteröffnungsbilanz enthaltenen Finanzvermögens beläuft sich auf **29.871.191,89 €**.

3.1 Anteile an verbundenen Ausgliederungen

	Betrag
Sonstige nicht zu konsolidierende verbundene Unternehmen	301.723,38 €
Summe	301.723,38 €

3.2 Anteile an assoziierten Unternehmen

	Betrag
Beteiligungen – sonstige Anteilsrechte mit untergeordneter Bedeutung	121.533,01 €
Beteiligungen – sonstige Anteilsrecht ohne untergeordnete Bedeutung	4.126.185,80 €
Summe	4.247.718,81 €

3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung

	Betrag
Sonstiges nicht zu konsolidierendes Sondervermögen mit Sonderrechnung	175.298,08 €
Summe	175.298,08 €

3.4 Ausleihungen

	Betrag
Ausleihungen an sonstigen inländischen Bereich	1.315.124,28 €
Summe	1.315.124,28 €

3.5 Wertpapiere

	Betrag
Kapitalmarktpapiere beim Bund Laufzeit 1 – 5 Jahre	79.778,52 €
Kapitalmarktpapiere von Kreditinstituten Laufzeit 1 – 5 Jahre	701.415,71 €
Geldmarktpapiere von Kreditinstituten	409,03 €
Summe	781.603,26 €

3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen

	Betrag
Öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen – Allgemein	1.898.823,83 €
Einzelwertberichtigung	- 363.899,87 €
Sonstige Forderungen	2.560.898,81 €
Kommunale Steuern und übrige öffentlich-rechtliche Forderungen – Allgemein	7.356.754,49 €
Einzelwertberichtigung	- 3.368.160,95 €
Summe	8.084.416,31 €

3.7 Forderungen aus Transferleistungen

	Betrag
Forderungen aus Transferleistungen – Allgemein	2.241.606,82 €
Einzelwertberichtigung	- 1.252.677,04 €
Summe	988.929,78 €

3.8 Sonstige privatrechtliche Forderungen

	Betrag
Privatrechtliche Forderungen aus Dienstleistungen – Allgemein	10.318.252,80 €
Einzelwertberichtigung	- 360.460,62 €
Pauschalwertberichtigung	- 25.000,00 €

Sonstige privatrechtliche Forderungen – Allgemein	61.770,56 €
Übrige privatrechtliche Forderungen – Allgemein	957.278,11 €
Einzelwertberichtigung	- 182.066,37 €
Durchlaufende Posten – Aktiv – Allgemein	198.645,81 €
Vorsteuer	1.134.922,80 €
Summe	12.103.343,09 €

3.9 Sonstige Vermögensgegenstände

	Betrag
Sonstige Vermögensgegenstände	1.136.417,22 €
Versorgungsrücklage	736.617,68 €
Summe	1.873.034,90 €

4. Liquide Mittel

	Betrag
Sichteinlagen bei Kreditinstituten	8.578.364,49 €
Sonstige Einlagen	5.090.583,82 €
Kassenbestand	287.500,33 €
Summe	13.956.448,64 €

5. Aktive Rechnungsabgrenzung

	Betrag
Aktive Rechnungsabgrenzung (ARAP)	3.890.173,13 €
Summe	3.890.173,13 €

II. Passiva

1. Nettoposition

Die Summe der in der Gesamteröffnungsbilanz enthaltenen Nettoposition beläuft sich auf **245.654.505,75 €**.

1.1 Basis-Reinvermögen

	Betrag
Reinvermögen	106.623.626,26 €
Summe	106.623.626,26 €

1.2 Rücklagen

	Betrag
Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	8.120.448,46 €
Zweckgebundene Rücklagen	5.519.043,33 €
Sonstige Rücklagen	5.565.915,22 €
Summe	19.205.407,01 €

1.3 Jahresergebnis

Beteiligung	Betrag
Ergebnisvortrag aus Vorjahren	731.561,99 €
Summe	731.561,99 €

1.4 Unterschiedsbetrag bei der Kapitalkonsolidierung

Beteiligung	Betrag
Unterschiedsbetrag bei der Kapitalkonsolidierung	6.350.021,00 €
Summe	6.350.021,00 €

1.5 Sonderposten

	Betrag
Sonderposten aus Investitionszuweisungen und –zuschüssen – Allgemein	85.113.252,46 €
Sonderposten für Sammelposten	212,77 €
Sonderposten aus Erschließungsbeiträgen	15.800.417,91 €
Sonderposten aus Abwasserbeiträgen	7.342.480,23 €
Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	4.487.526,12 €
Summe	112.743.889,49 €

2. Schulden

Die Summe der in der Gesamteröffnungsbilanz enthaltenen Schulden beläuft sich auf **224.614.556,88 €**.

2.1 Geldschulden

	Betrag
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	184.746.391,15 €
Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung von Kreditinstituten	3.858.036,21 €
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	45.705,82 €
Summe	188.650.133,18 €

2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften

	Betrag
Hypothekenschulden	13.385.695,31 €
Sonstige Kreditaufnahmen gleichkommende Vorgänge	934.125,50 €
Summe	14.319.820,81 €

2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

	Betrag
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen – Allgemein	12.783.927,36 €
Summe	12.783.927,36 €

2.4 Transferverbindlichkeiten

	Betrag
Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke	202.960,46 €
Verbindlichkeiten aus sozialen Leistungen	36.946,20 €
Steuerverbindlichkeiten	14.624,21 €
Andere Transferverbindlichkeiten	29.976,10 €
Summe	284.506,97 €

2.5 Sonstige Verbindlichkeiten

	Betrag
Umsatzsteuer	354.349,19 €
Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	819.750,27 €
Verbindlichkeiten gegen Sozialversicherungsträger	2.916,38 €
Mitarbeiterverbindlichkeiten	602.011,63 €
Zusatzversorgungskasse	15.259,68 €
Nicht definierte Lohnarten	- 1.108,73 €
Sonstige durchlaufende Posten – Allgemein	2.060.369,50 €
Empfangene Anzahlungen	1.567.731,95 €
Sonstige Verbindlichkeiten – Allgemein	3.154.888,69 €
Summe	8.576.168,56 €

3. Rückstellungen

Die Summe der in der Gesamteröffnungsbilanz enthaltenen Rückstellungen beläuft sich auf **94.731.326,89 €**.

3.1 Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen

	Betrag
Pensionsrückstellungen	53.509.950,94 €
Beihilferückstellungen	6.569.331,94 €
Summe	60.079.282,88 €

3.2 Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen

	Betrag
Sonstige Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub	1.922.715,47 €
Rückstellungen für geleistete Überstunden	610.297,94 €
Rückstellungen für die Inanspruchnahme von Altersteilzeit	9.819.389,17 €
Summe	12.352.402,58 €

3.3 Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung

	Betrag
Instandhaltungsrückstellungen	1.750.378,04 €
Summe	1.750.378,04 €

3.4 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien

	Betrag
Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge kommunaler Deponien	4.358.483,34 €
Summe	4.358.483,34 €

3.6 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschulden

	Betrag
Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs	502.684,00 €
Rückstellungen für Steuerschuldverhältnisse – Allgemein	40.000,00 €
Summe	542.684,00 €

3.7 Rückstellungen für Bürgschaften, Gewährleistungen und Gerichtsverfahren

	Betrag
Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	206.618,81 €
Summe	206.618,81 €

3.8 Andere Rückstellungen

	Betrag
Andere Rückstellungen – Allgemein	13.868.687,41 €
Rückstellungen aus der Fertigstellung von Erschließungsanlagen	1.572.789,83 €
Summe	15.441.477,24 €

4. Passive Rechnungsabgrenzung

	Betrag
Passive Rechnungsabgrenzung (PRAP)	5.536.597,99 €
Summe	5.536.597,99 €

III. Aktiva und Passiva Bilanzsumme

Die Gesamtbilanzsumme nach Vornahme aller Verrechnungen beläuft sich auf:

Aktiva	570.536.987,51 €
Passiva	570.536.987,51 €
Differenz	0,00 €

Die erste Gesamteröffnungsbilanz des Konzerns Stadt Emden ist damit in Summe ausgeglichen.

Datum: 11.06.2014

(Bernd Bornemann)
Oberbürgermeister

(Horst Jahnke)
Erster Stadtrat

C. Anlagen zum Konsolidierungsbericht

Anlage I: Gesamtanlagenübersicht

Anlagevermögen	Entstehung der Anschaffungs- und Herstellungswerte					Entwicklung der Abschreibungen					Buchwert			
	am 31.12.	Zu-gänge im 31.12.	Ab-gänge im 31.12.	Umbuchungen Haus-haltsjahr	Stand 31.12.	Stand 31.12.	Ab-schrei-bungen Haus-bungen	Auf-lösungen	Zuschrei-bungen im 31.12.	Stand 31.12.	Verrechnungen und Umbewertungen	am 31.12. des Haushaltsjahres	am 31.12. des Vor-jahres	
	des Vor-jahres	Haus-haltsjahr	Haus-haltsjahr	Haushalts-jahres	des Vor-jahres	Vor-jahres	Haus-haltsjahr		Haus-haltsjahr	Haushalts-jahres				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1. * Immaterielles Vermögen														
1.1 Geschäfts- oder Firmenwert der verbundenen Aufgabenträger	0,00	2.600.375,88	0,00	0,00	2.600.375,88	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.600.375,88	0	
1.2 Konzessionen	779.502,94	0,00	0,00	0,00	779.502,94	-457.268,15	-19.006,48	0,00	0,00	-476.274,63	0,00	303.228,31	322.234,79	
1.3 Lizenzen	4.319.433,51	222.349,14	-1.673,14	8.109,85	4.548.219,36	-3.466.323,64	-381.415,52	0,00	862,13	-3.846.877,03	0,00	701.342,33	853.109,87	
1.4 Ähnliche Rechte	0,00	101.500,00	0,00	0,00	101.500,00	0,00	-512,63	0,00	0,00	-512,63	0,00	100.987,37	0,00	
1.5 Geleistete Investitionszuschüsse und -zuschüsse	1.440.772,84	1.062.756,63	0,00	595.217,39	3.098.746,86	-85.297,97	-181.898,24	0,00	0,00	-267.196,21	0,00	2.831.550,65	1.373.758,89	
1.6 Aktivierter Umstellungsaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
1.7 Sonstiges immaterielles Vermögen	1.496.500,00	1.556.217,39	0,00	-595.217,39	2.457.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.457.500,00	1.496.500,00	
gesamt	8.036.209,29	5.543.199,04	-1.673,14	8.109,85	13.585.845,04	-4.008.889,76	-582.832,87	0,00	862,13	-4.590.860,50	0,00	8.994.984,54	4.045.603,55	
2. Sachvermögen														
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	19.804.567,45	163.778,14	-236.591,73	41.643,93	19.773.397,79	-3.531.190,69	-154.860,35	0,00	0,00	-3.686.051,04	13.263.288,66	29.350.635,41	16.272.926,76	
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	352.066.408,52	1.227.339,47	-1.918.827,17	306.465,29	351.681.386,11	-136.743.361,68	-5.344.998,74	710.289,33	870,00	-141.377.201,09	72.033,80	210.376.218,82	215.323.496,84	
2.3 Infrastrukturvermögen	374.670.628,80	2.614.869,22	-99.205,70	5.463.189,21	382.649.481,53	-165.736.659,78	-8.524.639,81	77.883,08	8.930,29	-174.174.486,22	0,00	208.474.995,31	208.933.969,02	
2.4 Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	89.607,65	950,00	0,00	0,00	90.557,65	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	90.557,65	89.607,65	
2.6 Maschinen und technische Anlagen; Fahrzeuge	99.591.072,92	1.994.580,11	-557.969,18	233.327,32	101.261.011,17	-64.857.472,39	-3.615.649,31	460.442,02	0,00	-68.012.679,68	0,00	33.248.331,49	34.733.600,53	
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	35.710.096,44	3.631.606,39	-1.426.401,04	47.782,05	37.963.083,84	-24.985.455,64	-2.418.650,93	1.424.939,99	0,00	-25.979.166,58	0,00	11.983.917,26	10.724.640,80	
2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	7.471.869,09	14.305.684,18	0,00	-4.853.756,97	16.923.796,30	-1.186,48	-594,48	0,00	0,00	-1.780,96	0,00	16.922.015,34	7.473.055,57	
gesamt	889.404.250,87	23.938.807,51	-4.238.994,82	1.238.650,83	910.342.714,39	-395.855.326,66	-20.059.393,62	2.673.554,42	9.800,29	-413.231.365,57	13.335.322,46	510.446.671,28	493.551.297,17	
3. Finanzvermögen														
3.1 Anteile an verb. Ausgliederungen	530.194,27	15.000,00	-18.725,00	0,00	526.469,27	-41.342,78	-183.403,11	0,00	0,00	-224.745,89	0,00	301.723,38	488.851,49	
3.2 Anteile an assoziierten Ausgliederungen	1.758.162,88	18.500,41	0,00	0,00	1.776.663,29	-2.152,81	-115.777,43	0,00	0,00	-117.930,24	2.588.985,76	4.247.718,81	1.756.010,07	
3.3 Anteile an sonstigen Aufgabenträgern	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
3.4 Sondervermögen mit Sonderrechnung	175.298,08	0,00	0,00	0,00	175.298,08	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	175.298,08	175.298,08	
3.5 Ausleihungen	12.597.807,93	30.000,00	-1.304.220,37	0,00	11.323.587,56	-509.470,13	-51.455,16	560.925,29	0,00	0,00	-10.008.463,28	1.315.124,28	12.088.337,80	
3.6 Wertpapiere	781.603,26	0,00	0,00	0,00	781.603,26	-644,76	644,76	0,00	0,00	0,00	0,00	781.603,26	780.958,50	
gesamt	15.843.066,42	63.500,41	-1.322.945,37	0,00	14.583.621,46	-553.610,48	-349.990,94	560.925,29	0,00	-342.676,13	-7.419.477,52	6.821.467,81	15.289.455,94	
insgesamt	913.283.526,58	29.545.506,96	-5.563.613,33	1.246.760,68	938.512.180,89	-400.417.826,90	-20.992.217,43	3.234.479,71	10.662,42	-418.164.902,20	5.915.844,94	526.263.123,63	512.886.356,66	

Anlage II: Gesamtforderungsübersicht

Gesamtforderungsübersicht		Zahlen lt. Einzel- bzw. Teilkonzernabschluss (HaBi II)				abzgl. Zahlen aus gegenseitigen Verrechnungen				ergibt: Zahlen für Konzernabschluss			
		Stand 31.12.2011	Restlaufzeit			Stand 31.12.2011	Restlaufzeit			Stand 31.12.2011	Restlaufzeit		
			bis ein Jahr	über ein bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre		bis ein Jahr	über ein bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre		bis ein Jahr	über ein bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
3.6*	Öffentlich-rechtliche Forderungen	9.582.347,87	9.054.429,56	519.675,42	8.242,89	1.497.931,56	1.497.931,56	0,00	0,00	8.084.416,31	7.556.498,00	519.675,42	8.242,89
3.7	Forderungen aus Transferleistungen	1.021.842,78	816.577,75	129.483,90	75.781,13	32.913,00	32.913,00	0,00	0,00	988.929,78	783.664,75	129.483,90	75.781,13
3.8	Sonstige privatrechtliche Forderungen	18.696.695,03	17.879.647,64	758.699,92	58.347,47	6.593.351,94	6.348.854,59	244.497,35	0,00	12.103.343,09	11.530.793,05	514.202,57	58.347,47
3.9	Sonstige Vermögensgegenstände	1.873.034,90	1.870.502,59	0,00	2.532,31	0,00	0,00	0,00	0,00	1.873.034,90	1.870.502,59	0,00	2.532,31
		31.173.920,58	29.621.157,54	1.407.859,24	144.903,80	8.124.196,50	7.879.699,15	244.497,35	0,00	23.049.724,08	21.741.458,39	1.163.361,89	144.903,80

* = Nr. der offiziellen Bilanzgliederung

Anlage III: Gesamtschuldenübersicht

Gesamtschuldenübersicht		Zahlen lt. Einzel- bzw. Teilkonzernabschluss (HaBi II)				abzgl. Zahlen aus gegenseitigen Verrechnungen				ergibt: Zahlen für Konzernabschluss			
		Stand 31.12.2011	Restlaufzeit			Stand 31.12.2011	Restlaufzeit			Stand 31.12.2011	Restlaufzeit		
			bis ein Jahr	über ein bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre		bis ein Jahr	über ein bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre		bis ein Jahr	über ein bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
2.1*	Geldschulden	189.054.223,01	13.081.691,52	36.010.674,27	139.961.857,22	404.089,83	11.704,85	27.398,06	364.986,92	188.650.133,18	13.069.986,67	35.983.276,21	139.596.870,30
2.1.1	Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
2.1.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	185.150.480,98	9.177.949,49	36.010.674,27	139.961.857,22	404.089,83	11.704,85	27.398,06	364.986,92	184.746.391,15	9.166.244,64	35.983.276,21	139.596.870,30
2.1.3	Liquiditätskredite	3.903.742,03	3.903.742,03	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.903.742,03	3.903.742,03	0,00	0,00
2.1.4	sonstige Geldschulden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.2	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	14.391.213,44	915.727,98	3.363.233,27	10.112.252,19	71.392,63	71.392,63	0,00	0,00	14.319.820,81	844.335,35	3.363.233,27	10.112.252,19
2.3	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	17.532.085,07	16.819.700,98	712.360,54	23,55	4.748.157,71	4.561.470,89	186.686,82	0,00	12.783.927,36	12.258.230,09	525.673,72	23,55
2.4	Transferverbindlichkeiten	282.372,61	279.330,02	3.042,59	0,00	-2.134,36	-2.134,36	0,00	0,00	284.506,97	281.464,38	3.042,59	0,00
2.4.1	Finanzausgleichverbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.2	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	202.960,46	202.960,46	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	202.960,46	202.960,46	0,00	0,00
2.4.3	Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfe	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.4	soziale Leistungsverbindlichkeiten	34.811,84	31.769,25	3.042,59	0,00	-2.134,36	-2.134,36	0,00	0,00	36.946,20	33.903,61	3.042,59	0,00
2.4.5	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.6	Steuerverbindlichkeiten	14.624,21	14.624,21	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	14.624,21	14.624,21	0,00	0,00
2.4.7	andere Transferverbindlichkeiten	29.976,10	29.976,10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	29.976,10	29.976,10	0,00	0,00
2.5	sonstige Verbindlichkeiten	19.761.060,65	10.482.479,25	3.110.310,40	6.168.271,00	11.184.892,09	1.913.248,09	3.103.373,00	6.168.271,00	8.576.168,56	8.569.231,16	6.937,40	0,00
2.5.1	durchlaufende Posten	4.384.820,01	4.384.820,01	0,00	0,00	531.272,09	531.272,09	0,00	0,00	3.853.547,92	3.853.547,92	0,00	0,00
2.5.1.1	verrechnete Mehrwertsteuer	354.083,40	354.083,40	0,00	0,00	-265,79	-265,79	0,00	0,00	354.349,19	354.349,19	0,00	0,00
2.5.1.2	Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	819.750,27	819.750,27	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	819.750,27	819.750,27	0,00	0,00
2.5.1.3	sonstige durchlaufende Posten	3.210.986,34	3.210.986,34	0,00	0,00	531.537,88	531.537,88	0,00	0,00	2.679.448,46	2.679.448,46	0,00	0,00
2.5.2	abzuführende Gewerbesteuer	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.5.3	empfangene Anzahlungen	1.567.731,95	1.567.731,95	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.567.731,95	1.567.731,95	0,00	0,00
2.5.4	andere sonstige Verbindlichkeiten	13.808.508,69	4.529.927,29	3.110.310,40	6.168.271,00	10.653.620,00	1.381.976,00	3.103.373,00	6.168.271,00	3.154.888,69	3.147.951,29	6.937,40	0,00
		241.020.954,78	41.578.929,75	43.199.621,07	156.242.403,96	16.406.397,90	6.555.682,10	3.317.457,88	6.533.257,92	224.614.556,88	35.023.247,65	39.882.163,19	149.709.146,04

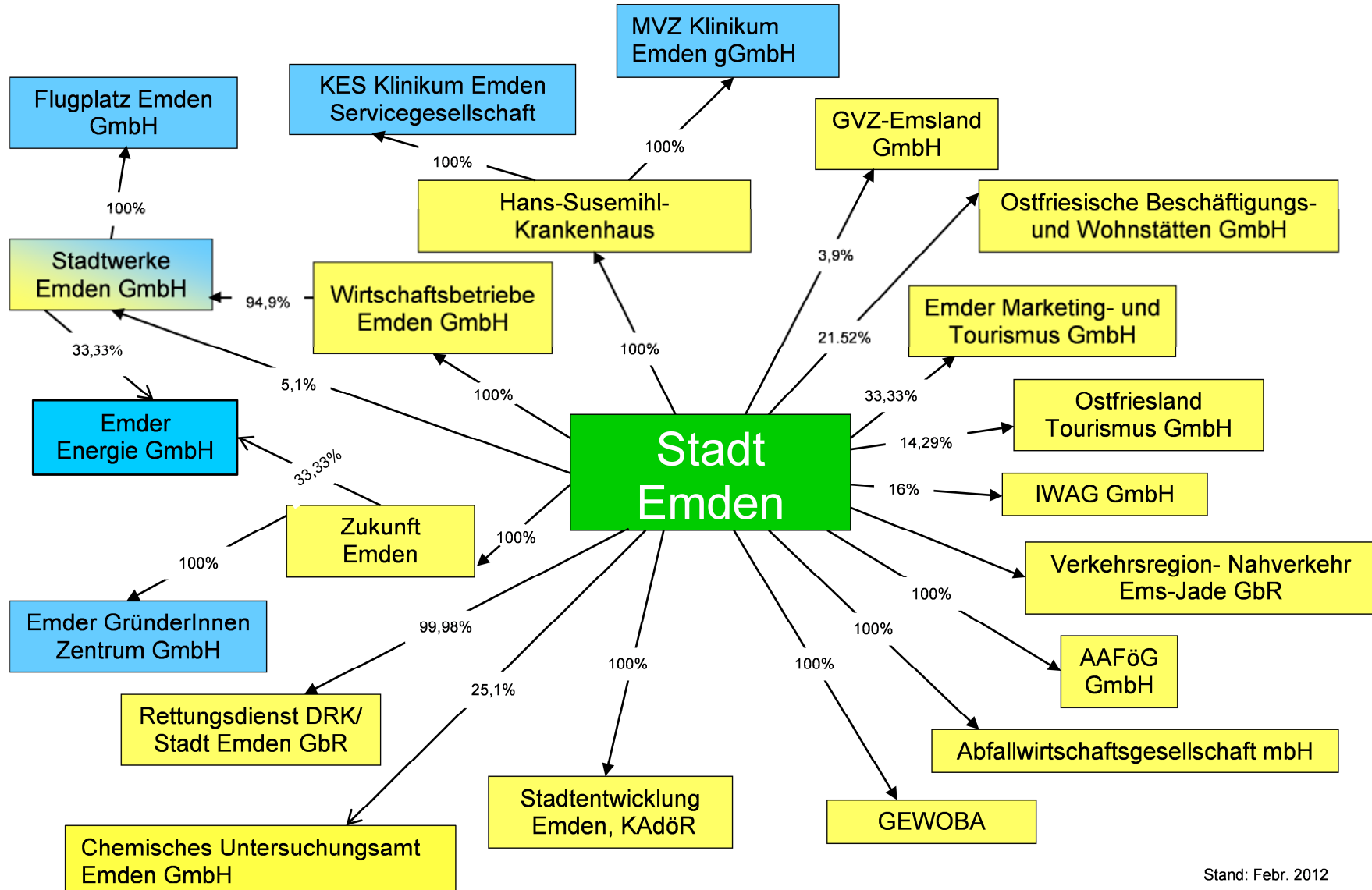
* = Nr. der offiziellen Bilanzgliederung

Anlage IV: Summenbilanz

Aktiva SUMMENBILANZ	Haushaltsjahr -Euro-	Passiva SUMMENBILANZ	Haushaltsjahr -Euro-
1. Immaterielles Vermögen	9.107.594,47	1. Nettoposition	360.228.332,79
1.1 Konzessionen	303.228,31	1.1 Basis-Reinvermögen	190.319.606,54
1.2 Lizenzen	701.342,33	1.1.1 Reinvermögen	190.319.606,54
1.3 Ähnliche Rechte	100.987,37	1.2 Rücklagen	52.385.187,88
1.4 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	4.508.886,46	1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	39.869.598,50
1.6 Sonstiges immaterielles Vermögen	3.493.150,00	1.2.4 Zweckgebundene Rücklagen	5.519.043,33
2. Sachvermögen	513.824.189,31	1.2.5 Sonstige Rücklagen	6.996.546,05
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	29.350.635,41	1.3 Jahresergebnis	-1.102.132,12
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	210.376.218,82	1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren	-1.539.304,28
2.3 Infrastrukturvermögen	208.474.995,31	1.3.2 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	437.172,16
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	90.557,65	1.4 Sonderposten	118.625.670,49
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	33.248.331,49	1.4.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse	90.995.246,23
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	11.985.636,36	1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte	23.142.898,14
2.8 Vorräte	3.377.518,03	1.4.5 Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	4.487.526,12
2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	16.920.296,24	2. Schulden	241.020.954,78
3. Finanzvermögen	161.508.119,66	2.1 Geldschulden	189.054.223,01
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	35.641.422,65	2.1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	185.150.480,98
3.2 Beteiligungen	5.525.737,06	2.1.3 Liquiditätskredite	3.903.742,03
3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung	76.659.486,33	2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	14.391.213,44
3.4 Ausleihungen	11.725.949,78	2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	17.532.085,07
3.5 Wertpapiere	781.603,26	2.4 Transferverbindlichkeiten	282.372,61
3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen	9.582.347,87	2.4.2 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke	202.960,46

Aktiva	Haushaltsjahr -Euro-	Passiva	Haushaltsjahr -Euro-
3.7 Forderungen aus Transferleistungen	1.021.842,78	2.4.4 Soziale Leistungsverbindlichkeiten	34.811,84
3.8 Sonstige privatrechtliche Forderungen	18.696.695,03	2.4.6 Steuerverbindlichkeiten	14.624,21
3.9 Sonstige Vermögensgegenstände	1.873.034,90	2.4.7 Andere Transferverbindlichkeiten	29.976,10
4. Liquide Mittel	13.956.448,64	2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	19.761.060,65
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	3.890.173,13	2.5.1 Durchlaufende Posten	4.384.820,01
		2.5.1.1 Verrechnete Mehrwertsteuer	354.083,40
		2.5.1.2 Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	819.750,27
		2.5.1.3 Sonstige durchlaufende Posten	3.210.986,34
		2.5.3 Empfangene Anzahlungen	1.567.731,95
		2.5.4 Andere sonstige Verbindlichkeiten	13.808.508,69
		3. Rückstellungen	95.459.716,33
		3.1 Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	60.730.530,00
		3.2 Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	12.352.402,58
		3.3 Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	1.750.378,04
		3.4 Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	4.358.483,34
		3.6 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschulden	542.684,00
		3.7 Rückstellungen für Bürgschaften, Gewährleistungen und Gerichtsverfahren	206.618,81
		3.8 Andere Rückstellungen	15.518.619,56
		4. Passive Rechnungsabgrenzung	5.577.521,31
Summenbilanzsumme	702.286.525,21	Summenbilanzsumme	702.286.525,21

Anlage V: Übersicht über die Konzernstruktur



Stand: Febr. 2012

**Gesamtabschlussrichtlinie
(GA-Richtlinie)**

**für den Gesamtabschluss
(„Kommunaler Konzernabschluss“)**

der Stadt Emden

Stand: 19.02.2013

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	I
Anlagenübersicht	III
Abkürzungsverzeichnis	IV
A. Vorbemerkungen	1
B. Begriffsdefinitionen	1
C. Grundlagen für den Gesamtabchluss der Stadt Emden	2
I. Rechtliche Grundlagen	2
II. Ziel und Zweck der Gesamtabchlussrichtlinie	2
III. Geltungsbereich	2
IV. Grundsätze ordnungsmäßiger Konzernrechnungslegung (GoK)	3
V. Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten (Konsolidierungsstelle)	4
VI. Gesamtabchlussterminplan	4
VII. Formularwesen	6
D. Abgrenzung des Konsolidierungskreises (rechtliche Grundlagen)	6
E. Bestandteile des Gesamtabchlusses	7
I. Überblick	7
II. Gesamtergebnisrechnung	7
III. Gesamtfinanzrechnung	7
IV. Gesamtbilanz	7
V. Gesamtanhang	8
F. Vereinheitlichung der Einzelabschlüsse im Rahmen der Vollkonsolidierung	8
I. Einheitliche Abschluss-Stichtage	8
II. Vereinheitlichung Bilanzansatz	9
III. Überleitung auf einen einheitlichen Konzernkontenrahmen (Vereinheitlichung des Ausweises)	10
IV. Einheitliche Bewertung	11
a) Grundsatz	11
b) Bewertungsvorschriften	11
G. Vereinheitlichung im Rahmen der Eigenkapitalmethode (Equity-Methode)	13
H. Vollkonsolidierung	13
I. Vorbemerkung	13
II. Kapitalkonsolidierung	14

III. Schuldenkonsolidierung	14
IV. Aufwands- und Ertragseliminierung	14
V. Zwischenergebniseliminierung	15
I. Eigenkapitalmethode (Equity-Methode)	15
Zwischenergebniseliminierung	15
J. Konsolidierungsbericht	16
I. Inhalte	16
II. Anlagen zum Konsolidierungsbericht	17
a) Gesamtanlagenübersicht	17
b) Gesamtforderungsübersicht	17
c) Gesamtschuldenübersicht	17
K. Prüfung und Offenlegung des Gesamtabchlusses	17
L. Inkrafttreten	18
Anlage I: Verantwortliche der zu konsolidierenden Aufgabenbereiche (Stand 31.12.2012)	IV
Anlage II: Ratsbeschluss zum Konsolidierungskreis	VI
Anlage III: Übersicht über den Konsolidierungskreis der Stadt Emden	XIII
Anlage IV: Für die Konzernöffnungsbilanz verwendete Formulare	XIV
Umbewertete Gesamtanlagenübersicht	XIV
Gesamtforderungsübersicht	XV
Gesamtschuldenübersicht	XVI
Summen- und Saldenliste	XVIII
Umbewertungstabelle: Unterschiede HGB - NKR	XIX
Vordruck Verrechnungskonten	XXIII
Beispiel „K.O.-Tabelle“- Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	XII

Anlagenübersicht

- Anlage 1: Verantwortliche der zu konsolidierenden Aufgabenbereiche
(Stand 31.12.2012)**
- Anlage 2: Ratsbeschluss zum Konsolidierungskreis**
- Anlage 3: Übersicht über den Konsolidierungskreis der Stadt Emden**
- Anlage 4: Für die Konzernöffnungsbilanz verwendete Formulare**

Abkürzungsverzeichnis

ER II	Ergebnisrechnung 2
DRS 2	Deutscher Rechnungslegungsstandard 2
GemHKVO	Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung
GoB	Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung
GoK	Grundsätze ordnungsgemäßer Konzernrechnungslegung
HB I	Handelsbilanz 1
HB II	Handelsbilanz 2
HGB	Handelsgesetzbuch
KB II	Kommunalbilanz 2
KB III	Kommunalbilanz 3
NKomVG	Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
NKR	Neues Kommunales Rechnungswesen
vAB	verselbstständigte Aufgabenbereiche

A. Vorbemerkungen

1. Auf Grundlage des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) sowie der Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung (GemHKVO) des Landes Niedersachsen wird nachfolgende Richtlinie für die Aufstellung des konsolidierten Gesamtabchlusses beschlossen.
2. Gemäß § 128 Abs. 4 NKomVG erstellt die Stadt Emden in Zusammenarbeit mit Ihren Beteiligungsunternehmen erstmals zum Abschlussstichtag 31.12.2012 einen prüffähigen konsolidierten Gesamtabschluss.
3. Im Rahmen der Pilot-Eröffnungsbilanz zum Stichtag 31.12.2011 wurden die in dieser Richtlinie definierten Regelungen einer praktischen Erprobung unterzogen. Diese Gesamtabschlussrichtlinie gilt für den Gesamtabchluss der Stadt. Sie unterliegt im Laufe der Zeit Veränderungen, die durch die örtliche Umsetzung des Gesamtabchlusses, die Erkenntnisse aus der Projektgruppe Gesamtabchluss und/oder gesetzgeberischer Aktivitäten veranlasst sein können.
4. Auf den konsolidierten Gesamtabchluss der Stadt Emden findet gem. § 128 Abs. 5 NKomVG das Handelsgesetzbuch §§ 300 bis 309, 311 und 312 HGB Anwendung.

B. Begriffsdefinitionen

In Anlehnung an die privatwirtschaftlichen Termini zur Konzernrechnungslegung werden im Folgenden die verselbstständigten Aufgabenträger unter beherrschendem Einfluss der Stadt Emden als *verbundene Unternehmen*, Aufgabenträger unter maßgeblichem Einfluss als *assoziierte Unternehmen* und die weiteren Aufgabenträger als *Beteiligungen* bezeichnet.

Die auf die Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsregelungen sowie den Bilanzstichtag der Stadt Emden (31.12.) angepassten Einzelbilanzen der verbundenen Unternehmen werden als Kommunalbilanzen II (KB-II) bezeichnet. Analog wird die auf die gemeinderechtlichen Vorgaben aus NKomVG und GemHKVO angepasste Gewinn- und Verlustrechnung/Ergebnisrechnung als Ergebnisrechnung II (ER-II) bezeichnet.

C. Grundlagen für den Gesamtabchluss der Stadt Emden

I. Rechtliche Grundlagen

Die Regelungen zum konsolidierten Gesamtabchluss im Rahmen des Neuen Kommunalen Rechnungswesens (NKR) sind in den §§ 128 Abs. 4-6 NKomVG, §§300-309 und §§ 311, 312 HGB und § 58 GemHKVO enthalten.

Der Gesamtabchluss soll unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Kommune und der verselbstständigten Aufgabenbereiche (vAB / Betriebe) in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form vermitteln. Das bedeutet, der Abschluss der Kommune ist so aufzustellen, als ob alle in den Gesamtabchluss einzubeziehenden Einheiten und Aufgabenträger eine einzige, rechtlich abgegrenzte, wirtschaftliche Einheit wären (Einheitsgrundsatz; § 297 Abs. 3 Satz 1 HGB).

Zu den Bestandteilen des Gesamtabchlusses zählen gem. § 128 Abs. 6 NKomVG:

- die Gesamtergebnisrechnung
- die Gesamtbilanz
- der Gesamtanhang (gem. § 128 Abs. 3 Nrn. 2 bis 4) nebst beigefügter Kapitalflussrechnung

Der Gesamtabchluss ist durch einen Konsolidierungsbericht zu erläutern. Dem Konsolidierungsbericht sind eine Kapitalflussrechnung sowie Angaben zu den nicht konsolidierten Beteiligungen beizufügen (§ 128 Abs. 6 NKomVG)

II. Ziel und Zweck der Gesamtabchlussrichtlinie

Vorliegende Gesamtabchlussrichtlinie beschreibt die praktische Umsetzung der Vorschriften des NKomVG sowie der GemHKVO zur Aufstellung des konsolidierten Gesamtabchlusses und die Sicherstellung der Einhaltung der Grundsätze ordnungsmäßiger Konzernrechnungslegung (GoK).

Die Gesamtabchlussrichtlinie enthält alle grundsätzlichen internen Anweisungen zur Erstellung des Gesamtabchlusses. Sie grenzt Wahlrechte im Rahmen der Konsolidierung ein und benennt unter Verweis auf die einschlägigen Rechtsvorschriften die Inhalte des Gesamtabchlusses sowie notwendige Anpassungen in Ansatz, Bewertung und Ausweis der Einzelabschlüsse für die Zwecke des Gesamtabchlusses. Des Weiteren werden der Konsolidierungskreis sowie die zeitlichen und organisatorischen Abläufe für die Erstellung des Gesamtabchlusses definiert.

III. Geltungsbereich

Die Gesamtabchlussrichtlinie findet auf die gem. § 128 Abs. 4 NKomVG in den konsolidierten Gesamtabchluss der Stadt Emden einzubeziehenden verselbstständigten Aufgabenträger sowie die Kernverwaltung Anwendung. Eine Übersicht über den Konsolidierungskreis der Stadt Emden ist in der Anlage 3 hinterlegt.

IV. Grundsätze ordnungsmäßiger Konzernrechnungslegung (GoK)

Die Grundsätze ordnungsmäßiger Gesamtabchlussrechnungslegung ergeben sich aus den Anforderungen des NKomVG an den Gesamtabchluss, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage so darzustellen, als ob die Kommune und die einzubeziehenden Aufgabenträger eine wirtschaftliche Einheit bilden. Folgende Grundsätze sind insbesondere zu berücksichtigen;

- **Grundsatz der Vollständigkeit des Gesamtabchlusses und des Konsolidierungskreises:** Alle verselbständigten Aufgabenträger nach § 128 Abs. 4 NKomVG, die nicht unwesentlich für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kommune sind, müssen in den Konsolidierungskreis einbezogen werden.
- **Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung:** Der Begriff „Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung“ ist nicht durch das Gesetz definiert. Zwar regelt § 128 Abs. 1 NKomVG dass alle Kommunen Grundsätze einzuhalten haben, jedoch ist weder dem NKomVG noch dem kommunalen Rechnungswesen eine umfassende Definition des Begriffs zu entnehmen. Es sind daher die allgemein in der Literatur anerkannten Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung anzuwenden, soweit sie nach den Vorschriften des NKomVG und der GemHKVO auch für die Kommunen gelten.
- **Grundsatz der Fiktion der rechtlichen Einheit:** Dieser Grundsatz (§ 297 Abs. 3 HGB) bildet die zentrale Leitidee für die Erstellung des konsolidierten Gesamtabchlusses und besagt, dass dieser aufzustellen ist, als wären alle *Konzernunternehmen* ein einziges, rechtlich und wirtschaftlich abgegrenztes Unternehmen. Die verselbständigten Aufgabenträger werden demzufolge innerhalb des konsolidierten Gesamtabchlusses als unselbstständige Teilbetriebe der fiktiven Rechtsperson *Konzern Stadt Emden* angesehen.
- **Grundsatz der Einheitlichkeit von Währung, Stichtag, Ansatz, Ausweis und Bewertung:** Das Rechnungswesen der einzubeziehenden verbundenen Unternehmen ist einheitlich nach den Rechnungslegungsvorschriften (GemHKVO) gemäß NKR zu gestalten
- **Grundsätze ordnungsmäßiger Konsolidierung:**

Grundsatz der Eliminierung konzerninterner Geschäftsbeziehungen - Darstellung des *Konzerns Stadt Emden mit allen Aufgabenträgern* als wirtschaftliche Einheit

Grundsatz der Stetigkeit der Konsolidierungsmethoden und Abgrenzung des Konsolidierungskreises.

- **Grundsatz der Wesentlichkeit:** Der Abschluss hat sämtliche wesentlichen Sachverhalte und Informationen zu enthalten. Auf die Angabe von Sachverhalten und Informationen, die für ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild des Konzerns nur eine untergeordnete Bedeutung einnehmen, kann verzichtet werden.
- **Grundsatz der Wirtschaftlichkeit bei der Konsolidierung:** Übersteigt der Aufwand der Informationsbeschaffung für Daten, bspw. im Rahmen der Konsolidierung, den Informationsnutzen bzw. sind die Informationen von untergeordneter Bedeutung, so kann von den Vorschriften für den konsolidierten Gesamtabchluss abgewichen werden.

V. Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten (Konsolidierungsstelle)

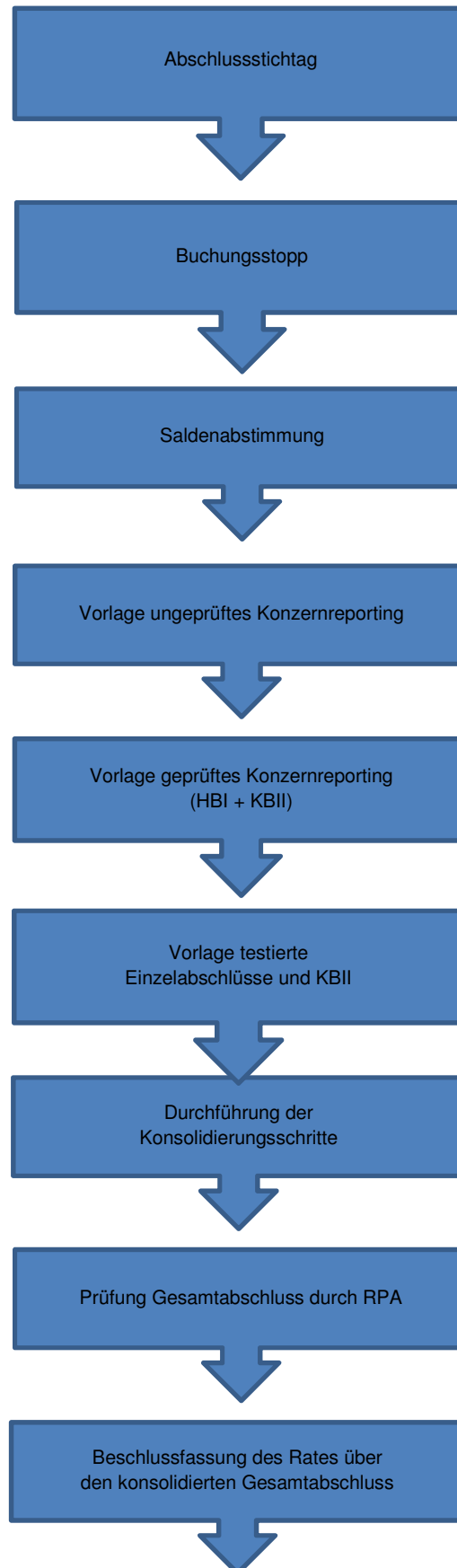
Die Aufstellung des Gesamtabchlusses wird dem städtischen Beteiligungsmanagement übertragen. Die Gesamtverantwortung des für Finanzen zuständigen Vorstandsmitglieds bleibt hiervon unberührt. Die derzeitigen verantwortlichen Ansprechpartner der zu konsolidierenden Aufgabenbereiche sind aus der Anlage 1 zu entnehmen.

VI. Gesamtabchlusssterminplan

Der Terminplan regelt sämtliche Termine für die Fertigstellung des Gesamtabchlusses für alle Beteiligten verbindlich. Er soll gewährleisten, dass der Abschluss fristgerecht aufgestellt werden kann. Der konsolidierte Gesamtabchluss soll gem. § 129 Abs. 1 Satz 1 NKomVG innerhalb von sechs Monaten nach Ende des Haushaltsjahres aufgestellt werden. Erstmals ist dies Pflicht zum 31.12.2012. Die Terminierung der daraus folgenden Teilaufgaben wird vom für Finanzen zuständigen Vorstandsmitglied vorgenommen. Folgende Teilaufgaben ergeben sich aus den Vorgaben des Gesetzgebers:

- Die Festlegung des Termins für die letzten konzerninternen Fakturierungen (Buchungsstopp)
- Die Vornahme der Saldenabstimmungen der Forderungen und Verbindlichkeiten
- Die Festlegung des Abgabetermins des ungeprüften Konzernreportings sowie der Formulare der voll zu konsolidierenden verbundenen Unternehmen
- Die Festlegung des Abgabetermins des geprüften Konzernreportings (HB I und KB II) mit Bescheinigung des Wirtschaftsprüfers der voll zu konsolidierenden verbundenen Unternehmen
- Die Festlegung des Abgabetermins der testierten Einzelabschlüsse und der testierten KB II
- Die Durchführung der Konsolidierungsschritte (Kapital-, Schulden-, Aufwands-, Ertragskonsolidierung und Zwischenergebniseliminierung) und die Erstellung des Gesamtanhangs
- Die Prüfung des konsolidierten Gesamtabchlusses durch das Rechnungsprüfungsamt
- Die Beschlussfassung des Rates über den konsolidierten Gesamtabchluss des Vorjahres
- Die Festlegung des Termins der Bekanntmachung des Beschlusses gegenüber der Vertretung der Kommunalaufsichtsbehörde sowie der Öffentlichkeit (§ 129 Abs. 2 NKomVG)

Gesamtabschlussterminplan



VII. Formularwesen

Für eine strukturierte und einheitliche Vorgehensweise bei der Aufstellung des Gesamtabschlusses sind die von der Stadt Emden vorgegebenen Formblätter zu verwenden. Für die voll zu konsolidierenden verbundenen Unternehmen gelten dabei vor allem die Formblätter zu angewendeten Bewertungsmethoden und notwendigen Umbewertungen auf die KB II / III. Die Formularblätter werden stetig fortentwickelt und den jeweiligen Gegebenheiten zum Gesamtabschlussstichtag angepasst. Die Formblätter werden den voll zu konsolidierenden Aufgabenträgern termingerecht zur Verfügung gestellt. Die für die Erstellung der Eröffnungsbilanz verwendeten Formblätter sind der Richtlinie als Anlage IV beigefügt.

D. Abgrenzung des Konsolidierungskreises (rechtliche Grundlagen)

Für die Abgrenzung des Konsolidierungskreises sind die Regelungen des § 128 Abs. 4 NKomVG heranzuziehen. Mit dem Jahresabschluss der Stadt Emden sind demnach die Jahresabschlüsse

- der Einrichtungen, deren Wirtschaftsführung nach § 139 NKomVG selbstständig erfolgt,
- der Eigenbetriebe
- der Eigengesellschaften
- der Einrichtungen und Unternehmen in privater Rechtsform, an denen die Kommune beteiligt ist,
- der kommunalen Anstalten
- der gemeinsamen kommunalen Anstalten, an denen die Kommune beteiligt ist,
- der rechtsfähigen kommunalen Stiftungen,
- der Zweckverbände, an denen die Gemeinde beteiligt ist, und
- der Wasser- und Bodenverbände, bei denen die Kommune Mitglied ist, soweit sie kommunale Aufgaben wahrnehmen und
- der rechtlich unselbständigen Versorgungs- und Versicherungseinrichtungen

zu konsolidieren.

Die Sparkasse Emden und ihre Beteiligungen sind aufgrund des Niedersächsischen Sparkassengesetzes nicht in den Gesamtabschluss einzubeziehen (§128 Abs. IV Satz 2 NKomVG).

Die Festlegung des Konsolidierungskreises ist abhängig von dem Einfluss der Stadt auf den Aufgabenträger (in der Regel ablesbar an der Beteiligungshöhe) und der Bedeutung des Aufgabenträgers für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt.

Gemäß § 128 Abs. 5 Satz 4 NKomVG sind bei einem beherrschenden Einfluss der Stadt (sog. Verbundene Aufgabenträger; in der Regel ab 50 % Beteiligungshöhe) die Aufgabenträger entsprechend den §§ 300 bis 309 des Handelsgesetzbuches (HGB) zu konsolidieren (Vollkonsolidierung).

Bei einem maßgeblichen Einfluss der Stadt (sog. assoziierte Aufgabenträger; in der Regel ab 20 % Beteiligungshöhe) werden die Aufgabenträger entsprechend der §§ 311 und 312 HGB konsolidiert (Eigenkapitalmethode).

Aufgabenträger brauchen nach § 128 Abs. 4 Satz 3 NKomVG nicht in den konsolidierten Gesamtabschluss einbezogen werden, wenn ihre Abschlüsse für ein den tatsächlichen Ver-

hältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kommune nur von untergeordneter Bedeutung sind. Es wird von einer untergeordneten Bedeutung ausgegangen, wenn die Positionen des Einzelabschlusses unter 2 % der entsprechenden Positionen der summierten Einzelabschlüsse liegen. Außerdem wird von einer untergeordneten Bedeutung ausgegangen, wenn die Gesamtsumme der Positionen 7 % der entsprechenden Positionen des summierten Gesamtabchlusses nicht übersteigt. In diesem Fall ist der Aufgabenträger grundsätzlich nicht zu konsolidieren, sondern es erfolgt eine Bewertung nach § 124 Abs. 4 NKomVG (at cost).

Der Konsolidierungskreis ist jährlich erneut zu prüfen.

Die Übersicht über den Konsolidierungskreis der Stadt Emden ist der Anlage 2 zu entnehmen.

E. Bestandteile des Gesamtabchlusses

I. Überblick

Die Bestandteile des konsolidierten Gesamtabchlusses sind gem. § 128 Abs. 6 NKomVG

- die Gesamtergebnisrechnung,
- die Gesamtbilanz sowie
- der Gesamtanhang nebst beizufügender Kapitalflussrechnung.

Er wird durch einen Konsolidierungsbericht erläutert. Dem Konsolidierungsbericht ist eine Kapitalflussrechnung (gem. § 179 Abs. 3 NKomVG erstmals für das Haushaltsjahr 2013) sowie Angaben zu den nicht konsolidierten Beteiligungen beizufügen.

II. Gesamtergebnisrechnung

In der Gesamtergebnisrechnung werden sämtliche den vollkonsolidierten Aufgabenträgern und dem Kernhaushalt der Kommune zuzurechnenden Aufwendungen und Erträge zur Ermittlung des Konzernergebnisses gegenübergestellt und um Doppelerfassungen oder rein „konzerninterne“ Vorgänge bereinigt. Für die Gliederung gilt ein einheitliches Gliederungsschema nach Maßgabe des § 50 i. V. m. § 2 GemHKVO.

III. Gesamtfinanzrechnung

Die Gesamtfinanzrechnung (Kapitalflussrechnung) ist gem. § 128 Abs. 6 NKomVG dem Konsolidierungsbericht beizufügen. Sie ist nach dem DRS 2 zu erstellen und benötigt zwingend eine konsolidierte Eröffnungsbilanz. Die Stadt Emden erstellt die Gesamtfinanzrechnung nach der sog. indirekten Methode. Hierfür werden für die laufende Geschäftstätigkeit, die Investitionstätigkeit und die Finanzierungstätigkeit alle zahlungsunwirksamen Aufwendungen und Erträge herausgerechnet und zahlungswirksame Veränderungen, die keinen Einfluss auf das Ergebnis haben, korrigiert. Die Erstellung einer Gesamtfinanzrechnung ist gem. § 179 Abs. 3 NKomVG für das Jahr 2013 erstmalig Pflicht und wird von der Stadt Emden auch erstmalig für 2013 beigefügt.

IV. Gesamtbilanz

Die Gesamtbilanz ist die konsolidierte Darstellung des Gesamtvermögens der Kommune. Wesentlich ist hierbei, dass sämtliche der Kommune selbst oder einem Aufgabenträger, der unter der einheitlichen Leitung der Kommune steht (oder von dieser beherrscht wird), gehörenden Vermögensgegenstände und Schulden nach einheitlichen Grundsätzen (Fiktion der rechtlichen und wirtschaftlichen Einheit) erfasst und bewertet werden. Daneben sind Doppelerfassungen (z. B. Beteiligungsbuchwert und anteiliges Eigenkapital des gleichen Betriebes) oder rein "konzerninterne Sachverhalte (z.B. Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen vollkonsolidierten Aufgabenträgern der Kommune) zu eliminieren. Für die Gliederung gilt ein einheitliches Gliederungsschema nach Maßgabe des § 54 GemHKVO.

V. Gesamtanhang

In dem Gesamtanhang sind die für die Gesamtbilanz und die Gesamtergebnisrechnung verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden anzugeben und so zu erläutern, dass ein sachverständiger Dritter die Einzelposten beurteilen kann. Dem Gesamtanhang ist eine nach den Grundsätzen des Deutschen Rechnungslegungsstandard (DRS 2) aufgestellte Kapitalflussrechnung (gem. § 128 Abs. 6 Satz 3 i. V. m. § 179 Abs. 3 NKomVG erstmals für das Haushaltsjahr 2013) beizufügen.

Sie soll die Gesamtbilanz sowie die Gesamtergebnisrechnung um Informationen hinsichtlich der Herkunft und Verwendung der liquiden Mittel (Finanzlage) des „Konzerns“ ergänzen.

F. Vereinheitlichung der Einzelabschlüsse im Rahmen der Vollkonsolidierung

I. Einheitliche Abschluss-Stichtage

Gem. § 128 Abs. 1 NKomVG hat die Gemeinde für jedes Haushaltsjahr einen Jahresabschluss aufzustellen. In Analogie zu § 299 HGB ist somit der Gesamtabschluss auf den 31.12. als Abschlussstichtag der Stadt als *Konzernmutter* zu erstellen. Dies führt zur Notwendigkeit der Erstellung eines Zwischenabschlusses bei den verbundenen Unternehmen der Stadt, soweit deren Abschlussstichtag mehr als drei Monate vom 31.12. als Stichtag der Kommune abweicht. Aufgabenträger, deren Abschlussstichtag innerhalb von drei Monaten vor oder nach dem 31.12. liegt, stellen keinen Zwischenabschluss auf. Sie müssen jedoch Geschäftsvorfälle von besonderer Bedeutung für ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage melden. Diese sind im Konsolidierungsbericht anzugeben.

Bei assoziierten Aufgabenträgern ist unabhängig von einem abweichenden Abschlussstichtag jeweils der letzte Jahresabschluss zugrunde zu legen (§128 Abs. 5 Satz 4 NKomVG, § 312 Abs. 6. HGB).

II. Vereinheitlichung Bilanzansatz

Gemäß § 128 Abs. 5 NKomVG ist der Gesamtabchluss unter Beachtung der §§ 300 bis 309, 311, 312 HGB zu erstellen. Das HGB unterscheidet im Rahmen der Regelungen zum Konzernabschluss zwischen Ansatz- und Bewertungsvorschriften. Die Ansatzvorschrift des § 300 HGB regelt, welche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Bilanzierungshilfen und Sonderposten in den Konzernabschluss aufzunehmen sind, während § 308 HGB die Höhe des Ansatzes, mithin die Bewertung, festlegt.

Durch den Verweis des § 128 Abs. 5 NKomVG auf § 300 HGB sind die kommunalen Ansatzvorschriften auch für den konsolidierten Gesamtabchluss der Stadt Emden bindend. Gemäß § 300 Abs. 2 S. 1 HGB sind sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten sowie Erträge und Aufwendungen der verbundenen Unternehmen unabhängig von der Berücksichtigung in deren Jahresabschluss vollständig in den konsolidierten Gesamtabchluss aufzunehmen, soweit nach dem Recht der Stadt als *Mutterunternehmen* nicht ein Bilanzierungsverbot oder ein Bilanzierungswahlrecht besteht.

Bilanzansätze aus dem Einzelabschluss sind grundsätzlich nicht in den Gesamtabchluss zu übernehmen, wenn einzelne Sachverhalte im Licht der Einheitstheorie (§ 297 Abs. 3 HGB) im konsolidierten Gesamtabchluss anders zu beurteilen sind. Soweit Bilanzposten im NKR nicht ansatzfähig sind, können sie in der Gesamtbilanz/Gesamtergebnisrechnung grundsätzlich nicht ausgewiesen werden.

Auf eine Anpassung des Bilanzansatzes kann, anders als bei der Anpassung der Bewertung, nicht aufgrund *untergeordneter Bedeutung* für ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns verzichtet werden (Vgl. IDW, WP-Handbuch, 13. Auflage, S. 1187 Rz. 249).

Die Ansatzvorschrift für den Gesamtabchluss ergeben sich aus § 42 GemHKVO:

- In der Bilanz werden das Vermögen, die Nettosition, die Schulden, die Rückstellungen sowie die Rechnungsabgrenzungsposten vollständig ausgewiesen (Abs. 1).
- Posten der Aktivseite dürfen nicht mit Posten der Passivseite, Aufwendungen nicht mit Erträgen, Einzahlungen nicht mit Auszahlungen, Grundstücksrechte nicht mit Grundstückslasten verrechnet werden (Abs. 2).
- Soweit nicht durch Gesetz anders geregelt, darf für immaterielle Vermögensgegenstände, die nicht entgeltlich erworben wurden, kein Aktivposten angesetzt werden (Abs. 3).
- Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse werden als immaterielle Vermögensgegenstände aktiviert und planmäßig abgeschrieben (Abs. 4).
- Empfangene Investitionszuweisungen und -zuschüsse für abnutzbare Vermögensgegenstände werden als Sonderposten ausgewiesen und entsprechend der Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes aufgelöst. Empfangene Investitionszuweisungen und -zuschüsse für nicht abnutzbare Vermögensgegenstände werden auf der Passivseite beim Reinvermögen ausgewiesen. Investitionszuweisungen und -zuschüsse nach Satz 2 können als außerordentlicher Ertrag ausgewiesen werden, wenn sonst ein Abbau von Fehlbeträgen trotz Ausschöpfung aller Ertrags- und Sparmöglichkeiten nicht möglich ist (Abs. 5).

Darüber hinaus gehen folgende Ansatzregelungen aus § 49 Abs. 1 und 2 GemHKVO hervor:

- Als Aufwand berücksichtigte Umsatzsteuer auf am Abschlussstag auszuweisende oder von den Vorräten abgesetzte Anzahlungen wird als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen (Abs. 1 Satz 2).
- Ist der Rückzahlungsbetrag einer Verbindlichkeit höher als der Ausgabebetrag, so wird der Unterschiedsbetrag auf der Aktivseite der Bilanz als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Der Unterschiedsbetrag wird durch planmäßige jährliche Abschreibungen getilgt, die auf die gesamte Laufzeit dieser Verbindlichkeit verteilt werden können (Abs. 2).

III. Überleitung auf einen einheitlichen Konzernkontenrahmen (Vereinheitlichung des Ausweises)

Es gilt der Grundsatz der Stetigkeit, nach dem die Form der Darstellung (insbesondere die Gliederung von Gesamtbilanz, Gesamtergebnisrechnung und Kapitalflussrechnung) beizubehalten ist, soweit nicht in Ausnahmefällen auf Grund besonderer Umstände Abweichungen erforderlich sind.

Für den konsolidierten Gesamtabchluss ist die Bilanzgliederung des § 54 GemHKVO sowie die Gliederung der Ergebnisrechnung gem. § 2 GemHKVO maßgebend. Die notwendigen Angleichungen auf die Gliederungen gemäß GemHKVO werden innerhalb der Kommunalbilanz II bzw. Ergebnisrechnung II vorgenommen.

Schritte zur Überleitung auf einen einheitlichen Konzernkontenplan

Zur Erstellung einer KB II aus dem zugrundeliegenden Jahresabschluss (HB I) eines verbundenen Unternehmens sind grundsätzlich mehrere Schritte der Anpassung an die "konzernerneinheitlichen" Regelungen erforderlich. Wesentlich sind:

- die Vorbereitung und Abstimmung des Positionenplanes (der Positionenplan für die Gesamtbilanz und Gesamtergebnisrechnung ist der Anlage 4 zu entnehmen) und Überleitung der Einzelabschlüsse,
- die Umgliederungen, die zur Erzielung eines "konzernerneinheitlichen" Ausweises in Bilanz und Ergebnisrechnung erforderlich sind,
- die Aufteilung bestimmter Bilanzposten auf die tiefer gegliederten Posten der NKR-Bilanzierung.
- die Erfassung von sonstigen Korrekturen (Abweichungen), die allein auf Grund der Eigenart eines Gesamtabchlusses entstehen können.

IV. Einheitliche Bewertung

a) Grundsatz

Gem. § 128 Abs. 5 NKomVG i. V. m. § 308 HGB sind die Bewertungsvorschriften des NKR für den Gesamtabchluss maßgeblich. Die Einzelabschlüsse der nicht nach dem NKR Rechnung legenden Aufgabenträger sind somit im Rahmen des Vereinheitlichungsprozesses zur Kommunalbilanz II bzw. Ergebnisrechnung II auf die Bewertungsmethoden der Stadt anzupassen.

Das Gebot der einheitlichen Bewertung gem. § 308 Abs. 1 S. 1 HGB ergibt sich aus der Einheitstheorie sowie der Erfordernis ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kommune darzustellen. Um dies zu gewährleisten, dürfen gleiche Sachverhalte nicht unterschiedlich bewertet werden. Einheitlichkeit bedeutet in diesem Zusammenhang nicht, dass Wahlrechte grundsätzlich bei allen Vermögensgegenständen und Schulden immer in der gleichen Weise ausgeübt werden müssen. Vielmehr muss der Rahmen der für die Kommune anwendbaren Bewertungsmethoden eingehalten werden, innerhalb dessen bei gleichartigen Sachverhalten grundsätzlich funktionsgleiche Vermögensgegenstände und Schulden nicht nach unterschiedlichen Methoden oder unter Verwendung unterschiedlicher Rechengrößen (z. B. Nutzungsdauer) bewertet werden dürfen. Gleiche Sachverhalte sind gegeben, wenn art- und funktionsgleiche Vermögensgegenstände und Schulden den gleichen wertbestimmenden Faktoren unterliegen.

Eine einheitliche Bewertung i. S. d. § 308 Abs. 1 S. 1 HGB kann unterbleiben, wenn ihre Auswirkungen für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von *untergeordneter Bedeutung* sind. Hierauf ist im Konsolidierungsbericht hinzuweisen.

b) Bewertungsvorschriften

Folgend sind die verbindlichen Bewertungsvorschriften für die Erstellung der Handelsbilanz II aufgeführt. Umbewertungen sind grundsätzlich nur durchzuführen, wenn die Gesamtsumme aller vorzunehmenden Umbewertungen eines verbundenen Unternehmens die vom für Finanzen zuständigen Vorstandsmitglied im Benehmen mit dem Rechnungsprüfungsamt festgelegte Grenze übersteigt. Für die erste Eröffnungsbilanz wurde diese Grenze auf 100.000,00 € festgesetzt. Für die folgenden Abschlüsse wird diese Grenze erneut durch das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied im Benehmen mit dem Rechnungsprüfungsamt festgelegt. Die Bildung von Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen ist von dieser Grenze nicht betroffen, jedoch zählen gebildete Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen zur Gesamtsumme der Umbewertungen.

- Geleistete Investitionszuweisungen und –zuschüsse werden gemäß § 42 Abs. 4 GemHKVO als immaterielle Vermögensgegenstände aktiviert und planmäßig abgeschrieben. Der Ansatz in der Eröffnungsbilanz erfolgt entsprechend den fortgeschriebenen Anschaffungswerten.
- Empfangene Investitionszuweisungen und –zuschüsse für abnutzbare Vermögensgegenstände werden gem. § 42 Abs. 5 Satz 1 GemHKVO als Sonderposten ausgewiesen und entsprechend der Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes aufgelöst; empfangene Investitionszuweisungen und –zuschüsse für nicht abnutzbare Vermögensgegenstände werden gem. § 42 Abs. 5 Satz 2 GemHKVO auf der Passivseite beim Reinvermögen ausgewiesen. Eine Saldierung der empfangenen Zuwei-

sungen und Zuschüssen mit den Anschaffungs- oder Herstellungswerten der Investitionen ist nicht zulässig. Erfolgte Saldierungen sind für die HB II rückgängig zu machen. Eine Umbewertung ist vorzunehmen.

- Sonderposten für Eigenmittelförderung sind in der HB II zu eliminieren.
- Eine Verrechnung von Vermögensgegenständen, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Altersvorsorgeverpflichtungen oder Vergleichbarem dienen, mit den Schulden ist gem. § 42 Abs. 2 GemHKVO (Saldierungsverbot) nicht zulässig. Der Ansatz auf der Aktivseite der Konzernöffnungsbilanz erfolgt mit den Anschaffungskosten, nicht mit dem höheren Zeitwert. Das Niederstwertprinzip ist zu beachten.
- Für gebotene, aber im Haushaltsjahr unterlassene Instandhaltung sind entsprechend §§ 43 Abs. 1 Nr. 3, 43 Abs. 4 GemHKVO Rückstellungen zu bilden. Ein Ansatz kann unterbleiben, wenn die Auswirkung auf das Bilanzergebnis unwesentlich ist. Die Auswirkung ist wesentlich, wenn die Rückstellung für im Haushaltsjahr unterlassene Instandhaltungen im Einzelfall eine vom für Finanzen zuständigen Vorstandsmitglied im Benehmen mit dem Rechnungsprüfungsamt festgelegte Grenze überschreitet. Für die erste Eröffnungsbilanz wurde diese Grenze auf 10.000 € festgelegt. Rückstellungen sind nur in Höhe des Betrages anzusetzen, der nach sachgerechter Beurteilung notwendig ist (§ 124 Abs. 4 Satz 6 NKomVG, § 42 Abs. 2 GemHKVO). Als Anlage ist die „K.O.-Tabelle“ angefügt, anhand derer die einzelnen Sachverhalte geklärt werden können. Ein konkreter Wert für Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung, die bis 12 Monate nach dem Bilanzstichtag anfallen, ist in jedem Fall anzugeben.
- Rückstellungen dürfen nur insoweit abgezinst werden, als die ihnen zugrunde liegenden Verbindlichkeiten einen Zinsanteil enthalten (§43 Abs. 2 GemHKVO) und wenn die Auswirkung der Abzinsung auf das Bilanzergebnis wesentlich ist.
- Pensionsrückstellungen nach den beamtenrechtlichen Bestimmungen werden gem. § 43 Abs. 3 GemHKVO mit ihrem im Teilwertverfahren zu ermittelnden Barwert als Rückstellung angesetzt; der Berechnung ist ein Zinssatz von 5% zugrunde zu legen. Rückstellungen für die konzerneigene, auslaufende Zusatzversorgungskasse sind nach gleichen Maßgaben zu berechnen und zu bilanzieren. Ist bei diesen Rückstellungen ein anderer Zinssatz als 5% angesetzt worden, so ist eine Umbewertung vorzunehmen. Rückstellungen für die VBL-ZVK oder andere Zusatzversorgungskassen nach gleichem Prinzip sind als mittelbare Verpflichtungen nicht zu bilanzieren. Sie sind jedoch als mittelbare Verpflichtungen im Konzernanhang zu erwähnen.
- Bei Vermögensgegenständen des immateriellen Vermögens und des Sachvermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden die Anschaffungs- oder Herstellungswerte um planmäßige Abschreibungen vermindert. Die Abschreibung erfolgt grundsätzlich in gleichen Jahresraten über die Dauer, in der der Vermögensgegenstand voraussichtlich genutzt werden kann (lineare Abschreibung). Maßgeblich ist die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer (§ 47 Abs. 1 GemHKVO). Für die Bestimmung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von abnutzbaren Vermögensgegenständen gibt das für Inneres zuständige Ministerium eine Abschreibungstabelle vor (§ 47 Abs. 3 GemHKVO). Werden die steuerrechtlichen Abschreibungstabellen angewandt, so ist dies im Konsolidierungsbericht anzugeben. Ebenso sind Abweichungen von den jeweils anzuwendenden Abschreibungstabellen im Konsolidierungsbericht anzugeben.
- Bewegliche Vermögensgegenstände, deren Anschaffungs- oder Herstellungswerte den Einzelwert von 150 Euro ohne Umsatzsteuer nicht übersteigen und die selbst-

ständig genutzt werden können und einer Abnutzung unterliegen, werden als geringwertige Vermögensgegenstände unmittelbar als Aufwand gebucht (vgl. § 45 Abs. 6 GemHKVO).

G. Vereinheitlichung im Rahmen der Eigenkapitalmethode (Equity-Methode)

Für assoziierte Unternehmen besteht keine zwingende Anpassungspflicht der Einzelabschlüsse auf die kommunalen Vorschriften. Diese kann fakultativ erfolgen.

Wird auf die Anpassung verzichtet, so sind Abweichungen von den einheitlich anzuwendenden Vorschriften im Konsolidierungsbericht anzugeben (§ 312 Abs. 5 S. 2 HGB). Die für den Gesamtabchluss der Stadt Emden verbindlichen Bewertungs- und Ansatzregelungen sind der Bilanzierungs- und Bewertungsrichtlinie der Stadt zu entnehmen.

Es ist jeweils der letzte Jahresabschluss des assoziierten Unternehmens für den konsolidierten Gesamtabchluss zugrunde zu legen. Stellt das assoziierte Unternehmen einen Konzernabschluss auf, so ist von diesem und nicht vom Jahresabschluss des assoziierten Unternehmens auszugehen (§ 312 Abs. 6 HGB).

Auf eine Vereinheitlichung der Einzelabschlüsse im Rahmen der Eigenkapitalmethode (Equity-Methode) wird bei der Stadt Emden verzichtet.

H. Vollkonsolidierung

I. Vorbemerkung

Im Rahmen der Vollkonsolidierung werden die Jahresabschlüsse der Stadt Emden und ihrer verbundenen Unternehmen zusammengefasst und Doppelerfassungen eliminiert, um den *Konzern Stadt Emden* unter der Fiktion der rechtlichen Einheit darstellen zu können.

Gemäß § 128 Abs. 5 NKomVG sind unter Verweis auf die §§ 300 bis 309 HGB für die Vollkonsolidierung folgende Konsolidierungsschritte vorgesehen:

- Kapitalkonsolidierung gem. § 301 HGB
- Schuldenkonsolidierung gem. § 303 HGB
- Zwischenergebniseliminierung gem. § 304 HGB
- Aufwands- und Ertragskonsolidierung gem. § 305 HGB

Bei der Erstellung des Gesamtabchlusses stellt der Gesetzgeber im Rahmen der Vollkonsolidierung gemäß § 128 Abs. 5 NKomVG die Kommunen von der in § 301 Abs. 1 Satz 2 HGB vorgesehenen Neubewertungsmethode frei und eröffnet die Anwendung der Buchwertmethode. Für den Gesamtabchluss des Konzerns Stadt Emden ist im Rahmen der Kapitalkonsolidierung die Buchwertmethode anzuwenden.

II. Kapitalkonsolidierung

Die Kapitalkonsolidierung dient der Eliminierung konzerninterner Kapitalverflechtungen. Da im Rahmen der Vollkonsolidierung sämtliche Vermögensgegenstände und Schulden der verbundenen Unternehmen und der Stadt Emden zu einer Summenbilanz aggregiert werden, kommt es durch die Erfassung des Beteiligungsansatzes der Stadt sowie des anteiligen Eigenkapitals des verbundenen Unternehmens zu einer Doppelerfassung, welche zu beseitigen ist.

Die Kapitalkonsolidierung wird im konsolidierten Gesamtabchluss der Stadt Emden auf Grundlage der Neubewertungsmethode gem. § 301 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 HGB durchgeführt.

Bei der Erstellung der Summenbilanz werden die Vermögenswerte und das Eigenkapital der Tochterunternehmen doppelt erfasst. Die Stadt Emden weist auf der Aktivseite die Position Anteile an verbundenen Unternehmen aus und das zu konsolidierende verbundene Unternehmen sein Eigenkapital auf der Passivseite. Bei der Bildung der Summenbilanz werden diese Positionen in die Bilanzsumme mit aufgenommen, obwohl sie faktisch denselben Wert darstellen, nur in unterschiedlichen Bilanzen. Dies führt zu einer höheren Bilanzsumme der Summenbilanz. Aufgabe der Kapitalkonsolidierung ist es nun diesen Vorgang der Doppelerfassung rückgängig zu machen. Die Beteiligung, also die Position „Anteile an verbundenen Unternehmen“, muss gegen das „Eigenkapital“ des Tochterunternehmens aufgerechnet werden.

III. Schuldenkonsolidierung

Die Schuldenkonsolidierung ist gemäß § 128 Abs. 5 NKomVG i. V. m. § 303 Abs. 1 HGB durchzuführen und erstreckt sich auf alle Bilanzpositionen und Anhangsangaben. Sie ist notwendig, um der Fiktion der rechtlichen Einheit Rechnung zu tragen und eine korrekte Darstellung der Vermögenslage des *Konzern Stadt Emden* zu erreichen. Zu diesem Zweck müssen innerhalb des Konzerns bestehende, gegenseitige Forderungen und Verbindlichkeiten eliminiert werden. Liegen die im Rahmen der Schuldenkonsolidierung zu eliminierenden Beziehungen in beiden Einheiten in gleicher Höhe vor, erfolgt die Schuldenkonsolidierung erfolgsneutral und die Bilanzsumme wird kleiner.

Kommt es zu Aufrechnungsdifferenzen, müssen diese durch eine erfolgswirksame Verrechnung über die Gesamtergebnisrechnung eliminiert werden. Die Eliminierung von Schulden kann unterbleiben, soweit sie von *untergeordneter Bedeutung* ist.

IV. Aufwands- und Ertragseliminierung

Gem. § 128 Abs. 5 NKomVG i. V. m. § 305 Abs. 1 HGB ist eine Eliminierung von Aufwendungen und Erträgen aus konzerninternen Geschäftsbeziehungen durchzuführen. Auch die Aufwands- und Ertragskonsolidierung bezweckt eine Darstellung der Ergebnisrechnung, die so beschaffen ist, als handele es sich um eine Konzerneinheit. Nur Aufwendungen und Erträge, die aus Geschäftsvorfällen mit Dritten außerhalb des Konzernverbundes entstehen, dürfen im Gesamtabchluss ausgewiesen werden. Hierfür werden zunächst die Gewinn- und Verlustrechnungen der einzelnen Unternehmen summiert. Anschließend werden Konzern-Innenumsätze durch die Aufwands- und Ertragskonsolidierung eliminiert.

Aufwendungen und Erträge müssen gem. § 305 Abs. 2 HGB nicht konsolidiert werden, wenn die wegzulassenden Beträge für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen ent-

sprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des *Konzerns Stadt Emden* von *untergeordneter Bedeutung* sind.

V. Zwischenergebniseliminierung

Der Zwischenergebniskonsolidierung kommt aufgrund der Dienstleistungsorientierung des öffentlichen Konzerns eine eher untergeordnete Rolle zu. Dennoch gelten auf der Grundlage der Einheitstheorie Gewinne grundsätzlich erst dann als realisiert, wenn der Abnehmer einer Leistung nicht ein Tochterunternehmen ist, sondern die Leistung den Konzernbereich verlässt. Veräußert beispielsweise ein Tochterunternehmen Vermögensgegenstände an ein anderes, kommt es bei dem veräußernden Unternehmen zum Ausweis eines aus Konzernsicht nicht entstandenen Gewinns oder Verlusts und bei dem erwerbenden Unternehmen zu einem ggf. unzutreffenden Bilanzansatz. Um diese Verzerrungen muss der Gesamtabchluss gemäß § 126 Abs. 5 NKomVG i. V. m. § 304 HGB bereinigt werden.

Eine Eliminierung von Zwischenergebnissen kann gem. § 304 Abs. 2 HGB entfallen, wenn diese für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von *untergeordneter Bedeutung* sind.

I. Eigenkapitalmethode (Equity-Methode)

Im Gegensatz zur Vollkonsolidierung erfolgt bei der Equity-Methode grds. keine Einbeziehung von Vermögenswerten, Schulden, Aufwendungen und Erträgen des Beteiligungsunternehmens in den Konzernabschluss. Stattdessen findet eine Fortschreibung des Beteiligungsbuchwerts um die anteilig auf den Anteilseigner entfallenden Eigenkapitalveränderungen beim Beteiligungsunternehmen statt (sog. Equity-Fortschreibung).

Die Equity-Konsolidierung (§§ 311, 312 HGB) ist nach der Buchwertmethode durchzuführen.

Zwischenergebniseliminierung

Gem. § 312 Abs. 5 S. 3 und 4 HGB i. V. m. § 304 HGB sind Zwischenergebnisse aufgrund von innerkonzernlichen Geschäften zu eliminieren. Somit ist analog der Vollkonsolidierung auch im Rahmen der Eigenkapitalmethode (Equity-Methode) eine Zwischenergebniseliminierung erforderlich. Zur Sicherstellung der Durchführung der Eliminierung von Zwischenergebnissen zeigen die assoziierten Unternehmen der Konsolidierungsstelle der Stadt Emden an, innerhalb welcher Geschäftsbeziehungen zu anderen dem Konsolidierungskreis zugehörigen Unternehmen Vermögensgegenstände veräußert wurden.

J. Konsolidierungsbericht

I. Inhalte

Der konsolidierte Gesamtabchluss ist gem. § 128 Abs. 6 S. 2 NKomVG durch einen Konsolidierungsbericht zu erläutern und so zu verfassen, dass er den Anforderungen des Beteiligungsberichts nach § 151 NKomVG genügt. Der Konsolidierungsbericht soll zukünftig den Beteiligungsbericht ersetzen. Für die zum 01.01.2012 zu erstellende erste Eröffnungsbilanz wird im zugehörigen Konsolidierungsbericht auf den Beteiligungsbericht mit Datenbestand vom 31.12.2011 verwiesen.

Die Inhalte des Konsolidierungsberichtes sind in § 58 Abs. 1 GemHKVO geregelt. In ihm sind Angaben zur wirtschaftlichen und finanziellen Gesamtlage der Gemeinde, zum Konsolidierungskreis sowie zu den angewandten Konsolidierungsmethoden und Erläuterungen zu den einzelnen Bilanzpositionen und Nebenrechnungen zu machen. Neben den Erläuterungen zu konkreten Fragen der Konsolidierung sind gem. § 58 Abs. 1 Nr. 3 GemHKVO auch Angaben über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die im Anschluss an die Konsolidierung eingetreten sind und Informationen über die erwartete Entwicklung wesentlicher Rahmenbedingungen, insbesondere zu finanziellen und wirtschaftlichen Perspektiven und Risiken aufzuführen.

Gem. § 151 NKomVG enthält der Konsolidierungsbericht darüber hinaus Angaben über

- den Gegenstand des Unternehmens, der Einrichtung oder der Anstalt, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die von dem Unternehmen, der Einrichtung oder Anstalt gehaltenen Beteiligungen,
- den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen, die Einrichtung oder die Anstalt,
- die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Lage des Unternehmens, der Einrichtung oder der Anstalt, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und die Auswirkungen auf die Haushalts- und Finanzwirtschaft sowie
- das Vorliegen der Voraussetzungen des § 136 Abs. 1 NKomVG für das Unternehmen, die Einrichtung oder die Anstalt.

In den Konsolidierungsbericht werden diejenigen Angaben aufgenommen, die zu den einzelnen Posten der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtfinanzrechnung (Kapitalflussrechnung) sowie der Bilanz zum Verständnis sachverständiger Dritter notwendig oder vorgeschrieben sind. Dabei werden die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen erläutert.

Im Konsolidierungsbericht werden insbesondere angegeben und erläutert:

- die auf die Posten der Ergebnisrechnung sowie der Vermögensrechnung und der Bilanz angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden,
- Abweichungen von den bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden mit Begründung, wobei deren Einfluss auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage gesondert darzustellen ist,

- Art und Höhe der wesentlichen außerordentlichen Erträge und Aufwendungen,
- Angaben über die Einbeziehung von Zinsen für Fremdkapital in die Herstellungswerte,
- Haftungsverhältnisse, die auch dann anzugeben sind, wenn ihnen gleichwertige Rückgriffsforderungen gegenüberstehen,
- Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können, und
- noch nicht abgedeckte Fehlbeträge, die nach den einzelnen Jahren getrennt angegeben werden.

II. Anlagen zum Konsolidierungsbericht

a) Gesamtanlagenübersicht

In der Gesamtanlagenübersicht sind gemäß § 56 Abs. 1 GemHKVO der Stand des immateriellen Vermögens, des Sachvermögens ohne Vorräte und geringwertige Vermögensgegenstände sowie des Finanzvermögens ohne Forderungen jeweils zu Beginn und zum Ende des Haushaltsjahres, die Zu- und Abgänge sowie die Zuschreibungen und Abschreibungen darzustellen. Die Gliederung der Gesamtanlagenübersicht richtet sich nach der Bilanz.

b) Gesamtforderungsübersicht

In der Gesamtforderungsübersicht sind gem. § 56 Abs. 2 GemHKVO die Forderungen des *Konzerns Stadt Emden* darzustellen. Es wird jeweils der Gesamtbetrag am Abschlusstag unter Angabe der Restlaufzeit, gegliedert in Betragsangaben für Forderungen mit Restlaufzeiten bis zu einem Jahr, von über einem bis fünf Jahren und von mehr als fünf Jahren sowie der Gesamtbetrag am vorherigen Abschlusstag angegeben. Die Gliederung der Forderungsübersicht richtet sich nach der Bilanz.

c) Gesamtschuldenübersicht

In der Gesamtschuldenübersicht sind gem. § 56 Abs. 3 GemHKVO die Verbindlichkeiten des *Konzerns Stadt Emden* nachzuweisen. Es werden der Gesamtbetrag zu Beginn und am Ende des Haushaltsjahres, gegliedert in Betragsangaben mit Restlaufzeiten bis zu einem Jahr, von über einem bis fünf Jahren und von mehr als fünf Jahren, angegeben. Die Gliederung der Schuldenübersicht richtet sich nach der Bilanz.

K. Prüfung und Offenlegung des Gesamtabchlusses

Der Gesamtabchluss ist gem. § 156 Abs. 2 NKomVG vom Rechnungsprüfungsamt dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ergibt.

Die Prüfung beinhaltet die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften, ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen. Der Überblick über die Gesamtlage gemäß §58 Abs. 1 Nr. 1 lit. a GemHKVO ist dahingehend zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabchluss in Einklang steht und seine sonstigen Angaben keine falsche Vorstellung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Kommune erwecken.

Der konsolidierte Gesamtabchluss ist bis spätestens sechs Monate nach Ende des Haushaltsjahres aufzustellen. Vollständigkeit und Richtigkeit des konsolidierten Gesamtabchlusses sind vom Oberbürgermeister der Stadt Emden festzustellen. Er legt den Abschluss unverzüglich mit dem Prüfungsbericht der Rechnungsprüfung und einer eigenen Stellungnahme dem Rat vor. Dieser beschließt bis spätestens zum 31. Dezember des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres über die Entlastung des Oberbürgermeisters (§ 129 Abs. 1 S. 2 und 3 NKomVG).

Der konsolidierte Gesamtabchluss ist der Kommunalaufsichtsbehörde unverzüglich mitzuteilen und öffentlich bekannt zu machen. Im Anschluss an die Bekanntmachung ist der konsolidierte Gesamtabchluss mit dem Konsolidierungsbericht an sieben Tagen öffentlich auszulegen; in der Bekanntmachung ist auf die Auslegung hinzuweisen (§ 129 Abs.2 NKomVG).

L. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am 31.12.2012 in Kraft.

Anlagen

**Anlage I: Verantwortliche der zu konsolidierenden Aufgabenbereiche
(Stand 31.12.2012)**

Aufgabenbereich	Hauptansprechpartner
<p>Stadt Emden Frickensteinplatz 2 26721 Emden</p>	<p>Dieter Mansholt Telefon: 04921/871178 Email: mansholt@emden.de</p>
<p>Stadtwerke Emden GmbH/ Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH Martin-Faber-Str. 11 26725 Emden</p>	<p>Temmo Poppenga Telefon: 04921/83232 Email: t.poppenga@stadtwerke-emden.de</p>
<p>Klinikum Emden HSK gGmbH Bolardusstr. 20 26721 Emden</p>	<p>Axel Becker Telefon: 04921/981205 Email: a.becker@klinikum-emden.de</p>
<p>Zukunft Emden GmbH Vierter Polderweg 26723 Emden</p>	<p>Wilfried Schneider Telefon: 04921/91848-11 Email: gf@zukunft-emden.de</p>
<p>Stadtentwicklung Emden, KAdöR Ringstr. 38b 26721 Emden</p>	<p>Johann Kruse Telefon: 04921/871558 Email: kruse@emden.de</p>

<p>GEWOBA Emden mbH</p> <p>Klunderburgstr. 21</p> <p>26721 Emden</p>	<p>Mathilde Eggen</p> <p>Telefon: 04921/91530</p> <p>Email: eggen@gewoba-emden.de</p>
<p>Eigenbetrieb Gebäudemanagement</p> <p>Bahnhofsplatz 9</p> <p>26721 Emden</p>	<p>Michael Koerth</p> <p>Telefon: 04921/871864</p> <p>Email: koerth@emden.de</p>
<p>Eigenbetrieb Bau- und Entsorgungsbetrieb Emden (BEE)</p> <p>Zum Nordkai 12</p> <p>26725 Emden</p>	<p>Frank Rogga</p> <p>Telefon: 04921/875054</p> <p>Email: rogga@emden.de</p>

Anlage II: Ratsbeschluss zum Konsolidierungskreis

Dienststelle	Datum	Vorlagen-Nr.:
Vorstandsbüro	27.03.2012	

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation	12.04.2012
Verwaltungsausschuss	23.04.2012
Rat	26.04.2012

Beratungsgegenstand:

Konsolidierter Gesamtabchluss
Hier: Festlegung des Konsolidierungskreises

Beschluss:

Der Konsolidierungskreis wird wie in dieser Vorlage dargestellt festgelegt.

Finanzielle Auswirkungen

Keine

Begründung:

Die Stadt Emden hat gemäß § 128 Abs. 4 bis 6 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) erstmals für das Haushaltsjahr 2012 einen konsolidierten Gesamtabchluss aufzustellen. Mit dem konsolidierten Gesamtabchluss soll durch die Einbeziehung der kommunalen Aufgabenträger erstmals ein Gesamtüberblick über die kommunale Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage gewonnen werden.

In die Konsolidierung sind gemäß § 128 Abs. 4 NKomVG grundsätzlich folgende Aufgabenträger einzubeziehen:

Rechtsform	Beteiligung der Stadt Emden	Beteiligungsquote
1. Einrichtung, deren Wirtschaftsführung nach § 136 selbständig ist (z.B. Netto-Regiebetriebe)	ORB 841 Kulturbüro	
	ORB 836 Rettungsdienst	
2. Eigenbetriebe	Eigenbetrieb BEE Bau- und Entsorgungsbetrieb	
	Eigenbetrieb Gebäudemanagement	
3. Eigengesellschaften	Klinikum Emden gGmbH	100%
	Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH	100%
	Zukunft Emden GmbH	100%
	Gewoba GmbH	100%
	Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH	100%
	Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Stadt Emden mbH (AAföG)	100%
4. Einrichtungen und Unternehmen in privater Rechtsform, an denen die Kommune beteiligt ist	Stadtwerke Emden GmbH	5,10%
	Rettungsdienst DRK/Stadt Emden GbR	100%
	Emder Marketing- und Tourismus GmbH	33,33%
	Ostfriesische Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH	21,52%
	IWAG mbH	16,00%
	Ostfriesland Tourismus GmbH	14,29%
	Güterverkehrszentrum Emsland Planungs- und Entwicklungsges. mbH	3,90%
	Verkehrsregion Nahverkehr Ems-Jade GbR	
	Chemisches Untersuchungsamt Emden	25,10%

Rechtsform	Beteiligung der Stadt Emden	Beteiligungsquote
5. mittelbare Beteiligungen	MVZ Klinikum Emden gGmbH	
	KES Klinikum Emden Service GmbH	
	Flugplatz Emden GmbH	
	Emder Gründerinnenzentrum GmbH	
	Emder Energie GmbH	
6. Kommunale Anstalten	Stadtentwicklung Emden, KAdöR	100 %
7. Gemeinsame kommunale	Die Stadt ist nicht an gemeinsamen kommunalen Anstalten beteiligt	

Anstalten, an denen die Kommune beteiligt ist		
8. rechtsfähige kommunale Stiftungen	Ökowerk Emden	
9. Zweckverbände, an denen die Kommune beteiligt ist	Oldenburgisch Ostfriesischer Zweckverband für die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperanteilen und tierischen Erzeugnissen	Umlageanteil: 2,3 %
	Grenzüberschreitender Zweckverband Ems-Dollart-Region	Umlagebeitrag: 4 T€/Jahr
	Landesbühne Niedersachsen Nord	Umlageanteil: 10,8 %
10. Wasser- und Bodenverbände	Die Stadt ist nicht an Wasser- und Bodenverbänden beteiligt	
11. rechtlich unselbständige Versorgungs- und Versicherungseinrichtungen	Die Stadt ist nicht an rechtlich unselbständigen Versorgungs- und Versicherungseinrichtungen beteiligt.	

Die Festlegung des Konsolidierungskreises ist abhängig von dem Einfluss der Stadt auf den Aufgabenträger (in der Regel ablesbar an der Beteiligungshöhe) und der Bedeutung des Aufgabenträgers für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt.

Bei einem beherrschenden Einfluss der Stadt Emden (sog. verbundene Aufgabenträger; in der Regel ab 50 % Beteiligungshöhe) erfolgt eine Vollkonsolidierung. Zur Vorbereitung der Vollkonsolidierung müssen die Abschlüsse der Stadt Emden und der kommunalen Aufgabenträger auf eine einheitliche Basis gebracht werden, d.h. es müssen die Zuordnungsvorschriften des NKR beachtet und grundsätzlich gleiche Bewertungskriterien angewandt werden. Im Anschluss daran werden die Vermögensgegenstände, Schulden, Erträge und Aufwendungen im Einzelnen konsolidiert.

Bei einem maßgeblichen Einfluss der Stadt Emden (sog. assoziierte Aufgabenträger; in der Regel ab 20 % Beteiligungshöhe) wird eine Konsolidierung nach der Eigenkapitalmethode vorgenommen. Dabei erfolgt keine Einbeziehung der Vermögensgegenstände, Schulden, Erträge und Aufwendungen in den Gesamtabchluss. Lediglich der Beteiligungsbuchwert und ein sich evtl. ergebender Unterschiedsbetrag zwischen dem Beteiligungsbuchwert und dem anteiligen Eigenkapital der Beteiligung werden in den Gesamtabchluss aufgenommen.

Eine Konsolidierung findet grundsätzlich nicht statt bei einer Beteiligungsquote unter 20 % oder bei Aufgabenträgern mit einer Beteiligungsquote über 20 %, die für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Emden von untergeordneter Bedeutung sind. Die Bedeutung wird nach herrschender Meinung anhand folgender Kriterien festgestellt:

- Vermögenslage (Position Sachvermögen ohne Vorräte, Nettoposition ohne Sonderposten und Bilanzsumme)
- Finanzlage (Summen der Schulden und Rückstellung) und
- Ertragslage (ordentliche Aufwendungen und Erträge sowie Jahresergebnis)

Eine untergeordnete Bedeutung liegt vor, wenn die Positionen des Einzelabschlusses unter 2 % der entsprechenden Position der summierten Einzelabschlüsse liegen. Außerdem wird von einer untergeordneten Bedeutung ausgegangen, wenn die Gesamtsumme der Positionen 7 % der entsprechenden Positionen des summierten Gesamtabschlusses nicht übersteigt. In diesem Fall ist der Aufgabenträger grundsätzlich nicht zu konsolidieren, sondern es erfolgt eine Bewertung nach § 124 Abs. 4 NKomVG (at cost).

Über diese – rein rechnerische – Beurteilung muss allerdings auch die politische und strategische Bedeutung des kommunalen Aufgabenträgers für die Stadt Emden in die Entscheidung einbezogen werden.

Die Prüfung stellt sich für alle Aufgabenträger der Stadt Emden wie folgt dar:

Aufgabenträger	Beteiligungshöhe über 50 %	Beteiligungshöhe zw. 20 % und 50 %	Untergeordnete Bedeutung	Ergebnis
Klinikum Emden gGmbH	Ja			Vollkonsolidierung
Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH	Ja			Vollkonsolidierung
Stadtwerke Emden GmbH	Nein	Nein	Nein, da alle Positionen des Einzelabschlusses über 2 % liegen	Vollkonsolidierung
Zukunft Emden GmbH	Ja			Vollkonsolidierung
Stadtentwicklung Emden, KAdöR	Ja			Vollkonsolidierung
Gewoba GmbH	Ja			Vollkonsolidierung
Eigenbetrieb BEE Bau- und Entsorgungsbetrieb Emden	Ja			Vollkonsolidierung
Eigenbetrieb Gebäudemanagement Emden	Ja			Vollkonsolidierung
Ostfr. Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH		Ja		Konsolidierung nach Eigenkapitalmethode
Rettungsdienst DRK/ Stadt Emden GbR			Ja, da alle Positionen des Einzelabschlusses unter 2 % liegen	Keine Konsolidierung
Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH	Ja		Ja, da alle Positionen des Einzelabschlusses unter 2 % liegen	Keine Konsolidierung
Ausbildungs- und Arbeitsförderungs-gesellschaft Stadt Emden mbH	Ja		Ja, da alle Positionen des Einzelabschlusses unter 2 % liegen	Keine Konsolidierung
Aufgabenträger	Beteiligungshöhe über 50 %	Beteiligungshöhe zw. 20 % und 50 %	Untergeordnete Bedeutung	Ergebnis
Emder Marketing- und Tourismus GmbH		Ja	Ja, da alle Positionen des Einzelabschlusses unter 2 % liegen	Keine Konsolidierung

IWAG GmbH			Ja, da alle Positionen des Einzelabschlusses unter 2 % liegen	Keine Konsolidierung
Ostfriesland Tourismus GmbH			Ja, da alle Positionen des Einzelabschlusses unter 2 % liegen	Keine Konsolidierung
Güterverkehrszentrum Emsland Planungs- und Entwicklungsges. mbH			Ja, da alle Positionen des Einzelabschlusses unter 2 % liegen	Keine Konsolidierung
Verkehrsregion Nahverkehr Ems-Jade GbR			Ja, da alle Positionen des Einzelabschlusses unter 2 % liegen	Keine Konsolidierung
Chemisches Untersuchungsamt Emden GmbH			Ja, da alle Positionen des Einzelabschlusses unter 2 % liegen	Keine Konsolidierung
MVZ Klinikum Emden gGmbH			Ja, da alle Positionen des Einzelabschlusses unter 2 % liegen	Keine Konsolidierung
KES Klinikum Emden Service GmbH			Ja, da alle Positionen des Einzelabschlusses unter 2 % liegen	Keine Konsolidierung
Flugplatz Emden GmbH			Ja, da alle Positionen des Einzelabschlusses unter 2 % liegen	Keine Konsolidierung
Emder Gründerinnenzentrum GmbH			Ja, da alle Positionen des Einzelabschlusses unter 2 % liegen	Keine Konsolidierung
Emder Energie GmbH			Ja, da alle Positionen des Einzelabschlusses unter 2 % liegen	Keine Konsolidierung
ORB 841 Kulturbüro			Ja, da alle Positionen des Einzelabschlusses unter 2 % liegen	Keine Konsolidierung
ORB 836 Rettungsdienst			Ja, da alle Positionen des Einzelabschlusses unter 2 % liegen	Keine Konsolidierung
Old. Ostfr. Zweckverband f. die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperanteilen u. tierischen Erzeugnissen			Ja	Keine Konsolidierung
Grenzüberschreitender Zweckverband Ems Dollart Region			Ja	Keine Konsolidierung
Aufgabenträger	Beteiligungshöhe über 50 %	Beteiligungshöhe zw. 20 % und 50 %	Untergeordnete Bedeutung	Ergebnis
Landesbühne Niedersachsen Nord			Ja	Keine Konsolidierung
Ökowerk Emden			Ja, da alle Positionen des Einzelabschlusses unter 2 % liegen	Keine Konsolidierung

Der Konsolidierungskreis stellt sich damit im Ergebnis wie folgt dar:

Vollkonsolidierung (sog. verbundene Aufgabenträger)

- Klinikum Emden gGmbH
- Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH
- Stadtwerke Emden GmbH
- Zukunft Emden GmbH
- Stadtentwicklung Emden, KAdöR
- Gewoba GmbH
- Eigenbetrieb BEE Bau- und Entsorgungsbetrieb Emden
- Eigenbetrieb Gebäudemanagement Emden

Konsolidierung nach der Eigenkapitalmethode (sog. assoziierte Aufgabenträger)

- Ostfriesische Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH

keine Konsolidierung wegen untergeordneter Bedeutung bzw. geringer Beteiligungsquote (Bewertung nach § 124 Abs. 4 NKomVG; at cost)

- Rettungsdienst DRK/Stadt Emden GbR
- Abfallwirtschaftsgesellschaft
- Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Stadt Emden mbH
- Emder Marketing und Tourismus GmbH
- IWAG GmbH
- Ostfriesland Tourismus GmbH
- Güterverkehrszentrum Emsland Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH
- Verkehrsregion Nahverkehr Ems-Jade GbR
- Chemisches Untersuchungsamt Emden GmbH
- MVZ Klinikum Emden gGmbH
- KES Klinikum Emden Service GmbH
- Flugplatz Emden GmbH
- Emder Gründerinnenzentrum GmbH
- Emder Energie GmbH
- ORB 841 Kulturbüro
- ORB 836 Rettungsdienst
- Oldenburg Ostfriesischer Zweckverband für die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen
- Grenzüberschreitender Zweckverband Ems Dollart Region
- Landesbühne Niedersachsen Nord
- Ökowerk Emden

Die Summe der Aufgabenträger insgesamt übersteigt nicht 7% der summierten Positionen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Emden und ist somit nicht Bedeutsam für die Darstellung der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Emden.

Die Abgrenzung des Konsolidierungskreises ist durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Emden geprüft und bestätigt.

Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Emden hat mit Schreiben vom 13.03.2012 festgestellt:

„Nach eingehender Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt ist festzustellen, dass der

Konsolidierungskreis für den Gesamtabchluss der Stadt Emden zum 31.12.2012 richtig entwickelt wurde und somit den rechtlichen Voraussetzungen des § 128 Abs. 4 NKomVG entspricht.“

Der Konsolidierungskreis ist grundsätzlich jährlich zu überprüfen, sollte jedoch nur bei grundlegenden strukturellen Veränderungen angepasst werden.

Der konsolidierte Gesamtabchluss ist gemäß § 137 Abs. 1 Ziffer 8 NKomVG bis zum 30.06. des Folgejahres aufzustellen. Es ist in den Gesellschaftsverträgen sicherzustellen, dass der Stadt Emden alle für den konsolidierten Gesamtabchluss erforderlichen Unterlagen und Belege des Unternehmens so rechtzeitig vorgelegt werden, dass der konsolidierte Gesamtabchluss innerhalb der gesetzten Frist aufgestellt werden kann. Entsprechende Regelungen sollen bei nächster Gelegenheit in den Gesellschaftsverträgen aufgenommen werden. Gleichwohl sind die Geschäftsführer für eine rechtzeitige Vorlage der Unterlagen verantwortlich. Das Gesamtverfahren ist mit den Geschäftsführern der zu konsolidierenden Aufgabenträger bereits erörtert worden.

Auswirkungen auf den Demografieprozess:

Die Festlegung des Konsolidierungskreises zur Erstellung des Gesamtabchlusses der Stadt Emden ist eine Verwaltungsentscheidung, die als solche den Demografieprozess nicht berührt.

Leiter/in der federführenden
Orgaeinheit

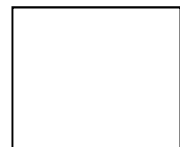
Fachbereichsleiter/in
des federführenden Fachdienstes

Verwaltungsvorstand

Mitzeichnung des
Juristischen Dienstes

Oberbürgermeister

geprüft FD 210:



Anlage III: Übersicht über den Konsolidierungskreis der Stadt Emden

Vollkonsolidierung (sog. verbundene Aufgabenträger)

- Klinikum Emden gGmbH
- Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH
- Stadtwerke Emden GmbH
- Zukunft Emden GmbH
- Stadtentwicklung Emden, KAdöR
- Gewoba GmbH
- Eigenbetrieb BEE Bau- und Entsorgungsbetrieb Emden
- Eigenbetrieb Gebäudemanagement Emden

Konsolidierung nach der Eigenkapitalmethode (sog. assoziierte Aufgabenträger)

- Ostfriesische Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH

Keine Konsolidierung wegen untergeordneter Bedeutung bzw. geringer Beteiligungsquote (Bewertung nach § 124 Abs. 4 NKomVG; at cost)

- Rettungsdienst DRK/Stadt Emden GbR
- Abfallwirtschaftsgesellschaft
- Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Stadt Emden mbH
- Emden Marketing und Tourismus GmbH
- IWAG GmbH
- Ostfriesland Tourismus GmbH
- Güterverkehrszentrum Emsland Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH
- Verkehrsregion Nahverkehr Ems-Jade GbR
- Chemisches Untersuchungsamt Emden GmbH
- MVZ Klinikum Emden gGmbH
- KES Klinikum Emden Service GmbH
- Flugplatz Emden GmbH
- Emden Gründerinnenzentrum GmbH
- Emden Energie GmbH
- ORB 841 Kulturbüro
- ORB 836 Rettungsdienst
- Oldenburg Ostfriesischer Zweckverband für die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperanteilen und tierischen Erzeugnissen

Anlage IV: Für die Konzerneröffnungsbilanz verwendete Formulare

Umbewertete Gesamtanlagenübersicht

Anlagevermögen	Entstehung der Anschaffungs- und Herstellungswerte					Entwicklung der Abschreibungen					Buchwert	
	am 31.12. des Vorjahres	Zugänge im Haushaltsjahr	Abgänge im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Stand am 31.12. des Haushaltsjahres	Stand am 31.12. des Vorjahres	Ab- schrei- bungen im Haus- haltsjahr	Auf- lösungen	Zuschrei- bungen im Haus- haltsjahr	Stand am 31.12. des Haushalts- jahres	am 31.12. des Haushaltsjahres	am 31.12. des Vor- jahres
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1. * Immaterielles Vermögen												
1.1 Konzessionen												
1.2 Lizenzen												
1.3 Ähnliche Rechte												
1.4 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse												
1.5 Aktivierter Umstellungsaufwand												
1.6 Sonstiges immaterielles Vermögen												
gesamt												
2. Sachvermögen												
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte												
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte												
2.3 Infrastrukturvermögen												
2.4 Bauten auf fremden Grundstücken												
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler												
2.6 Maschinen und technische Anlagen; Fahrzeuge												
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere												
2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau												
gesamt												
3. Finanzvermögen												
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen												
3.2 Beteiligungen												
3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung												
3.4 Ausleihungen												
3.5 Wertpapiere												
gesamt												
insgesamt												

* = Nr. der offiziellen Bilanzgliederung, deshalb nicht lückenlos

Gesamtforderungsübersicht

		Zahlen lt. Einzel- bzw. Teilkonzernabschluss (HaBi II)				abzgl. Zahlen aus gegenseitigen Verrechnungen				ergibt: Zahlen für Konzernabschluss			
Gesamtforderungsübersicht		Stand	Restlaufzeit			Stand	Restlaufzeit			Stand	Restlaufzeit		
		31.12.2xx x	bis ein Jahr	über ein bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre	31.12.2xx x	bis ein Jahr	über ein bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre	31.12.2xx x	bis ein Jahr	über ein bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
3.6*	Öffentlich-rechtliche Forderungen												
3.7	Forderungen aus Transferleistungen												
3.8	Sonstige privatrechtliche Forderungen												
3.9	Sonstige Vermögensgegenstände												

* = Nr. der offiziellen Bilanzgliederung

Hinweise:

Im Konzernbericht, zu dem diese Anlage zu erstellen ist, sind nur die nach Schuldenkonsolidierung verbleibenden Forderungen auszuweisen.

Gesamtschuldenübersicht

Gesamtschuldenübersicht		Zahlen lt. Einzel- bzw. Teilkonzernabschluss (HaBi II)				abzgl. Zahlen aus gegenseitigen Verrechnungen				ergibt: Zahlen für Konzernabschluss			
		Stand 31.12.2xxx	Restlaufzeit			Stand 31.12.2xxx	Restlaufzeit			Stand 31.12.2xxx	Restlaufzeit		
			bis ein Jahr	über ein bis fünf	mehr als fünf Jahre		bis ein Jahr	über ein bis fünf	mehr als fünf Jahre		bis ein Jahr	über ein bis fünf	mehr als fünf Jahre
		Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	
2.1*	Geldschulden												
2.1.1	Anleihen												
2.1.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen												
2.1.3	Liquiditätskredite												
2.1.4	sonstige Geldschulden												
2.2	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften												
2.3	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen												
2.4	Transferverbindlichkeiten												
2.4.1	Finanzausgleichverbindlichkeiten												
2.4.2	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke												
2.4.3	Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfe												
2.4.4	soziale Leistungsverbindlichkeiten												
2.4.5	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen												
2.4.6	Steuerverbindlichkeiten												
2.4.7	andere Transferverbindlichkeiten												

2.5	sonstige Verbindlichkeiten												
2.5.1	durchlaufende Posten												
2.5.1.	verrechnete Mehrwertsteuer												
2.5.1.	Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer												
2.5.1.	sonstige durchlaufende Posten												
2.5.2	abzuführende Gewerbesteuer												
2.5.3	empfangene Anzahlungen												
2.5.4	andere sonstige Verbindlichkeiten												

* = Nr. der offiziellen Bilanzgliederung

Hinweise:

Im Konzernbericht, zu dem diese Anlage zu erstellen ist, sind nur die nach Schuldenkonsolidierung verbleibenden Verbindlichkeiten auszuweisen.

Umbewertungstabelle: Unterschiede HGB - NKR

Name der Beteiligung:				
Vorschrift HGB	Inhalt	Bewertungsvorschrift nach HGB wird angewandt (j/n), Höhe der Bilanzposition, Bemerkungen	Regelung in NKomVG und GemHKVO	Umbewertung notwendig, Arbeitsschritte, voraussichtliche Auswirkungen
Keine Regelung im HGB	Geleistete Investitionszuwendungen (Sonderposten) werden bei zeitbezogenen Vorhalteleistungen z. T. als aktiver RAP ausgewiesen, vgl. Ziffer 311. IDW HFA 2/1996		Gem. § 42 Abs. 4 GemHKVO Aktivierung als immaterieller Vermögensgegenstand und planmäßige Abschreibung	
Keine Regelung im HGB	Empfangene Investitionszuweisungen und –zuschüsse werden als Sonderposten ausgewiesen und aufgelöst, Regelung der GemHKVO ist HGB-konform (allerdings kein a. o. Ertrag bei nicht abnutzbar, sondern o. E.), Wahlweise können aber auch die Anschaffungskosten gemindert werden		Gem. § 42 Abs. 5 GemHKVO Passivierung als Sonderposten und Auflösung über Nutzungsdauer wenn abnutzbar, Zuordnung zum Reinvermögen, wenn nicht abnutzbar	
§ 246 Abs. 1 S. 3	Pflicht zur Aktivierung eines entgeltlich erworbenen Geschäfts- oder Firmenwertes		nicht zulässig	
§ 246 Abs. 2 S. 2	Verrechnung von VG, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Altersvorsorgeverpflichtungen oder vergleichbar dienen, mit den Schulden		Nicht zulässig aufgrund Saldierungsverbot § 42 Abs. 2 GemHKVO	
§ 248 Abs. 2	Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens können als Aktivposten in die Bilanz aufgenommen werden. Nicht aufgenommen werden dürfen selbst geschaffene Marken, Drucktitel, Verlagsrechte, Kundenlisten oder vergleichbare immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens		nicht zulässig	
§ 249 Abs. 1 S. 3	Passivierung von Rückstellungen für im Geschäftsjahr unterlassene Instandhaltungen für Aufwendungen, die im folgenden Geschäftsjahr innerhalb von drei Monaten, oder für Abraumbeseitigung, die im folgenden Geschäftsjahr nachgeholt werden		Passivierungspflicht gem. § 43 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 GemHKVO von Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen, soweit sie innerhalb von drei Jahren nach Ende des Haushaltsjahres nachgeholt werden	

§ 249 Abs. 1, Art. 28 EGHGB	Wahlrecht zur Passivierung von Rückstellungen für unmittelbare Pensionszusagen, die vor dem 01.01.1987 erteilt wurden, und Rückstellungen für mittelbare Pensionszusagen und für ähnliche Verpflichtungen		Passivierungspflicht gem. § 43 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 GemHKVO für alle unmittelbaren Pensionszusagen (z. B. an Beamte) und unmittelbaren ähnlichen Verpflichtungen (Beihilfen an Pensionäre) unabhängig vom Zeitpunkt der Zusage, ebenso Passivierungspflicht für mittelbare Pensionszusagen und mittelbare ähnliche Verpflichtungen in Höhe der Deckungslücke bei der Versorgungseinrichtung zum Bilanzstichtag für die der Aufgabenträger einzustehen hat	
§ 250 Abs. 1 S. 2	Nicht zulässig, durch BilMoG aufgehoben		Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten für als Aufwand berücksichtigte Umsatzsteuer auf am Abschlussstichtag auszuweisende oder von den Vorräten offen abgesetzte Anzahlungen gem. § 49 Abs. 1 S. 2 GemHKVO	
§ 250 Abs. 3	Wahlrecht: Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten für Unterschiedsbetrag bei Verbindlichkeiten (Disagio), zusätzliches Wahlrecht bei Abschreibungszeitraum für Disagio		Pflicht zur Bildung eines Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten für den Unterschiedsbetrag bei Verbindlichkeiten (Disagio) gem. § 49 Abs. 3 GemHKVO, zusätzliches Wahlrecht bei Abschreibungszeitraum für Disagio	
§ 254	Wahlrecht zur Bildung von Bewertungseinheiten für VG, Schulden, schwebende Geschäfte oder mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen mit Finanzierungsinstrumenten zum Ausgleich gegenläufiger Wertänderungen		Nicht zulässig aufgrund Saldierungsverbot § 42 Abs. 2 GemHKVO Hinweis SCS: Aber Zusammenfassung ist möglich, da Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung.	
§ 274 Abs. 2	Aktivierung (Wahlrecht) oder Passivierung (Passivierung) von latenten Steuern aus der Differenz zwischen handels- und steuerrechtlicher Bewertung		nicht zulässig	
§ 253 Abs. 1 S. 3	Bewertung von nach § 246 Abs. 2 S. 2 verrechnete VG mit beizulegendem Zeitwert		Nicht zulässig über Anschaffungswert gem. § 96 Abs. 4 S. 2 NGO / § 124 Abs. 4 S. 2 NKomVG	
§ 253 Abs. 1 S. 4	Bewertung der Rückstellungen vom beizulegenden Zeitwert der Wertpapiere bei Altersvorsorgeverpflichtungen, die sich ausschließlich nach diesem Zeitwert bestimmen		Gem. § 43 Abs. 2 GemHKVO zulässig	

§ 253 Abs. 2 S. 1	Rückstellungen mit Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichem Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abzuzinsen		Gem. § 43 Abs. 2 S. 2 GemHKVO dürfen Rückstellungen nur insoweit abgezinst werden, als die ihnen zu Grunde liegenden Verpflichtungen einen Zinsanteil enthalten, also i. d. R. nicht	
§ 253 Abs. 2 S. 2	Rückstellungen für Altersversorgung oder vergleichbare langfristig fällige Verpflichtungen können wahlweise zu § 253 Abs. 2 S. 1 HGB pauschal mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst werden, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.		Gem. § 43 Abs. 3 GemHKVO Barwert nach Teilwertverfahren mit Zinssatz 5 %	
§ 253 Abs. 3 S. 1, 2	Methoden der planmäßigen Abschreibung des abnutzbaren Anlagevermögens, Wahlrecht zwischen linearer, degressiver Abschreibung, Leistungsabschreibung, digitaler und progressiver Abschreibung soweit handelsrechtlich begründbar		Gem. § 47 Abs. 1 S. 1 GemHKVO Pflicht zur linearen Abschreibung, aber degressive Abschreibung und Leistungsabschreibung ggf. über §§ 6, 7 EStG in BgAs anwendbar	
§ 253 Abs. 3 S. 1, 2	Festlegung der Nutzungsdauer von Gegenständen des abnutzbaren Anlagevermögens nach der tatsächlichen Nutzungsdauer		Pflicht zur Anwendung der Abschreibungstabelle des MI gem. § 47 Abs. 3 GemHKVO, Abweichungen sind mit Begründungen im Anhang möglich, Begründung bei Abweichung i. d. R. vorhanden, da Festlegungen gem. § 253 Abs. 3 HGB aufgrund der tatsächlichen Nutzungsdauer erfolgen	
§ 253 Abs. 3 S. 4	Wahlrecht zur außerplanmäßigen Abschreibungen auf Finanzanlagen bei voraussichtlich nur vorübergehender Wertminderung		Abschreibungspflicht gem. § 47 Abs. 5 GemHKVO bei Finanzvermögen auf den Börsen- der Marktpreis oder niedrigeren Wert nur bei vorübergehender Wertminderung	
§ 255 Abs. 2, 3	Bemessung der Herstellungskosten, Wahlrecht zur Einbeziehung von angemessenen Teilen der Kosten der allgemeinen Verwaltung sowie angemessenen Aufwendungen für soziale Einrichtungen des Betriebs, für freiwillige soziale Leistungen und für die betriebliche Altersversorgung, soweit diese auf den Zeitraum der Herstellung entfallen		nicht zulässig	

§ 256	Bewertung nur nach Lifo- und Fifo-Methode zulässig		Gem. § 46 Abs. 3 GemHKVO alle Verbrauchs- und Veräußerungsfolge zulässig	
§ 256a	Bewertung der Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit von nicht mehr als 1 Jahr in Fremdwährung zum Devisenkassamittelkurs auch über Anschaffungskosten oder unter ursprünglichem Erfüllungsbetrag		nicht zulässig über Anschaffungswert gem. § 96 Abs. 4 S. 2 NGO / § 124 Abs. 4 S. 2 NKomVG und unter Rückzahlungsbetrag gem. § 96 Abs. 4 S. 6 NGO / § 124 Abs. 4 S. 2 NKomVG	

Vordruck Verrechnungskonten

Ifd. Nr.	Sachverhalt, der an die oder von der Beteiligung an die Stadt berechnet wird	Geleistete	Erhaltene	Bezeichnung	Forderungs-	Verbindlich-	Bezeichnung	Größenordnung der Konzerninternen Verrechnung aus diesem Sachverhalt in TEUR (ca.) pro Jahr
		Investitions- zuwen- dungen/ Aufwands- konto	Investitions- zuwen- dungen/ Ertrags- konto		konto	keitskonto		
		Nr.	Nr.		Nr.	Nr.		
1								
2								
3								
4								
5								
6								
7								
8								
9								
10								
11								
12								
13								
14								
15								

Beispiel „K.O.-Tabelle“- Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung

Bildung der Rückstellung mit einer K.O.-Tabelle

Die folgende Tabelle zeigt, wie die Rückstellung mit einer K.O.-Tabelle zu errechnen ist:

(x heißt: Maßnahme wird nicht mehr betrachtet, da schon k.o.)

Bezeichnung der Maßnahme, die in den folgenden 12 Monaten erledigt wurde:	Maßnahme war rechtlich oder technisch erforderlich und im Vorjahr fällig nein = k.o.	Maßnahme war investiv ja = k.o.	Maßnahme war unter EUR 10.000 Ja = k.o.	Es gab eine Teilwertabschreibung ja = k.o.	Kosten der Maßnahme (EUR)
Maßnahme A	k.o.	x	x	x	x
Maßnahme B	ja	nein	nein	k.o.	x
Maßnahme C	k.o.	x	x	x	x
Maßnahme D	ja	nein	nein	nein	40.000
Maßnahme E	ja	k.o.	x	x	x
Maßnahme F	ja	k.o.	x	x	x
Maßnahme G	ja	nein	k.o.	x	x
div. Maßnahmen unter z.B. 10.000 EUR	teils/teils	teils/teils	k.o.	x	x
Summe (= Rückstellung)					40.000

Sobald ersichtlich ist, dass in irgendeinem Feld k.o. einzutragen ist, braucht die entsprechende Zeile nicht mehr untersucht zu werden. Hier ergibt sich dann für diese Maßnahme keine Rückstellung.

Im Ergebnis des Beispiels wird nur für Maßnahme D eine Rückstellung für unterlassene Instandhaltung gebildet, da alle anderen Maßnahmen k.o. sind.

Anlage VII: Beteiligungsbericht 2013



Stadt Emden Beteiligungsbericht 2013

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einführung	
Rechtliche Rahmenbedingungen	III
Abgrenzung der betrachteten Einrichtungen	VI
Zeitraumbezug	VI
Zusammengefasste Daten 2011	VII
Übersicht der Beteiligungen	VIII
Beteiligungen der Stadt Emden	
Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH, Emden.....	1
Stadtwerke Emden GmbH, Emden.....	7
Flugplatz Emden GmbH.....	21
GEWOBA Emden Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH, Emden	27
AAFöG Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Stadt Emden mbH, Emden.....	35
Zukunft Emden GmbH, Emden	47
Emden GründerInnenzentrum GmbH	53
Klinikum Emden Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH, Emden	57
KES - Klinikum Emden Servicegesellschaft mbH	69
MVZ - Klinikum Emden gemeinnützige GmbH.....	75
Abfallwirtschaftsgesellschaft Emden mbH, Emden	81
Stadtentwicklung Emden KAdöR, Emden	87
Rettungsdienst DRK / Stadt Emden GbR, Emden.....	93
Ostfriesische Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH	97

Industriewasserversorgungsgesellschaft Nordwest-Niedersachsen mbH, Wilhelmshaven	107
Emden Marketing & Tourismus GmbH	111
Güterverkehrszentrum Emsland Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH.....	115
Ostfriesland Tourismus GmbH, Leer	119
Verkehrsregion – Nahverkehr Ems-Jade GbR	123
Chemisches Untersuchungsamt Emden GmbH	127

Weitere Einrichtungen der Stadt Emden

Grundlagen	131
Sparkasse	131
Zweckverbände.....	131
Vereine	132
Stiftungen.....	132
Sonstige Einrichtung	133
Eigenbetrieb Bau- und Entsorgungsbetrieb Emden	135

Einführung

Rechtliche Rahmenbedingungen

Das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz legt in der geltenden Fassung fest, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden und damit der Stadt Emden zulässig ist.

Die Kommune hat gemäß § 151 NKomVG einen Bericht über ihre Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts und über ihre Beteiligungen daran sowie über ihre kommunalen Anstalten (Beteiligungsbericht) zu erstellen und jährlich fortzuschreiben. Der Beteiligungsbericht enthält insbesondere Angaben über:

1. den Gegenstand des Unternehmens oder der Einrichtung, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die von dem Unternehmen oder der Einrichtung gehaltenen Beteiligungen,
2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen oder die Einrichtung.
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Lage des Unternehmens oder der Einrichtung, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Kommune und die Auswirkungen auf die Haushalts- und Finanzwirtschaft sowie
4. das Vorliegen der Voraussetzungen des § 136 Abs. 1 für das Unternehmen.

Die Einsicht in den Beteiligungsbericht ist jedermann gestattet. Wird der Beteiligungsbericht durch den

Für die Führung oder die Beteiligung an Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts sind gemäß § 137 Abs. 1

konsolidierten Gesamtabchluss nach § 128 Abs. 6 Satz 4 ersetzt, so ist die Einsichtnahme nach Satz 3 auch hierfür sicherzustellen. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

Gemäß §§136 ff. NKomVG dürfen Kommunen sich zur Erledigung ihrer Angelegenheiten wirtschaftlich betätigen. Sie dürfen Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn und soweit nach § 36 Abs. 1 NKomVG

1. der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt,
2. die Unternehmungen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Kommunen und zum voraussichtlichen Bedarf stehen und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Energieversorgung, der Wasserversorgung, des öffentlichen Personenverkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telefondienstleistungen der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Keine Unternehmen im Sinne der NKomVG-Regelungen sind insbesondere Einrichtungen, zu denen die Kommunen gesetzliche verpflichtet sind, sowie weiterhin Einrichtungen, die als Hilfsbetriebe ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs der Kommune dienen.

NKomVG in Verbindung mit § 136 NKomVG insbesondere folgende Kriterien zu erfüllen:

1. die Voraussetzungen des § 136 Abs. 1 NKomVG müssen erfüllt sein,
2. es ist eine Rechtsform zu wählen, die die Haftung der Kommune auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
3. die Einzahlungsverpflichtungen (Gründungskapital, laufende Nachschusspflicht) der Kommune müssen in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit stehen,
4. die Kommune darf sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbe-

Auf die Wirtschaftsgrundsätze wird in § 149 NKomVG gesondert eingegangen.

Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Kommunen erwirtschaften, soweit das mit ihrer Aufgabe der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu bringen ist.

Die Erträge jedes Unternehmens sollen mindestens alle Aufwendungen einschließlich der marktüblichen Verzinsung des Eigenkapitals decken und die Zuführungen zum Eigenkapital (Rücklagen) ermöglichen, die zur Erhaltung des Vermögens des Unternehmens sowie zu seiner

Auf die Pflicht der Gemeinde zur Einführung eines Beteiligungsmanagement zur Koordination und Überwachung ihrer Beteiligungen wird in § 150 NKomVG eingegangen.

Die Kommune überwacht und koordiniert ihre Unternehmen und ihre nach § 136 Abs. 4 und § 139 geführten Einrichtungen sowie Beteiligungen an ihnen im Sinne der von ihr zu erfüllenden öffentlichen Zwecke.

stimmter oder unangemessener Höhe verpflichten,

5. durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung ist sicher zu stellen, dass der öffentliche Zweck des Unternehmens erfüllt wird,
6. es ist durch Gesellschaftsvertrag durch Satzung oder in anderer Weise sicher zu stellen, dass die Kommune einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält.

technischen und wirtschaftlichen Fortentwicklung notwendig sind.

Zu den Aufwendungen gehören auch angemessene Abschreibungen, die Steuern, die Konzessionsabgabe, die Zinsen für die zu Zwecken des Unternehmens aufgenommenen Schulden, die marktübliche Verzinsung der von der Kommune zur Verfügung gestellten Betriebsmittel, sowie die angemessene Vergütung der Leistungen und Lieferungen von Unternehmen und Verwaltungszweigen der Kommune für das Unternehmen.

Die Kommune ist berechtigt, sich jederzeit bei den jeweiligen Unternehmen, Gesellschaften und Einrichtungen zu unterrichten.

Die Sätze 1 und 2 gelten auch für mittelbare Beteiligungen im Sinne des § 137 Abs. 2. Die Sätze 2 und 3 gelten nicht, soweit ihnen zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

Auf die Vertretung der Kommunen in Unternehmen und Einrichtungen wird in § 138 NKomVG eingegangen:

- Die Vertreterinnen und Vertreter der Kommune in der Gesellschafterversammlung oder einem der Gesellschaftsversammlung entsprechenden Organ von Eigengesellschaften oder von Unternehmen oder Einrichtungen, an denen die Kommune beteiligt ist, werden von der Vertretung gewählt. Sie haben die Interessen der Kommune zu verfolgen und sind an die Beschlüsse der Vertretung und des Hauptausschusses gebunden. Der Auftrag an sie kann jederzeit widerrufen werden.
- Sind mehrere Vertreterinnen und Vertreter der Kommune zu benennen, so ist die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte zu berücksichtigen, es sei denn, dass sie oder er darauf verzichtet oder zur Geschäftsführerin oder zum Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt ist. Auf Vorschlag der Hauptverwaltungsbeamtin oder des Hauptverwaltungsbeamten kann an ihrer oder seiner Stelle eine andere Beschäftigte oder ein anderer Beschäftigter der Kommune benannt werden. Nach Maßgabe des Gesellschaftsrechts kann sich die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte oder eine nach Satz 2 zur Vertretung der Kommune berechtigte Person durch andere Beschäftigte der Kommune vertreten lassen.
- Die Kommune ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, dass ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in einen Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet die Vertretung.
- Die Vertreterinnen und Vertreter der Kommune haben die Vertretung über alle Angelegenheiten von besonderer

Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

- Die Vertreterinnen und Vertreter der Kommune in der Gesellschafterversammlung oder einem der Gesellschaftsversammlung entsprechenden Organ einer Gesellschaft, bei der die Kommune allein oder zusammen mit anderen Kommunen oder Zweckverbänden über die Mehrheit der Anteile verfügt, dürfen der Aufnahme von Krediten und Liquiditätskrediten nur mit Genehmigung der Vertretung zustimmen.
- Werden Vertreterinnen und Vertreter der Kommune aus ihrer Tätigkeit haftbar gemacht, so hat die Kommune sie von der Schadenersatzverpflichtung freizustellen, es sei denn, dass sie den Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt haben. Auch in diesem Falle ist die Kommune regresspflichtig, wenn sie nach Weisung gehandelt haben.
- Vergütungen aus einer Tätigkeit als Vertreterin oder Vertreter der Kommune in Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts sind an die Kommune abzuführen, soweit sie über das Maß einer angemessenen Aufwandsentschädigung hinausgehen. Die Vertretung setzt für jede Vertretungstätigkeit die Höhe der angemessenen Entschädigung fest. Der Beschluss ist öffentlich bekannt zu machen.
- Die Absätze 6 und 7 gelten entsprechend für die Tätigkeit als Mitglied in einem Aufsichtsrat und in anderen Organen der Unternehmen und Einrichtungen, wenn das Mitglied von der Kommune mit Rücksicht auf seine Zugehörigkeit zur Vertretung entweder entsandt oder sonst auf ihre Veranlassung bestellt worden ist.

Abgrenzung der betrachteten Einrichtungen

Nicht Gegenstand dieses Berichtes sind Einrichtungen der Stadt Emden, die in der Rechtsform des Eigenbetriebes geführt werden. Dies betrifft für die Stadt Emden auf den Eigenbetrieb Bau- und Entsorgungsbetrieb Emden sowie den Eigenbetrieb Gebäudemanagement der Stadt Emden zu.

Weiterhin nicht Gegenstand dieses Berichtes sind Unternehmen, die nicht Unternehmen im Sinne der NKomVG sind. Zu diesen Einrichtungen zählen die Stadtsparkasse Emden sowie die Mitgliedschaft / Vertretung in Zweckverbänden,

Vereinen, Stiftungen und sonstigen Einrichtungen.

Diese Einrichtungen und Unternehmen sind in der Rubrik "Weitere Einrichtungen" der Stadt Emden zur Information aufgeführt.

Hiervon ausgenommen sind Unternehmen der Kommune, die in der Rechtsform einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts (Kommunale Anstalt) errichtet wurden. Für die Stadt Emden trifft dies auf die Stadtentwicklung Emden KAdöR zu, die somit Gegenstand dieses Berichtes ist.

Zeitraumbezug

Der Emdener Beteiligungsbericht 2013 gibt für die Wirtschaftsjahre 2008 bis 2011 eine Übersicht über die betriebswirtschaftlichen Unternehmensdaten und Unternehmensaufgaben wieder. Die Daten basieren auf den bei Berichtserstellung aktuell vorliegenden geprüften Jahresabschlüssen.

Die vollständigen Jahresabschlüsse der aufgeführten Unternehmen liegen im Beteiligungsmanagement der Stadt Emden vor und können nach vorheriger Terminabsprache dort eingesehen werden.

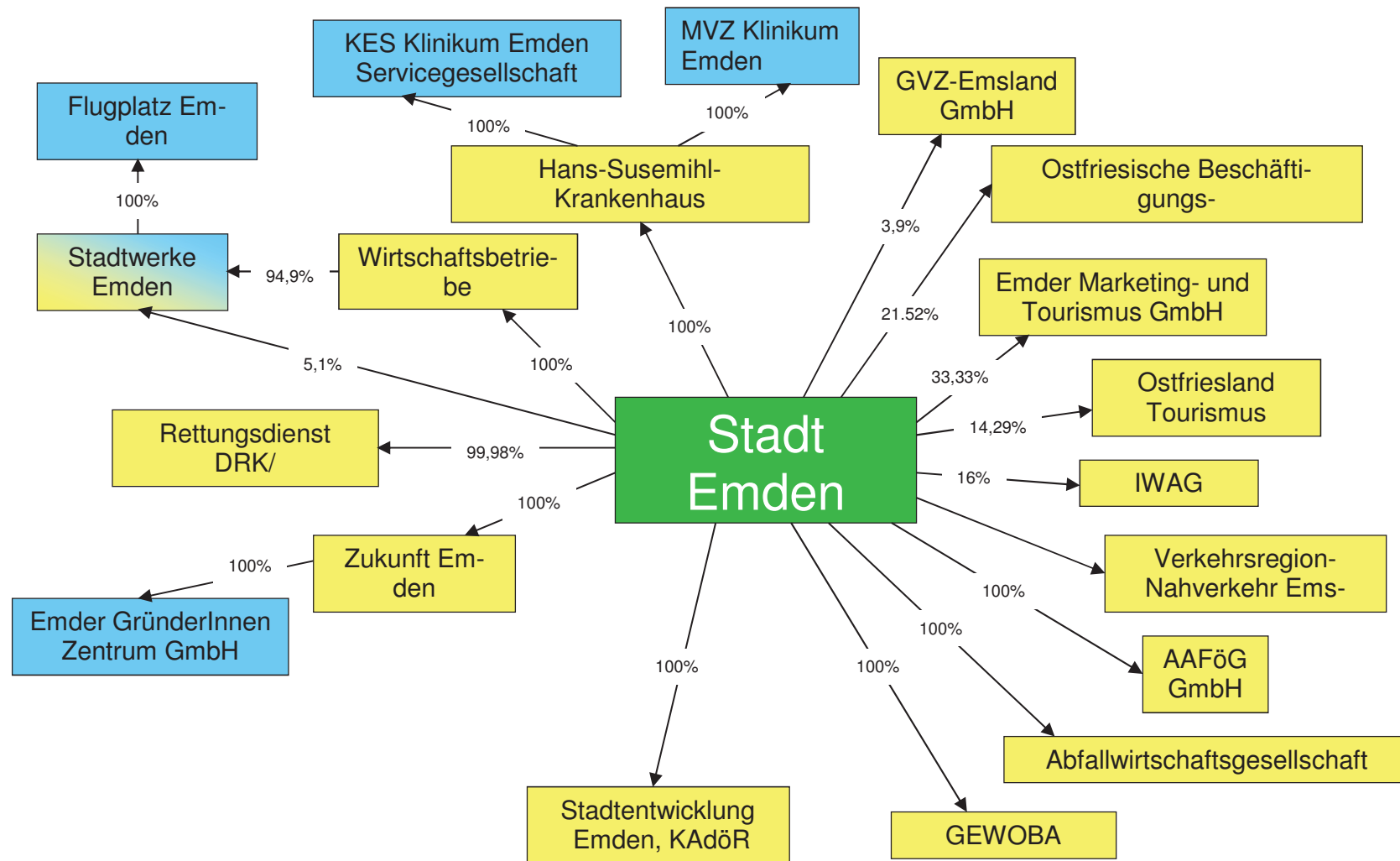
Die Besetzung der Gremien bezieht sich, wenn nicht anders angegeben, auf den Bilanzstichtag 31.12.2011.

Emden, im Februar 2013
Stadt Emden -Vorstandsbüro-
Der Oberbürgermeister

Zusammengefasste Daten der Gesellschaften für 2011

	Beteiligungs- betrag	Beteiligungs- quote	Bilanz- summe	Anlage- vermögen	Gesamt- leistungen	Personal- aufwand	Zahlung an die Stadt Emden
	T€	%	T€	T€	T€	T€	T€
Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH	10.818	100	20.449	19.207	143	0	0
Stadtwerke Emden GmbH	581	5,1	66.556	56.666	56.734	8.339	91
Flugplatz Emden GmbH	0	0,0	6.327	6.183	461	12	0
GEWOBA GmbH, Emden	1.000	100	23.062	20.101	4.597	718	0
AAFöG GmbH, Emden	100	100	375	32	1.287	1.338	-399
Zukunft Emden GmbH	8.400	100	53.828	51.539	6.700	334	0
Emder GründerInnen Zentrum GmbH	0	0	131	18	254	132	0
Klinikum Emden HSK gGmbH	3.000	100	50.255	35.553	54.663	35.482	-1.657
KES Klinikum Emden Servicegesellschaft GmbH	0	0	394	229	5.667	1.038	0
MVZ Klinikum Emden gGmbH	0	0	342	261	313	244	0
Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH	25	100	545	133	1.059	83	0
Stadtentwicklung Emden KAdöR	8.432	100	28.107	10.008	782	291	0
Rettungsdienst DRK /Stadt Emden GbR	36	100	1.068	467	1.525	970	0
OBW GmbH	1.537	22	28.499	17.336	27.795	15.538	0
IWAG GmbH, Wilhelmshaven	25	16	707	407	273	8	0
Emder Marketing- & Tourismus GmbH	9	33	174	37	601	226	-150
GVZ-Emsland GmbH	1	4	66	2	25	0	0
Ostfriesland Tourismus GmbH	6	14	393	32	580	278	-25
Verkehrsregion Nahverkehr Ems-Jade	0	0	654	8	375	186	-23
CUA GmbH	7	25,1	710	240	1.264	118	0
Summe	33.977	-	282.642	218.459	165.098	65.325	-607
nachrichtlich:							
städtischer Haushalt (ordentliche Erträge)			274.963	258.359	137.811	36.088	
Eigenbetrieb BEE			117.709	115.686	17.011	3.728	

Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts
einschließlich mittelbare Beteiligungen



Stand: Jan. 2011

Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist nach § 2 des Gesellschaftsvertrags die Errichtung und Betreibung von in der Stadt Emden befindlichen Bädern. Weiterhin hält das Unternehmen eine Mehrheitsbeteiligung an den Stadtwerken Emden GmbH.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmenszweck gefördert werden kann.

Die Gesellschaft ist als eine „kleine“ Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 HGB

handelsrechtlich nicht zur Durchführung einer Jahresabschlussprüfung nach den Vorschriften der §§ 316 ff. HGB verpflichtet. Die Verpflichtung zur Prüfung ergibt sich aus den Vorschriften der §§ 157 ff. NKomVG.

Der im Gesellschaftervertrag definierte Unternehmenszweck wurde im Berichtsjahr erfüllt.

Gesellschaftskapital und Gesellschafter

Stammkapital	10.818.600 €
Beteiligung der Stadt Emden	100 %

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht aus 13 stimmberechtigten und weiteren beratenden Mitgliedern.

Dem Aufsichtsrat gehörten im Berichtsjahr an:

stimmberechtigte Mitglieder:

Alwin Brinkmann	Oberbürgermeister –Vorsitzender-	bis 16.11.2011
Bernd Bornemann	Oberbürgermeister –Vorsitzender-	ab 17.11.2011
Karsten Rabenstein	Arbeitnehmersvertreter -Stellvertretender Vorsitzender-	
Erich Bolinius	Ratsherr	bis 16.11.2011
Herbert Buischer	Ratsherr	
Walter Davids	Ratsherr	
Ralph Esser	Arbeitnehmersvertreter	ab 17.11.2011
Horst Jahnke	Ratsherr	bis 16.11.2011
Michael Janssen	Arbeitnehmersvertreter	bis 16.11.2011
Aloys Kiepe	Arbeitnehmersvertreter	
Rolf Kramer	Arbeitnehmersvertreter	
Elfriede Meyer	Ratsfrau	ab 17.11.2011
Marianne Pohlmann	Ratsfrau	
Bernd Renken	Ratsherr	ab 17.11.2011
Johann Südhoff	Ratsherr	
Benjamin Swieter	Arbeitnehmersvertreter	bis 16.11.2011
Ingo Tuitje	Arbeitnehmersvertreter	
Heinrich Veith	Arbeitnehmersvertreter	

beratende Mitglieder:

Erich Bolinius	Ratsherr	ab 17.11.2011
Martin Lutz	Erster Stadtrat	
Andreas Docter	Stadtbaurat	
Wilfried Graf	Ratsherr	bis 16.11.2011

Geschäftsführung

Herr Remmer Edzards

Wesentliche Verträge

Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag zwischen der Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH und der Stadtwerke Emden GmbH. Der Vertrag wurde im Jahr 2005 geschlossen und bis zum 31. Dezember 2010 unkündbar. Der Vertrag verlängert sich automatisch um weitere drei Kalenderjahre, sollte er nicht vorher mit einer Kündigungsfrist von einem Jahr gekündigt werden. Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 21.11.2005.

Es wurde ein Grundstückskaufvertrag mit der Stadt Emden vom 01.12.2005 abgeschlossen.

Mit der Stadt Emden wurde am 22.04.2004 ein Betreibervertrag für das Hallenbad geschlossen.

Ein Planungs-, Bau- und Betreibervertrag wurde zwischen der Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH und der Allwetterbad Emden GmbH am 28.07.2005 abgeschlossen.

Tabelle 1: Bilanz

	31.12.2008 T€	31.12.2009 T€	31.12.2010 T€	31.12.2011 T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Sachanlagen	9.529	9.148	8.721	8.388
II. Finanzanlagen	10.819	10.819	10.819	10.819
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	0	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	701	670	197	1.231
III. Schecks, Kassenbestand, Bundesbank und Postgiroguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	0	0	7	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	11	11	0	11
Bilanzsumme	21.060	20.648	19.743	20.449
Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	10.819	10.819	10.819	10.819
II. Verlustvortrag	-784	-856	-666	- 953
III. Bilanzgewinn/ -verlust	73	191	-287	961
B. Rückstellungen	142	234	573	15
C. Verbindlichkeiten	10.956	10.261	9.305	9.608
Bilanzsumme	21.060	20.648	19.743	20.449

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 T€	2009 T€	2010 T€	2011 T€
1. Umsatzerlöse	0	0	0	0
2. Sonstige betriebliche Erträge	178	180	148	143
Gesamtleistungen	178	180	148	143
3. Materialaufwand	563	634	671	671
4. Personalaufwand	0	0	0	0
5. Abschreibungen	425	426	427	429
6. Sonstige betriebl. Aufwendungen	168	160	122	113
7. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0
8. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	1.634	2.155	1.689	2.093
9. Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	471	417	387	361
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	187	698	231	661
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	230	478	488	-329
12. Sonstige Steuern	30	30	30	30
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-73	191	-287	961

Lagebericht

Allgemeines zum Geschäftsjahr 2011

Gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages ist Gegenstand des Unternehmens die Errichtung und Betreuung von in der Stadt

befindlichen Bädern. Weiterhin hält das Unternehmen eine Mehrheitsbeteiligung an der Stadtwerke Emden GmbH.

Besucherentwicklung der Bäder

Friesentherme:

	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>Veränderung:</u>
Bad allgemein	99.510	89.504	10.006
Bad Schulen und Vereine	30.320	34.761	-4.441
Sauna	<u>39.231</u>	<u>39.476</u>	<u>-245</u>
Insgesamt	<u>169.061</u>	<u>163.741</u>	<u>5.320</u>

Freibad Borssum:

	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>Veränderung:</u>
Bad allgemein			
einschl. Schulen und Vereine	<u>34.093</u>	<u>40.754</u>	<u>-6.661</u>

Ertragslage

Die Gesellschaft hat die Bäder für einen Zeitraum von 30 Jahren, beginnend ab Dezember 2006 an eine Betreibergesellschaft verpachtet und weist daher keine Umsatzerlöse aus dem Badebetrieb aus. Die laufenden Ausgaben für den Betriebskostenzuschuss an den Betreiber (382 T€), für Wärmebezug (65 T€), Abschreibungen (429 T€), Zinsaufwendungen (361 €), Grundsteuern (30 T€) und sonstige laufende betriebliche Aufwendungen deckt die Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH. Die sonstigen betrieblichen Einnahmen aus Pachten und Gebühren sind demgegenüber von untergeordneter Bedeutung. Die Wirtschaftsbetriebe Emden

haben einen außerordentlichen Betriebskostenzuschuss von 178 T€ (im Vorjahr 138 T€) an die Allwetterbad Emden GmbH gezahlt.

Der Betriebsverlust nach der Gewinn- und Verlustrechnung verringerte sich leicht um 2 T€.

Im Berichtsjahr erhöhten sich die Erträge aus dem Ergebnisabführungsvertrag um 404 T€ auf 2.093 T€.

Aufgrund von geringeren Zinsaufwendungen durch Darlehenstilgungen und Ertragsteuererstattungen für Vorjahre errechnet sich der Jahresüberschuss auf 961 T€.

Vermögenslage

Die Gesellschaft verfügt fast ausschließlich über langfristig gebundene Vermögenswerte. Diese betragen 93,9 % oder 19.206 T€ der Bilanzsumme. Hiervon betreffen 10.819 T€ die Beteiligung an der Stadtwerke Emden GmbH. Den langfristig gebundenen Vermögenswerten stehen langfristige Mittel von 18.543 T€ oder 90,7 % der Bilanzsumme gegenüber, davon beträgt das Eigenkapital 10.827 T€ oder 52,9 %.

Der operative Cashflow betrug 427 T€. Aus ihm wurden die Investitionen (96 T€) und Darlehenstilgungen (338 T€) finanziert. 7 T€ wurden dem Finanzmittelfonds entnommen, der danach T€ 0 beträgt. Damit sind die zum Bilanzstichtag des Vorjahres bestehenden liquiden Mittel vollständig abgebaut.

Forschung und Entwicklung

Die Gesellschaft ist über die Stadt Emden in verschiedenen Organisationen vertreten, die sich mit Forschungs- und Entwicklungsaufgaben befassen. Selbst ist sie ständig bemüht, durch Attraktivitätsmaßnahmen die Bäder wettbewerbsfähig zu halten.

Chancen und Risiken

Aufgrund von Attraktivitätsmaßnahmen, guter Serviceleistungen und technischen Optimierungen in den Bädern wird eine Verbesserung der Ertragslage und eine Kosten-senkung erwogen.

Durch den Abschluss eines Betreibervertrages mit der Allwetterbad GmbH über einen Zeitraum von 30 Jahren gegen Zahlung eines Betriebskostenzuschusses von 382 T€ hat die Gesellschaft das Kostenri-

siko weitgehend eingeschränkt. Allerdings hat die Gesellschaft nach dem Vertrag für Instandhaltungsarbeiten an Dach und Fach selbst Sorge zu tragen. Außerdem beteiligt sie sich an Attraktivitätsmaßnahmen. Diese Aufgaben kann die Gesellschaft bei entsprechender Ergebnisabführung seitens der Stadtwerke Emden GmbH erfüllen.

Prognosebericht

Für das Folgejahr rechnet die Gesellschaft mit weiter gleichbleibenden Erträgen aus Gewinnabführungen als auch sonstigen betrieblichen Erträgen. Demgegenüber bestehen nach wie vor Aufwendungen für Betriebskostenzuschüsse, Abschreibungen und Zinsen. Insgesamt erwartet die Gesellschaft ein ausgeglichenes Jahresergebnis.

Aufgrund von Attraktivitätsmaßnahmen und guter Serviceleistungen ist die Gesellschaft bestrebt in den nächsten Jahren eine Ergebnisverbesserung zu erreichen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres waren nicht zu verzeichnen.

Verbundene Unternehmen der Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH

Stadtwerke Emden GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages die Strom-, Gas- und Wasserversorgung der Bevölkerung, die Errichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke, die Pachtung und Verpachtung und der Erwerb derartiger Unternehmen, die Beteiligung an anderen Unternehmen dieser Art und der Betrieb aller mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängenden und seinen Belangen dienenden Geschäften. Gegenstand

des Unternehmens ist weiterhin die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs. Das Unternehmen darf andere Gesellschaften, die Aufgaben der Daseinsvorsorge erfüllen, übernehmen und sich an solchen Gesellschaften beteiligen.

Der im Gesellschaftervertrag definierte Unternehmenszweck wurde im Berichtsjahr erfüllt.

Gesellschaftskapital und Gesellschafter

Stammkapital	11.400.000 €
Beteiligung der Stadt Emden	5,1 %
Beteiligung der Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH	94,9 %

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Emden GmbH setzt sich aus dem Oberbürgermeister der Stadt Emden sowie aus sechs vom Rat entsandten Vertretern der Stadt

Emden und sechs Arbeitnehmervertretern zusammen. Weiterhin gehören zum Aufsichtsrat weitere nicht stimmberechtigte beratende Mitglieder.

stimmberechtigte Mitglieder:

Alwin Brinkmann	Oberbürgermeister –Vorsitzender–	bis 16.11.2011
Bernd Bornemann	Oberbürgermeister –Vorsitzender–	ab 17.11.2011
Karsten Rabenstein	Arbeitnehmervertreter - Stellvertretender Vorsitzender–	
Erich Bolinius	Ratsherr	bis 16.11.2011
Herbert Buisker	Ratsherr	
Walter Davids	Ratsherr	
Ralph Esser	Arbeitnehmervertreter	ab 17.11.2011
Horst Jahnke	Ratsherr	bis 16.11.2011
Michael Janssen	Arbeitnehmervertreter	bis 16.11.2011
Aloys Kiepe	Arbeitnehmervertreter	
Rolf Kramer	Arbeitnehmervertreter	
Elfriede Meyer	Ratsfrau	ab 17.11.2011
Marianne Pohlmann	Ratsfrau	ab 17.11.2011
Bernd Renken	Ratsherr	ab 17.11.2011

Heinrich Veith	Arbeitnehmervertreter
Ingo Tuitje	Arbeitnehmervertreter
Johann Südhoff	Ratsherr

beratende Mitglieder:

Erich Bolinius	Ratsherr	ab 17.11.2011
Martin Lutz	Erster Stadtrat	
Andreas Docter	Stadtbaurat	
Stephan-Gerhard Koziolk	Ratsherr	bis 16.11.2011
Bernd Renken	Ratsherr	bis 16.11.2011

Geschäftsführung

Herr Remmer Edzards

Gesellschafterversammlung

Die Stadt Emden entsendet drei vom Rat der Stadt Emden gewählte Vertreter mit

einheitlicher Stimmabgabe in die Gesellschafterversammlung.

Tabelle 1: Bilanz

	31.12.2008 T€	31.12.2009 T€	31.12.2010 T€	31.12.2011 T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	305	331	321	404
II. Sachanlagen	54.307	53.303	53.621	53.699
III. Finanzanlagen	4.777	2.757	2.723	2.631
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	770	9.801	898	954
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	15.333	6.748	12.063	8.723
III. Wertpapiere	544	706	0	0
IV. Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	692	4.166	1.042	122
C. Rechnungsabgrenzungsposten	26	26	21	21
Bilanzsumme	76.754	77.839	70.691	66.556
Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	11.400	11.400	11.400	11.400
II. Kapitalrücklagen	1206	1.478	1.784	2.067
III. Gewinnrücklagen	757	757	3.100	3.100
IV. Jahresüberschuss	0	0	0	0
B. Empfangene Ertragszuschüsse	4.531	3.906	3.321	2.780
C. Rückstellungen	11.224	12.228	10.806	10.261
D. Verbindlichkeiten	47.635	48.069	40.280	36.949
E. Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	0	0
Bilanzsumme	76.754	77.839	70.691	66.556

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 T€	2009 T€	2010 T€	2011 T€
1. Umsatzerlöse	65.083	60.323	63.273	64.336
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	381	426	536	319
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.105	4.086	2.150	2.947
Gesamtleistungen	66.569	64.835	65.959	67.603
4. Materialaufwand	42.820	41.243	41.404	42.534
5. Personalaufwand	7.319	8.615	7.899	8.339
6. Abschreibungen	4.801	4.816	4.775	4.807
7. Sonstige betriebl. Aufwendungen	8.157	6.173	7.086	7.596
8. Erträge aus Gewinnabführungsvertrag	0	0	0	0
9. Aufwendungen aus Verlustübernahme	377	394	485	565
10. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	4	7	14	10
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	259	137	160	89
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.797	1.482	1.589	1.523
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0	115
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.560	2.256	2.895	2.224
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	143	5	76	11
15. Sonstige Steuern	28	29	28	28
16. Ausgleichszahlungen an den außenstehenden Gesellschafter	40	67	29	91
17. Aufwendungen aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages	1.634	2.155	1.689	2093
Jahresüberschuss	0	0	0	0

Tabelle 3: Leistungsdaten

	2008	2009	2010	2011
Versorgungsnetz				
Strom				
- Netzlänge (Km)	725,3	729,1	735,4	747,4
- Zähler	27.993	28.381	28.641	28.688
Gas				
- Netzlänge (Km)	470,5	472,1	477,3	478,1
- Zähler	19.226	19.303	19.486	19.426
Wasser				
- Netzlänge (Km)	558,3	561,7	562,5	566,9
- Zähler	16.634	16.746	16.857	16.937
Wärme				
- Zähler	183	195	212	229
Abgabemengen				
- Strom (Mio. KWh)	154,3	152,2	122,5	121,4
Davon in eigenen Windkraftanlagen erzeugt (Mio. KWh)				
- Stromhöchstlast (Mio. KW)				
- Gas (Mio. kWh)	543,6	510,9	646,7	490,3
- Wasser (Mio. cbm)	3,2	3,1	3,3	3,3
- Wärme (MWh)	36,8	45,6	59,2	55,3
Energieanlagen				
- Wärmeerzeugungsanlagen	45	45	47	53
- Windkraftanlagen	11	12	12	12
Personalentwicklung				
- Mitarbeiter	121	120	129	137
- Auszubildende	21	22	21	21
Nahverkehr				
- beförderte Personen	1.516.438	1.524.225	1.554.359	1.520.390
- Kurzparker	100.158	110.074	109.219	109.531
- Dauerparker	21.133	23.174	27.800	30.306

Lagebericht

Allgemeines zum Geschäftsjahr 2011

Die Versorgungswirtschaft in Deutschland befindet sich derzeit in einem tiefgreifenden Veränderungsprozess. Mit der aktuellen Entscheidung zum Atomausstieg erhalten die erneuerbaren Energien eine zunehmende Bedeutung. Gemäß des Energiekonzepts der Bundesregierung soll der Beitrag an erneuerbarer Energien bis zum Jahr 2020 auf einen Anteil von 20 % steigen. Im Energiemix der Zukunft zum Erreichen einer nahezu CO₂-freien Stromerzeugung in Deutschland bis 2050 wird die Windenergie nach Expertensicht die zentrale Rolle übernehmen.

Zusätzlich werden Versorgungsunternehmen mit der weiterführenden Marktliberalisierung, den vielfältigen neuen gesetzlichen Auflagen, dem wachsenden Wettbewerb und den technischen Herausforderungen vor neue große Aufgaben gestellt. Hierbei soll gleichzeitig das erwartete hohe Niveau an Versorgungssicherheit gewährleistet werden.

Die Stadtwerke Emden haben sich den Herausforderungen des neuen liberalisierten Energiemarktes bisher erfolgreich gestellt. Trotz des Auftretens zahlreicher Mitbewerber in unserem Versorgungsgebiet konnte die Anzahl der Tarif- und Sonderkunden weitestgehend gehalten werden. Eine preiswerte und bedarfsgerechte Belieferung sowie eine individuelle Kundenbetreuung stellen weiterhin die Grundvoraussetzungen unserer Geschäftspolitik dar.

Entwicklung des Energieverbrauchs in Deutschland

Der Energieverbrauch in Deutschland ist in 2011 mit 456,4 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (Mio. t SKE) um 5,3 Prozent gesunken. Die erneuerbaren Energien legten insgesamt um 4,1 Prozent zu. Mit einem Beitrag von 49,4 Mio. t. SKE steigerten sie ihren Anteil am Energieaufkommen auf knapp 11 Prozent. Besonders stark stiegen die Beiträge der Windkraft (+ 22 Prozent) und der Photovoltaik (+ 67 Prozent). Solarstrom hatte 2011

mengenmäßig erstmals einen größeren Anteil an der Energiebilanz als die Wasserkraft. Die Nutzung von Biogas stieg um 21 Prozent. Demgegenüber sanken die Beiträge der Wasserkraft (Pumpspeicher)

um 9 Prozent und der der Biokraftstoffe um 8 Prozent. Der Beitrag der Kernenergie zur Energiebilanz sank infolge des Ausstiegsbeschlusses im Jahresverlauf um knapp 23 Prozent.

Nach aktuellen Erhebungen des Deutschen Windenergie-Instituts (DEWI) wurden 2011 in Deutschland 895 (2010: 754) Windenergieanlagen mit einer Leistung von 2.007 Megawatt (MW) gegenüber dem Vorjahr von 1.551 MW neu installiert. Das sind 456 MW mehr als 2010 und entspricht einem Zuwachs von 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Betrachtet man die an das Netz angeschlossene Leistung von 2.086 MW in 2011 gegenüber 1.493 MW in 2010 liegt der Zuwachs bei fast 40 Prozent.

Im Windpark der Stadtwerke Emden stehen zurzeit 12 Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 29,5 MW. Die Jahreshöchstlast im Netz der SWE lag bei 40,8 MW.

Regionale Wirtschaftsentwicklung

In der regionalen Wirtschaftsentwicklung konnte die Seehafenstadt Emden im Jahr 2011 erfreuliche Ergebnisse vermelden. Der Seehafen Emden verzeichnete mit 3,390 Millionen Tonnen Güterumschlag im Seeverkehr bis Ende September ein Plus von vier Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2010. Beim Automobilumschlag konnte zum vierten Mal die Marke von einer Million Fahrzeugen erreicht werden – am Jahresende wurde mit mehr als 1,25 Mio. Fahrzeugen ein neues Allzeithoch erreicht.

Energie- und Wasserabgabe der Stadtwerke Emden GmbH

Im **Strombereich** verringerte sich die Abgabemenge an eigene Tarifikunden für Haushalte und Gewerbe um 2,0 %, an eigene Sondervertragskunden fiel die Abgabemenge um 1,8 %. Die Netzdurchleitung erhöhte sich bei den Tarifikunden um 18,8 %, bei den Sondervertragskunden verringerte sich die Netzdurchleitung gering um 1,8 %.

Im **Gasbereich** sank die Abgabemenge in der Grundversorgung um 15,9 %, bei den Sondervertragskunden um 36,2 %. Die geringere Abnahmemenge ist zum einen auf die mildere Witterung zurückzuführen. Zum anderen erhöhte sich die Netzdurchleitung bei den Tarifikunden von 15,3 auf 30,5 Mio. kWh, für Sondervertragskunden wurden erstmalig 84,6 Mio. kWh durchgeleitet.

Im **Wasserbereich** verringerte sich die Abgabemenge bei den Tarifikunden um 1,3 %, bei den Sondervertragskunden um 2,4 %.

Im **Wärmebereich** sank die Abgabemenge witterungsbedingt und bei gleichzeitig neu hinzugekommenen Wärmekunden um 6,7 %.

Das Geschäftsergebnis des Jahres 2011 ist weiterhin mit der Abdeckung des Sparrendefizits aus dem öffentlichen Personennahverkehr, dem City-Parkhaus am Wasserturm und dem Verlustausgleich der Tochtergesellschaft Flugplatz Emden GmbH belastet.

Die Umsatzerlöse erhöhten sich in 2011 gering um 1,7 % von 63,3 auf 64,3 Mio. €

Die höchstzulässige Konzessionsabgabe errechnete sich auf insgesamt 2.024 T€ (Vorjahr 2.126 T€).

Die vertragliche Gewinnabführung an die Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH beläuft sich auf 2.092.840,62 €. Der Ausgleichsbetrag an den Betrieb gewerblicher Art Bäder der Stadt Emden beträgt 91.327,13 €. Der Gesamtbetrag in Höhe von 2.184.167,75 € wird aufgrund des geschlossenen Gewinnabführungsvertrages abgeführt.

Finanzlage

Das Eigenkapital hat sich im Geschäftsjahr nach Zuführungen bei der Kapitalrücklage von 16,3 Mio. € auf 16,6 Mio. erhöht. Der prozentuale Anteil des Eigenkapitals bezogen auf die Bilanzsumme ist von 23,0 % auf 24,9 % gestiegen.

Investitionen und Finanzierungsmaßnahmen

Die Investitionen belaufen sich auf insgesamt 5,1 Mio. €. Davon entfallen auf

	<u>Mio. €</u>
• Strom	1,3
• Gas	0,6
• Wasser	0,9
• Wärme	0,9
• Sonstige	1,4

Die Finanzierung der geplanten Investitionen ist auch zukünftig sichergestellt. Es bestehen keine Währungs- und Zinsrisiken.

Vermögenslage:

Langfristiges Vermögen:

Nettoanlagevermögen 56.734 T€

Langfristiges Kapital:

Eigenkapital 16.566 T€

Ertragszuschüsse	2.780 T€
Rückstellungen	7.379 T€
Darlehen	<u>23.460 T€</u>
Mittelunterdeckung	<u>6.549 T€</u>

Vorgänge von besonderer Bedeutung

Im Geschäftsjahr 2011 haben die Stadtwerke Emden zwei für die Firmengeschichte besondere Jubiläen begangen:

Vor 150 Jahren, am 10. Oktober 1861, begann mit der Inbetriebnahme des städtischen Gaswerkes Emden die Epoche der modernen, zentralen Energieversorgung in Emden. Nur 50 Jahre später erfolgte durch die Fertigstellung des markanten Emdener Wasserturms ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zur großflächigen Versorgung Emdens mit sauberem Trinkwasser.

Beide Jubiläen wurden zum Anlass genommen, ein vielfältiges Veranstaltungsprogramm auf die Beine zu stellen, in welchem sowohl die historischen Verdienste als auch die aktuellen wirtschaftlichen und ökologischen Aktivitäten und Initiativen der Stadtwerke Emden eine Würdigung erfuhren. Ebenso wurde dabei aber auch die besondere Verpflichtung der Stadtwerke Emden gegenüber der Stadt Emden und ihren Bürgern herausgestellt.

In der Auftaktveranstaltung sowie zum Festakt hielt der Polarforscher Herr Arved Fuchs einen Festvortrag zum Thema „Blickpunkt Klimawandel – Gefahren und Chancen“. Die Grußworte sprachen Herr Umweltminister Hans-Heinrich Sander vom Niedersächsischen Ministerium für Umwelt und Klimaschutz sowie Herr Manfred Hülsmann (Vorstandsvorsitzender der Stadtwerke Osnabrück AG) vom Vorstand der VKU Landesgruppe Niedersachsen / Bremen.

In der Aufsichtsratssitzung vom 26.05.11 wurden der Umbau des Magazins zu Büroräumen und der Neubau eines Maga-

zinegebäudes beschlossen. Mit dieser Baumaßnahme sollen die Stadtwerke Emden zukünftig für die Anforderungen im liberalisierten Wettbewerb gerüstet sein. Die Umbau- und Ausbauskosten sind auf 3,6 Mio. € kalkuliert. Die Finanzierung erfolgt durch Eigenmittel von 1 Mio. € sowie durch eine Darlehensaufnahme von 2,6 Mio. €.

Die Erlösobergrenze für die Netzentgelte Gas wurde im laufenden Jahr für die zweite Regulierungsperiode ab 2013 neu festgelegt (Basisjahr 2010). Hier sind die Stadtwerke Emden aufgrund der hohen Anzahl der Zähler im individuellen Verfahren der Anreizregulierung. Im Bereich Strom wird die Erlösobergrenze für die zweite Regulierungsperiode in 2013 (Basisjahr 2011) festgelegt. Hier beabsichtigen die Stadtwerke Emden die Teilnahme am vereinfachten Verfahren der Anreizregulierung. Die Mehr- und Mindererlöse aus der ersten Periode der Anreizregulierung werden auf dem Regulierungskonto verzinst verrechnet und in der zweiten Periode zum Ansatz gebracht.

Aufgrund des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) haben die Stadtwerke Emden Aktivitäten-Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen für das Strom- und Gasnetz sowie für den Strom- und Gashandel (Sonstige Aktivitäten Strom bzw. Gas) und übrige Aktivitäten außerhalb des Strom- und Gasbereiches aufgestellt.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlusstichtag zum 31.12.11 haben sich nicht ereignet

Forschung und Entwicklung

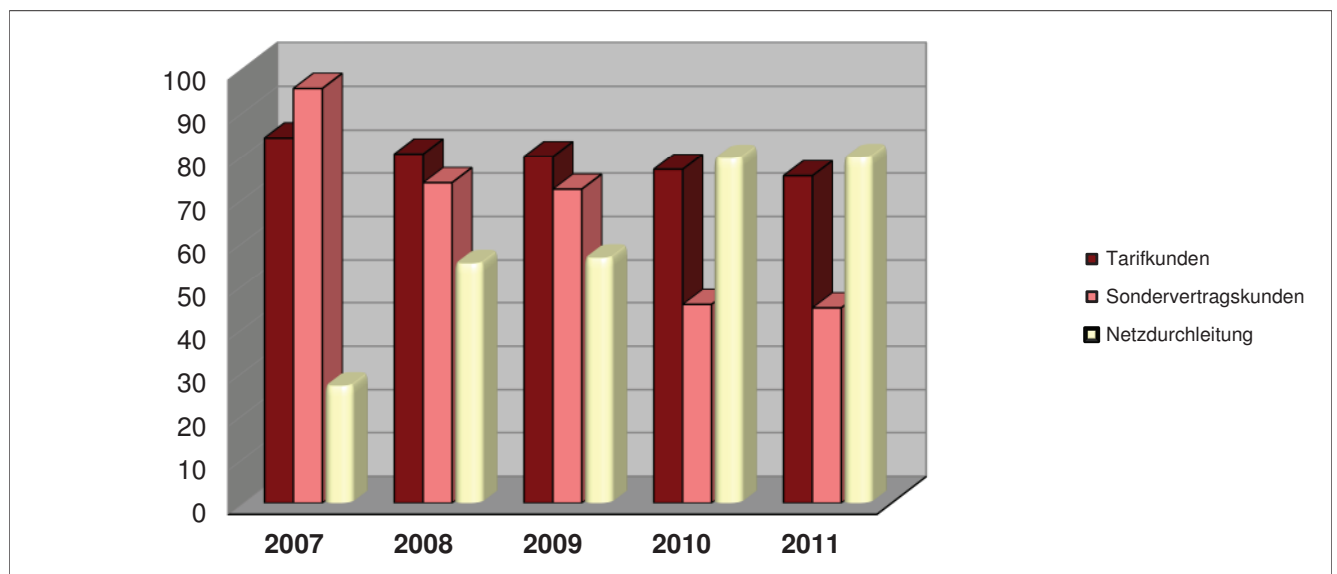
Die Gesellschaft ist durch Mitgliedschaften in verschiedenen Organisationen und Verbänden vertreten, die sich mit Forschungs- und Entwicklungsaufgaben auf

dem Gebiet der Energie- und Wasserwirtschaft sowie der Verkehrswirtschaft befassen.

Wirtschaftliche Lage und voraussichtliche Entwicklung

Die Absatzentwicklung sowie die Ertragslage der Stadtwerke Emden GmbH werden in den folgenden Tabellen gezeigt:

Strom



Die Stromabgabe an eigene Kunden verminderte sich im Geschäftsjahr von 152,2 Mio. kWh auf 122,5 Mio. kWh. Aufgrund der Durchleitung von weiteren Fremdlieferanten erhöhte sich die Netznutzung von 56,4 Mio. kWh auf insgesamt 79,4 Mio. kWh.

Der Arbeitspreis wurde aufgrund von Stromeinkäufen aus Vorjahren und höherer Vergütungen aus dem Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) zum 01.01.10 um 2,1 Cent/kWh und der Grundpreis um 5,95 EUR/mon. erhöht.

Wegen weiterer gestiegener Förderabgaben für erneuerbare Energien in 2011 und leicht gesunkenem Bezugspreis wurde der Strompreis zum 01.03.11 um 1 Cent/kWh erhöht. Als Ausgleich wird dem Stromkunden ein Bonus in gleicher

Höhe aus dem Windenergiegeschäft gutgeschrieben.

Das Rohergebnis veränderte sich gegenüber dem Vorjahr von 12.331 T€ auf 12.365 T€.

Die Stromabgabe an eigene Kunden verminderte sich in 2011 von 122.501 Tsd. kWh auf 120.210 Tsd. kWh. Davon wurden 75.424 Tsd. kWh an Tarifkunden und 44.786 Tsd. kWh an Sondervertragskunden geliefert.

Die Netzdurchleitung veränderte sich gering von 79.353 Tsd. kWh auf 79.569 Tsd. kWh. Davon wurden 10.135 Tsd. kWh an Tarifkunden und 69.434 Tsd. kWh an Sondervertragskunden durchgeleitet.

Wegen gestiegener Förderabgaben für erneuerbare Energien in 2011 wurde der Strompreis zum 01.03.11 um 1

Cent/kWh erhöht. Als Ausgleich wird dem Stromkunden ein Bonus in gleicher Höhe aus dem Windenergiegeschäft gutgeschrieben. Aufgrund weiterer Erhöhungen der EEG-Umlage und der Netznutzungsentgelte ab 2012 wurde der Windbonus zum 01.01.2012 um 0,3 Cent/kWh auf 0,7 Cent/kWh gesenkt.

Das Rohergebnis veränderte sich gegenüber dem Vorjahr von 12.365 T€ auf 13.642 T€.

Für das weiterhin von der Stadtwerke Emden GmbH angebotene Energieeinsparprogramm wurden Zuschüsse von rd. 66 T€ an Kunden gezahlt. Außerdem wurden Zuschüsse von 9 T€ für die Umrüstung von Fahrzeugen auf Erdgasbetrieb gezahlt.

Die erwirtschaftete Konzessionsabgabe für die Stromversorgung verminderte sich leicht von 1.378 T€ im Vorjahr auf 1.331 T€.

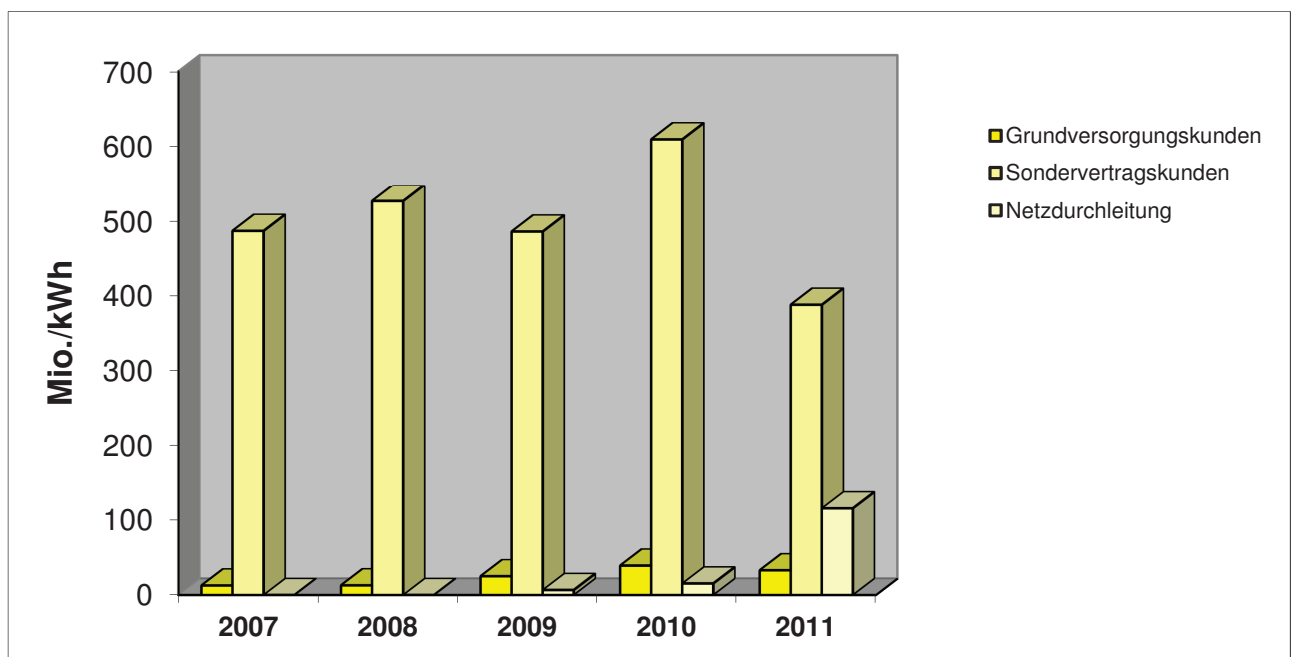
Der Durchschnittserlös der Stromabgabe errechnete sich aufgrund der Preisentwicklung von 15,97 Cent /kWh auf 16,49 Cent/kWh.

Das Betriebsergebnis erhöhte sich von 3.168 T€ auf 3.229 T€.

Maßstab für die Bezugspreise ist weiterhin die Entwicklung an der Strombörse-EEX.

Für die Geschäftsjahre 2012, 2013 und 2014 wurden bereits die gesamten Strommengen nach Börsenpreisen eingekauft.

Gas



Die Gasabgabe an eigene Kunden verminderte sich teils witterungsbedingt in 2011 von 646.678 auf 419.647 Tsd. kWh. Davon wurden 32.827 Tsd. kWh an Grundversorgungskunden und 386.820 Tsd. kWh an Sondervertragskunden geliefert.

Gleichzeitig erhöhte sich die Netzdurchleitung von 15.292 auf 115.135 Tsd. kWh. Davon wurden 30.520 Tsd. kWh an Ta-

rifkunden und 84.615 Tsd. kWh an Sondervertragskunden durchgeleitet.

Aufgrund des neuen Gaslieferungsvertrages wurden zum 01.11.11 die Preise für Kleinverbraucher (Jahresabnahme bis 8.471 kWh) und Heizgassonderkunden I (Jahresabnahme bis 365.000 kWh) um 0,34 City/kWh, für Heizgassonderkunden II (Jahresabnahme ab 365.000 kWh) um 0,44 City/kWh angepasst.

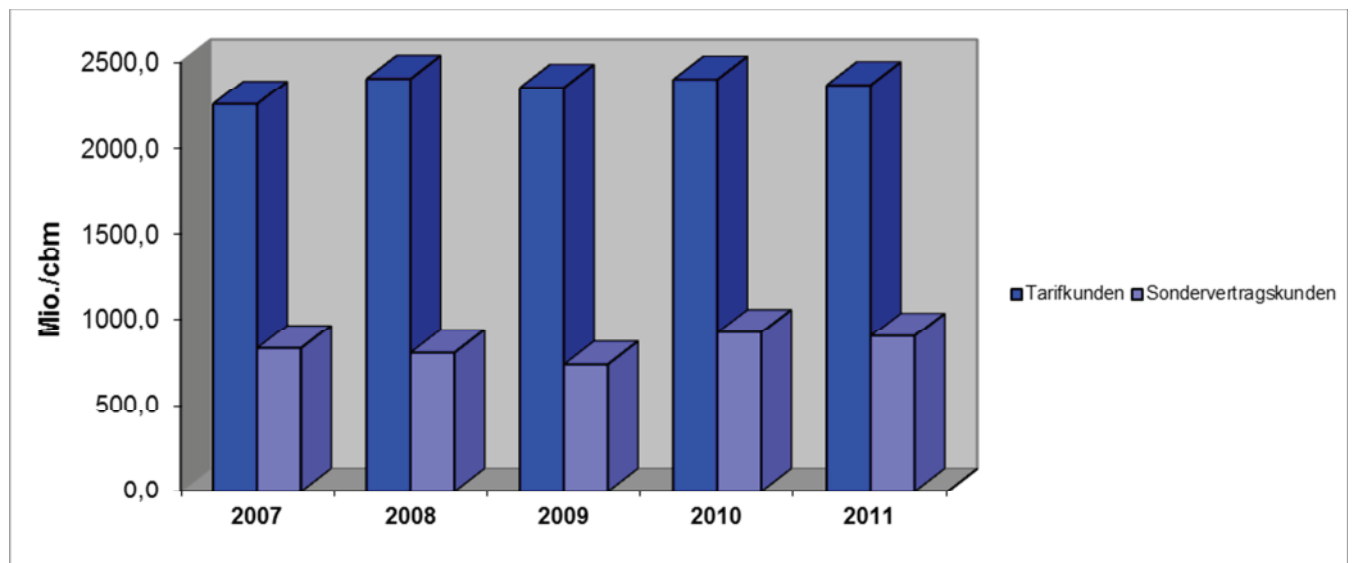
Das Rohergebnis verminderte sich aufgrund der geringeren Abgabe gegenüber dem Vorjahr von 6.661 T€ auf 5.661 T€.

Die erwirtschaftete Konzessionsabgabe verringerte sich auf 230 T€ (Vorjahr 277 T€).

Der Durchschnittserlös der Gasabgabe errechnete sich aufgrund der Preisentwicklung von 3,70 Cent/kWh auf 4,31 Cent/kWh.

Das Betriebsergebnis veränderte sich aufgrund der Minderabgabe von 2.729 T€ auf 1.687 T€.

Wasser



Die Wasserabgabe verringerte sich in 2011 gering von 3.329 Tsd. m³ auf 3.275 Tsd. m³.

Bei den Tarifkunden sank die Abgabe von 2.403 Tsd. m³ auf 2.371 Tsd. m³, bei den Sonderkunden verminderte sich die Abgabe von 926 Tsd. m³ auf 904 Tsd. m³.

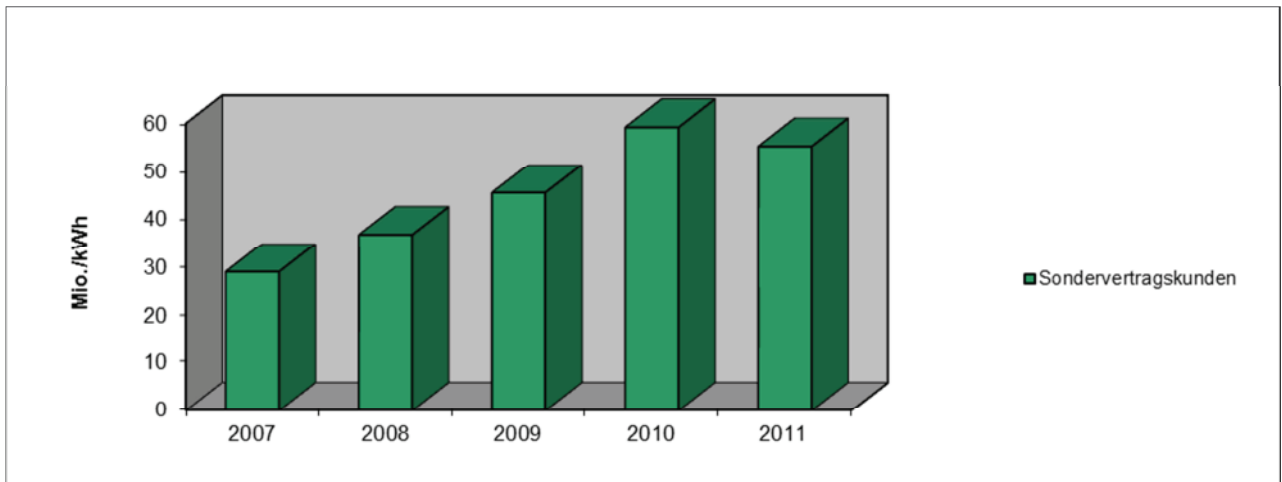
Das Rohergebnis verbesserte sich insbesondere aufgrund der Auflösung einer Rückstellung für Aufwendungen für unterlassene Instandhaltungen gegenüber dem Vorjahr von 4.255 T€ auf 4.691 T€.

Die Konzessionsabgabe errechnete sich für das Wassergeschäft auf 464 T€ (Vorjahr 472 T€).

Der Durchschnittserlös der Wasserabgabe erhöhte sich in 2011 unter Berücksichtigung der Fixkostenanteile auf 142,35 Cent/m³ (Vorjahr 141,90 Cent/m³).

Das Betriebsergebnis veränderte sich gegenüber dem Vorjahr von 151 T€ auf 705 T€.

Wärme



Die Wärmeabgabe verminderte sich in 2011 von 59.247 auf 55.267 Tsd. kWh. Davon wurden 32.796 Tsd. kWh an Haushalte und Gewerbe und 22.471 Tsd. kWh an öffentliche Einrichtungen und städtische Gebäude geliefert.

Im Rahmen unseres SWE *WÄRMEPLUS*-Geschäfts wurden 104 Brennwertanlagen bei Privatkunden, die damit auch Wärmekunden wurden, neu installiert. Im Bereich *SWE WÄRMEService „NK“* konnten 11 Objekte mit insgesamt 38 Wohneinheiten neu eingerichtet werden.

Von den Blockheizkraftwerken in der Berufsbildenden Schule II und im Hans-

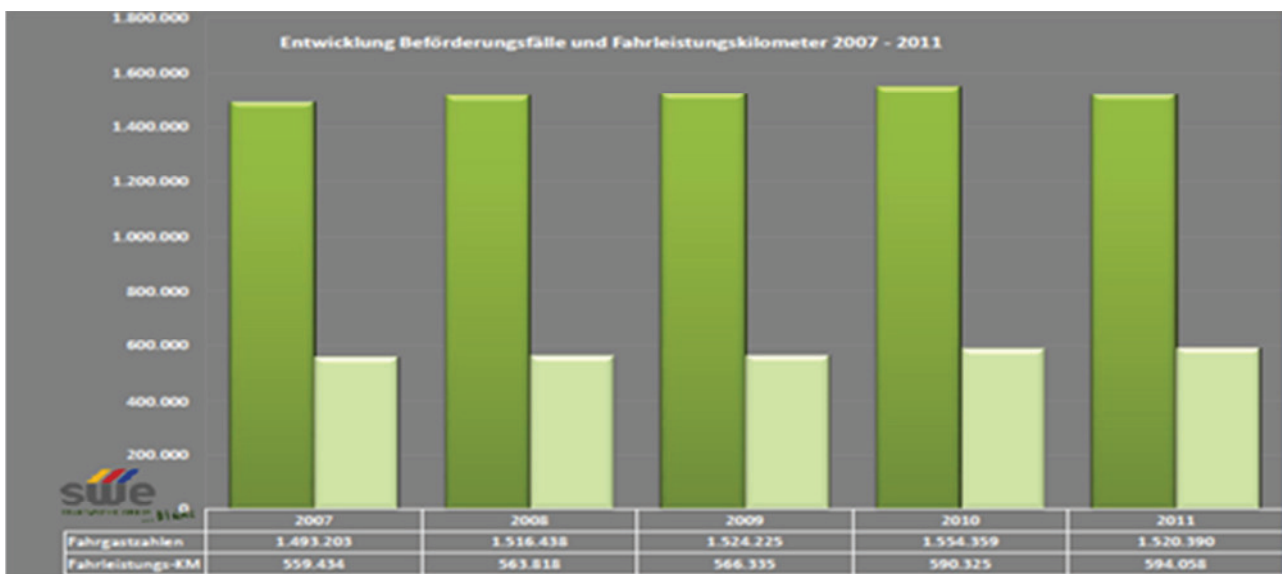
Susemihl-Klinikum wurden 3.906.065 kWh Strom erzeugt, der in unser Netz eingespeist.

Das Rohergebnis verminderte sich aufgrund der geringeren Abgabe gegenüber dem Vorjahr von 1.455 T€ auf 1.275 T.

Der Durchschnittserlös der Wärmeabgabe errechnete sich aufgrund der Preisentwicklung von 6,80 Cent/kWh auf 7,69 Cent /kWh.

Das Betriebsergebnis verändert sich gegenüber dem Vorjahr von 344 T€ auf 106 T€.

Nahverkehr



Die Beförderungsfälle verminderten sich im Geschäftsjahr 2011 von 1.554.359 auf 1.520.390. Der Rückgang resultiert aus höheren Fahrgastzahlen des Vorjahres insbesondere aufgrund der kalten Witterung im Dezember 2010.

Der Fahrscheinverkauf verringerte sich von 977 T€ auf 929 T€. Die Fahrleistungen erhöhten sich gering von 590.325 km auf 594.058 km.

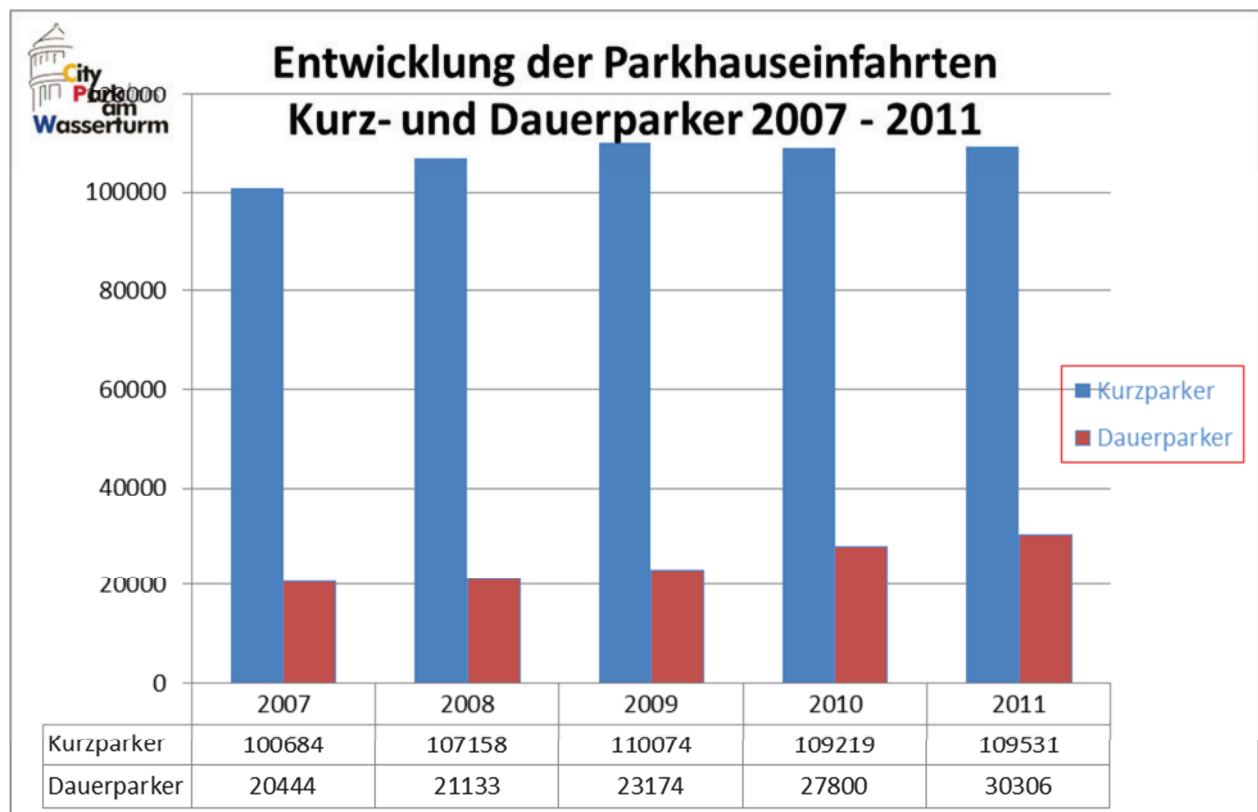
Die Ausgleichsleistungen nach § 45a Personenbeförderungsgesetz (PBefG) verminderten sich gering um 2 T€ auf 175 T€, die Erstattungen für Fahrgeldausfälle im Nahverkehr nach § 148 Abs. 5 Sozialge-

setzbuch IX (SGB) erhöhten sich aufgrund von Nachzahlungen aus dem Vorjahr um 12 T€ auf 135 T€.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen von 2.114 T€ (Vorjahr 2.036 T€) betreffen nahezu ausschließlich die Fahrleistungen aus dem Verkehrsvertrag mit der Reiter's Busverkehrs-GmbH sowie Instandsetzungsmaßnahmen der Haltestellenmasten und Wartehallen.

Gegenüber dem Vorjahr veränderte sich das Betriebsergebnis von -1.053 T€ auf -1.139 T€.

Parkhaus



Die Parkhauseinfahrten stiegen im Geschäftsjahr von insgesamt 137.019 auf 139.837. Davon waren 109.531 Kurzparker und 30.306 Dauerparker.

Die Parkhauseinnahmen erhöhten sich von 137 Tsd. EUR auf 142 Tsd. EUR.

Trotz der Zunahme der Parkhauseinfahrten ist die Auslastung des Parkhauses weiterhin nicht zufriedenstellend. Aufgrund der zurzeit bestehenden freien Parkmöglichkeiten in der Innenstadt kann mit einer spürbaren Zunahme der Parkhausnutzer nicht gerechnet werden.

Die Installation des Parkleitsystems bewirkt weiterhin verstärkte Zufahrten von auswärtigen Fahrzeugen insbesondere in den Ferienzeiten.

Durch gezielte Marketingmaßnahmen wird weiterhin versucht auf Dauerparkplätze im Parkhaus, die Mehrtageskarte sowie

die wieder aufladbare Parkkarte und Fahrradboxen im Parkhaus aufmerksam zu machen.

Gegenüber dem Vorjahr veränderte sich das Betriebsergebnis gering von -360 T€ auf -354 T€.

Hinweis auf wesentliche Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Aufgrund der Neuregelung des Aktiengesetzes (AktG) sowie des Handelsgesetzbuches (HGB) haben sich erhöhte Anforderungen hinsichtlich des Risikomanagements im Unternehmen ergeben. Die Vorschrift des AktG greift aufgrund der so genannten „Ausstrahlungswirkung“ auch für die Stadtwerke GmbH. Als Risikomanagement wird dabei die Gesamtheit aller organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zur Risikoerkennung und Risikosteuerung bezeichnet.

Die Abteilungsleiter sind verantwortlich für das Risikomanagement und die Risikosteuerung in ihren Funktionsbereichen. Sie beurteilen die Risikosituation, schlagen Maßnahmen zur Risikosteuerung vor und legen die Verantwortlichkeit sowie den zeitlichen Rahmen für die Beachtung und Durchführung der Steuerungsmaßnahmen fest. Sie sind gehalten, im Rahmen der täglichen Praxis kontinuierlich die Risikosituation zu überprüfen.

Die Überwachung des Risikomanagements sowie die konzeptionelle Entwicklung und Pflege des Risikomanagementsystems ist der Abteilung Kaufmännische Dienste zugeordnet. Spartenübergreifende Risiken sind von den Abteilungsleitern im Rahmen der ihnen übertragenen Verantwortung zu identifizieren.

Risiken können grundsätzlich in allen betrieblichen Bereichen und Prozessen auftreten. Aus der Gesamtzahl der Risiken werden diejenigen herausgefiltert, die sich bestandsgefährdend auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft auswirken können. Die Risikobewertung erfolgt nach Eintrittswahrscheinlichkeit und potenziellem Schadenvolumen.

Neben den Risiken, die die Liberalisierung der Energiemärkte mit sich bringt, sehen die Stadtwerke Emden vor allem auch Chancen in der regenerativen Windenergieerzeugung mit eigenen Energielieferprodukten sowie als regionaler Energiedienstleister vor Ort.

In 2011 wurden allein von unserem Windpark im Larrelter Polder 71.642.436 kWh Strom regenerativ erzeugt. Das entspricht einem Anteil von rd. 35 Prozent der insgesamt verfügbaren Abgabemenge. Um den Anteil der regenerativen Eigenerzeugung nachhaltig zu erhöhen, werden weitere Standorte für Windkraftanlagen in Emden und der näheren Umgebung gesucht.

Die Stadtwerke Emden haben die Herausforderungen, die Energiemarkt, Klimapolitik und Verordnungen stellen, bisher gemeistert. Der verstärkte Ausbau der regenerativen Stromerzeugung sowie die Weiterentwicklung im Wärmebereich und die individuelle Kundenbetreuung lässt uns optimistisch in die Zukunft schauen.

Dem steigenden Wettbewerbsdruck in den Kerngeschäften werden wir mit Effizienzsteigerungen und organischem Wachstum entgegenwirken. Wir erwarten auch zukünftig zufrieden stellende Jahresergebnisse.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden keine den Bestand des Unternehmens gefährdenden Risiken festgestellt.

Die Geschäftsführung trägt mit der Einführung des Risikomanagementsystems den gesetzlichen Anforderungen Rechnung.

Verbundene Unternehmen der Stadtwerke Emden GmbH

Flugplatz Emden GmbH

Die Stadtwerke Emden GmbH sind mit 100% an der Flugplatz Emden GmbH mit einem Stammkapital von 2.301.000 € beteiligt und sind für das genannte Unternehmen Mutterunternehmen im Sinne von § 290 Abs. 1 HGB. Ein Ergebnisausweis erfolgt aufgrund eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages mit den Stadtwerken Emden GmbH nicht. Unternehmensgegenstand der Flugplatz Emden

GmbH sind gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages der Bau und Betrieb des Flugplatzes in Emden sowie alle hiermit verbundenen üblichen Nebengeschäfte, ferner die Förderung des Luftverkehrs und des Flugsportes. Die Gesellschaft betreibt keinen eigenen Luftverkehr.

Der im Gesellschaftervertrag definierte Unternehmenszweck wurde im Berichtsjahr erfüllt.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Flugplatz Emden GmbH setzt sich aus dem Oberbürgermeister der Stadt Emden sowie aus sechs vom Rat entsandten Vertretern der Stadt

Emden und sechs Arbeitnehmervertretern zusammen. Weiterhin gehören zum Aufsichtsrat weitere nicht stimmberechtigte beratende Mitglieder.

stimmberechtigte Mitglieder:

Alwin Brinkmann	Oberbürgermeister –Vorsitzender-	bis 16.11.2011
Bernd Bornemann	Oberbürgermeister –Vorsitzender-	ab 17.11.2011
Karsten Rabenstein	Arbeitnehmervertreter -Stellvertretender Vorsitzender-	
Erich Bolinius	Ratsherr	bis 16.11.2011
Herbert Buisker	Ratsherr	
Walter Davids	Ratsherr	
Ralph Esser	Arbeitnehmervertreter	ab 17.11.2011
Horst Jahnke	Ratsherr	bis 16.11.2011
Michael Janssen	Arbeitnehmervertreter	bis 16.11.2011
Aloys Kiepe	Arbeitnehmervertreter	
Rolf Kramer	Arbeitnehmervertreter	
Elfriede Meyer	Ratsfrau	ab 17.11.2011
Marianne Pohlmann	Ratsfrau	ab 17.11.2011
Bernd Renken	Ratsherr	ab 17.11.2011
Johann Südhoff	Ratsherr	
Ingo Tuitje	Arbeitnehmervertreter	
Heinrich Veith	Arbeitnehmervertreter	

beratende Mitglieder:

Erich Bolinius	Ratsherr	ab 17.11.2011
Martin Lutz	Erster Stadtrat	
Andreas Docter	Stadtbaurat	

Stephan-Gerhard Koziolk
Bernd Renken

Ratsherr
Ratsherr

bis 16.11.2011
bis 16.11.2011

Geschäftsführung

Herr Remmer Edzards

Tabelle 1: Bilanz

	31.12.2008 T€	31.12.2009 T€	31.12.2010 T€	31.12.2011 T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Sachanlagen	4.578	4.659	6.031	6.183
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	0	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	400	344	365	67
III. Kassenbestand	216	108	119	77
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
Bilanzsumme	5.196	5.112	6.516	6.327
Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	2.301	2.301	2.301	2.301
II. Kapitalrücklagen	372	372	372	372
B. Rückstellungen	15	6	8	10
D. Verbindlichkeiten	2.489	2.339	3.835	3.644
Bilanzsumme	5.196	5.112	6.516	6.327

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 T€	2009 T€	2010 T€	2011 T€
1. Umsatzerlöse	213	224	275	340
2. Sonstige betriebliche Erträge	100	99	106	121
Gesamtleistungen	313	323	381	461
3. Materialaufwand	25	42	38	131
4. Personalaufwand	13	9	15	12
5. Abschreibungen	200	211	225	268
6. Sonstige betriebl. Aufwendungen	324	335	430	453
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	2	1	0
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	122	112	150	154
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-368	-385	-477	-555
9. Grundsteuer	9	9	9	10
10. Erträge aus Verlustübernahme	377	394	485	565
Jahresüberschuss	0	0	0	0

Lagebericht

Allgemeines

Aufgabe des Unternehmens ist der Bau und der Betrieb des Flugplatzes in Emden sowie Förderung des Luftverkehrs und des Flugsports.

Geschäftsjahr 2011

Der Flugbetrieb verlief im Berichtsjahr ohne Beanstandungen. Es konnten 11.110 (2010 = 10.800) Luftbewegungen registriert werden. Die Steigerung ist auf die Aktivitäten zum Bau und Versorgung der Windparks „alpha ventus“ und „BARD“ zurückzuführen.

Die beförderte Personenzahl betrug 23.673 Personen (2010 = 22.345). Der nichtgewerbliche Motorflug (Privatfliegerei) hat sich nach einem Rückgang im Vorjahr wieder erholt und erreichte einen Anstieg der Flüge um 298 auf 2.210 Flüge im Jahr 2011. Das Frachtaufkommen stieg um 11.148 kg auf 651.485 kg an.

Die Umsatzerlöse verbesserten sich um 23,6 % auf T€ 340 (2010 = T€ 275), was zum Teil auch auf die Änderung der Gebührenordnung ab dem 1. Juni 2011 zurückzuführen ist.

Im Berichtsjahr wurden T€ 419 investiert. Hauptsächlich wurden im Vorjahr begonnene Maßnahmen wie das Vorfeld vor der neuen Flugzeughalle und die Erweiterung der Küche und des Bistros fertiggestellt. Unter den Anlagen im Bau werden die bisher entstandenen Kosten für zwei Bürogebäude gezeigt.

Risiken

Mit der Stadtwerke Emden GmbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag. Der erwirtschaftete Verlust wird dementsprechend jährlich ausgeglichen. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, sind auf absehbare Zeit nicht erkennbar.

Um etwaige negative Veränderungen erkennen zu können, wurde mit Unterstützung eines Beraters ein für die Größe des Unternehmens angemessenes Risikomanagementsystem eingeführt.

Wirtschaftliche Lage und voraussichtliche Entwicklung

Die Vermögens- und Finanzlage ist auch nach den umfangreichen Investitionen, die überwiegend langfristig finanziert wurden unverändert geordnet. Das langfristige Vermögen (T€ 6.183) ist zu 97,6 % mit langfristigem Kapital finanziert. Insgesamt setzt sich das Kapital zu 42,2 % aus Eigen- und 57,8 % aus Fremdmitteln zusammen.

Der Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme durch die Stadtwerke Emden GmbH hat sich um T€ 80 erhöht, was auf Sanierungsarbeiten an der Start- und Landebahn zurückzuführen ist. Finanzierungsengpässe sind im Berichtsjahr nicht eingetreten.

Die Gesellschaft erhofft sich durch die Investitionen in den Bereichen "Ausbau der Start- und Landebahn" sowie "die Errichtung einer Präzisionsanflugbefeuerungsanlage und einer Instrumentenflugeinrichtung (Luftraum F)" eine Steigerung der Attraktivität und die Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Flugplatzes Emden. Als Erweiterung der Instrumentenflugeinrichtung läuft ein Antragsverfahren zur Genehmigung von GPS „Stand Allone / EGNOS“. Die Zahlen im gewerblichen Flugverkehr zeigen, dass der ausgebauter Flugplatz einschließlich der Instrumentenflugeinrichtung wichtig für den gewerblichen und hier insbesondere den Industrie-Flugverkehr ist.

Gezielte Marketingmaßnahmen und die Möglichkeiten einer Ansiedlung von Gewerbe- bzw. Dienstleistungsunternehmen mit europaweiter Kundenstruktur unmittelbar am Flugplatz lassen eine weitere Verbesserung erhoffen. Ein hiesiges Architekturbüro hat die Erstellung eines Bauungs- und Änderung des Flächennutzungsplans abgeschlossen.

Im Geschäftsjahr 2010 wurde die Versorgung der zwei Windparks „alpha ventus“ und „BARD-Offshore1“ vom Flugplatz Emden aus vorgenommen. In absehbarer

Zeit soll mit dem Bau von zehn weiteren bereits genehmigten Windparks begonnen werden.

Von der neuen Halle soll ein Drittel für die Firma Heliservice Bremerhaven erweitert und ein weiteres Drittel für eine eventuelle Nutzung der Firma Eurocopter vorgehalten werden. Das letzte Drittel wird zurzeit teilweise in einen Werkstattbetrieb umgewandelt und um einen Anbau für Büro- und Flugabfertigungsräume der Firma HTM (Helicopter Travel Munich) erweitert. Die Firma Northern-Helikopter (im Verbund mit der OLT) führt von Emden mit 3 Hubschraubern Krankentransporte durch.

Mittelfristig rechnet die Gesellschaft mit einer Verbesserung der Ertragssituation aufgrund der Gewinnung von Neukunden und der Erweiterung des Geschäftsumfanges mit Bestandskunden. Damit einhergehend wird auch eine günstigere Kostenstruktur durch die höhere Auslastung der vorgehaltenen Anlagen erwartet. Da die Investitionen durch die bestehende aufgabenbedingte Verlustsituation über langfristige Darlehen finanziert werden, die derzeit zinsgünstig gewährt werden, sind

Risiken im Fall von Umfinanzierungen jedoch nicht auszuschließen. Dem wird durch sehr langfristige Zinsbindungsfristen bei Neuaufnahmen vorgebeugt. Den zusätzlichen Zinsbelastungen und Abschreibungen auf die Neuanlagen stehen in den ersten Jahren voraussichtlich noch keine entsprechenden Ertragszuwächse gegenüber.

Die Gesellschaft sieht mit dem weiteren Ausbau von Offshore – Windparks und der damit zusammenhängenden Versorgung vom Flugplatz Emden die Chance, das Ertragsvolumen langfristig zu erhöhen. Risiken bestehen in der Weise, ob der Windparkausbau hinsichtlich der technischen Herausforderungen auf der Nordsee zeitgerecht realisiert werden kann.

Für das Jahr 2012 wird ein niedrigerer Verlust vor Übernahme durch die Muttergesellschaft erwartet.

Weitere bedeutsame Vorgänge nach Abschluss des Geschäftsjahres waren nicht zu verzeichnen.

GEWOBA GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH ist gemäß des Gesellschaftsvertrages die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Alle von der Gesellschaft wahrzunehmenden Aufgaben müssen im Zusammenhang mit Wohnungs-

baumaßnahmen stehen, d. h. zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bewohner der von ihr errichteten oder verwalteten Wohnungen notwendig sein.

Der im Gesellschaftervertrag definierte Unternehmenszweck wurde im Berichtsjahr erfüllt.

Gesellschaftskapital und Gesellschafter

Stammkapital	1.000.000 €
Beteiligung der Stadt Emden	100 %

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH besteht aus mindestens neun vom Rat entsandten

Mitgliedern. Zwei von ihnen gehören der Verwaltung der Stadt Emden an.

Mitglieder:

Alwin Brinkmann	Oberbürgermeister - Vorsitzender	bis 31.10.2011
Bernd Bornemann	Oberbürgermeister - Vorsitzender	ab 01.11.2011
Helga Grix	Ratsfrau	
Martin Lutz	Erster Stadtrat	bis 31.10.2011
Andreas Docter	Stadtbaurat	ab 01.11.2011
Monika Hoffmann	Ratsfrau	bis 31.10.2011
Albert Ohling	Ratsherr	ab 01.11.2011
Elfriede Meyer	Ratsfrau	
Marianne Pohlmann	Ratsfrau	
Wulf-Dieter Stolz	Ratsherr	
Rolf Bolinius	Ratsherr	bis 31.10.2011
Erwin Hoofdmann	Ratsherr	ab 01.11.2011
Kai-Uwe Schulze	Ratsherr	
Wilfried Graf	Ratsherr, als beratendes, nicht stimmberechtigtes Mitglied	

Geschäftsführung

Herr Heinz-Bernhard Haak

Gesellschafterversammlung

Die Stadt Emden, als einzige Gesellschafterin der Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH, entsendet den Oberbürger-

meister sowie zwei weitere Vertreter, die nicht Mitglieder des Aufsichtsrates sein dürfen, in die Gesellschafterversammlung.

Tabelle 1: Bilanz

	31.12.2008 T€	31.12.2009 T€	31.12.2010 T€	31.12.2011 T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	7	7	3	5
II. Sachanlagen	17.355	17.545	19.970	20.096
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	1.151	1.162	1.166	1.232
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	902	840	721	495
III. Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten	873	324	698	1.232
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2	2	27	3
Bilanzsumme	20.290	19.872	22.582	23.062
Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	1.000	1.000	1.000	1.000
II. Gewinnrücklagen	5.388	5.452	5.511	5.730
III. Unverteilter Gewinn	0			
IV. Bilanzgewinn/-verlust	57	54	219	387
B. Rückstellungen	376	288	200	239
C. Verbindlichkeiten	13.443	13.048	15.629	15.682
D. Rechnungsabgrenzungsposten	26	30	24	25
Bilanzsumme	20.290	19.872	22.582	23.062

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 T€	2009 T€	2010 T€	2011 T€
1. Umsatzerlöse	3.938	4.032	4.103	4.439
2. Verminderung (-) / Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	98	11	4	66
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	6	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	115	71	135	92
Gesamtleistungen	4.151	4.114	4.248	4.597
5. Aufwendungen für bezogene Leistungen und Hausbewirtschaftung	2.178	2.229	2.135	2.121
6. Personalaufwand	677	688	663	718
7. Abschreibungen	424	428	435	498
8. Sonstige betriebl. Aufwendungen	253	167	193	201
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	39	28	18	25
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	462	438	456	565
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	196	192	382	520
11. Sonstige Steuern	132	132	132	133
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	64	61	224	387
12. Einstellung in die gesellschaftsvertragliche Rücklage	7	7	5	0
Bilanzgewinn/-verlust	57	54	219	387

Lagebericht

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die GEWOBA Emden Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH hat auch im Geschäftsjahr 2011 das Spektrum ihrer satzungsgemäßen Aufgaben von der

Wohnungsbewirtschaftung über die Neubauplanung bis hin zu Projektentwicklungs- und Betreuungsaufgaben wahrgenommen und kontinuierlich ausgebaut.

Wohnungsbewirtschaftung

Die Gesellschaft bewirtschaftete am

31. Dezember 2011		31. Dezember 2010	
940	Wohnungen	944	Wohnungen
268	Häuser	272	Häuser
136	Garagen	134	Garagen
10	Einstellplätze	/	Einstellplätze
3	Gewerbl. Objekte	3	Gewerbl. Objekte
1	Büro für Verwaltung	1	Büro für Verwaltung

Die zu bewirtschaftende Wohnfläche der Wohneinheiten beträgt 54.611,18 m². Hierzu kommen 6.910,79 m² Gewerbefläche.

Vom im Eigentum der Gesellschaft stehenden Wohnungsbestand waren einzelne Wohnungen nur vorübergehend aufgrund der Modernisierung nicht vermietet. Durch weiterhin vorgenommene Wertverbesserungen hat sich die Wohnungssollmiete

(einschließlich Zinszuschüsse) von T€ 2.470 auf T€ 2.551 erhöht. Die Sollmiete (ohne Gewerbe- und Garagenmieten) beträgt damit monatlich durchschnittlich 3,88 € (Vorjahr: 3,75 €) pro m² Wohnfläche.

Im Geschäftsjahr 2011 haben laut nachgehender Statistik 115 (Vorjahr: 116) Mieterwechsel stattgefunden. Als Gründe für den Wohnungswechsel wurden am häufigsten angegeben ein Wohnortwechsel und Eheschließungen bzw. Lebensgemeinschaften. Innerhalb der Gesellschaft wechselten 23 Mieter die Wohnung.

Durch die Anzahl der Kündigungen und die weiterhin schleppende Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt ist es im Berichtsjahr zu geringfügigen Leerständen gekommen.

Im Besitz der Gesellschaft befinden sich Anzahl WE : Gründe	944 2009	944 2010	940 2011
keine Angaben	2		
Wohnung zu groß	1	3	1
Wohnung zu klein	11	6	14
Wohnung zu laut		4	1
Ärger mit Nachbarn	17	3	7
Arbeitsplatzwechsel	3	2	2
Wohnung zu teuer	3		1
In die Heimat zurückgehender Ausländer	1		
Ortswechsel	24	28	33
Wunsch nach besserer Ausstattung	1	1	7
Eheschließung bzw. Lebensgemeinschaft	25	20	10
Mieter verstorben	8	12	5
Schlechte Verkehrsverbindung			
Eigenheimbezug inh. Emden	8	11	15
Eigenheimbezug auß. Emden	2		2
Scheidung / Trennung	3	5	
Kündigung durch die Gesellschaft		1	1
Wunsch nach EG- Wohnung	2		1

Angebliche Baumängel	4	1	3
Heimunterbringung	2	3	3
Hausverkauf			
Wunsch nach einer billigeren Wohnung			
Bezug in Altenwohnung	1	2	1
Aufgabe ohne Kündigung des Mieters	2	1	
Räumung	1	2	2
Aufgabe wegen drohender Zwangsräumung	10	3	3
Auflösung des Haushalts	3		1
Fahrzeug abgeschafft		4	
Aufgabe der Wohnung		4	2
davon Wohnungswechsel inh. Gesellschaft (s. Pkt. 1.-3.)	23	13	23
Gesamt	134	116	115
in Prozent	14,19	12,29	12,23

Die Erlösschmälerungen verringerten sich in 2011 um rund T€ 2,8 auf rund T€ 30,2.

Uneinbringliche Mietforderungen wurden in Höhe von T€ 31,6 abgeschrieben. In diesem Betrag sind Kosten für Miet- und Räumungsklagen in Höhe von T€ 4,6 enthalten. Nach Abzug dieses Betrages verbleiben T€ 27,0. Das entspricht einem Ausfall von 1,06% (Vorjahr 0,69%) der Sollmieten.

In 2011 wurden im Rahmen der Modernisierung für den Einbau von Gasheizungen, Kunststofffenstern, Bädern usw. Kosten von rund T€ 271 (Vorjahr: 371 T€) eingesetzt. Die Aufwendungen wurden mit ei-

genen Mitteln finanziert und als Instandhaltungsaufwand gebucht.

Für Fremdleistungen im Bereich der Instandhaltung wurden insgesamt T€ 957,2 (Vorjahr T€ 1.075,7) aufgewendet.

In den Gesamtkosten sind größere, nachstehend aufgeführte, Maßnahmen enthalten:

Instandhaltung von Heizungsanlagen.	rd. 193,4 T€
Dacherneuerungen	rd. 80,4 T€
Erneuerung Türen	rd. 31,1 T€
Sanierung Elektroanlagen	rd. 79,9 T€
Fenstererneuerungen	rd. 185,5 T€

Betreuungstätigkeit

Die Gesellschaft verwaltet gemäß Vertrag vom 30.07.1955 und Nachverträgen den städtischen Miethausbesitz. Die Verwaltung erstreckt sich nach dem Stand vom 31. Dezember 2011 auf 15 Mietwohnungen (Vorjahr 15 Mietwohnungen).

Außerdem verwaltet die Gesellschaft 20 Altenwohnungen der Isensee-Stiftung in der Kolberger Straße und 20 Altenwohnungen im Steinweg in Emden.

An Verwaltungsgebühren wurden die nachgewiesenen Selbstkosten in Höhe von 9.176,75 € (Vorjahr 10.246,51 €) berechnet.

Ende des Geschäftsjahres 1999 wurde der Gesellschaft der Instandhaltungsbe-

reich der verwalteten Wohnungen übertragen. An Verwaltungsgebühren wurden hierfür im Geschäftsjahr die nachgewiesenen Selbstkosten in Höhe von 8.256,86 € (Vorjahr: 8.771,29 €) berechnet.

Gemäß Nachvertrag zum Vertrag vom 30. Juli 1995 zwischen der Stadt Emden und der GEWOBA vom 03. Januar 2000 wurde im Hinblick auf die Verwaltung der städtischen Wohnungen vereinbart, dass die GEWOBA in eigener Verantwortung die anfallenden Instandhaltungsarbeiten durchführt. Diese Instandhaltungsmaßnahmen wurden vereinbarungsgemäß aus den eingehenden Mieten getätigt.

Veräußerung von bebauten Grundstücken des Anlagevermögens

Im Geschäftsjahr 2011 wurden vier Wohneinheiten in der Weserstraße

veräußert.

Planung – Bau – und Projektentwicklung

Zwischen der Stadt Emden und der Gesellschaft wurde am 27.04.2005 ein Rahmenvertrag geschlossen. In diesem Vertrag wurden Bedingungen für gesondert abzuschließende Einzelverträge zum Zweck der Durchführung von Sanierungsmaßnahmen an städtischen Gebäuden festgelegt.

Auf der Grundlage des Rahmenvertrages wurde im Geschäftsjahr 2011 keine weitere Einzelvereinbarung abgeschlossen.

Im Geschäftsjahr 2011 konnten somit für Schulsanierungsmaßnahmen keine Verwaltungskosten geltend gemacht werden.

Darstellung der Lage

Vermögens- und Kapitalstruktur

Die Vermögensstruktur unserer Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2011		Vorjahr	
	T €	%	T €	%
Anlagevermögen	20.100	87,2	19.969	88,4
Umlaufvermögen	2.959	12,8	2.586	11,4
Rechnungsabgrenzungsposten / Aktiver	3	0	27	0,2
Unterschiedsbetrag				
	23.062	100,0	22.582	100,0

Die Darstellung der Kapitalstruktur ergibt folgendes Bild:

	31.12.2011		Vorjahr	
	T €	%	T €	%
Verbindlichkeiten aus Dauerfinanzierung	13.792	59,8	13.956	61,8
Verbindlichkeiten aus lfd. Geschäftstätigkeit	1.889	8,2	1.672	7,4
Rechnungsabgrenzungsposten	25	0,1	24	0,1
	15.706	68,1	15,652	69,3
Rückstellung	239	1,0	200	0,9
Eigenkapital	7.117	30,9	6.730	29,8
	23.062	100,0	22.582	100,0

Die Eigenkapitalquote beträgt 30,9 % der Bilanzsumme nach 29,8 % im Vorjahr.

Ertragslage

	2011 T €	2010 T €	Veränderg. T €
Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	4390,3	4052,8	337,5
Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit	37,2	38,6	-1,4
Andere Umsatzerlöse und Erträge	103,7	151,5	-47,8
Bestandsveränderung	66,3	3,7	62,6
	4597,5	4246,6	350,9
Betriebskosten und Grundsteuer	-1234,8	-1174,7	60,1
Instandhaltungsaufwand	-1007,1	-1075,7	-68,6
Personalaufwendungen	-717,8	-663,2	54,6
Abschreibungen	-497,8	-435,0	62,8
Zinsaufwand	-564,5	-455,9	108,6
Übrige Aufwendungen	-213,6	-209,5	4,1
Außerordentliche Aufwendungen	0,0	-26,6	-26,6
	-4235,6	-4040,6	-195,0
Geschäftsergebnis	361,9	206,0	155,9
Zins- und Beteiligungsergebnis	25,0	17,6	7,4
Jahresergebnis	386,9	223,6	163,3

Das Jahresergebnis erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 163,3 T €. Ursache hierfür sind gestiegene Umsätze aus der

Hausbewirtschaftung und geringere Aufwendungen für Instandhaltung.

Finanzlage

Die Finanzlage ist unter Berücksichtigung der für das Jahr 2012 erkennbaren Einflüsse gesichert.

Für 2012 sind die Erwartungen für den Geschäftsverlauf zuversichtlich.

Die Gesellschaft verfügt über die wirtschaftliche Kraft, sich auf der soliden Basis der bereits realisierten Bestandspflege

der wachsenden Anforderungen des Marktes durch weitere Erhöhung des Qualitäts-Standards zu stellen.

Zusammenfassend sind Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft nachhaltig negativ beeinflussen oder gefährden können, nicht erkennbar.

Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Im vorstehenden Lagebericht ist zu den einzelnen Geschäftsfeldern bereits ausgeführt, welche Aufgaben die Gesellschaft neben der reinen Vermietungstätigkeit auch in Zukunft erfüllen muss.

Der von der Gesellschaft aufgestellte Wirtschaftsplan für 2012 und 2013 weist folgende anteilige Jahresergebnisse aus:

	2013	2012
Hausbewirtschaftung	185T€	290T€
sonstiger Geschäftsbereich	2 T€	6 T€
Jahresergebnis	187 T€	296 T€

Hierbei wird die Gesellschaft im Bereich der Hausbewirtschaftung ihre Geschäftspolitik auf der Basis der in den letzten Jahren bereits auf hohem Niveau realisierten Investitionen in den eigenen Immobilienbestand fortsetzen, um am Markt wettbewerbsfähig zu bleiben bzw. Mietsteigerungen durchzusetzen.

Die Entwicklung der Bauträger- und Baubetreuungsgeschäfte bzw. die Übernahme von sonstigen Projekten wird laufend mit den Bedürfnissen des Marktes abgeglichen und die Akquise von Aufträgen entsprechend ausgerichtet.

Im Geschäftsjahr 2011 wurde mit der Planung eines weiteren Bürogebäudes sowie fünf Altenwohnungen auf dem Eckgrundstück Lienbahnstraße / An der Bonnesse begonnen. Der Baubeginn wird voraussichtlich im Juni des Geschäftsjahres 2012 sein.

Das Bürogebäude soll nach Fertigstellung der neue Firmensitz der GEWOBA werden. Die Wohnungen sollen vermietet werden.

Die geplanten Neubaukosten betragen ca. 2,5 Mio. € und sollen mit Darlehen des KfW sowie der Sparkasse Emden finanziert werden.

Basierend auf dem zwischen der Stadt Emden und der Gesellschaft geschlossenen Rahmenvertrag sollen evtl. weitere Einzelvereinbarungen über Sanierungsmaßnahmen an Schulbauten abgeschlossen werden.

Unüberschaubare Risiken durch unangemessene Vorleistungen oder Vorratsbauten werden der Gesellschaft nicht entstehen.

Zusammenfassend ergibt sich für die Gesellschaft eine weiterhin positive Perspektive, bedingt durch die Ausrichtung der Unternehmensaktivitäten auf verschiedene Geschäftsfelder sowie eine effiziente Pflege des Immobilienbestandes.

Sonstige Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag haben sich nicht ergeben.

Risikomanagementziele und- methoden in Bezug auf Finanzinstrumente

Besondere Finanzinstrumente und Sicherungsgeschäfte sind nicht zu verzeichnen. Bei den zur Finanzierung des Anlagevermögens hereingenommenen langfristigen Fremdmitteln handelt es sich überwiegend um langfristige Annuitätendarlehen mit Zinsbedingungen über 10 Jahre. Auf Grund steigender Tilgungsanteile und im Zeitablauf relativ weit verteilter Zinsbin-

dungsfristen halten sich die Zinsbedingungsrisiken im beschränkten Rahmen. Die Zinsentwicklung wird im Rahmen des Risikomanagements beobachtet.

Im Rahmen der Risikofrüherkennung werden Betriebsvergleichszahlen beobachtet und ausgewertet. Dem Aufsichtsrat wird regelmäßig Bericht erstattet.

Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Stadt Emden mbH (AAFÖG)

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß des Gesellschaftsvertrages die Schaffung von Qualifikationsmöglichkeiten sowie von Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnissen einschließlich der Vermittlung und Überlassung – vorrangig – benachteiligter Jugendlicher und Erwachsener, insbesondere Frauen, Schwervermittelbarer und Langzeitarbeitsloser sowie sonstiger Anspruchsberechtigter nach dem SGB II und dem SGB XII.

Die Gesellschaft ist berechtigt, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu betreiben, zu erwerben, zu pachten oder sich an ihnen zu beteiligen.

Die Gesellschaft verfolgt unmittelbar gemeinnützige Zwecke i.S. des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Zur Umsetzung dieser Zwecke ist die Gesellschaft berechtigt, Leistungen und Lieferungen von Dritten zu tätigen.

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Der im Gesellschaftervertrag definierte Unternehmenszweck wurde im Berichtsjahr erfüllt.

Gesellschaftskapital und Gesellschafter

Stammkapital	100.000 €
Beteiligung der Stadt Emden	100 %

Geschäftsführung

Jörg Graf

Aufsichtsrat

Mit Beschluss vom 02.11.2006 hat der Rat der Stadt Emden den Gesellschaftervertrag der Arbeits- und Ausbildungsförderungsgesellschaft mbH geändert. In § 6 wurde die Anzahl der Mitglieder der Gesellschafterversammlung reduziert, in § 9

wurde zur Sicherstellung der Kontrollfunktion der Stadt Emden ein Aufsichtsrat eingeführt. Das Wirksamwerden der Änderung des Gesellschaftervertrages erfolgte durch Eintragung am 26.01.2007.

Alwin Brinkmann	Oberbürgermeister	bis 16.11.2011
Bernd Bornemann	Oberbürgermeister	ab 17.11.2011
Martin Lutz	Erster Stadtrat	
Rico Mecklenburg	Ratsherr	ab 17.11.2011
Ihno Slieter	Ratsherr	bis 16.11.2011
Heidrun Burfeind	Ratsfrau	ab 17.11.2011
Herbert Buisker	Ratsherr	
Rainer Hensmann	Stadt Emden	bis 16.11.2011
Wilhelm Grix	Arbeitnehmersvertreter	
Friedrich Stöhr	Ratsherr	bis 16.11.2011
Regina Meinen	Ratsfrau	

Heino Ammersken	Ratsherr	bis 16.11.2011
Wilfried Graf	Ratsherr	bis 16.11.2011
Walter Schild	Ratsherr	
Ralf Fooken	Ratsherr	ab 17.11.2011

Tabelle 1: Bilanz

	31.12.2008 T€	31.12.2009 T€	31.12.2010 T€	31.12.2011 T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0	0	0
II. Sachanlagen	86	72	54	32
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	14	11	0	1
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	115	107	218	115
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	562	540	173	225
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3	3	3	2
Bilanzsumme	780	733	448	375
Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	100	100	100	100
II. Kapitalrücklagen	306	259	259	259
III. Gewinnvortrag	270	0	215	0
IV. Bilanzgewinn/ -verlust	-47	0	-257	-183
B. Rücklagen aus zweckgebundenen Zuschüssen	6	4	1	0
C. Rückstellungen	59	54	52	147
D. Verbindlichkeiten	79	100	76	52
E. Rechnungsabgrenzungsposten	7	0	0	0
Bilanzsumme	780	733	448	375

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 T€	2009 T€	2010 T€	2011 T€
1. Umsatzerlöse	483	475	453	409
2. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-5	-3	-11	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.569	1.585	1.291	878
Gesamtleistungen	2.047	2.057	1.733	1.287
4. Materialaufwand	64	71	80	61
5. Personalaufwand	1.748	1.753	1.643	1.338
6. Abschreibungen	42	34	29	24
7. Sonstige Aufwendungen	245	272	238	260
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16	10	3	2
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen				2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-36	-63	-254	-396
10. Sonstige Steuern	11	-8	3	3
11. Steuererstattung				
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-47	-55	-257	-399
12. Verlustdeckung des Gesellschafters	0	0	0	0
Bilanzgewinn (+) / -verlust (-)	-47	215	-257	-399

Lagebericht

Allgemeiner Überblick

Die Ausbildungs- und Arbeitsförderungs-gesellschaft Stadt Emden mbH hat ihre im Geschäftsjahr 2011 satzungsgemäßen Aufgaben von der Bewirtschaftung von Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten bis hin zur Entwicklung und Weiterentwicklung von Projekten und Fördermaßnahmen erfüllt. Gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages bestimmt die Gesellschafterversammlung den Zweck der Gesellschaft und die Vorgaben für den Geschäftsführer.

Hauptziel ist die Schaffung von Qualifikations-, Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten, Vermittlung und Überlassung vorrangig benachteiligter Jugendlicher und

Erwachsener, insbesondere Frauen, Schwervermittelbarer und Langzeitarbeitsloser sowie Anspruchsberechtigte nach dem SGB II und dem SGB XII.

Die vorgesehenen Geschäftsziele für 2011 konnten nur bedingt erreicht werden.

Die AAFÖG ist ein auf unmittelbar gemeinnützige Zwecke ausgerichteter Betrieb mit funktional ausgerichteter Organisation.

Die Personalstruktur wurde den neuen, auch in Hinblick auf die zu erwartenden Bedingungen für 2012, angepasst.

Aufgabenfelder

Das umfangreichste Einsatzfeld liegt seit 2005 in der Beschaffung und Bewirtschaftung von Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten (Zusatzjobs) für ALG II - Empfängerinnen in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Emden (ARGE) und der Stadt Emden als Unterstützung/Ergänzung zur Erfüllung gemeinnütziger und zusätzlicher Aufgaben städtischer und öffentlicher Einrichtungen. Darüber hinaus werden im Rahmen von Qualifizierungen auch Aufträge für „Dritte“ durchgeführt.

Ein ebenfalls großes Einsatzfeld ist die Entwicklung und Realisierung von Projekten zur Innovation und Erschließung weiterer Tätigkeitsfelder der AAFÖG.

Die Arbeits- und Beschäftigungsgelegenheiten werden in den Einrichtungen der AAFÖG

- Holzwerkstatt
- Metallwerkstatt

Regiestelle ALG II

Die Regiestelle ist die Anlaufstelle für Menschen die ALG 11 beziehen. Neue Arbeitsbereiche und Arbeitsschwerpunkte, die von der Agentur für Arbeit Emden, des Jobcenters Emden (vormals ARGE) und der Stadt Emden in Auftrag gegeben werden, werden dort gebündelt und bearbeitet. Einrichtungen, die gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten anbieten, werden über die Regiestelle aufgenommen, beraten und bedient.

Ein wichtiger Faktor ist die begleitende Sozialbetreuung, da ein wesentlicher Teil

Projektentwicklung

Die Projektentwicklung dient der Erschließung weiterer Aufgabenfelder zur Intensivierung der satzungsgemäßen Auftrags Erfüllung der AAFÖG.

Die entwickelten Projekte sind kein Ersatz für die bisherigen/laufenden Tätigkeitsfelder, sondern sind als Ergänzung für neue Zielgruppen und neue Bedarfe gedacht.

- Außenbereiche Grünflächen/ Spielplätze/ Bau

in Projekten und Projektpartnerschaften wie zum Beispiel

- GME (Gebäudemanagement Emden)
- BEE (Bau-/Entsorgungsbetrieb Emden)
- Jugendbüro / PACE (Pro-Aktiv-Center)
- Soziales Kaufhaus Emden
- Verschiedene Fachdienste und sonstige Einrichtungen der Stadt Emden
- Bundesprogramm „Perspektive 50plus – Beschäftigungspakt für Ältere in der Region“

angeboten und durchgeführt.

des Klientels durch erhebliche persönliche Probleme belastet ist.

Der Umfang der Betreuung schließt auch jene Einsatzbereiche ein, die nicht originär mit der AAFÖG in Verbindung stehen. Dieses gilt sowohl für Trainings- und Qualifizierungsmaßnahmen als auch für Zusatzjobberinnen (Narb 1V-Empfänger), die über die verschiedensten Einrichtungen innerhalb der Stadtverwaltung gemeinnützig eingesetzt sind und zusätzliche Aufgaben erfüllen.

Das Ziel der Projekte ist es, Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten von/in der AAFÖG, insbesondere für das ALG 11-Klientel, zu schaffen, vorzubereiten oder zu begleiten. Existenzgründungen bzw. Selbstständigkeit sollen gefördert werden. Grundsätzlich sind die Projekte aber unter bestimmten Bedingungen auch für andere Interessierte zugänglich.

Geschäftsverlauf

Die weitere Erholung des Arbeitsmarktes in Emden setzt sich fort. Besonders profitieren konnten hiervon ebenfalls die Langzeitarbeitslosen aus dem Rechtskreis des SGB II, also jene Gruppe, auf welche die Geschäftstätigkeit der AAFÖG primär zielt. Gleichwohl ist der Grundstock der Langzeitarbeitslosen, die länger als 1 Jahr arbeitslos sind, weiterhin latent. Nicht von der positiven Stimmung profitieren dagegen die Personen, die älter als 55 Jahre sind. An ihnen ging der Aufschwung am Arbeitsmarkt weitestgehend vorbei. Die Vorbehalte und die strukturellen Defizite in den Betrieben, Personen, die älter als 55 Jahre sind, einzustellen, sind vergleichsweise groß.

Die AAFÖG ist weiterhin Partnerin des Jobcenters Emden, so dass über die Fallkostenpauschale für Arbeits- und Beschäftigungsgelegenheiten (Zusatz-Jobs) die Finanzierung als Ersatz für die entfallende Förderung der vollen Personalkosten und der Aufwandsentschädigung seitens der Stadt Emden zu einem Teil ausgeglichen werden konnte.

Der Vertrag mit dem Jobcenter Emden zur Einrichtung einer Regiestelle ALG II (Beauftragung durch Jobcenter Emden, Personen mit ALG II-Anspruch), in Arbeits- und Beschäftigungsgelegenheiten zu vermitteln, anzuleiten und zu betreuen, wurde bis 31.12.2011 verlängert.

Ab Januar 2011 reduzierte sich bei der neuen Bewilligung die Stellenzahl der AGH-Teilnehmer seitens des Jobcenters auf nur noch 50 Plätze. Die Fallkostenpauschale pro Teilnehmer verblieb bei 250,00 € je Teilnehmer.

Eine zusätzliche Trainingsmaßnahme aus dem Bundesprogramm „Perspektive 50plus – Beschäftigungspakt für Ältere in der Region“ wurde durch das Jobcenter Emden neu bewilligt. Ziel des Bundesprogramms „Perspektive 50plus - Beschäftigungspakt für Ältere in der Region“ war es, ältere Menschen, die bereits seit längerer Zeit arbeitslos sind, wieder dauerhaft in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Aufgabe der AAFÖG war es, über das angebotene Integrations-Coaching, die

Langzeitarbeitslosen ab dem 50. Lebensjahr aus ihrer individuellen Lebenssituation heraus, zu aktivieren. Das Intensivcoaching beinhaltete folgende Schwerpunkte: Profiling, Qualifizierung, Mobilitäts-training, Gesundheitsmanagement, Arbeitserprobung/Praktika, durchgehende sozialpädagogische Betreuung.

Die Trainingsmaßnahme war auf 1 Jahr befristet und endete dementsprechend zum 31.12.2011. Noch stärker als im Vorjahr war die Gesellschaft unmittelbar von den Folgen der Kürzungen bei den Arbeitsgelegenheiten und den Arbeitsmarktprogrammen betroffen.

Positiv war lediglich die Entwicklung der zusätzlichen Fördermaßnahme aus dem Bundesprogramm „Perspektive 50plus – Beschäftigungspakt für Ältere in der Region“, die eine noch größere Lücke verhinderte.

Der Ansatz, die Arbeitsmarktpolitik mit den städtischen Interessen enger zu verzahnen, zeigte keinerlei nachhaltige Wirkung. Die Vorstellungen, wie die AAFÖG in Zukunft aufgestellt sein sollte, waren zu unterschiedlich (zum Beispiel Zertifizierung nach DIN ISO 9001). Eine Entscheidung über die künftige Neuausrichtung der AAFÖG wurde immer wieder verschoben.

Die Aufgaben und die Möglichkeiten, die die AAFÖG erfüllen könnte, wurden bzw. werden nur unzureichend wahrgenommen oder zweckentfremdet diskutiert.

Die Zuweisungen von Teilnehmern auf die genehmigten Stellen durch das Jobcenter blieben ungenügend. Viele Anfragen, zusätzliche Stellen zu besetzen, mussten abgelehnt werden.

Das so entstandene wirtschaftliche Risiko geht unverändert allein zu Lasten der von latenten Leerkosten betroffenen Beschäftigungsträger, da sie die vorgehaltenen Kapazitäten nicht flexibel an die jeweilige Beschäftigungssituation anpassen können.

Der zunehmende Umstand planerischer Unsicherheit und die damit einhergehenden finanziellen Ausfälle für die AAFÖG können nur durch die Erhöhung des Engagements des Gesellschafters Stadt Emden ausgeglichen werden.

Die enge Kooperation mit BEE, GME und der Bauunterhaltung hat sich bewährt und wird weiterhin gepflegt.

Die Beteiligung am Projekt „Zukunft Emden“ konnte aufgrund veränderter Bedingungen in der Kostenkalkulation nicht verlängert werden. Ebenfalls wurde die Kooperation mit dem HSK (Hans-Susemihl-Krankenhaus / Klinikum Emden) nicht weiter verlängert.

Die zweijährigen Verträge zur Pflege und Rasenmähen der „Städtische Spielanlagen“, sowie über die Durchführung visueller und operativer Inspektionen des FD Kinder und Familie endeten fristgemäß zum 31.12.2011.

Besondere Finanzierungsinstrumente oder Sicherungsgeschäfte waren im Geschäftsjahr 2011 notwendig.

Gegenüber dem Gesellschafter Stadt Emden wurde im Juli 2011 ein Antrag auf Gewährung einer Liquiditätshilfe gestellt. Zweck der Liquiditätshilfe war der Vorschuss auf die Verlustübernahme der AAFÖG durch die Stadt Emden für das Jahr 2010. Durch die Gewährung der Liquiditätshilfe konnte sichergestellt werden, dass die Gesellschaft mit ausreichend liquiden Mitteln versorgt wurde, um den anstehenden kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können.

Zum 31.12.2011 wurde die in Anspruch genommene Liquiditätshilfe einschließlich Zinsen an den Gesellschafter Stadt Emden vollständig zurückgezahlt.

Die erforderliche Rangrücktrittserklärung der Stadt Emden endet ebenfalls zum 31.12.2011.

Die Personalentwicklung

Ein Personalabbau bei befristeten Verträgen, Teilzeit- / Saisonstellen war nicht vermeidbar.

Vergleich:

(Ohne Berücksichtigung von Personalabgängen im Laufe des Geschäftsjahres)

<p>Personalübersicht 2010 56 Festangestellte (44 mit Zeitvertrag) 4 ABM-Kräfte (1 MA am 31.08.10 ausgeschieden) 337 Zusatz-Jobber (ALG 11)</p>	<p>Personalübersicht 2011 61 Festangestellte (55 mit Zeitvertrag) 1 ABM Kraft 141 Zusatz-Jobber (ALG 11)</p>
<p>Die Personalentwicklung 2010 3 ABM mit jeweils 1 Teilnehmer 19 TN haben den Zusatzjob wegen Arbeitsaufnahme abgebrochen 0 Vermittlungen in Arbeit aus dem AGL II Bereich 1 neuer Arbeitsplatz bei der AAFÖG Jobinitiative SGB II § 16a geschaffen 2 Vertragsverlängerungen</p>	<p>Die Personalentwicklung 2011 1 ABM mit einem Teilnehmer 10 Vermittlungen in Arbeit aus dem ALG II Bereich 2 Vermittlungen in eine Weiterbildung aus dem ALG II Bereich 1 Vermittlung in Arbeit bei der AAFÖG aus dem ALG II Bereich</p>
<p>Zuordnung des Personals 2010 Verwaltung (6 Mitarbeiterinnen) 2 Geschäftsführer 1 Sekretariat / Assistentin der Geschäftsführung 1 Projektleiter 2 Kfm. Mitarbeiterinnen aus dem ALG II Bereich 1 ABM Kraft (am 31.08.2012 ausgeschieden) 1 ALG II Kraft (wechselnd)</p>	<p>Zuordnung des Personals 2011 Verwaltung (3 Mitarbeiterinnen) 1 Geschäftsführer 1 Sekretariat / Finanzbuchhaltung 1 kfm. Mitarbeiterin 1 ALG 11-Kraft (wechselnd)</p>

Regiestelle (3 Mitarbeiterinnen 2010) 2 Sozialarbeiter/Innen 1 Verwaltungs- MA (1 MA ab 30.04.10 ausgeschieden) 1 ALG /1-Kräfte (wechselnd)	Regiestelle (4 Mitarbeiterinnen 2011) 2 Sozialarbeiter / Innen (1 MA ausgeschieden am 13.02.11) 1 Verwaltungs- MA 1 Arbeitspädagoge 1 ALG II-Kräfte (wechselnd)
50 Plus Maßnahme 1 Sozialarbeiterin 1 Verwaltungs- MA (über EGZSB gefördert)	
Holzbereich (5 Mitarbeiter 2010) 1 Tischlermeister 1 Gehilfen (über EGZSB gefördert) 2 Gehilfen (über § 16 e gefördert) 1 Verwaltungs MA (400,00 € Basis) 8 ALG II Kräfte im Bereich stand. Produkte(wechselnd)	Holzbereich (4 Mitarbeiterinnen 2011) 1 Tischlermeister 1 Gehilfen (über EGZSB gefördert bis Juli 11) 1 Gehilfen (über ABM gefördert) 1 Verwaltungs- MA 11 ALG 11 Kräfte im Bereich stand. Produkte (wechselnd)
Metallbereich (1 Mitarbeiter 2010) 1 Metalltechniker (§ 16 e gefördert) am 25.05.10 ausgeschieden	Metallbereich (1 Mitarbeiter 2011) 1 MA (über EGZ gefördert)
Baubereich (4 Mitarbeiter 2010) 1 Maurer 1 Gehilfe (§ 16 e gefördert)	Baubereich (2 Mitarbeiter 2011) 1 Maurer 1 Gehilfe
Landschaftspflege /Dienstleistungen (9 Mitarbeiter) 2010 2 Gruppenleiter Außendienst 1 Spielplatzkontrolleur 1 MA Pflege Spielplätze (ABM gefördert) 5 Gartenbauhelfer (§16 e gefördert) 2 MA am 31.05.10 ausgeschieden 61 ALG 11 Kräfte (wechselnd)	Landschaftspflege/Dienstleistungen (9 Mitarbeiter 2011) 2 Gruppenleiter Außendienst 1 Spielplatzkontrolleur 1 MA Pflege Spielplätze (EGZSB gefördert) 5 Gartenbauhelfer (2 MA im Nov. 2011 ausgeschieden) 46 ALG 11-Kräfte (wechselnd)
Reinigung (2 Mitarbeiterinnen)2010 2 Reinigungskräfte	Reinigung (2 Mitarbeiterinnen)2011 2 Reinigungskräfte
Soziales Warenhaus (7 Mitarbeiter) 2010 1 Schichtleitung (§ 16 e gefördert) 1 Verkäuferin (§ 16 e gefördert, ausgeschieden am 31.05.10) 1 Verkaufshilfe (§ 16 e gefördert, ausgeschieden am 31.05.10) 1 Verkaufshilfe ab 28.0510 (EGZ) 1 Lagerhilfe (über ABM gefördert) 1 Verkaufshilfe (über ABM gefördert) 1 Hausmeister 50 ALG II Kräfte (wechselnd)	Soziales Warenhaus (8 Mitarbeiter) 2011 1 Schichtleitung 1 Verkäuferin 3 Verkaufshilfen (über EGZSB gefördert) 2 Lagerhilfen (über EGZSB gefördert) 1 Hausmeister 17 ALG 11— Kräfte (wechselnd)
Projekt AN Land (2010) 1 Mitarbeiter (§ 16 e gefördert)	Projekt An Land (2011) 1 Mitarbeiter (§ 16e gefördert)

Investitionen

Die aus dem Tagesgeschäft erforderlichen Investitionen und Ersatzinvestitionen wurden trotz angespannter Finanzsituation mit Augenmaß getätigt.

Nicht zwingend notwendige Investitionen wurden vermieden bzw. zurück gestellt. Nicht amortisierbare Projekte/ Projektentwicklungskosten konnten nur zum Teil vermieden werden.

Darstellung der Lage

Vermögens- und Finanzlage

	31.12.2011		31.12.2010		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Vermögensstruktur					
Anlagevermögen	32	8,5	54	12,1	-22
Langfristig gebundenes Vermögen	32	8,5	54	12,1	-22
Vorräte	1	0,3	0	0,0	1
Forderungen					
aus Lieferungen und Leistungen	31	8,3	25	5,6	0
gegen Gesellschafter	59	15,7	141	31,5	-82
Sonstige Vermögensgegenstände	25	6,7	52	11,5	-27
Liquide Mittel	225	60,0	173	38,6	52
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0,5	3	0,7	-1
Kurzfristig gebundenes Vermögen	343	91,5	394	87,9	-51
	375	100,0	448	100,0	-73
Kapitalstruktur					
Eigenkapital	176	46,9	319	71,2	-143
Sonderposten für Investitionszuschüsse	0	0,0	1	0,2	-1
Langfristige Mittel	176	46,9	320	71,4	-144
Rückstellungen					
Steuerrückstellungen	0	0,0	1	0,2	-1
Sonstige Rückstellungen	147	39,2	51	11,4	96
Verbindlichkeiten					
aus Lieferungen und Leistungen	9	2,4	32	7,1	-23
gegenüber Gesellschaftern	16	4,3	13	2,9	3
Sonstige Verbindlichkeiten	27	7,2	31	7,0	-4
Kurzfristige Mittel	199	53,1	128	28,6	71
	375	100,0	448	100,0	-73

Die Eigenkapitalquote reduziert sich auf 46,9 % (Vorjahr 71,2%).

Die vorhandenen flüssigen Mittel setzen sich zum Geschäftsjahresende 2011 wie folgt zusammen:

Guthaben Sparkasse (31.12.2010)

Lfd. Konto:	29.316,38 €
Giroplus:	140.940,39 €
Kasse:	2.877,64 €

Guthaben Sparkasse (31.12.2011)

Lfd. Konto:	51.135,78 €
Giroplus:	170.762,56 €
Kasse:	3.236,60 €

Ein vergleichsweise hoher Betrag an sofort verfügbaren Finanzmitteln (Liquidität) ist notwendig, da die Zahlungen der Zuschüsse/Abschläge durch das Jobcenter zeitversetzt (nachträglich) er-

folgen, die Zahlungen, unter anderem der Mehraufwandsentschädigungen, aber bereits vorher zu tätigen sind.

Ertragslage

In 2011 ist ein Jahresfehlbetrag von - 398.902,39 € entstanden.

Der Verlust ist im Vergleich zum Vorjahr um -142.060,49 € höher ausgefallen.

Dies ist zu einem erheblichen Teil auf die Kürzung der Teilnehmerzahlen ALG II zurückzuführen, verbunden mit der Forderung des Jobcenters gleiche Leistungen inkl. sozialpädagogische Betreuung zu erbringen.

Darüber hinaus belasten einmalige Sondereinflüsse das Jahresergebnis, die sich insbesondere aus Umstrukturierungskosten bzw. den Kosten für Personalumbaumaßnahmen zusammensetzen.

Maßgebliche Posten auf der Aufwandsseite bilden unverändert die Personalkosten, die gegenüber dem Vorjahr um 304 T€ reduziert werden konnten.

Infolge der Reduzierung der Teilnehmerzahlen mussten die von unseren Auftraggebern angefragten Einzelaufträge mangels fehlender Arbeitskräfte von der AA-

FÖG abgelehnt werden. Dies führte abermals zu Umsatzerlösausfällen.

Darüber hinaus waren gegenüber dem Vorjahr beim Abschluss der einjährigen Kontrakte mit städtischen Einrichtungen ebenfalls Umsatzerlösausfälle zu verzeichnen.

Die weitere Nutzung des arbeitsmarktpolitischen Förderinstruments „Job-Initiative“ gem. SGB 11, § 16 e hat weitere Mindesteinnahmen zur Folge.

Die Kosten für Ersatzbeschaffungen, Reparaturen und Wartungsaufwendungen von Geräten und Fahrzeugen sind aufgrund des Alters der Anlagegüter auf hohem Niveau.

Dies gilt auch für Energiekosten, Betriebsmittel und Treibstoff.

Eine kalkulatorische Anpassung konnte nur bedingt vorgenommen bzw. umgesetzt werden. Aufwendungen waren für Betriebssicherheit und notwendige Gebäudeerhaltungsmaßnahmen der Schule Nord weiterhin erforderlich.

Nachtragsbericht

Am 14. Juni 2012 hat die Stadt Emden mit der Gesellschaft eine Vereinbarung zur Bildung eines Cash-Pools geschlossen, worin die Stadt Emden der Gesellschaft einen Kreditrahmen für Betriebsmittel bis zu 350.000,00 € zur Verfügung stellt.

Risiko- und Prognosebericht

Die aktuelle Situation macht erneut die extrem starke Abhängigkeit der Gesellschaft von der öffentlichen Förderpolitik deutlich.

Die restriktive Finanzpolitik der Agentur für Arbeit/Jobcenter durch Einschränkung bei der Bewilligung von Fördermitteln wird sich auch in 2012 weiter fortsetzen und die Erfüllung des Gesellschaftszwecks der AAFÖG im Wesentlichen negativ beeinträchtigen.

Diese Entwicklung ausgleichend durch entsprechende geschäftspolitische Ent-

scheidungen zu gestalten, ist schlechterdings unmöglich.

Zeitnah wurden durch betriebsbedingte Kündigungen bzw. Nichtverlängerung von Arbeitsverträgen von langfristig beschäftigten Arbeitskräften der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2011 erhebliche Personalkostenreduzierungen erzielt, die sich entsprechend im Wirtschaftsplan 2012 widerspiegeln.

Die von der Geschäftsführung verfolgte Geschäftspolitik mit den mannigfachen

immensen Bemühungen um Qualifizierung und Wiedereingliederung von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen einhergehen zu lassen und der damit verbundene eigene Qualitätsanspruch, lässt sich mit den veränderten Rahmenbedingungen nicht aufrecht erhalten.

Von Seiten des Gesellschafters wird nunmehr eine stetige Zuführung zur Kapitalrücklage unumgänglich sein, da unter den mittelfristig erkennbaren Gesamtparametern der Bestand der Gesellschaft ansonsten erheblich gefährdet erscheint.

Der von den Fördermittelgebern verlangte verwaltungsmäßige Aufwand hat sich auch im Berichtsjahr wiederum nicht entzerrt, sondern ist abermals deutlich gestiegen, was überdurchschnittliche Kosten verursacht, die der direkten Integrationswirkung verlorengelassen.

Zudem ist es unablässig, stabile und dauerhafte Kooperationen mit städtischen Einrichtungen einzugehen, um den Ausfall der öffentlichen Fördermittel auf Bundesebene ausgleichen zu können.

Eine hohe Unsicherheit besteht weiterhin bei der planerischen Steuerbarkeit und Umsetzung unternehmerischer Prozesse. Vorsorglich werden deshalb Arbeitsverträge, Beschäftigungs- und Kooperationsvereinbarungen so gestaltet, dass sie bei Ausfall der öffentlichen Fördermittel kurzfristig aufgelöst werden können.

Es verbleibt dennoch ein nicht unerhebliches finanzielles Restrisiko auf Seiten der AAFÖG.

Öffentlich geförderte Beschäftigung muss weiterhin den Anspruch erfüllen, die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen zu erhalten und zu verbessern, um auch eine Wiedereingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt nicht auszuschließen. Menschen mit schweren Vermittlungshemmnissen muss weiterhin die Teilhabe am Arbeitsleben ermöglicht werden. Die Marktersatzfunktionen dieses Interventionsinstrumentes sind künftig auch unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit unumgänglich.

Nach Berücksichtigung dieser Einflussfaktoren prognostiziert die Gesellschaft für das Wirtschaftsjahr 2012 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von -266 T€.

Zukunft Emden GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft Zukunft Emden GmbH ist aus der ehemaligen Schlachthof Emden GmbH hervorgegangen. Zu diesem Zweck wurde der Gesellschaftervertrag in der Gesellschafterversammlung vom 25.02.2003 entsprechen geändert.

In der Gesellschafterversammlung vom 19.12.2003 wurde der Gegenstand des Unternehmens neu gefasst und lautet nunmehr gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages wie folgt:

“Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen kommunalrechtlich möglichen Rechts- und Nutzungsformen. Sie kann außerdem die im Bereich der in § 2 Abs. 1 der Satzung der kommunalen Anstalt Stadtentwicklung Emden bezeichneten Aufgaben übernehmen, Grundstücke und Gebäude erwerben, belasten, veräußern, an- und vermieten, diese bewirtschaften und Erb-

baurechte begründen und ausgeben. Die Gesellschaft ist berechtigt, im Rahmen ihres Unternehmenszwecks eigene Gesellschaften zu gründen oder sich Dritter zu bedienen.

Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind.“

Eine vordringliche Aufgabe der Gesellschaft ist es, im Zuliefererteil des Industriepark „Frisia“ gewerbliche Hallen zu errichten und zu erschließen. Das ehemalige Schlachthofgrundstück wird hierbei mit dem Gebäude in das Konzept integriert.

Der im Gesellschaftervertrag definierte Unternehmenszweck wurde im Berichtsjahr erfüllt.

Gesellschaftskapital und Gesellschafter

Stammkapital	8.400 T€
Beteiligung der Stadt Emden	100 %

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat des Zukunft Emden GmbH besteht aus fünf stimmberechtigten Mitgliedern, von denen drei von den

Fraktionen des Rates der Stadt Emden benannt werden. Zwei Mitglieder gehören der Verwaltung an.

Mitglieder:

Alwin Brinkmann	Oberbürgermeister - Vorsitzender	bis 16.11.2011
Bernd Bornemann	Oberbürgermeister - Vorsitzender	ab 17.11.2011
Hinrich Odinga	Ratsherr - stellv. Vorsitzender	bis 16.11.2011
Lina Meyer	Ratsfrau - stellv. Vorsitzende	ab 17.11.2011
Horst Götze	Ratsherr	ab 17.11.2011
Regina Meinen	Ratsfrau	bis 16.11.2011
Martin Lutz	Erster Stadtrat	
Gerold Verlee	Ratsherr	ab 17.11.2011
Hillgriet Eilers	Ratsfrau	

Christine Schmidt	Ratsfrau	ab 17.11.2011
Stephan-Gerhard Koziolk	Ratsherr	bis 16.11.2011
Bernd Renken	Ratsherr	bis 16.11.2011

Geschäftsführung

Herr Heinz Steenhardt

Gesellschafterversammlung

Einziges Mitglied der Gesellschafterversammlung ist die Stadt Emden.

Tabelle 1: Bilanz

	31.12.2008 T€	31.12.2009 T€	31.12.2010 T€	31.12.2011 T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Sachanlagen	48.130	47.876	51.072	51.487
II. Finanzanlagen	25	35	36	52
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	290	217	1.122	1.021
II. Kassenbestand, und Guthaben bei Kreditinstituten	747	45	1.289	1.241
C. Rechnungsabgrenzungsposten	15	17	19	28
Bilanzsumme	49.209	48.190	53.537	53.828
Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	1.177	1.177	1.177	8.400
II. Kapitalrücklage	4.059	6.490	7.144	402
III. Bilanzgewinn	0	11	481	464
B. Rückstellungen	119	325	81	42
C. Verbindlichkeiten	43.854	40.185	44.559	44.426
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	2	95	95
Bilanzsumme	49.209	48.190	53.537	53.828

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 T€	2009 T€	2010 T€	2011 T€
1. Umsatzerlöse	5.883	5.943	6.172	6.592
2. Sonstige betriebliche Erträge	3.079	145	1.125	108
Gesamtleistungen	8.962	6.088	7.297	6.700
3. Materialaufwand	2.843	0	497	0
4. Personalaufwand	302	327	327	334
5. Abschreibungen	3.058	2.695	2.780	2.955
6. Sonstige betriebl. Aufwendungen	942	1.085	1.048	937
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	30	3	4	8
8. Aufwendungen aus Verlustübernahme			47	37
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.064	1.921	2.131	1.980
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-219	11	470	464
10. Gewinnvortrag aus Vorjahren vom Ertrag	0	0	0	0
11. Entnahme aus der Kapitalrücklage	219	0	0	0
12. Ausschüttung	0	0	0	0
Jahresüberschuss/-Fehlbetrag	0	0	470	464

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Im Geschäftsjahr 2011 hat sich die Wirtschaft in vielen Märkten erholt. Die deutsche Automobilindustrie konnte 2011 wesentlich erfolgreicher sein als im Jahre 2010. Nach den Zahlen des KBA in Flensburg wurden bei den PKW rund 3,17 Millionen Neuzulassungen gezählt. Das entspricht im Vergleich zu 2010 eine Steigerung von 257.000 Autos oder 8,8 Prozent. Auch der Export zeigte sich gestärkt. So wurden in 2011 von deutschen Herstellern 4,5 Millionen Wagen exportiert. Das waren sieben Prozent mehr als in 2010.

Maßgeblichen Anteil an dieser guten Entwicklung in der Autoindustrie hatte in 2011 der Volkswagenkonzern. Mit 8,3 Millionen ausgelieferten Fahrzeugen welt-

weit konnte gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von über eine Millionen Fahrzeugen erreicht werden.

Auch das Werk in Emden hat in 2011 mit mehr als 265.000 produzierten Autos eine Steigerung von knapp 40.000 Autos gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Die Werkleitung rechnet auch für das Jahr 2012 mit einer stabilen Auslastung und der Fertigung von gut 250.000 Autos.

Die Rahmenbedingungen des Hauptgeschäftsfeldes der Gesellschaft, der Industriepark Frisia, sind somit auch für die Zukunft als positiv und gesichert anzusehen.

Deutlich wird dies auch dadurch, dass mit der im Geschäftsjahr 2011 begonnenen Errichtung einer weiteren Halle für die Firma Sitech zukünftig über 80.000 qm Hallen und Büroflächen vermietet sein werden.

Nach noch nicht einmal neun Jahren nach Entscheidung des Gesellschafters zum Projekt Industriepark Frisia werden dann im Laufe des kommenden Jahres insgesamt ca. 1.500 Arbeitsplätze im Park geschaffen sein.

Dies zeigt wie richtig und wegweisend die Entscheidung im Jahre 2003 war und dass mit der damit verbundenen konzeptionellen Arbeit und Umsetzung durch die

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die von der Geschäftsführung im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat vorgeschlagene Kapitalerhöhung ist im Geschäftsjahr 2011 durchgeführt worden. Sie erfolgte durch die Umwandlung von Rücklagen und Zuführung in das Stammkapital. Zusätzliche Liquidität wurde der Gesellschaft im Rahmen der Stammkapitalerhöhung nicht zugeführt.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt damit 8,4 Millionen € und ermöglichte aus eigenen Möglichkeiten den Bau einer weiteren Halle durch Finanzierung am Kreditmarkt. Diese Finanzierung ist ebenfalls wiederum über einen langfristigen Mietvertrag abgesichert. Mit dem Bau der Halle wurde im Herbst 2011 begonnen. Fertigstellung wird im Frühjahr 2012 sein.

Mit dem Bau dieser Halle erfolgte erstmals im Industriepark Frisia die Errichtung einer Photovoltaikanlage in Kooperation mit der

Chancen und Risiken

Durch den Abschluss der mittelfristigen Mietverträge und deren Absicherung ist seitens der Geschäftsführung das konjunkturelle Risiko, soweit beeinflussbar, weithin eingeschränkt. Fortgang von Mietern bzw. sich anschließende Neuvermietung haben zu keinem Mietausfall geführt.

Gesellschaft eine wesentliche Stärkung des Wirtschaftsstandortes Emden erreicht wird.

Die Durchführung des Projektes „Aufbau eines Branchennetzwerkes Logistik und des Clustermanagements“ im Gebiet der Wachstumsregion „Ems-Achse“ im Rahmen der projektbezogenen Wirtschaftsförderung für den Gesellschafter verläuft erfolgreich. Dies zeigt die ständig ansteigende Zahl der Mitglieder aus der Logistikwirtschaft im Netzwerk, aber insbesondere auch die Teilnahme der Mitglieder und Interessierten aus der Branche an den Veranstaltungen des Netzwerkes.

Emdener Energie GmbH und in Abstimmung mit dem Mieter der Halle. Die Anlage wird mit einer Leistung von 575 kW und einem voraussichtlichen Ertrag von 475.000 kWh pro Jahr eine der größten in Emden sein.

Die laufende Ertrags- und Finanzlage ist auch für die kommenden Jahre aufgrund der bestehenden Mietverträge gesichert. Das Jahresergebnis pendelt sich auf konstantem Niveau ein. Die Gesellschaft konnte jederzeit ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen. Der Industriepark trägt sich sowohl aus Liquiditäts- als auch Ertragssicht aus eigenen Einnahmen und bedarf keiner Betriebsmittelzuschüsse seitens des Gesellschafters.

Neuinvestitionen müssen aber durch Darlehensaufnahme ohne Sicherheitsstellung des Gesellschafters bzw. aus eigenen Möglichkeiten der Gesellschaft durchgeführt werden.

Die Prognosen aus und für die Automobilbranche geben keine Veranlassung diese Einschätzung zu ändern.

In 2011/2012 auslaufende Mietverträge wurden bzw. werden aufgrund der bestehenden oder im Rahmen des B8 erwarteten Zulieferverträge der Mieter verlängert.

Nachtragsbericht

Der für das Jahr 2014 anstehende Modellwechsel vom Passat B7 zum B8 führt seit dem Frühjahr zu einer stark ansteigenden Nachfrage verschiedener Firmen nach Möglichkeiten sich im Industriepark Frisia anzusiedeln.

Hierzu kommt die konzernweite Fertigungsumstellung (MQB), die große bzw. neue Anforderungen an vorhandene Strukturen, die Zulieferer und das Werk Emden stellen. Diese werden für die Ge-

sellschaft nur durch den Neubau von Hallen bzw. Umbau vorhandener Hallenkapazitäten umzusetzen sein.

Es wird in den nächsten zwei Jahren für die Gesellschaft eine sehr große Herausforderung sein, die zukunftsweisenden aber auch den Bestand und den Standort sichernden Anforderungen an den Industriepark mit Hilfe des Gesellschafters umzusetzen.

Verbundene Unternehmen der Zukunft Emden GmbH

Emder GründerInnen Zentrum GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Zum 01. Januar 2005 wurde die Emder GründerInnenzentrum GmbH gegründet. Aufgabe der Gesellschaft ist der Betrieb des Emder GründerInnenzentrums. Das Zentrum vermietet nicht nur Geschäftsräume, sondern bietet darüber hinaus allen Gründungswilligen mit seinen Dienstleistungen Hilfestellung bei der Existenzgründung.

Die Gesellschaft sieht es als ihre Aufgabe an im Rahmen einer aktiven Förderung in Emden ein gründungsfreundliches Klima zu schaffen und damit zur Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Emden beizutragen. Der im Gesellschaftervertrag definierte Unternehmenszweck wurde im Berichtsjahr erfüllt.

Gesellschaftskapital und Gesellschafter

Stammkapital	25 T€
Beteiligung der Zukunft Emden GmbH	100 %

Geschäftsführung

Herr Heinz Steenhardt

Gesellschafterversammlung

Einziges Mitglied der Gesellschafterversammlung ist die Zukunft Emden GmbH.

Tabelle 1: Bilanz

	31.12.2008 T€	31.12.2009 T€	31.12.2010 T€	31.12.2011 T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	0	0
II. Sachanlagen	34	27	22	18
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	91	69	98	71
II. Kassenbestand, und Guthaben bei Kreditinstituten	12	26	10	41
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Bilanzsumme	138	122	130	131
Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	25	25	25	25
II. Kapitalrücklage	75	75	75	75
III. Bilanzgewinn	0	0	0	
B. Rückstellungen	6	7	7	7
C. Verbindlichkeiten	27	14	20	21
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	1	3	2
Bilanzsumme	138	122	130	131

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 T€	2009 T€	2010 T€	2011 T€
1. Umsatzerlöse	129	151	184	212
2. Sonstige betriebliche Erträge	13	19	4	42
Gesamtleistungen	142	170	188	254
3. Materialaufwand	0	0	0	0
4. Personalaufwand	109	102	104	132
5. Abschreibungen	9	7	7	6
6. Sonstige betriebl. Aufwendungen	112	112	124	153
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-88	-51	-47	-37
7. Entnahme aus der Kapitalrücklage	88	51	47	37
Jahresüberschuss/-Fehlbetrag	0	0	0	0

Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Regional wie überregional unterliegen Unternehmensgründungen sehr stark äußeren Einflüssen. Allgemeine Fördermöglichkeiten der öffentlichen Hand und die Kreditvergabe durch die entsprechenden Institute, aber insbesondere auch die allgemeine Situation auf dem Arbeitsmarkt sind hier zu nennen.

Insbesondere die bundesweit und auch örtlich sinkenden Arbeitslosenzahlen beeinflussen direkt die Zahl der Neugründungen. Durch die von der Agentur für Arbeit angekündigten und zum Jahreswechsel 2011/2012 umgesetzten Änderungen beim Gründungszuschuss (Wandlung von Pflichtleistungen in Kannleistungen sowie verschlechterte Rahmenbedingungen) war gegen Ende des Jahres ein Rückgang in der Anzahl der Informationsgespräche mit arbeitslosen Gründungsinteressenten spürbar. Die Agentur für Arbeit hat bereits mit Beginn der Diskussion um die Änderung für die Vergabe des Gründungszuschusses merklich das Engagement in diesem Be-

reich eingeschränkt. Es ist davon auszugehen, dass sich dieser Trend im Jahr 2012 fortsetzen wird. In der Region Emden wird dieser Effekt durch eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften noch verstärkt. Dies gilt insbesondere auch im Bereich der hochqualifizierten Fachkräfte und hier wiederum für den Bereich der Hochschulabgänger.

Aus der im Jahr 2010 vom EGZ gemeinsam mit der Hochschule Emden / Leer initiierten „Entrepreneurship offensive“ ist durch die Wachstumsregion EmsAchse e.V. die „Gründungsachse“ entstanden, um das Gründungspotenzial an der Hochschule zu unterstützen und zu fördern.

Hier haben sich im Laufe des Jahres durch die „Gründungsachse“ erste Erfolge eingestellt. Einige kleinere Gründungsvorhaben von Studenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern der Hochschule Emden / Leer wurden vom Projektteam des EGZ erfolgreich begleitet. Ein Gründungsteam hat sich im Jahr 2011 um den Gründer-

Campus Niedersachsen beworben. Die angebotene Lehrveranstaltung „Existenzgründung“ wurde von den Studenten gut angenommen. Durch kurze Infoveranstaltungen, Messeteilnahmen und weiteren Aktivitäten wird so der Gründungsgedanke breit in der Hochschule getragen.

In Zusammenarbeit mit dem Gesellschafter und agilio e.V. konnte im August das auch der Öffentlichkeit zugängliche gastronomische Angebot im EGZ wieder zur Verfügung gestellt werden. Hier ist das gemeinsame Konzept zur Betriebsführung besonders hervorzuheben. Der Betrieb wird durch agilio e.V. eigenständig als sozialer Betrieb geführt und bietet Menschen mit Behinderung bzw. mit einem Handicap Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten. Die auch EU- weit unter dem Begriff Inklusion geforderte Einbindung

Voraussichtliche Entwicklung

Ziel des EGZ ist es weiterhin, für Existenzgründungen in Emden ein optimales Feld zu schaffen und damit auch den Wirtschaftsstandort Emden zu stärken. Dies wird in den kommenden Jahren bei den sich laufend verändernden Rahmen-

dieses Personenkreises in die normale Arbeits- und Lebenswelt wird hier täglich umgesetzt.

Die sich bereits positiv nach wenigen Monaten zeigende Entwicklung sowohl bei den Beschäftigten, aber auch die steigenden Kundenzahlen zeigt, dass hier der richtige Weg eingeschlagen wurde.

Die Entwicklung der Mieterzahlen im EGZ verlief auch im abgelaufenen Jahr konstant. Durch die vermehrte Inanspruchnahme und Einmietung von Räumlichkeiten durch Existenzgründer und Netzwerkpartner konnte die Einnahme- und Ertragssituation verbessert werden. Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag mit dem Gesellschafter.

bedingungen eine besondere Herausforderung sein. Für das Zentrum sollen auf Dauer die Einnahmen erzielt werden, die eine weitestgehend finanzielle Unabhängigkeit von der Muttergesellschaft ermöglicht.

Klinikum Emden Hans-Susemihl-Krankenhaus Emden gGmbH

Gegenstand der Gesellschaft

Nach der Gründung der Klinikum Emden – Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH im November 2004 wurde der städtische Eigenbetrieb Hans-Susemihl-Krankenhaus mit Eintragung im Handelsregister am aus dem Vermögen der Stadt Emden ausgegliedert. Die Ausgliederung erfolgte handelsrechtlich rückwirkend zum 01.01.2005. Mit der Ausgliederung wurden die mit dem Krankenhausbetrieb verbundenen städtischen Grundstücke sowie das auf dem Krankenhausgelände befindliche Dialysezentrum auf die Gesellschaft übertragen.

Ziel der Gesellschaft ist die Förderung und Sicherstellung der öffentlichen Gesundheitsversorgung für die Stadt Emden und deren Umland.

Im Rahmen der sachlichen und gesetzlichen Möglichkeiten wird eine stationäre, teilstationäre und ambulante Diagnostik und Therapie angeboten.

Gegenstand der Gesellschaft ist der gemeinnützige Betrieb des Hans-Susemihl-Krankenhauses sowie alle damit zusammenhängenden Einrichtungen, Nebeneinrichtungen und Hilfsbetrieben.

Zweck der Gesellschaft ist die ärztliche, pflegerische, technische und kaufmännische Führung dieser Einrichtungen mit dem Ziel einer bestmöglichen und zugleich wirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung sowie die Ausbildung in eigenen Ausbildungsstätten.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Vorschriften des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Der im Gesellschaftervertrag definierte Unternehmenszweck wurde im Berichtsjahr erfüllt.

Stammkapital

Gezeichnetes Kapital	3.000.000 €
Beteiligung der Stadt Emden	100 %

Gesellschafterversammlung

Der Rat der Stadt Emden wählt 3 Vertreter in die Gesellschafterversammlung.

Der Gesellschafterversammlung gehörten zum Bilanzstichtag folgende Personen an:

Herr Alwin Brinkmann	Oberbürgermeister (Vorsitzender)	bis 16.11.2011
Herr Bernd Bornemann	Oberbürgermeister (Vorsitzender)	ab 17.11.2011
Herr Horst Jahnke	Ratsherr	bis 16.11.2011
Herr Benjamin Swieter	Ratsherr	
Frau Karola Brunken	Ratsfrau	ab 17.11.2011

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus neun stimmberechtigten Mitgliedern. Ein Mitglied gehört der Verwaltung der Stadt Emden an. Fünf Mitglieder des Aufsichtsrates werden

von den Fraktionen des Rates der Stadt Emden aus deren Mitte benannt. Die im Rat der Stadt Emden vertretenen Fraktionen oder Gruppen, die nicht mit einem

Mitglied im Aufsichtsrat vertreten sind, können jeweils ein beratendes Mitglied aus ihrer Mitte benennen. Drei Mitglieder des Aufsichtsrates sind Arbeitnehmervertreter. Diese werden vom Rat der Stadt

Emden auf Vorschlag des Betriebsrates der Gesellschaft berufen.
Dem Aufsichtsrat gehörten zum Bilanzstichtag folgende Mitglieder an:

Herr Alwin Brinkmann	Oberbürgermeister (Vorsitzender)	bis 16.11.2011
Herr Bernd Bornemann	Oberbürgermeister (Vorsitzender)	ab 17.11.2011
Herr Helmut Bongarz	Beigeordneter (stellv. Vorsitzender)	
Frau Lina Meyer	Bürgermeisterin	
Frau Regina Meinen	Ratsfrau	ab 17.11.2011
Herr Gregor Strelow	Ratsherr	ab 17.11.2011
Frau Andrea Marsal	Ratsfrau	ab 17.11.2011
Herr Horst Jahnke	Ratsherr	bis 16.11.2011
Frau Marianne Kandziora	Arbeitnehmervertreterin	bis 16.11.2011
Herr Gottfried Glyschewski	Arbeitnehmervertreter	
Herr Dr. Helge Störiko	Arbeitnehmervertreter	
Frau Anneliese Mietz	Arbeitnehmervertreterin	ab 17.11.2011
Herr Walter Schild	Ratsherr	bis 16.11.2011
Herr Wilfried Graf	Ratsherr	bis 16.11.2011
Frau Hillgriet Eilers	Ratsfrau (beratend)	

Geschäftsführung

Herr Ulrich Pomberg

Tabelle 1: Bilanz

	31.12.200 T€	31.12.2009 T€	31.12.2010 T€	31.12.2011 T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	167	467	404	309
II. Sachanlagen	30.178	32.823	33.779	35.191
III. Finanzanlagen	38	50	50	53
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	1.328	1.266	1.264	1.371
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.288	12.128	11.407	11.035
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.172	819	373	510
C. Ausgleichsposten KHG	1.733	1.733	1.733	1.733
D. Rechnungsabgrenzungsposten	10	47	55	54
Bilanzsumme	41.912	49.332	49.064	50.255
Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Festgesetztes Kapital	3.000	3.000	3.000	3.000
II. Kapitalrücklagen	3.035	3.035	3.035	4.035
III. Gewinnvortrag	0	-76	0	0
IV. Bilanzgewinn/ -verlust	-1.076	-1.109	-1.117	-2.374
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	21.919	23.354	23.826	23.559
C. Rückstellungen	3.232	4.036	3.089	2.833
D. Verbindlichkeiten				
I. gegenüber Kreditinstituten	5.738	5.396	7.972	8.943
II. aus Lieferungen und Leistungen	1.233	1.945	2.165	2.131
III. gegenüber dem Gesellschafter	57	44	4	1.012
IV. nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	2.237	5.169	5.383	5.498
V. aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	1.002	1.000	171	23
VI. Sonstige Verbindlichkeiten	1.535	1.469	1.535	1.593
E. Rechnungsabgrenzungsposten	1	60	2	2
Bilanzsumme	41.912	49.332	49.064	50.255

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 T€	2009 T€	2010 T€	2011 T€
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	40.445	44.223	45.114	45.392
2. Erlöse aus Wahlleistungen	335	398	411	418
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen	980	1.244	1.351	1.447
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	1.999	1.555	1.488	1.525
5. Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-28	-24	-2	139
6. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	51	61	46	18
7. Sonstige betriebliche Erträge	3.365	5.407	5.400	5.724
Gesamtleistungen	47.147	52.865	53.812	54.663
8. Personalaufwand	32.697	35.617	34.670	35.482
9. Materialaufwand	10.739	13.122	14.616	15.170
10. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	915	4.126	2.468	1.878
11. Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	0	0	0	0
12. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten nach dem KHG	1.888	1.987	2.486	2.201
13. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	0	0	0	0
14. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten nach dem KHG	874	6.946	2.282	1.524
15. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	121	234	237	404
16. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	2.183	2.381	2.636	2.833
17. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.577	4.380	4.886	4.563
18. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	81	14	5	5
19. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	148	264	314	383
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 1.306	-1.040	-870	-1.613
20. Steuern	33	70	30	44
21. Verlustvortrag			685	-1.117
22. Entnahme aus Kapitalrücklage				400
Bilanzgewinn (+) / -verlust (-)	- 1.554	- 1.109	-1.117	-2.374

Lagebericht

Rahmenbedingungen

Die finanzielle Situation in den rund 2.050 deutschen Krankenhäusern hat sich weiter verschlechtert.

Fast jede sechste der rund 2.050 Kliniken ist laut „Krankenhaus-Rating Report 2012“ (Herausgeber: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung – RWI – u. a.) in ihrer Existenz bedroht. Damit setzt sich die ungünstige Entwicklung der Vorjahre fort: Waren in 2011 noch zwölf und im Jahr davor nur zehn Prozent in Insolvenzgefahr gewesen, sind es jetzt schon 15 Prozent. Kleine kommunale Kliniken sind besonders betroffen.

Das Hauptproblem ist die fehlende Refinanzierung der zwischen Arbeitgeber- und Gewerkschaftsseite ausgehandelten Tarifierhöhungen bei gleichzeitig weiter stattfindenden Kürzungen. Mit einem Preiszuwachs von 1 Prozent können Lohnsteigerungen von drei Prozent und mehr nicht bezahlt werden. Hinzu kommen für viele Krankenhäuser weitere Belastungen, weil jede zusätzliche erbrachte Leistung der Krankenhäuser mit Mehrleistungsabschlägen belastet wird.

Mehrleistungen der Krankenhäuser im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr werden mit einem Abschlag belegt, der im Jahre 2011 30% beträgt und in den Folgejahren vertraglich zu vereinbaren ist.

Leistungsentwicklung

Die Gesamtfallzahl lag im Jahr 2011 mit 14.943 nahezu auf dem Niveau des Vorjahres (14.935, demnach +8 bzw. +0,1%). Zuwächse gab es vor allem in der Psychiatrie (von 1.730 auf 1.835, somit +105 bzw. +6,1%). Hingegen waren in der Inneren Medizin (von 3.732 auf 3.570, somit -162 bzw. -4,3%) Rückgänge zu verzeichnen.

Die beiden chirurgischen Kliniken zeigen im Berichtsjahr bezüglich der Gesamtfallzahl einen deutlichen Anstieg im Vergleich

Die Preise für akutstationäre Krankenhausleistungen sowie für die Krankenhausbudgets von psychiatrischen und psychosomatischen Einrichtungen dürfen in den Jahren 2011 und 2012 nur in Höhe der um 0,25%-Punkte bzw. um 0,5%-Punkte verminderten (bisher: vollen) Grundlohnrate wachsen.

Der Landesbasisfallwert Niedersachsen wurde auf Basis der um 0,25 Prozentpunkte reduzierten Grundlohnrate 2011 in Höhe von 0,9% ermittelt und lag deshalb bei 2.905,00 € (mit Ausgleichen).

Darstellung des Geschäftsverlaufes im Berichtsjahr

Die Budgetverhandlungen für das Jahr 2011 konnten – wie in den Vorjahren – nicht prospektiv, sondern erst im laufenden Jahr durchgeführt werden. Der Abschluss konnte nach einer Verhandlungsrunde mit Wirkung zum 01.06.2011 erzielt werden.

Im Budget 2011 wurden 12.974 DRG-Fälle vereinbart (2010: 12.887), tatsächlich wurden 12.899 Fälle behandelt (Vorjahr: 12.921). Der Case-Mix lag mit 12.322 geringfügig unter dem geplanten Ansatz von 12.390. Der tatsächliche Case-Mix-Index von 0,955 entsprach dem geplanten Wert.

zum Vorjahr (von 2.851 auf 3.074, somit +223 bzw. 7,8%).

Die Zahl der Geburten entwickelte sich im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig auf 620 (-3,4% ggü. 642).

Die Anzahl der ambulanten Operationen verringerte sich im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr auf nunmehr 1.471 (-271 bzw. -15,6% ggü. 1.742). Die Rückgänge bezogen sich aber insbesondere auf kleinere Eingriffe. Die Erlöse verringerten sich um 25 TEUR (-7,5%).

Ertragslage

Die Erträge des Klinikums konnten insbesondere durch die mit den Kostenträgern ausgehandelte Budgetsteigerung verbessert werden (+1.054 TEUR bzw. 2,0%). Im Vergleich erhöhten sich die Betriebsaufwendungen um 1.390 TEUR bzw. 2,6%. Die Relation zwischen 2011 und 2010 zeigt eine Verschlechterung des Betriebsrohergebnisses um 569 TEUR auf -645 TEUR. Diese Veränderung resultiert größtenteils aus dem Mehraufwand im Personalaufwand (+812 TEUR), der überwiegend durch die Besetzung von bisher unbesetzten Arztstellen entstanden ist. Zwar führte dies im Berichtsjahr zu einer deutlichen Reduzierung von Honorarkosten für externe Ärzte (im medizinischen Bedarf ausgewiesen), aber dennoch sind in diesem Bereich Kosten in Höhe von 511.000 Euro angefallen (Vorjahr: 725.000 Euro). In der folgenden Übersicht sind die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung gruppenweise zusammengefasst:

	2011 T €	2010 T €	Ergebnis- veränd. T €
Betriebserträge	54.231	53.410	821
Betriebsaufwendungen	54.876	53.486	-1.390
Betriebsrohverlust/-gewinn	-645	-76	-569
Investitionsergebnis	-635	-480	-155
Betriebsergebnis	-1.280	-556	-724
Finanzergebnis	-378	-309	-69
Neutrales Ergebnis	1	-35	36
Jahresergebnis	-1.657	-900	-757

Die Umsatzerlöse stiegen um 0,9% auf 48,782 Mio. Euro.

Die Personalkosten erhöhten sich in der Summe um 2,3% auf 35,482 Mio. Euro. Der Anteil des Personalaufwandes umfasste 64,7% (Vorjahr: 64,8%) der gesamten Betriebsaufwendungen.

Der Sachaufwand stieg um 3,8% auf 15,170 Mio. Euro.

Vermögens- und Finanzlage

Die Liquiditätslage der Gesellschaft war im Berichtsjahr angespannt. Zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit hat die Stadt Emden als Gesellschafterin dem Klinikum eine Liquiditätshilfe in Form eines kurzfristigen Kassenkredits von 1,0 Mio. Euro ausgezahlt.

Zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der Klinikum Emden gGmbH hat der Rat der Stadt Emden am 30.09.2011 die Kapitalrücklage um 1,0 Mio. auf 4,0 Mio. Euro erhöht.

Zum Bilanzstichtag war der Grundsatz, nach dem das langfristig gebundene Vermögen durch langfristige Mittel finanziert sein soll, gewahrt. Die langfristige Unternehmensfinanzierung weist zum 31.12.2011 eine Überdeckung von rd. 410 TEUR auf:

	31.12.2011 T €	31.12.2010 T €
langfristig gebundenes Vermögen	35.553	34.234
langfristig zur Verfügung stehende Mittel	35.963	36.046
Überdeckung	+ 410	+ 1.812

Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme beträgt nach Verrechnung mit dem Saldo des Ausgleichspostens für Eigenmittelförderung 6,0% (Vorjahr: 6,7%).

Für die Beurteilung des Eigenkapitals an der zusammengefassten Bilanzsumme ist bei geförderten Krankenhäusern zu berücksichtigen, dass – solange das Klinikum seine Zweckbestimmung nicht ändert – die Fördermittel einen eigenkapitalähnlichen Charakter aufweisen. Für das so definierte Eigenkapital ergibt sich ein Anteil an der Bilanzsumme von 54,6% (im Vorjahr: 57,0%).

Die Veränderung des Finanzmittelfonds stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2011	31.12.2010
	T €	T €
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	+ 750	+ 1.018
Cashflow aus Investitionstätigkeit	- 2.984	- 2.540
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	+ 1.646	+ 1.767
Finanzmittelfonds am 31.12.	- 1.447	- 859

Risiken und Chancen der Gesellschaft

Finanzwirtschaftliche Risiken ergeben sich in Bezug auf Ausfall- und Liquiditätsrisiken. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bestehen gegenüber den Sozialleistungsträgern. Das Ausfallrisiko der Sozialleistungsträger wird als gering angesehen. Den bestehenden Risiken aus möglichen Forderungsausfällen gegen Sozialleistungsträger und Selbstzahler wird durch ein aktives Forderungsmanagement begegnet. Um eventuellen Ausfallrisiken vorzubeugen, wurden sowohl Einzelwertberichtigungen als auch eine Pauschalwertberichtigung in angemessener Höhe gebildet. Diese schließt auch die Risiken aus MDK-Prüfungen ein. Der kurzfristige Liquiditätsbedarf ist über den bestehenden Betriebsmittelrahmen bei der Ostfriesischen Volksbank eG gedeckt.

Nachdem der allgemeine Ärztemangel das Klinikum Emden im Jahr 2010 besonders getroffen hatte, entspannte sich die Lage im Jahr 2011 signifikant. Ein Großteil der freien Stellen konnte zwar zeitversetzt, aber erfolgreich nachbesetzt werden. Allgemein marktbezogene Besetzungsprobleme gibt es nach wie vor in den Fachgebieten Neurologie und Psychiatrie. Wegen der Besetzungslücken in diesen Kliniken und zur zwischenzeitlichen Überbrückung bis zur Wiederbesetzung freier Stellen auch in den anderen Disziplinen fielen dennoch Kosten in Höhe von 511.000 Euro für Honorarärzte an.

Zur Vermeidung einer dauerhaften Abhängigkeit von Honorarärzten wurden intensive Bemühungen zur Gewinnung neuer Mitarbeiter unternommen. Der gemeinsam mit den Kliniken entwickelte Maßnahmen-

katalog zeigt erste Erfolge: die Zahl an Famulanten und Studenten im Praktischen Jahr ist so groß wie lange nicht mehr. Die positiven Rückmeldungen im Internet-Portal „www.pj-ranking.de“ (Ende 2011: 1. Platz von 272 bewerteten Krankenhäusern in der Rubrik „Lehre“, 12. Platz bei der Gesamtnote) belegen die Erfolge der intensiven Betreuung durch die Chef-, Ober- und Assistenzärzte sowie das gelungene Konzept für die Rahmenbedingungen. Zur Attraktivitätssteigerung der Klinik-Arbeitsplätze in Emden dienen zudem unter anderem die Gewährung von Stipendien für Medizinstudenten und das Angebot bzw. die Vermittlung von Kinderbetreuungsplätzen.

Gerade die zuletzt aufgeführte Maßnahme wird immer wichtiger, da die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sich zu einem wichtigen Entscheidungskriterium für Fachkräfte bei der Auswahl von Arbeitsplätzen entwickelt – und zwar nicht nur im Ärztlichen Dienst. Ein erster Schritt für Mitarbeiterkinder ist die sogenannte Großtagespflege in der dritten Etage des Klinikums mit Öffnungszeiten vom Beginn des Frühdienstes bis zum Ende des Spätdienstes für Kinder unter vier Lebensjahren. Darauf aufbauend plant das Klinikum ein an die besonderen Dienstzeiten im Krankenhaus angepasstes umfassendes Kinderbetreuungskonzept. Da eine eigene Kindertagesstätte mit Kinderkrippe, Kindergarten und Kinderhort nicht allein unterhalten werden könnte, sollen weitere Unternehmen aus der Stadt zum Aufbau einer übergreifenden Betriebsbetreuungseinrichtung gewonnen werden.

Ein dringender Bedarf zur baulichen Umstrukturierung besteht im Bereich der Psychiatrischen Klinik. In den vergangenen zehn Jahren wurden zwar schrittweise fast alle Stationen im Rahmen der laufenden Instandhaltung renoviert, aber der Grundzustand mit überholtem Zimmerstandard (größtenteils 4-Bett-Zimmer) und unzureichender Nasszellenausstattung ist unverändert geblieben. Außerdem fehlen Therapie- und Aufenthaltsbereiche sowie angemessene Räumlichkeiten für die Psychiatrische Tagesklinik und die Institutsambulanz. Aus der permanenten Überbelegung resultiert eine außergewöhnlich niedrige Verweildauer, die wegen nicht vollständiger Therapie häufig zu unvermittelten Wiederaufnahmen führt.

Zur Beendigung dieses Kreislaufs hat das Klinikum Emden im Jahr 2011 beim Land Niedersachsen eine Bettenaufstockung um 15 Plätze beantragt, die im November 2011 bewilligt worden ist. Zudem wurde ein Investitionsförderantrag zur baulichen Umstrukturierung und zum Ausbau der Psychiatrischen Klinik eingereicht (Investitionsvolumen: 9,6 Mio. Euro). Dieser wurde in die Prioritätenliste des Landes Niedersachsen aufgenommen, so dass es bei ausreichenden Landesmitteln in den nächsten drei bis fünf Jahren zu einer Bewilligung kommen könnte.

Die Entwicklung der Psychiatrischen Klinik wird derzeit gehemmt durch die Beantragung einer eigenen Klinik für Psychiatrie und Psychosomatik mit Tageskliniken durch die Klinikum Leer gGmbH, obwohl der Landkreis Leer seit 30 Jahren zum Emdener Versorgungsgebiet gehört. Infolgedessen wurde über die Anträge auf Einrichtung einer Abteilung für Psychosomatik in Emden (Einreichung 2005) und einer psychiatrischen Tagesklinik in Leer als Außenstelle der Emdener Tagesklinik (Einreichung 2009) bisher nicht entschieden.

Zudem hat die Klinikum Leer gGmbH im April 2012 Klage beim Nds. Sozialministerium gegen die bewilligte Aufstockung der psychiatrischen Planbetten der Psychiatrischen Klinik eingereicht, allerdings unter Verkennung der gleichzeitigen Reduzierung einer entsprechenden Bettenzahl von

15 in den somatischen Kliniken. Das diesbezügliche Verfahren ist beim Verwaltungsgericht Oldenburg anhängig.

Die Erfolgsaussichten der vom Klinikum Leer initiierten Verfahren werden zwar als gering eingeschätzt, aber sie verzögern die Verbesserung der regionalen Versorgungsstruktur und konterkarierten frühere Kooperationsansätze unter den kommunalen Krankenhäusern in Ostfriesland.

Im April 2011 startete im Bettenhaus B in der ersten Etage der aufwändige Umbau der Intensivstation mit zukünftig jeweils zehn Therapie- und Überwachungs-/IMC-Plätzen sowie der Umzug der Stroke Unit von der ersten in die zweite Etage in Verbindung mit der Erweiterung von sechs auf zehn Betten. Da das Großprojekt in den laufenden Krankenhausbetrieb integriert werden muss, werden sich die Arbeiten über zweieinhalb Jahre hinziehen. Im Bereich des bisherigen Schlaflabors wurde eine Übergangsstation zur Betreuung von Intensiv- bzw. Schlaganfall-Patienten eingerichtet. Das Land Niedersachsen hat für das Projekt einen Investitionsförderbetrag in Höhe von 5,6 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Dieses Geld wird aber nicht ausreichen, um die Einrichtung und Ausstattung auf den neuesten Stand zu bringen. Deshalb muss darüber hinaus ein Eigenanteil in Höhe von etwa 1,5 Mio. Euro eingebracht werden.

Hier liegt das Grundproblem des Klinikums. Zwar ist die Eigenkapitalrücklage durch Beschluss des Rates am 30.09.2011 um 1,0 Mio. Euro erhöht worden, aber dennoch ist das Eigenkapital weiterhin nicht ausreichend und droht durch die anhaltenden Bilanzverluste allmählich aufgezehrt zu werden. Da von der Stadt Emden keine dauerhaften Defizitübernahmen zu erwarten sind, müssen im Klinikum neben den bisher umgesetzten Maßnahmen weitere Aktivitäten unternommen werden, um Einnahmen zu erhöhen und Kosten zu senken. Die Deckung der Betriebskosten wurde zwar in den Jahren 2008 und 2009 erreicht, aber insbesondere die Belastungen aus der Kreditaufnahme für Investitionen und die dar-

aus resultierenden Abschreibungen führen weiterhin zu negativen Jahresergebnissen. Deshalb sind zukünftig konsequent Gewinne zu erwirtschaften, um neben der Betriebskostendeckung auch finanzielle Freiräume zur Weiterentwicklung des Krankenhausgebäudes und seiner Ausstattung zu erreichen.

Das im November 2011 und im Juni 2012 abgeschlossene Projekt zum Bau eines Parkhauses auf dem Krankenhaugelände (Investitionsvolumen: ca. 1,5 Mio. Euro) musste größtenteils ebenfalls über eine Kreditaufnahme finanziert werden. Hier besteht aber die Möglichkeit, diese Kosten über die von Patienten, Besuchern und sonstigen externen Nutzern erhobenen Gebühren zu refinanzieren. Sollten diese Erlöse nicht ausreichen, müssten auch die Mitarbeiter einen Finanzierungsbeitrag leisten. Durch das Parkhaus mit insgesamt 300 Einstellplätzen (davon 200 zusätzlich geschaffen) wurde der seit Jahren wachsende Engpass behoben und ausreichende Reserven für die weitere Entwicklung des Klinikums geschaffen.

In den vergangenen Jahren wurden umfassende Aktivitäten unternommen, um die Kostenbelastung in den nicht unmittelbar patientenbezogenen Bereichen zu verringern. Hierzu gehörten insbesondere die Gründung der Servicegesellschaft, die Neueinstellungen unterhalb des allgemeinen TVöD-Vergütungsniveaus erlaubt, sowie die Übertragung des Krankenhauslabors auf ein deutschlandweit tätiges Großlabor unter Weiterführung des Laborbetriebes im Klinikum.

Nachdem diese Möglichkeiten ausgeschöpft worden sind, sind die Potentiale zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit im medizinischen Bereich zu ergründen und umzusetzen. Die Benchmarking-Vergleiche des CLINOTEL-Krankenhausverbundes haben gezeigt, dass die Potentiale im Pflegedienst nach der in den vergangenen Jahren erfolgten schrittweisen Anpassung inzwischen ausgeschöpft sind. Hier liegen nur die Kosten je Vollzeitkraft über dem Verbunddurchschnitt. Gründe hierfür liegen in der Alters- und Qualifikationsstruktur. Mit der Neube-

setzung der Stelle der Pflegedirektion zum 01.01.2011 wurden neue Ansätze zur Strukturierung des Pflegedienstes eröffnet. Diese zielen auf ein ganzheitliches Pflegeverständnis unter Nutzung der Möglichkeiten zur Delegation patientenferner Tätigkeiten auf weniger qualifiziertes Personal.

Die Beeinflussung der Kosten im Ärztlichen Dienst ist in Anbetracht des allgemeinen Ärztemangels nur sehr beschränkt möglich. Die in den letzten Jahren zur Umsetzung des Arbeitszeitgesetzes ausgeweiteten Stellenpläne verursachen erhebliche Mehrkosten, da die neuen Arbeitszeitmodelle die bisherigen Kosten für Bereitschaftsdienste nicht wesentlich verringerten. Die in einigen Kliniken bereits vollzogene Einstellung von medizinischen Fachangestellten zur Entlastung von delegierbaren Aufgaben (Blutabnahme, DRG-Dokumentation) führte aufgrund der gestiegenen Ansprüche an das Arbeitsumfeld nicht zu der angestrebten Anrechnung auf den ärztlichen Stellenbedarf.

Die Personalbemessung in den kleinen Abteilungen Gynäkologie/Geburtshilfe und Kinder-/Jugendmedizin richtet sich nach der Mindestbesetzung. Die CLINOTEL-Vergleiche bezüglich der Relation zwischen eingesetztem Ärztlichem Personal und der abgerechneten DRG-Bewertungsrelationen bestätigen, dass hier nicht die Effektivität der größeren Kliniken erreicht werden kann.

Eine unterdurchschnittliche Produktivität des ärztlichen Personaleinsatzes zeigt sich aber auch in der Klinik für Allgemein-, Viszeral- und Gefäßchirurgie. Hier führt die Spezialisierung auf die minimalinvasive Chirurgie bei ausgebauter oberärztlicher Stellenbesetzung zu einer ungünstigen Kosten-/Erlösrelation. Obwohl eine sehr fortschrittliche und patientenorientierte Medizin praktiziert wird, fällt die Vergütung des Krankenhausaufenthaltes niedriger aus als bei den traditionellen offenchirurgischen Operationsmethoden. Eine wirtschaftliche Verbesserung kann unter Beibehaltung des Operationsspektrums nur durch die Erhöhung der Patientenzahlen erreicht werden. Da eine nennenswer-

te Erhöhung der OP-Zahlen während der bestehenden Routinearbeitszeit nicht umsetzbar ist, kann das Ziel einer vergrößerten Operationskapazität nur über zeitlich ausgedehnte Arbeitszeitmodelle erreicht werden. Hierfür ist wiederum zusätzliches Personal einzustellen.

Die Neurologische Klinik hat inzwischen ihre räumlichen Kapazitätsgrenzen überschritten. Der Aufnahmedruck verstärkt sich von Jahr zu Jahr. Auf Fremdstationen verstreute Patienten führen zu einer Mehrbelastung insbesondere für das ärztliche Personal. Nach Abschluss der Baumaßnahme Intensivtherapie/IMC/Stroke Unit und der damit erreichten Erweiterung

der Stroke-Unit-Kapazität von 6 auf 10 Plätze ist deshalb die Reaktivierung der ehemaligen Station A31 in Angriff zu nehmen. Die dafür notwendige Baumaßnahme wird die Sanierung der übereinander liegenden Stationen A21 und A31 umfassen – analog zu dem bereits umgesetzten Projekt A24 und A34. Hier ist mit Bau- und Ausstattungskosten in Höhe von 2,8 bis 3,0 Mio. Euro zu rechnen.

Zur Sicherung und Weiterentwicklung der Frauenklinik muss rechtzeitig mit der Suche nach der Nachfolge des 2014 in den Ruhestand wechselnden Chefarztes, Herrn Heimann, begonnen werden.

Prognose

Im Jahr 2012 liegt die Grundlohnsummenentwicklung bei 1,98%, den Krankenhäusern wird aber wegen des im GKV-Finanzierungsgesetz festgeschriebenen Abschlages nur 1,48% zugestanden. Dieser Wert wird jedoch für die Budgets nicht einmal erreicht. Da die niedersächsischen Krankenhäuser im Jahr 2010 mehr Leistungen erbracht haben als mit den Kostenträgern vereinbart, werden die erzielten Mehreinnahmen als Abschläge auf den DRG-Landesbasisfallwert des Jahres 2012 verrechnet. Dadurch werden die DRG-Budgets - wie im Vorjahr - nur um etwa 0,9% erhöht – und das bei geschätzten Kostensteigerungen von etwa 4 Prozent.

Die Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser wird nach wie vor nicht ausreichend finanziell gewürdigt; stattdessen werden notwendige Mehrleistungen durch Abschläge und Rückzahlungsverpflichtungen bestraft. Der Gesetzgeber verkennt dabei, dass der demographische Wandel zwangsläufig dazu führt, dass im Krankenhaus stetig mehr Patienten immer intensiver versorgt werden müssen. In Anbetracht der immer größer werdenden Deckungslücke zwischen Kosten und Erlösen in deutschen Krankenhäusern verstärken sich bundesweit die Proteste gegen die anhaltenden Sparmaßnahmen bei den Krankenhäusern – bei Milliardenge-

winnen der inzwischen gesunden Krankenkassen. Eine Gesetzesänderung zur Entlastung der Krankenhäuser kann 2012 nur erreicht werden durch die Verabschiedung des Psychiatrie-Entgeltgesetzes. Hier sind aber trotz klarer Forderungen der Krankenseite von Seiten der Bundesregierung bisher nur halbherzige Zugeständnisse in Aussicht gestellt worden.

Unter den gegebenen Umständen gilt im Jahr 2012 ein Landesbasisfallwert ohne Ausgleich in Höhe von 2.949,23 Euro (2011: 2.922,63 Euro), mit Ausgleich in Höhe von 2.931,07 Euro (2011: 2.905,00 Euro).

Für das Jahr 2012 wird im Klinikum Emden mit einer Fallzahl und Bewertungsrelationen im Niveau des Jahresergebnisses 2011 gerechnet. Die Budgetverhandlungen konnten am 01.06.2012 mit Wirkung zum 01.07.2012 abgeschlossen werden. Das Erlösbudget aus DRG-Fallpauschalen und Zusatzentgelten beträgt demnach 37,673 Mio. Euro und liegt damit um 970 TEUR höher als im Vorjahr. Die Erlössteigerung ist vor allem bedingt durch die Veränderung der Zusatzentgelte um 646 TEUR.

Die pflegesatzfähigen Kosten im Budget der Psychiatrischen Klinik konnten von 7,571 Mio. Euro um 564 TEUR auf 8,135 Mio. Euro erhöht werden. Diese Steige-

rung konnte erreicht werden durch die Berücksichtigung der Planbettenerhöhung um 15 auf 90 im stationären Bereich. Durch die damit erreichte Unterschreitung der Planbettenauslastung von 100% als Kappungsgrenze können alle tatsächlich angefallenen Berechnungstage auch abgerechnet werden.

Die verabschiedeten Tarifabschlüsse im TVöD und TV-Ärzte führen im Jahr 2012 zu Personalkostensteigerungen von voraussichtlich 3½ bis 4 Prozent.

Der prognostizierte Jahresfehlbetrag von etwa 1,5 Mio. Euro für 2012 entsteht insbesondere durch das negative Investitionsergebnis und das negative Finanzergebnis. Hier wird das Klinikum durch jährlich steigende Abschreibungsraten für Eigenmittelinvestitionen sowie Zinsaufwendungen für aufgenommene Kredite (bisher 9,8 Mio. Euro) belastet. Im Wirtschaftsplan 2012 ist ein erneutes Kreditvolumen von 750.000 Euro als Eigenanteil für die vom Land geförderte Baumaßnahme Intensivstation / Stroke Unit vorgesehen.

Zudem müssen weitere große Bau- und Instandhaltungsprojekte in Angriff genommen werden. Bereits im Jahr 2012 und in den fünf Folgejahren stehen wichtige Maßnahmen an, die nicht aus eigener Kraft bewältigt werden können.

In Anbetracht dieser aus den Betriebsergebnissen nicht finanzierbaren Aufwendungen ist das Klinikum auf die Unterstützung der Stadt Emden als Gesellschafter angewiesen. Eine Förderung von Maßnahmen durch das Land Niedersachsen ist nahezu ausgeschlossen, da es sich weitgehend um Erhaltungsaufwand handelt. Für diesen ist das Sozialministerium nicht zuständig.

Drei Investitionsförderanträge liegen dem Land Niedersachsen vor: Umstrukturierung und Erweiterung der Psychiatrischen Klinik (9,7 Mio. Euro), Umbau und Sanierung der OP-Säle 2-4 (2,9 Mio. Euro), Erneuerung der Aufzugsgruppe A (500.000 Euro).

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Verbundene Unternehmen der Klinikum Emden Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH

KES Klinikum Emden Servicegesellschaft mbH

Gegenstand der Gesellschaft

Die Klinikum Emden Nebenbetriebsgesellschaft mbH, Emden, wurde durch den notariell beurkundeten Gesellschaftsvertrag vom 15.12.2004 errichtet; ihre Eintragung im Handelsregister erfolgte am 20.01.2005. Nach der Satzungsänderung des Gesellschaftsvertrages der Klinikum Emden Nebenbetriebsgesellschaft mbH, firmiert sie seit dem 01.06.2007 unter KES Klinikum Emden Servicegesellschaft GmbH. Gesellschafter sind die Klinikum Emden – Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH und die Schubert Dienstleistungen Hamburg GmbH & Co. KG.

Seit dem 30. Juni 2009 ist die Klinikum Emden – Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH alleinige Gesellschafterin.

Gegenstand der Gesellschaft ist die Versorgung des Klinikums Emden mit nicht-medizinischen Dienstleistungen, die beispielsweise die Leistungen in den Bereichen der Zentral- und Spülküche, der Hol- und Bringdienste und der Wäscheversorgung umfassen.

Der im Gesellschaftervertrag definierte Unternehmenszweck wurde im Berichtsjahr erfüllt.

Stammkapital

Gezeichnetes Kapital	25.000 €
Beteiligung des Klinikum Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH	100 %

Gesellschafterversammlung

Der alleinige Gesellschafter ist die Klinikum Emden – Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH.

Geschäftsführung

Herr Ulrich Pomberg

Tabelle 1: Bilanz

	31.12.2008 T€	31.12.2009 T€	31.12.2010 T€	31.12.2011 T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	13	8	3
II. Sachanlagen	186	224	183	226
III. Finanzanlagen	0	0	0	0
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	37	64	123	120
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	394	23	5	8
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	17	53	22	37
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	1
Bilanzsumme	634	377	342	394
Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Festgesetztes Kapital	25	25	25	25
II. Kapitalrücklagen	0	0	0	0
III. Gewinnvortrag	0	-25	0	0
IV. Bilanzgewinn/ -verlust	0	0	11	20
B. Rückstellungen	253	39	105	72
C. Verbindlichkeiten	356	338	201	277
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Bilanzsumme	634	377	342	394

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 T€	2009 T€	2010 T€	2011 T€
1. Umsatzerlöse	5.332	5.448	5.549	5.611
2. sonstige betriebl. Erträge	22	256	14	56
Gesamtleistungen	5.354	5.704	5.563	5.667
3. Materialaufwand	4.462	4.144	3.999	3.985
4. Personalaufwand	462	673	874	1.038
5. Abschreibungen	26	22	38	33
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	750	885	622	603
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0
8. Jahresfehlbetrag (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit)	-346	-25	29	9
9. Verlustübernahme durch den Gesellschafter	346	0	0	0
10. Gewinnvortrag			-25	11
Bilanzgewinn (+) / -verlust (-)	0	-25	11	20

Lagebericht

Rahmenbedingungen

Die KES Klinikum Emden – Service GmbH wird als hundertprozentige Tochter der

Klinikum Emden gemeinnützige GmbH geführt.

Darstellung des Geschäftsergebnisses im Berichtsjahr

	2011		2010		Ergebnisveränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	5.611	99,4	5.549	99,7	62	1,1
Übrige betriebliche Erträge	35	0,6	14	0,3	21	-
Betriebsleistung	5.646	100,0	5.563	100,0	83	1,5
Materialaufwand	-3.985	-70,6	-3.999	-71,9	14	-0,4
Personalaufwand	-1.038	-18,4	-874	-15,7	-164	18,8
Abschreibungen	-33	-0,6	-38	-0,7	5	13,2
Übrige betriebliche Aufwendungen	-597	-10,5	-615	-11,1	18	-2,9
Betriebsergebnis	-7	-0,1	37	0,6	-44	-118,9
Finanzergebnis	0	0,0	-1	0,0	1	-100,0
Geschäftsergebnis	-7	-0,1	36	0,6	-43	-119,4
Sondereinflüsse	16	0,3	-7	-0,1	23	-
Jahresüberschuss	9	0,2	29	0,5	-20	-69,0

Die Umsatzerlöse stiegen um 1,1% auf TEUR 5.611.

Die Personalkosten erhöhten sich in der Summe um 18,8% auf TEUR 1.038. In analoger Weise verringerte sich der Aufwand für die gestellten Mitarbeiter des Klinikums, da durch Fluktuation neue Mitarbeiter unmittelbar bei der Servicegesellschaft angestellt werden. Diese erhalten

aber keinen Arbeitsvertrag nach dem TVöD, sondern eine Anstellung gemäß einer Betriebsvereinbarung zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat.

Nach der Verrechnung von Sondereinflüssen ergibt sich für das Jahr 2011 ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 9 (Vorjahr TEUR 29).

Vermögens- und Finanzlage

VERMÖGEN	2011		2010		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	3	0,8	8	2,3	-5	-62,5
Sachanlagen	226	57,4	183	53,5	43	23,5
Mittel- und langfristig gebundenes Vermögen	229	58,1	191	55,8	38	19,9
Vorräte	120	30,5	123	36,0	-3	-2,4
Kundenforderungen	7	1,8	4	1,2	3	75,0
Forderungen gegen Gesellschafter	0	0,0	0	0,0	0	-
Sonstige kurzfristige Aktiva	1	0,3	1	0,3	0	0,0
Flüssige Mittel	37	9,4	23	6,7	14	60,9
Kurzfristig gebundenes Vermögen	165	41,9	151	44,2	14	9,3
Vermögen insgesamt	394	100,0	342	100,0	52	15,2
KAPITAL						
Gezeichnetes Kapital	25	6,3	25	7,3	0	0,0
Bilanzgewinn	20	5,1	11	3,2	9	-81,8
Eigenkapital	45	11,4	36	10,5	9	25,0
Übrige Rückstellungen	72	18,3	105	30,7	-33	-31,4
Lieferantenschulden	218	55,3	193	56,4	25	13,0
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	43	10,9	0	0,0	43	-
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	16	4,1	8	2,3	8	100,0
Kurzfristiges Fremdkapital	349	88,6	306	89,5	43	14,1
Kapital insgesamt	394	100,0	342	100,0	52	15,2

Zum 31. Dezember 2011 weist die Gesellschaft ein Eigenkapital von TEUR 45 (Vorjahr TEUR 36) aus.

Aus der laufenden Geschäftstätigkeit konnte ein positiver Cashflow von TEUR 85 erzielt werden. Dem gegenüber standen Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von TEUR 71. Die Investitionen betrafen vor allem Betriebs- und Geschäftsausstattung (TEUR 54) sowie technische Anlagen in Betriebsbauten (TEUR 17).

Der betriebswirtschaftliche Grundsatz, wonach das langfristige Vermögen durch langfristig zur Verfügung stehende Mittel finanziert werden soll, war im Jahr 2011, wie auch im Vorjahr, nicht erfüllt. Die Unterdeckung beträgt zum 31.12.2011 - TEUR 184 (Vorjahr - TEUR 155).

Die Gesellschaft ist zu 9,2% (Vorjahr 10,5%) durch Eigenkapital und zu 90,8% (Vorjahr 89,5%) durch Fremdkapital finanziert.

Risiken und Chancen der Gesellschaft

Finanzwirtschaftliche Risiken ergeben sich in Bezug auf Ausfall- und Liquiditätsrisi-

ken. Die Forderungen bestehen hauptsächlich gegenüber dem Gesellschafter. Das Ausfallrisiko wird als gering angese-

hen. Der kurzfristige Liquiditätsbedarf wird über das Bankkonto bei der Sparkasse Emden bedient.

Durch die Anwendung von marktgerechten Arbeitsvertragsrichtlinien wird die Konkurrenzfähigkeit der Servicegesellschaft gegenüber Fremdanbietern sichergestellt. Durch die Fluktuation verringert sich der Anteil der vom Klinikum gestellten Mitarbeiter kontinuierlich.

Prognose

In den Folgejahren werden wieder positive Betriebsergebnisse erwartet. Diese können insbesondere durch die Steuerung planbarer Instandhaltungsmaßnahmen gesichert werden.

Erhöhte Kosten durch eine überproportionale Neueinstellung von Mitarbeitern über

Die Chancen und Risiken für die Servicegesellschaft sind überschaubar, da die Kosten- und Erlösentwicklung unmittelbar mit dem Gesellschafter, der Klinikum Emden gGmbH, abgeglichen wird und ggf. unmittelbar Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet werden können.

die Reduzierung von gestelltem Personal des Klinikums hinaus können nur im Rahmen der abgeschlossenen Verträge mit dem Klinikum ausgeglichen werden. Hier müsste die Refinanzierung zusätzlicher Dienstleistungen über Zusatzvereinbarungen dem Klinikum in Rechnung gestellt werden.

Nachtragsbericht

Bedeutsame Ereignisse nach dem Bilanzstichtag liegen nicht vor.

Verbundene Unternehmen der Klinikum Emden Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH

MVZ Klinikum Emden gemeinnützige GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft MVZ Klinikum Emden gemeinnützige GmbH wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 27.10.2008 gegründet. Ihr Stammkapital beträgt 25.000 Euro, alleinige Gesellschafterin ist die Klinikum Emden Hans- Susemihl- Krankenhaus gGmbH.

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von medizinischen Versorgungszentren im Sinne von §95 SGB V (ambulante fachübergreifende vertragsärztliche Versorgung), insbesondere des MVZ im

Klinikum Emden. Gegenstand des Unternehmens ist zudem die Erbringung von Dienstleistungen für Krankenhäuser und andere Gesundheitsversorger, soweit dies im Einklang mit den Bestimmungen des Vertragsarztrechts und des ärztlichen Berufsrechts steht.

Der im Gesellschaftervertrag definierte Unternehmenszweck wurde im Berichtsjahr erfüllt.

Gesellschaftskapital und Gesellschafter

Stammkapital	25.000 €
Beteiligung des Klinikum Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH	100 %

Geschäftsführung

Herr Dipl.- Kaufmann Ulrich Pomberg

Gesellschafterversammlung

Herr Dipl.- Kaufmann Ulrich Pomberg, Geschäftsführer der Klinikum Emden - Hans Susemihl- Krankenhaus gemeinnützige GmbH, Emden

Tabelle 1: Bilanz

	31.12.2008 T€	31.12.2009 T€	31.12.2010 T€	31.12.2011 T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	41	31	21
II. Sachanlagen	0	0	0	5
III. Finanzanlagen	0	0	0	235
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	0	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0	44	38	26
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	0	131	226	55
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	2	0
Bilanzsumme	0	216	296	342
Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	0	25	25	25
II. Kapitalrücklagen	0	0	0	0
III. Gewinnvortrag	0	0	136	251
IV. Bilanzgewinn/ -verlust	0	136	115	-49
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0	0
C. Rückstellungen	0	3	6	8
D. Verbindlichkeiten	0	53	15	107
E. Rechnungsabgrenzungsposten		0	0	0
Bilanzsumme	0	216	296	342

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 T€	2009 T€	2010 T€	2011 T€
1. Umsatzerlöse	0	328	299	293
2. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	13	24	13
3. Sonstige betriebliche Erträge	0	0	12	7
Gesamtleistungen	0	341	335	313
4. Materialaufwand	0	45	3	2
5. Personalaufwand	0	123	132	244
6. Abschreibungen	0	10	10	11
7. Sonstige Aufwendungen	0	17	75	106
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	1
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	136	115	-49
10. Sonstige Steuern	0	0	0	0
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0	136	115	-49
11. Gewinnvortrag	0	0	136	0
12. Einstellung in die Gewinnrücklage	0	0	0	0
Bilanzgewinn (+) / -verlust (-)	0	136	251	-49

Lagebericht

Rahmenbedingungen

Der Deutsche Bundestag hat am 1. Dezember 2011 das neue Versorgungstrukturgesetz für die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV-VStG) verabschiedet und damit wesentliche Weichenstellungen für die medizinische Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland vorgenommen. Davon sind auch kooperative Versorgungsformen wie die Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) betroffen.

MVZ dürfen demnach nur noch von Vertragsärzten und Krankenhäusern sowie von gemeinnützigen Trägern gegründet

werden. Damit sollen Kapitalgesellschaften aus dem Geschäft herausgehalten werden.

Als mögliche Rechtsformen für MVZ sind in Zukunft nur Personengesellschaften wie GbR und GmbH erlaubt, aber zum Beispiel keine Aktiengesellschaften. Kurzfristig erweitert wurde die Gruppe der zulässigen Rechtsformen noch um die Genossenschaft, was es auch vielen bestehenden Ärztekoooperationen ermöglicht, ein MVZ zu gründen.

Die Leitung der medizinischen Versorgung eines MVZ soll in ärztlicher Hand bleiben. Der ärztliche Leiter muss im MVZ arbeiten und die Abläufe kontrollieren. Der behandelnde Arzt soll seine Therapie- und Weisungsfreiheit behalten.

Auch die Regelung des Betriebs von Zweigstellen wurde liberalisiert, so dass es jetzt leichter möglich ist, Zweigstellen im ländlichen Raum zu betreiben. So wird es jetzt gestattet sein, dass einzelne MVZ-Ärzte den Hauptteil ihrer persönlichen Arbeitszeit in einer Zweigstelle verbringen. So können auch in schlecht versorgten Gebieten die Patienten besser versorgt

werden und durch mehr Kontinuität ein persönliches Vertrauensverhältnis zum behandelnden Arzt aufbauen.

Am 01.01.2009 hat die MVZ Klinikum Emden gemeinnützige GmbH mit Kassenarztsitzen für Neurologie und Anästhesiologie ihren Betrieb aufgenommen. Alleingesellschafterin ist die Klinikum Emden gemeinnützige GmbH. Der Fachbereich Neurologie ergänzt das Leistungsspektrum der neurologischen Klinik im ambulanten Bereich. Der Fachbereich Anästhesiologie gewährleistet die ambulante anästhesiologische Versorgung des ambulanten OP-Zentrums im Klinikum Emden.

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Ertragslage

Die Erträge in Höhe von TEUR 313 setzen sich aus TEUR 293 Erlösen aus ambulanten Leistungen (Vorjahr: TEUR 299), Nutzungsentgelten von TEUR 13 (Vorjahr: TEUR 24) sowie sonstigen betrieblichen Erträgen von TEUR 7 zusammen. Der Gesamtaufwand in Höhe von TEUR 363 setzt sich einerseits aus einem Personalaufwand von TEUR 244 (Vorjahr: TEUR 132) und andererseits aus einem Materialaufwand für bezogene Leistungen von TEUR 2 (Vorjahr: TEUR 3), Abschreibungen auf Sachanlagen von TEUR 11 (Vorjahr: TEUR 10) sowie sonstigen betrieblichen Aufwendungen von TEUR 106 (Vorjahr: TEUR 75) zusammen.

Unter der Position Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge ergab sich im Geschäftsjahr 2011 ein Betrag in Höhe von TEUR 1 (Vorjahr: TEUR 0).

Im Berichtsjahr erfolgte eine Weiterberechnung von Personalkosten aufgrund arbeitsvertraglicher Regelungen seitens des Klinikums. Dies führte zu einer negativen Ergebnisentwicklung.

Saldiert ergibt sich über alle Positionen ein Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 49 (Vorjahr: Jahresüberschuss TEUR 115).

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen besteht aus immateriellen Vermögensgegenständen in Höhe von TEUR 21 (Vorjahr: TEUR 31), Sachanlagen in Höhe von TEUR 5 (Vorjahr: TEUR 0) sowie den Finanzanlagen in Höhe von TEUR 235 (Vorjahr: TEUR 0).

Das Umlaufvermögen von TEUR 81 setzt sich zusammen aus TEUR 26 (Vorjahr: TEUR 38) für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, aus TEUR 55 (Vorjahr: TEUR 225) für Kassenbestand/Guthaben bei Kreditinstituten und aus TEUR 2 für sonstige Aktiva. Dies ergibt zusammen eine Aktivasumme von TEUR 342 (Vorjahr: TEUR 296).

Die entsprechende Summe auf der Passivseite setzt sich zusammen aus dem Eigenkapital von TEUR 227 [Gezeichnetes Kapital: TEUR 25 (Vorjahr: TEUR 25), Gewinnvortrag TEUR 251 (Vorjahr: TEUR 136), Jahresfehlbetrag TEUR 49 (Vorjahr: Jahresüberschuss TEUR 115)], Rückstellungen in Höhe von TEUR 8 (Vorjahr: TEUR 5) sowie Verbindlichkeiten von TEUR 107 (Vorjahr: TEUR 15).

Risiken und Chancen der Gesellschaft

Die Risiken der Gesellschaft ergeben sich aus den Punktwertveränderungen der kassenärztlichen Vergütung und aus der Inanspruchnahme durch die Patienten. Diese sind aber beherrschbar, zumal der Personaleinsatz durch den unmittelbaren Bezug zum Klinikum bedarfsweise gesteuert werden kann. Durch den Abschluss eines Kooperationsvertrages mit dem Augenzentrum am Klinikum wird ein

großer Teil der Erlöse des Fachbereichs Anästhesiologie abgesichert. Mit der Übertragung der ambulanten Leistungserbringung vom Ermächtigungsrahmen ärztlicher Mitarbeiter im Klinikum auf die Kassensarztsitze im MVZ erübrigen sich die in regelmäßigen Abständen neu zu beantragenden Ermächtigungsanträge mit den Risiken des Widerspruchs aus dem niedergelassenen Bereich.

Prognose

Zum 01.01.2012 erfolgte die Übernahme der Gesellschaftsanteile an der Medizinisches Versorgungszentrum Emden MVZE-GmbH von der Marienkrankenhaus Papenburg-Aschendorf GmbH. Das MVZE umfasst die Kassensarztsitze Kardiologie, Kinder- und Jugendmedizin sowie Kinder- und Jugendpsychiatrie. Durch den Umzug des MVZE vom Krankenhausgebäude bzw. -gelände in das neue Ärztehaus wurden wesentlich verbesserte Behandlungsbedingungen geschaffen, die zu erhöhten Erlösen führen und somit neben der Trennung von finanziellen Altlasten auch zur wirtschaftlichen Gesundung des ehemals defizitären Versorgungszentrums beitragen wird.

rologie der MVZ Klinikum Emden gemeinnützige GmbH in Leer eröffnet. Diese Zweigpraxis wird in Praxisgemeinschaft mit einer bereits etablierten neurologischen Praxis am Borromäus-Hospital Leer betrieben. Durch die ärztliche Präsenz in Leer soll ein besserer Bezug zur neurologischen Schwerpunktabteilung für Ostfriesland in Emden hergestellt werden.

Zum 01.06.2012 wurde nach dem Erwerb eines neurologischen Praxissitzes in Leer eine Zweigpraxis des Fachbereichs Neu-

In den Folgejahren wird bei konstanter Struktur mit ausgeglichenen Betriebsergebnissen in der MVZ Klinikum Emden gemeinnützige GmbH gerechnet. Eine temporäre Belastung würde durch eine strategisch ausgerichtete Übernahme weiterer Kassensarztsitze entstehen. Das hierfür notwendige Kapital müsste durch die perspektivische Gewinnerzielung zurück erwirtschaftet werden.

Nachtragsbericht

Mit Wirkung zum 01.01.2012 erfolgte die Übernahme von 100% der Geschäftsanteile an der Medizinisches Versorgungszentrum Emden MVZE-GmbH von der Marienkrankenhaus Papenburg-Aschendorf GmbH.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Abfallwirtschaftsgesellschaft Emden mbH

Gegenstand des Unternehmens

Die Abfallwirtschaftsgesellschaft Emden mbH wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 22.06.2005 gegründet. Ihr Stammkapital beträgt 25.000 Euro, alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Emden.

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen im Rahmen der Kreislaufwirtschaft und Abfallsorgung. Sie unternimmt innerhalb des Gemeindegebietes der Stadt Emden insbesondere die Akquisition von Abfällen aus

dem gewerblichen Bereich sowie deren Zuführung zu einer Verwertung. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich sind.

Der im Gesellschaftervertrag definierte Unternehmenszweck wurde im Berichtsjahr erfüllt.

Gesellschaftskapital und Gesellschafter

Stammkapital	25.000 €
Beteiligung der Stadt Emden	100 %

Geschäftsführung

Herr Nils Andersson

Gesellschafterversammlung

Die Stadt Emden entsendet als einzige Gesellschafterin drei vom Rat der Stadt Emden bestimmte Mitglieder in die Gesellschafterversammlung.

Die Gesellschafterversammlung bestand im Berichtsjahr aus folgenden Herren:

Herr Alwin Brinkmann	Oberbürgermeister - Vorsitzender	bis 16.11.2011
Herr Bernd Bornemann	Oberbürgermeister - Vorsitzender	ab 17.11.2011
Herr Ihno Slieter	Ratsherr - stellv. Vorsitzender	
Herr Walter Davids	Ratsherr	

Tabelle 1: Bilanz

	31.12.2008 T€	31.12.2009 T€	31.12.2010 T€	31.12.2011 T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0
II. Sachanlagen	475	256	201	133
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	0	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	190	180	226	208
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	54	35	40	204
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Bilanzsumme	719	471	467	545
Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	25	25	25	25
II. Kapitalrücklagen	17	26	30	36
III. Gewinnvortrag	145	145	0	0
IV. Bilanzgewinn/ -verlust	145	145	248	300
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0	0
C. Rückstellungen	8	17	10	10
D. Verbindlichkeiten	524	189	155	173
E. Rechnungsabgrenzungsposten		0	0	0
Bilanzsumme	719	471	467	545

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 T€	2009 T€	2010 T€	2011 T€
1. Umsatzerlöse	1.742	1.041	934	1.057
2. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	26	60	2	2
Gesamtleistungen	1.768	1.102	936	1.059
4. Materialaufwand	1.140	622	500	505
5. Personalaufwand	66	72	72	83
6. Abschreibungen	71	81	68	68
7. Sonstige Aufwendungen	390	207	211	318
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	1	0	0
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen		5	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	94	116	85	85
10. Sonstige Steuern	29	36	48	26
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	65	79	37	58
11. Gewinnvortrag	87	145	215	248
12. Einstellung in die Gewinnrücklage	-7	-9	-4	-6
Bilanzgewinn (+) / -verlust (-)	145	215	248	300

Lagebericht

Wirtschaftliche Aktivitäten und Geschäftsentwicklung

Mit Beschluss des Rates der Stadt Emden vom 27.04.2005 wurde die Abfallwirtschaftsgesellschaft Emden mbH mit einer Stammeinlage von 25.000,- Euro gegründet.

Die GmbH-Gründung ist nach der von den Rechtsanwälten Gaßner, Groth, Siederer & Coll. eingeholten „Stellungnahme zur Neuorganisation abfallwirtschaftlicher Aufgaben der Stadt Emden“ vom 21.04.2004 kommunalverfassungsrechtlich zulässig.

Die Gründung und der Gesellschaftsvertrag wurden am 20.04.2005 in der Sitzung des Betriebsausschusses des BEE und

am 25.04.2005 in der Sitzung des Verwaltungsausschusses beraten.

Es fanden im Geschäftsjahr 2 Gesellschafterversammlungen statt.

Die Gesellschaft erbringt Dienstleistungen im Rahmen der Kreislaufwirtschaft und Abfallentsorgung. Sie unternimmt innerhalb des Gemeindegebietes der Stadt Emden insbesondere die Akquisition von Abfällen aus dem gewerblichen Bereich sowie deren Zuführung zu einer Verwertung. Seit dem Geschäftsjahr 2008 wurde zusätzlich die Abfuhr von Papierabfällen aus dem Stadtgebiet Emden übernommen. Ab dem 01. Januar 2012 wird zu-

sätzlich die Abfuhr der gelben Säcke / Tonnen im Stadtgebiet Emden für vorerst drei Jahre erfolgen.

Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Im Geschäftsjahr 2011 ist die Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH ihren Aufgaben gemäß Gesellschaftervertrag nach ökonomischen und ökologischen Grundsätzen nachgekommen.

Ertragslage

Die Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH weist im Geschäftsjahr 2011 in der Gewinn- und Verlustrechnung einen Bilanzgewinn von 300.046,88 Euro nach der Zuführung zu einer satzungsgemäßen

Gewinnrücklage in Höhe von 6.000,00 Euro aus.

Der Gewinn wird auf neue Rechnung ins nächste Jahr fortgeschrieben.

Investitionen

Im Geschäftsjahr wurden keine Investitionen ins Anlagevermögen getätigt.

Finanzierung

Die benötigten Mittel des Geschäftsjahres konnten durch die vorhandene Liquidität

finanziert werden.

Stand der Anlagen im Bau

Es befinden sich keine Anlagen im Bau.

Entwicklung des Eigenkapitals

Durch die Einstellung des Jahresgewinns 2011 beträgt das Eigenkapital zum 31.

Dezember 2011 361.046,88 Euro.

Entwicklung der Rückstellungen

Es wurden sonstige Rückstellungen in Höhe von 10.240,00 Euro gebildet.

Umsatzerlöse, Mengen- und Tarifstatistik

	<u>2011</u>	<u>2010</u>
	T €	T €
a) Erlöse	1.057	934
b) Materialaufwand	505	500
c) Personalaufwand	83	72
d) Ordentlicher betrieblicher Aufwand	318	211

e) Mengen: Es wurden über die Abfallwirtschaftsgesellschaft im Jahre 2011 ca. 3.800 to. gewerblicher Abfälle einer Verwertung zugeführt sowie ca. 4.200 to. Papierabfälle eingesammelt.

Personalbereich

Die Personalaufwendungen beliefen sich im Geschäftsjahr auf insgesamt 86 T €. Die Gesellschaft beschäftigt neben der Geschäftsführung zum Jahresende 6 Arbeitnehmer, von denen planmäßig 4 im Dezember 2011 eingestellt wurden, um

die Abfuhr der gelben Säcke / Tonnen ab dem 01. Januar 2012 gewährleisten zu können. Des Weiteren bedient sich die Gesellschaft des Personals des Bau- und Entsorgungsbetriebes Emden und der Stadt Emden.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Wirtschaftsjahres

Ab dem 01. Januar 2012 hat die Gesellschaft die Abfuhr der gelben Säcke / Tonnen in der Stadt Emden übernommen. Dafür wurden bereits im Geschäftsjahr 2011 Aufwendungen für die Anschaffung

von Säcken und Tonnen in Höhe von ca. 76,0 T € getätigt. Des Weiteren wurden vier neue Mitarbeiter zum 01. Dezember 2011 eingestellt, um dem höherem Arbeitsaufkommen gerecht zu werden.

Voraussichtliche Entwicklung der Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH

Wir gehen davon aus, dass sich die Gesellschaft weiterhin positiv entwickeln wird.

Stadtentwicklung Emden Kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts (KAdöR)

Gegenstand der Anstalt

Die Anstalt wurde am 25.09.2003 begründet (Beschlussfassung des Rates der Stadt Emden). Die Anstalt ist eine selbständige Einrichtung der Stadt Emden. Der Einfluss des Rates der Stadt Emden ist in § 7 der Anstaltssatzung festgelegt. Danach ist bei Entscheidungen der Organe der kommunalen Anstalt von grundsätzlicher Bedeutung die vorherige Zustimmung des Rates der Stadt Emden erforderlich.

Die Aufgaben der Stadtentwicklung Emden KAdöR werden in § 2 der Anstaltssatzung vom 25.09.2003 definiert.

„Aufgabe der kommunalen Anstalt sind die Erschließung von Wohnbau- und Gewerbeflächen der städtischen Bauleitplanung und die dem dienenden vorbereitenden Aufgaben der Stadtplanung,

Stadtentwicklung, Stadtsanierung und Wirtschaftsförderung und die diesen Hauptzweck unmittelbar dienenden Nebentätigkeiten. Die kommunale Anstalt kann für die Durchführung der Aufgaben eigene Gesellschaften gründen oder sich Dritter bedienen.“

Sollen auf die Anstalt weitere Aufgaben übertragen werden, wesentliche Erweiterungen oder Einschränkungen von Aufgaben vorgenommen werden, so erfolgen diese Entscheidungen durch den Rat der Stadt Emden.

Die Organe der kommunalen Anstalt sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.

Der im Gesellschaftervertrag definierte Unternehmenszweck wurde im Berichtsjahr erfüllt.

Gesellschaftskapital

Stammkapital	8.432.103 €
Beteiligung der Stadt Emden	100 %

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat besteht nach § 5 der Anstaltssatzung aus neun stimmberech-

tigten Mitgliedern. Dem Verwaltungsrat gehörten im Berichtsjahr an:

Alwin Brinkmann	Oberbürgermeister (Vorsitzender)	bis 31.10.2011
Bernd Bornemann	Oberbürgermeister (Vorsitzender)	ab 01.11.2011
Heinz Gosciniak	Ratsherr	
Elfriede Meyer	Ratsfrau	
Kai-Uwe Schulze	Ratsherr	
Johann Wessels	Ratsherr	bis 16.11.2011
Mathias Arends	Ratsherr	ab 17.11.2011
Monika Hoffmann	Ratsfrau	bis 16.11.2011
Hinrich Odinga	Ratsherr	ab 17.11.2011
Ralf Fooker	Ratsherr	bis 16.11.2011
Wulf-Dieter Stolz	Ratsherr	
Wilfried Graf	Ratsherr (beratend)	bis 16.11.2011
Hillgriet Eilers	Ratsfrau	ab 17.11.2011

Vorstand

Johann Kruse (ab 15. März 2009)
Günter Freundorfer (bis 14. März 2009)

Stellvertretender Vorstand
Nils Andersson

Tabelle 1: Bilanz

	31.12.2008 T€	31.12.2009 T€	31.12.2010 T€	31.12.2011 T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Sachanlagen	2	2	2	2
II. Finanzanlagen	12.137	11.440	10.731	10.008
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	12.557	14.639	14.093	13.333
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	481	670	793	776
III. Schecks, Kassenbestand, Bundesbank und Postgiroguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	3.336	3.294	2.755	3.974
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4	7	11	14
Bilanzsumme	28.516	30.053	28.385	28.107
Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Stammkapital	8.432	8.432	8.432	8.432
II. Kapitalrücklagen	3.812	4.086	3.432	3.432
III. Verlustvortrag	0	0	0	0
VI Gewinnrücklage	1.571	2.323	2.970	2.507
V. Bilanzgewinn/ -verlust	751	647	-463	396
B. Rückstellungen	915	2.298	2.567	2.676
C. Verbindlichkeiten	13.032	12.265	11.445	10.662
D. Rechnungsabgrenzungsposten	1	2	2	2
Bilanzsumme	28.516	30.053	28.385	28.107

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 T€	2009 T€	2010 T€	2011 T€
1. Umsatzerlöse	512	1.167	963	1.432
2. Verminderung (-) / Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	0	0	0	-872
3. Sonstige betriebliche Erträge	196	319	112	222
Gesamtleistungen	708	1.486	1.075	782
3. Materialaufwand	0	-613	934	54
4. Personalaufwand	45	213	184	291
5. Abschreibungen	0	0	143	0
6. Sonstige betriebl. Aufwendungen	74	89	99	104
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	751	647	629	573
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	588	557	656	508
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	751	647	-313	396
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
10. Sonstige Steuern	0	0	0	0
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	751	647	-463	396

Lagebericht

Die Stadtentwicklung Emden – Kommunale Anstalt des öffentlichen Recht – ist eine Anstalt im Sinne der §§ 113a ff der Niedersächsischen Gemeindeordnung / §§ 141 ff des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes. Sie ist am 03. Oktober 2003 durch Beschluss des Rates der Stadt Emden entstanden. Aufgabe der Stadtentwicklung Emden ist die Erschließung von Wohnbau- und Gewerbeflächen auf der Grundlage der städtischen Bauleitplanung. Eingeschlossen sind die dazu erforderlichen Aufgaben der Stadtplanung, Stadtentwicklung, Stadtsanierung und Wirtschaftsförderung mit den entsprechenden Nebentätigkeiten.

Die Stadtentwicklung Emden hat ihren Sitz in Emden und als Organe einen Vorstand und einen Verwaltungsrat. Zweigniederlassungen bestehen nicht.

Ihre Tätigkeit der Anstalt bestand in den letzten Jahren im Wesentlichen in der Erschließung der Bebauungsplangebiete D 98A (Wolthusen), D 142 (Larrelt) und D 144 (Wolthusen) sowie der Vermarktung der Bauplätze in diesen Gebieten. Bis auf die Errichtung einer Lärmschutzwand in D 142 sind die Gebiete D 98A und D 142 abgeschlossen. Das Gebiet D 98A ist abgeschlossen. Die Grunderschließung (Baustraßen und Kanalisation) in D 144 ist erfolgt. Etwa 55 % der Baugrundstücke sind verkauft, die Vermarktung der weiteren Grundstücke wird betrieben. In drei Jahren dürften auch die restlichen Bauplätze verkauft sein. Entsprechend dem Fortschritt der Hochbaumaßnahmen steht die weitere Erschließung zu gegebener Zeit an.

Die Stadtentwicklung Emden hält weiter die noch freien Flächen des ehemaligen Frisiageländes in ihrem Eigentum und für gewerbliche Ansiedlung bereit.

Sie ist ebenfalls Eigentümerin der Grundstücke des ehemaligen Neptunhauses und des ehemaligen Gesundheitsamtes-/Arbeitsgerichts. Diese beiden stadtplanerisch an herausragender Stelle liegenden Grundstücke stehen zur Vermarktung für städtebaulich gewichtige Baumaßnahmen an, vorzugsweise für einen Hotelneubau der gehobenen Klasse. Diesbezüglich werden konkret Verhandlungen geführt.

Schließlich führt die Stadtentwicklung das Finanzcontrolling im Rahmen des Konjunkturpakets II der Bundesregierung und das Europäische- Sozialfonds- Bundesprogramm „Stärken vor Ort“ durch, soweit dieses die Stadt Emden betrifft, und nimmt für die Stadt Emden auch andere Aufgaben im Bereich der Grundstücksverwaltung wahr.

Die Anstalt erzielte aus dem Verkauf von Grundstücken mit einer Fläche von 16.551 m² einen Verkaufserlös von 1.431.619,43 €. Der Vorratsbestand (fertige und unfertige Erzeugnisse) verminderte sich hierdurch um 872.283,89 €. Nach Berücksichtigung der übrigen Betriebserträge von 221.524,71 € sowie Betriebs- und Finanzaufwendungen von 385.078,59 € verblieb ein Jahresüberschuss von 395.781,66 €.

Der Cashflow aus laufender Unternehmenstätigkeit beträgt 1.269.530,05 €. Hiervon wurden 50.880,19 € für den Unterschiedsbetrag aus Zins- und Tilgungsleistungen zwischen erhaltenen und gewährten Darlehen verwendet. Die verbliebenen Finanzmittel von 1.218.649,86 € verbesserten den Finanzmittelfonds (Guthaben bei Kreditinstituten) auf 3.973.552,02 €.

Die Bilanzsumme mindert sich um 277.947,12 € auf 28.107.201,77 €. Das Eigenkapital von 14.766.993,67 € beträgt 52,5 % der Bilanzsumme. Das langfristige Kapital (99,1 % der Bilanzsumme) deckt die langfristigen Vermögenswerte der Anstalt (85,3 % der Bilanzsumme), die sich hauptsächlich aus dem Vorratsvermögen und langfristigen Ausleihungen zusammensetzen.

Forschung und Entwicklung betreibt die Stadtentwicklung darüber hinaus nicht.

Besondere Risiken und Chancen werden nicht gesehen. Für die vorgenannten Erschließungsmaßnahmen sind ausreichend liquide Mittel vorhanden, zumal Kosten für den Endausbau der Erschließungsanlagen D 144 erst anfallen, wenn der größte Teil der dortigen Baugrundstücke verkauft und der Hochbau dementsprechend fortgeschritten ist. Auch die Finanzierung der sonstigen Tätigkeiten ist, soweit die Stadtentwicklung Verpflichtungen übernommen hat.

Aus der wirtschaftlichen Lage in den letzten Jahren sind für die Stadtentwicklung Emden direkte Auswirkungen nicht eingetreten und auch in Zukunft nicht zu erwarten. Der Verkauf der Baugrundstücke unterlag und unterliegt den üblichen jährlichen Schwankungen.

Nach dem durch einmalige Vorgänge bedingten negativen Ergebnis 2010 erzielte das Jahr 2011 wieder einen Überschuss im erwarteten Rahmen.

Es wird vorgeschlagen, den Jahresüberschuss 2011 der Gewinnrücklage zuzuführen.

Rettungsdienst DRK / Stadt Emden GbR

Rechtliche Grundlagen

Die Rettungsdienst DRK / Stadt Emden GbR ist eine Gesellschaft des bürgerlichen Rechts. Sie hat somit keine eigene Rechtsfähigkeit und die Verbindlichkeiten der Gesellschaft sind unmittelbare Verbindlichkeiten der Gesellschafter.

Nach § 137 Abs. 1 Nr. 2 NKomVG dürfen Kommunen Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur führen oder sich daran beteiligen, wenn eine Rechts-

form gewählt wird, die die Haftung der Kommune auf einen bestimmten Betrag begrenzt. Dies ist hier nicht der Fall. Auf der anderen Seite beträgt der Anteil der Stadt Emden am Gesellschaftsvermögen rund 99,98 %. Es handelt sich somit um eine fast ausschließlich städtische Gesellschaft.

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist gemäß § 1 des Gesellschaftsvertrages die Herstellung und Aufrechterhaltung der Transportfähigkeit von Verletzten und Kranken und deren Beförderung sowie der allgemeine Krankentransport.

Der im Gesellschaftervertrag definierte Unternehmenszweck wurde im Berichtsjahr erfüllt.

Gesellschaftskapital und Gesellschafter

Stammkapital	37.206,28 €
Beteiligung der Stadt Emden	37.198,83 €
Weiterer Gesellschafter ist:	
- Deutsche Rote Kreuz, KV Emden e.V.	7,45 €

Geschäftsführung

Herr Harald Wiers

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung besteht aus insgesamt sechs Mitgliedern. Vier Vertretern der Stadt Emden, von denen zwei von den Fraktionen des Rates der Stadt benannt werden und zwei der Ver-

waltung angehören, sowie zwei Vertreter des DRK-Kreisverbandes Emden e.V. . Zum Bilanzstichtag setzte sich die Gesellschafterversammlung wie folgt zusammen:

Mitglieder:	Herr Scheffel	Ratsherr
	Herr Davids	Ratsherr
	Herr Lutz	Stadtrat
	Herr Bornemann	Oberbürgermeister
	Frau Janssen	DRK KV Emden
	Herrn Dr. Schneider	DRK KV Emden

Wichtige Verträge

Die Stadt Emden ist gemäß § 3 Abs. 1 des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes Trägerin des Rettungsdienstes für ihr Gebiet. Mit Vertrag vom 23.10.1996 hat die Stadt dem Rettungsdienst DRK / Stadt Emden GbR das Recht und die Pflicht übertragen, Rettungsdienstleistungen

nach § 2 Abs. 2 NRettdG zu erbringen. Zu diesem Zweck betreibt die Gesellschaft eine Rettungswache.

Die Stadt Emden betreibt und unterhält die Rettungsleitstelle als Einsatzzentrale für den gesamten Rettungsdienst.

Tabelle 1: Bilanz

	31.12.2008 T€	31.12.2009 T€	31.12.2010 T€	31.12.2011 T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Sachanlagen	148	92	467	385
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	123	118	79	107
II. Kassenbestand, und Guthaben bei Kreditinstituten	414	655	521	696
Bilanzsumme	685	865	1.068	1.188
Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	36	36	36	37
II. Gewinnrücklagen	186	356	505	705
III. allgemeine Rücklagen	240	240	240	240
VI. Jahresüberschuss	170	148	200	92
B. Rückstellungen		29	55	83
C. Verbindlichkeiten				
I. langfristige Verbindlichkeiten	0	0	0	0
II. kurzfristige Verbindlichkeiten	53	56	31	31
Bilanzsumme	685	865	1.068	1.188

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 T€	2009 T€	2010 T€	2011 T€
1. Umsatzerlöse	1.315	1.408	1.440	1.473
2. Zuschüsse	0	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	81	72	85	85
Gesamtleistungen	1.395	1.480	1.525	1.558
4. Sachaufwand	234	243	288	290
5. Personalaufwand	916	1.016	970	1.067
6. Abschreibungen	75	74	66	108
7. Sonstige betriebl. Aufwendungen	0	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	170	148	200	92
8. Einstellung in die Rücklagen	170	148	200	92
Jahresüberschuss/-Fehlbetrag	0	0	0	0

Ostfriesische Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH, Emden

Gegenstand des Unternehmens

Ziel der Ostfriesische Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH ist es, behinderte Menschen durch Förderung, Betreuung, Ausbildung, Beschäftigung und sonstige geeignete Maßnahmen wieder in das gesellschaftliche Leben einzugliedern. Weiterhin werden behinderte alte und pflegebedürftige Menschen gepflegt und betreut. Die Gesellschaft erfüllt ihren Zweck insbesondere durch ambulante, teilstationäre und stationäre Einrichtungen und Maßnahmen. Neben den Fachkräften stehen hierfür mehrere Werkstätten mit un-

terschiedlichen Fachrichtungen, eine Anzahl von Wohnheimen und Wohngruppen zur Verfügung.

Die Gesellschaft ist gemeinnützig. Etwa erzielte Überschüsse dürfen somit nicht ausgeschüttet werden, sondern sind satzungsgemäß zu verwenden.

Der im Gesellschaftervertrag definierte Unternehmenszweck wurde im Berichtsjahr erfüllt.

Wichtige Veränderungen bei den rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen

Die Gesellschafterversammlung fasste am 19.07.2006 Beschlüsse zur Entflechtung der gegenseitigen Beteiligungen der Gesellschaft und der Gemeinnützige Gesellschaft für paritätische Sozialarbeit mbH, Wilhelmshaven (GPS Wilhelmshaven), zu einer Euroumstellung und Erhöhung des Stammkapitals aus Gesellschaftsmitteln sowie zur Änderung der Firma.

Im Zuge der Entflechtung erfolgte eine unentgeltliche Übertragung und Abtretung der Anteile der Gesellschaft an der GPS Wilhelmshaven auf den Paritätischen Niedersachsen e.V., Hannover, sowie auf die Lebenshilfe für Menschen mit geistiger

Behinderung, Kreisverband Ammerland e. V., Westerstede.

Das Stammkapital der Gesellschaft von bisher DM 2.976.000 wurde auf EUR umgestellt und durch Umwandlung von EUR 2.553.889 aus den anderen Gewinnrücklagen sowie EUR 3.066.906,36 aus den Rücklagen aus Investitionszuwendungen auf nunmehr EUR 7.142.400 erhöht.

Die Firma der Gesellschaft wurde von Ostfriesische Beschützende Werkstätten GmbH geändert in Ostfriesische Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH.

Die Eintragung der Änderungen des Stammkapitals und der Firma ins Handelsregister erfolgte am 19.12.2006.

Gesellschaftskapital und Gesellschafter

Stammkapital	7.142.400 €
Beteiligung der Stadt Emden	1.537.200 €
Weitere Gesellschafter sind:	
- Paritätischer Niedersachsen e.V., Hannover	5.126.400 €
- Landkreis Aurich	219.600 €
- Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung, OV Emden e.V.	157.200 €
- drei Gesellschafter à 7.200 €	21.600 €
- fünf Gesellschafter à 3.600 €	18.000 €
- Ostfriesische Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH	62.400 €

Verwaltungsrat

Die Gesellschaft hat einen ehrenamtlichen Verwaltungsrat. Die Zahl der Mitglieder wird von der Gesellschafterversammlung bestimmt. Ihm sollen insbesondere ein Vertreter der Paritätischer Niedersachsen e.V., Hannover, ein Vertreter der Stadt Emden, ein Vertreter des Landkreises Aurich, ein Vertreter der Lebenshilfe für Men-

schen mit geistiger Behinderung, ein Vertreter der Eltern der Behinderten und ein Vertreter der Beschäftigten angehören. Zum Bilanzstichtag war für die Stadt Emden Frau Tempel, Leiterin des FB 500 der Stadt Emden und Vertreterin des Vorsitzenden im Verwaltungsrat tätig.

Geschäftsführung

Herr Professor Burghard Zirpins

Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung ist die Stadt Emden durch Ratsfrau Regina Meinen vertreten.

Tabelle 1: Bilanz

	31.12.2008 T€	31.12.2009 T€	31.12.2010 T€	31.12.2011 T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	84	61	86	92
II. Sachanlagen	14.390	15.842	16.310	17.238
III. Finanzanlagen	6	6	6	6
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	702	628	626	833
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.368	1.155	1.309	1.026
III. Wertpapiere				
III. Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks	6.319	9.288	9.798	9.288
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4	37	18	15
Bilanzsumme	22.879	27.022	28.151	28.499
Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	7.142	7.142	7.142	7.142
II. Gewinnrücklagen	3.809	4.581	10.517	12.097
III. Bilanzgewinn	0	0	0	0
B. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	728	632	83	77
C. Rückstellungen	7.539	7.693	3.516	2.865
C. Verbindlichkeiten	3.254	6.382	6.179	5.596
D. Rechnungsabgrenzungsposten	406	591	777	788
Bilanzsumme	22.879	27.022	28.151	28.499

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 T€	2009 T€	2010 T€	2011 T€
1. Umsatzerlöse	21.364	21.829	23.012	23.604
2. Verminderung (-) / Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-118	-76	-49	214
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	3.808	4.486	3.864	3.977
Gesamtleistungen	25.054	26.239	26.827	27.795
5. Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie bezogene Waren	2.283	1.921	1.931	2.108
6. Aufwendungen für bezogene Leistungen	117	90	91	94
7. Personalaufwand	13.746	14.409	15.007	15.538
8. Abschreibungen	1.051	1.155	1.196	1.265
9. Sonstige betriebl. Aufwendungen	7.227	7.786	7.716	7.085
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	324	189	167	118
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0	0
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	91	181	239	234
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	863	781	814	1.590
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	2
14. Sonstige Steuern	8	6	5	8
Jahresüberschuss	855	773	809	1.580
15. Auflösung der Rücklage aus Investitionszuwendungen	0	0	5.844	0
16. Gewinnvortrag	0	0	0	
17. Einstellung in die Rücklagen	855	773	6.653	1.580
Bilanzgewinn	0	0	0	0

Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Nachdem das Verwaltungsgericht Hannover mit Urteil vom 28.03.2006 entschieden hat, dass die im Jahr 2002 abgeschlossenen Verträge (Nds. Rahmenvertrag nach § 93 d Abs. 2 BSHG – LRV I – und der Nds. Landesrahmenvertrag zur Vergleichbarkeit – LRV II –) weder Rahmenverträge im Sinne von § 93 d Abs. 2 BSHG noch solche im Sinne von § 79 Abs. 1 SGB XII sind, haben die in der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Spitzenverbände (LAG FW), das Land Niedersachsen und die kommunalen Spitzenverbände in Niedersachsen vereinbart, die Inhalte und Regelungen des LRV I und LRV II fortzuführen. Durch den im Dezember 2008 abgeschlossenen Ergänzungsvertrag (LRV III) wurde eine Fortführung des Korridorverfahrens mit dem Ziel der Angleichung der Grund- und Maßnahmepauschalen auf die Landesdurchschnittswerte vereinbart. Darüber hinaus wurde vereinbart, dass bereits ab 01.04.2009 (Werkstatt für behinderte Menschen) bzw. ab dem 01.01.2011 (Wohnen für Menschen mit geistiger Behinderung) für Neuaufnahmen bzw. neu

geschaffene Plätze diese Durchschnittswerte Anwendung finden.

Trotz der damit für die Ostfriesische Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH (obw) zum Teil verbundenen Entgeltminderungen bedeutet dies, dass weiterhin Sicherheit hinsichtlich der Preiskomponente für die Entgelte bis zum Jahr 2013 und darüber hinaus besteht.

Fortgeführt wurde die Grundinstandsetzung des Standortes Herderstraße 11. Am Standort Friesland wurden die Bau- und Instandsetzungsarbeiten zur Umgestaltung in eine Tagesstätte für ältere und vor-gealterte Menschen mit geistiger oder mehrfacher Behinderung mit 28 Plätzen im Gebäude der ehemaligen Druckerei abgeschlossen. Die Eröffnung dieser Tagesstätte erfolgte im Mai 2011.

Die positive Entwicklung der vergangenen Jahre konnte die obw auch im Jahr 2011 fortsetzen und eine solide Basis für die Bewältigung künftiger Anforderungen schaffen.

Umsatz- und Auftragsentwicklung

Im Berichtsjahr blieb die Belegung im stationären Wohnbereich im Vergleich zum Vorjahr stabil. Bei minimalem Rückgang in den Wohnstätten erhöhte sich die Belegung der Betreuten Wohngruppen geringfügig. Im Ambulant Betreuten Wohnen (Kompass) stieg die Belegung weiterhin (+ 4,5 %).

Im Werkstattbereich setzte sich die stabile Entwicklung mit geringfügigem Wachstum auch im Jahr 2011 fort, wogegen im Berufsbildungsbereich ein geringfügiger Rückgang zu verzeichnen war (-1,0 %). Bei den Tagesstätten für Menschen mit seelischer Behinderung wurde u. a. auch durch die Neueröffnung der Tagesstätte in Rhaderfehn ein Zuwachs um 7,2 % erreicht. Die Belegung der Tagesstätte 60 plus für ältere und vorgealterte Menschen mit geistiger oder mehrfacher Behinde-

rung auf Friesland erhöhte sich durch die Fertigstellung des Neubaus um 13,9 %.

Die Umsatzerlöse insgesamt stiegen von T€ 23.012 (2010) auf T€ 23.604.

Diese Erhöhung ergibt sich bei den Erträgen aus Unterstützungsleistung aus dem Belegungszuwachs sowie den erhöhten Leistungsentgelten (T€ +315). Die Werkstattumsätze stiegen um T€ 277 auf T€ 6.035.

Durch Einsparungen bei den Aufwendungen konnte bei den gestiegenen Werkstattumsätzen das Arbeitsergebnis gesteigert und der Durchschnittslohn (Entgelt) der behinderten Mitarbeiter weiter erhöht werden.

Instandhaltung und Investitionen

Bei der Bewertung des Jahresergebnisses 2011 ist zu berücksichtigen, dass für den Werkstattbereich erhebliche Mittel in Höhe von T€ 550, im Wohnbereich T€ 624, sowie in den Tagesstätten für Menschen mit seelischer Behinderung T€ 192 für die Instandhaltung aufgewendet wurden.

Im Werkstattbereich wurden die Umbau- und Instandhaltungsmaßnahmen insbesondere in der Herderstraße 11 fortgesetzt. Dort sowie im Zusammenhang mit der Umnutzung der ehemaligen Verwaltung in Friesland zu barrierefreien Wohnplätzen ergibt sich für die Jahre 2012 bis 2013 weiterhin ein hoher Bedarf an Instandhaltungsmaßnahmen.

Finanzierungsmaßnahmen und -vorhaben

Den Schwerpunkt der Investitions- und Instandhaltungstätigkeit in den Jahren 2011 bis 2013 bilden der Bau der Tagesstätte für ältere und vorgealterte Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung in Friesland, die Grundinstand-

Geplant sind für das Jahr 2012 Instandhaltungen in Höhe von T€ 1.610.

Insgesamt wurden ca. T€ 2.292 investiert, davon T€ 689 in den Kauf von Grundstücken im Harsweg bzw. in Borssum, in den Kauf von Fahrzeugen (T€ 510), in den Bau der Tagesstätte für ältere und vorgealterte Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung (T€ 295) sowie in den Kauf von Gegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung, der EDV-Hard- und Softwareausstattung sowie geringwertiger Anlagegegenstände.

setzung der Herderstraße 11, die erforderlichen Umstrukturierungen im Bestand und der Neubau für Menschen mit erhöhtem Hilfebedarf in Friesland sowie der Ersatz der abgängigen Holzverarbeitung.

Personal- und Sozialbereich

Durch die im März 2011 erfolgte lineare Gehaltserhöhung um 1,87 % sowie die Besetzung bisher freier Planstellen stiegen die Kosten für das Personal im Vergleich zum Vorjahr bei den Gehältern um 3,5 % und bei den Sozialaufwendungen um 5,9 %.

Ab April 2012 werden die Gehälter linear um weitere 1,5 % erhöht.

Im Werkstattbereich ermöglichte das Arbeitsergebnis des Geschäftsjahres eine weitere Steigerung der an die behinderten

Mitarbeiter ausgezahlten Durchschnittslöhne um 2,3 %. Die sozialen Aufwendungen für diese Mitarbeiter stiegen entsprechend um +2,1 %.

Wie im Vorjahr ist die Gesellschaft in der Lage, zusätzliche Einmalzahlungen an die behinderten Mitarbeiter aus dem erzielten Jahresergebnis zu zahlen. Entsprechende Rückstellungen sind im Ergebnis enthalten. Die Auszahlung erfolgt im Jahr 2012.

Ergebnis

Das Jahr 2011 konnte mit einem Ergebnis von T€ +1.580 (2010: T€ +809) abgeschlossen werden.

Die Ergebnisentwicklung resultiert insbesondere aus dem Rückgang der Instandhaltungsaufwendungen (T€ 1.990; Vorjahr: T€ 3.008)

Damit konnten die für das Jahr 2011 geplanten Ergebnisse in allen Bereichen

mindestens erreicht werden.

Finanzlage

Die liquiden Mittel reduzierten sich um T€ 510 auf T€ 9.288. Die liquiden Mittel und kurzfristigen Forderungen übersteigen den Bestand der kurzfristigen Rückstellungen

und Verbindlichkeiten um T€ 6.696. Die Liquidität war somit als ausreichend zu betrachten. Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gewährleistet.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich von T€ 28.151 auf T€ 28.499. Das Eigenkapital stieg von T€ 17.597 auf T€ 19.173.

Verhältnis zum langfristig gebundenen Vermögen 138,9 %. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen (Anlagenquote) erhöhte sich von 58,3 % auf 60,8 %.

Zum 31.12.2011 sind das langfristig gebundene Vermögen und mit T€ 6.746 auch Teile des kurzfristig gebundenen Vermögens durch langfristige Mittel gedeckt. Die langfristigen Mittel betragen im

Die Eigenkapitalquote (Verhältnis des Eigenkapitals zum Gesamtkapital) konnte weiter auf 67,3 % erhöht werden.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben

sich nicht ergeben.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die obw steht sowohl im Bereich der Behindertenhilfe als auch in der Produktion im Wettbewerb zu anderen Unternehmen und Einrichtungen. Diese Teilnahme am Wettbewerb ist – wie jedes unternehmerische Handeln – mit Risiken aber auch mit Chancen verbunden. Risiken können dabei nie ganz ausgeschlossen werden.

dem 01.01.2013 ist mit weiteren, bisher nicht bezifferbaren Belastungen zu rechnen.

Die obw ist dem Landesrahmenvertrag (LRV), dem Korridorverfahren (LRV II) und dem Landesrahmenvertrag Teil III beigetreten. Die im Rahmen des Landesrahmenvertrages Teil III vereinbarte Angleichung der Entgelte (Grund- und Maßnahmepauschalen) auf die Mittelwerte des Korridors in Niedersachsen bis zum Jahresende 2012 wird das Ergebnis der obw bei gleich bleibender Belegung mit einer weiteren Kürzung der Einnahmen aus Entgelten um voraussichtlich T€ 100 belasten. Durch die Einführung von Leistungsberechtigten Gruppen im Bereich der Werkstätten und Tagesförderstätten ab

Durch die neu zu vereinbarenden Investitionsbeträge auf Basis der tatsächlichen Belegung (zunächst im Werkstattbereich) sind – trotz steigender Preise bei Bau und Instandhaltung – weitere Erlöskürzungen nicht auszuschließen.

Trotz der partiellen Entgeltkürzungen ergibt sich jedoch mittelfristig grundsätzlich mehr Sicherheit bezüglich der Finanzierung der Gesamteinrichtung.

Durch zunehmende Konkurrenz, auch aus dem privaten Bereich, werden sich die Wettbewerbsbedingungen verschärfen, aber es ergeben sich auch Chancen für die Eröffnung völlig neuer Geschäftsfelder, wie z.B. die Schaffung einzugsbereichs-unabhängiger Betreuungsangebote. So ermöglicht die erfolgte Zertifizierung nach der Anerkennungs- und Zulassungsverordnung Weiterbildung (AZWV)

die Entwicklung neuer Bildungsangebote. Im Rahmen einer Bietergemeinschaft beteiligt sich die obw an Ausschreibungen der Bundesagentur für Arbeit. Im Rahmen des „Persönlichen Budget“ werden sich die Leistungsangebote noch stärker nach der Nachfrage der Leistungsberechtigten ausrichten.

Die beschriebenen Vereinbarungen werden sich auf die Ertragslage der obw auswirken. In den nächsten Jahren müssen geringere Erträge eingeplant werden. In welcher Höhe, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in jedem Fall berechenbar.

Auch die von der Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) geplante Reform der Eingliederungshilfe – auch wenn nicht alle dort formulierten Ziele umgesetzt werden – wird sich erheblich, wenn auch noch nicht bezifferbar, auf die zukünftige Tätigkeit der obw auswirken.

Prognosebericht

Eine Prognose der voraussichtlichen Entwicklung ist naturgemäß mit erheblichen Unsicherheiten verbunden. Es lassen sich aber folgende Tendenzen erkennen:

Durch die Vereinbarung der Entgelte bis zum 31.12.2012 und den Beitritt zum Landesrahmenvertrag Teil III besteht Planungssicherheit bezüglich der Preiskomponente bis zum Jahr 2012. Bei gleich bleibender Auslastung auf dem Niveau von 2010 ergeben sich aus dem Bereich der Leistungsentgelte inflationsbereinigt bis 2012 geringere Umsatzerlöse als für das abgelaufene Jahr.

Durch die fristgerechte Abgabe der Angebote für Leistungsvereinbarungen für die einzelnen Leistungstypen zum Jahresende 2009 ergeben sich aufgrund der enthaltenen Personaluntergrenzen in einigen Bereichen zusätzliche Kostenbelastungen, die bereits im Geschäftsjahr sowie bei der Planung für die Jahre 2012 und 2013 Berücksichtigung gefunden haben.

Im Personalbereich werden sich Kostensteigerungen vor allem durch die Besetzung der noch unbesetzten Planstellen

Die künftige wirtschaftliche Entwicklung lässt sich gegenwärtig nur sehr schwer einschätzen, so dass sich im Laufe des Wirtschaftsjahres und der Folgejahre weitere Risiken für den Arbeitsbereich ergeben können.

Liquide Mittel werden ausschließlich bei inländischen Kreditinstituten in Euro angelegt.

Forderungsausfallrisiken wird durch ein striktes Debitorenmanagement sowie durch Bildung von Wertberichtigungen begegnet. Zahlungsstromschwankungsrisiken werden durch die Aufnahme festverzinslicher Darlehen vermieden.

Bestandsgefährdende Risiken bzw. solche mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz oder Ertragslage sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erkennbar.

insbesondere im stationären Wohnbereich sowie durch die allgemeine Gehaltsentwicklung ergeben.

Im Sachkostenbereich ergeben sich Kostensteigerungen vor allem durch die Energiepreisentwicklung und die Entwicklung der Materialkosten, aber auch durch allgemeine Preissteigerungen.

Weitere erhebliche Kosten entstehen durch die geplanten Instandhaltungsmaßnahmen, die bereits unter Nr. 2.2 aufgeführt wurden.

Eine Prognose für den Produktionsbereich ist in der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Lage kaum möglich. Kurzfristig – in den nächsten 1 bis 2 Jahren – ist eher von stabilen Umsätzen bei verschärfter Wettbewerbssituation auszugehen.

Bisher nicht konkret abschätzbare Risiken können sich aus Veränderungen der Gesetzeslage ergeben, wie sie im Vorschlagspapier der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur „Weiterentwicklung der

Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen" zum Ausdruck kommen.

Trotz der beschriebenen Risiken versetzen die in den vergangenen Jahren getroffenen Entscheidungen und durchgeführten Maßnahmen die obw in die Lage, die künftigen Anforderungen zu bewältigen.

In den Geschäftsjahren 2012 und 2013 wird die Gesellschaft voraussichtlich weiterhin positive, jedoch im Vergleich zum Geschäftsjahr 2011 niedrigere Jahresergebnisse erwirtschaften.

Industriewasserversorgungsgesellschaft Nordwest-Niedersachsen mbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind Gewinnung, Bezug, Transport und Verkauf von Wasser für Industriebetriebe sowie die Forschung und Planung auf dem Gebiet der Erschließung von geeigneten Wassergewinnungsmöglichkeiten im nordwestlichen Niedersachsen.

Die Gesellschaft ist zu allen Handlungen berechtigt, die unmittelbar oder mittelbar diesem Zweck dienen oder ihm förderlich sind.

Der im Gesellschaftervertrag definierte Unternehmenszweck wurde im Berichtsjahr erfüllt.

Gesellschaftskapital und Gesellschafter

Stammkapital	153.500 €
Beteiligung der Stadt Emden	24.560 €
Weitere Gesellschafter sind:	
- Stadt Wilhelmshaven	24.560 €
- Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband	104.380 €

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Industriewasserversorgungsgesellschaft Nordwest-Niedersachsen mbH besteht seit der Änderung des Gesellschaftervertrages vom 25.03.2003 aus fünf Mitgliedern und setzt sich zusammen aus je einem Mitglied aus der Stadt Wilhelmshaven und der Stadt

Emden und drei Mitgliedern des Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverbandes.

Die Stadt Emden war am Bilanzstichtag durch Herrn Beigeordneten Haase im Aufsichtsrat vertreten.

Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung hält jeder Gesellschafter pro 500 € Stammkapital eine Stimme.

Der Gesellschafterversammlung gehörten zum Bilanzstichtag an:

Frank Eger
Wilfried Adam
Rico Mecklenburg

Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverband
Ratsherr Stadt Wilhelmshaven
Ratsherr Stadt Emden

Geschäftsführung

Herr Dipl.-Oec. Chr. Osterkamp
Herr C. Barwig

Wesentliche Verträge

Mit der Wilhelmshavener Raffineriegesellschaft mbH (WRG) besteht ein Wasserlieferungsvertrag vom 20. Dezember 2004 über die Versorgung des Standortes der WRG mit Trinkwasser bis zu einer Jahresmenge von bis zu 2 Mio. m³. Der Vertrag hat eine Laufzeit vom 1. Juli 2005 bis zum 31. Dezember 2015. Er verlängert sich um jeweils drei Jahre, wenn er nicht 12 Monate vor Ablauf gekündigt wird.

Mit dem Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband, Brake (OOWV) besteht ein Wasserlieferungsvertrag vom 29. Juli 2005. Nach dem Vertrag verpflichtet sich

der OOWV, der IWAG Trinkwasser bis zu einer Jahresmenge von bis 2,5 Mio m³ zu liefern. Der Vertrag hat eine Laufzeit vom 1. Juli 2005 bis zum 31. Dezember 2006 und verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn er nicht 6 Monate vor Ablauf gekündigt wird, was nicht geschehen ist.

Die IWAG hat vom OOWV die 2.200 m lange Trinkwasserleitung DN 400 GGG (einschl. Armaturen und des Zubehörs) im Bereich des Inhausersieler Deiches in Wilhelmshaven-Bohnenburg gepachtet. Das Pachtverhältnis begann am 1. Juli 2005 und läuft bis zum 31. Dezember 2015.

Tabelle 1: Bilanz

	31.12.2008 T€	31.12.2009 T€	31.12.2010 T€	31.12.2011 T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Sachanlagen	139	111	79	48
II. Finanzanlagen		359	359	359
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	0	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	142	60	98	81
III. Schecks, Kassenbestand, Bundesbank und Postgiroguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	484	192	210	219
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Bilanzsumme	766	722	746	707
Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	154	154	154	154
II. Kapitalrücklagen	89	89	89	89
III. Gewinnrücklagen	396	429	449	446
IV. Gewinnvortrag	0	0	0	0
V. Bilanzgewinn/ -verlust	32	20	-3	-29
B. Rückstellungen	5	5	5	5
C. Verbindlichkeiten	89	26	52	43
Bilanzsumme	766	722	746	707

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 T€	2009 T€	2010 T€	2011 T€
1. Umsatzerlöse	654	537	385	273
2. Sonstige betriebliche Erträge	0	0	0	0
Gesamtleistungen	654	538	385	273
3. Materialaufwand	525	400	286	203
4. Personalaufwand	10	8	8	8
5. Abschreibungen	31	31	31	31
6. Sonstige betriebl. Aufwendungen	85	82	82	81
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	11	19	20
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	54	28	-3	-30
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	22	8	0	-1
9. Sonstige Steuern				
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	32	20	-3	-29
10. Entnahme aus Kapitalrücklagen	0	0	0	0
Bilanzgewinn (+) / -verlust (-)	+32	+20	-3	-29

Lagebericht

Wie bereits im Vorjahr beinhaltet die Tätigkeit der Gesellschaft den Einkauf von Wasser von dem Oldenburgisch- Ostfriesischen Wasserverband und die Veräußerung an die Wilhelmshavener Raffineriegesellschaft mbH, Wilhelmshaven.

Die Bezugs- und Lieferverträge sind langfristig bis zum 31.12.2015 fest vereinbart.

Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2011 beliefen sich insgesamt auf 273 T € und lagen damit um 112 T € unter den Vorjahreserlösen. Die Ursache hierfür liegt insbesondere in stark rückläufigen Umsätzen für das Jahr 2011 bedingt durch die seit Ende 2009 anhaltende Werksstilllegung der Wilhelmshavener Raffineriegesellschaft. Durch den Minderverkauf werden analog auch entsprechend niedrigere Wasserbezugskosten ausgewiesen, so

dass sich insgesamt das Rohergebnis um 29 T € vermindert hat. Sowohl bei der Wasserbeschaffung als auch bei der Wasserlieferung fanden in 2011 erstmalig die vereinbarten Mindestmengenregelungen in Höhe von 700.000 m³ Anwendung.

Der Personalaufwand, die Abschreibungen sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Steigende Termingeldzinsen haben zu einer Zunahme der Zinserträge um 1 T € geführt, während die Zinsen aus Finanzanlagen mit 18 T € dem des Vorjahres entsprechen.

Aufgrund des negativen Betriebsergebnisses ergibt sich eine Steuerentlastung von 1 T € (Vorjahr 0 T €), so dass sich ein Jahresfehlbetrag von 29 T € ergibt. Für

das Geschäftsjahr wurde von einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 21 T € ausgegangen, diese Erwartungen wurden somit nicht ganz erfüllt.

Für 2012 gehen wir, insbesondere aufgrund der anhaltenden Produktionsstilllegung bei der Wilhelmshavener Raffineriegesellschaft, von einem Jahresfehlbetrag aus, der in etwa dem des Jahres 2011 entspricht. Zum 31. August 2011 wurden die Anteile der Wilhelmshavener Raffineriegesellschaft von ConocoPhillips an die Hestya Germany GmbH verkauft.

Nach den uns aktuell vorliegenden Informationen ist mittelfristig nicht mit einer Wiederaufnahme des Raffineriebetriebes zu rechnen. Derzeit werden ausschließlich die Tanklager genutzt.

Hier bleibt die Entwicklung abzuwarten.

Ein grundsätzliches Risiko ergibt sich für die Gesellschaft aus dem Umstand, dass der gesamte Umsatz mit nur einem Kunden, der Wilhelmshavener Raffineriegesellschaft mbH, erzielt wird.

Weitere wesentliche Veränderungen in der Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage sind bis dato nicht bekannt und kurzfristig auch nicht zu erwarten.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres waren zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts nicht bekannt.

Emden Marketing & Tourismus GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Die Emden Marketing & Tourismus GmbH ist aus der zum 31.12.2000 aufgelösten Bündnis für die Innenstadt GbR entstanden.

Nachdem der Rat im Oktober 2001 über den Gesellschaftervertrag beschlossen hat und die Eintragung im Handelsregister erfolgt ist, hat die Gesellschaft ihre Aktivitäten zum 01.04.2002 aufgenommen.

Der Gesellschaftszweck besteht nach § 2 des Gesellschaftervertrages in der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gewerbe (Förderung der heimischen Wirtschaft) sowie der Förderung der Kultur in Emden. Weiterhin ist die Gesellschaft befugt, alle Geschäfte durch-

zuführen oder Maßnahmen vorzunehmen, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zur fördern geeignet sind. Sie kann sich unter den Voraussetzungen des § 137 II NKomVG zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen, die in einer Rechtsform des privaten Rechts betrieben werden, beteiligen oder solche gründen.

Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung, wobei in der Gesellschafterversammlung je 50 EURO eines Geschäftsanteils eine Stimme gewährt wird. Die Gesellschaft nahm ihre Aktivitäten zum 01.04.2002 auf.

Gesellschaftskapital und Gesellschafter

Stammkapital	26.100 EURO
Beteiligung der Stadt Emden	8.700 EURO
Weitere Gesellschafter sind:	
Schaufenster Emden e.V.	8.700 EURO
Emder Wirteverein e.V. von 1909	8.700 EURO

Gesellschafterversammlung

Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Die Stadt Emden wird durch folgende Mitglieder in Gesellschafterversammlung zum Bilanzstichtag 31.12.2011 vertreten:

Herr Bernd Bornemann
Frau Maria Winter

Oberbürgermeister
Ratsfrau

Geschäftsführer

Rainer Gerdes

Tabelle 1: Bilanz

	31.12.2008 €	31.12.2009 €	31.12.2010 €	31.12.2011 €
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5	5.955	11.931	7.594
II. Sachanlagen	43.283	37.402	34.709	28.811
III. Finanzanlagen			900	900
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	109.015	76.473	110.336	129.125
II. Kassenbestand, und Guthaben bei Kreditinstituten	38.291	30.002	5.768	7.327
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Bilanzsumme	190.994	150.732	163.645	173.757
Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	26.100	26.100	26.100	26.100
II. Kapitalrücklage	25.000	25.000	25.000	25.000
III. Gewinn-/ Verlustvortrag	0	0	0	0
IV. Bilanzgewinn	13.005	1.697	-6.458	-6.718
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	33.046	28.591	24.136	19.681
C. Rückstellungen	18.850	13.000	10.100	13.000
D. Verbindlichkeiten	74.993	51.719	78.694	91.121
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	4.625	6.073	5.573
Bilanzsumme	190.994	150.732	163.645	173.757

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 €	2009 €	2010 €	2011 €
1. Umsatzerlöse	156.137	170.291	232.267	229.281
2. Sonstige betriebliche Erträge	282.783	239.026	274.955	371.301
3. Ertragszuschuss Stadt Emden	0			
Gesamtleistungen	438.920	409.317	507.222	600.582
4. Materialaufwand	76.470	89.026	84.757	61.495
5. Personalaufwand	145.159	160.052	173.616	226.179
6. Abschreibungen	4.057	7.881	8.889	12.682
7. Sonstige betriebl. Aufwendungen	207.977	164.228	248.421	300.409
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.024	623,55	421	57
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	62	62	116	134
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6.220	-11.308	-8.156	-260
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Jahresüberschuss/-Fehlbetrag	6.220	-11.308	-8.156	-260
10. Gewinn- Verlustvortrag aus dem Vorjahr	6.785	13.005	1.697	-6.458
11. Entnahme aus der Kapitalrücklage	0	0	0	0
Bilanzgewinn	13.005	1.697	-6.458	6.718

Lagebericht

Da die Emden Marketing und Tourismus GmbH eine kleine Kapitalgesellschaft ist, besteht aufgrund der handelsrechtlichen Grundsätze keine Pflicht, einen Lagebericht aufzustellen. Das NKomVG und die EigBetrVO enthalten neben den Vorschriften hinsichtlich der Prüfung des Jahresabschlusses rechtlich selbständiger privatrechtlicher Unternehmen keine Vor-

schriften, nach der bei diesen Gesellschaften ein Lagebericht zu erstellen ist. Die Gesellschaft hat daher keinen Lagebericht aufgestellt.

Kapitalzuführungen bzw. Kapitalentnahmen haben im Jahr 2011 nicht stattgefunden.

Güterverkehrszentrum Emsland Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung und Entwicklung eines Güterverkehrszentrums Emsland in Dörpen mit einem Funktionsmodul im Raum Lingen-Nord. Das Einzugsgebiet des GVZ Emsland erstreckt sich auch auf Ostfriesland und die angrenzenden Niederlande. Der Gesellschaft obliegt die Erstellung und Fortentwicklung eines Konzeptes für

das Güterverkehrszentrum Emsland einschließlich dessen Durchführung. Die Gesellschaft ist zu allen geschäftlichen und tatsächlichen Maßnahmen berechtigt, die der Förderung des Gesellschaftszwecks dienen.

Der im Gesellschaftervertrag definierte Unternehmenszweck wurde im Berichtsjahr erfüllt.

Gesellschaftskapital und Gesellschafter

Stammkapital	26.950 €
Beteiligung der Stadt Emden	1.050 €
Weitere Gesellschafter sind:	
- Landkreis Emsland	7.700 €
- Gemeinde Geeste	3.100 €
- Stadt Lingen	3.100 €
- Gemeinde Dörpen	3.100 €
- Dörpener Umschlagsgesellschaft für den kombinierten Verkehr mbH, Dörpen	3.100 €
- Landkreis Leer	1.550 €
- Stadt Meppen	1.050 €
- Stadt Papenburg	1.050 €
- Gemeinde Vlagtwedde, NL	1.050 €
- Industrie- und Handelskammer Ostfriesland-Papenburg, Emden	550 €
- Industrie- und Handelskammer Osnabrück-Emsland, Osnabrück	550 €

Gesellschafterversammlung

In die Gesellschafterversammlung entsendet jeder Gesellschafter einen Vertreter, Gebietskörperschaften können bis zu drei Vertreter entsenden.

Von der Stadt Emden gehörten der Gesellschafterversammlung zum Bilanzstichtag 31.12.2011 an:

Oberbürgermeister Bernd Bornemann
Fachbereichsleiter/in FB 300

Geschäftsführung

Herr Peter Fischer

Tabelle 1: Bilanz

	31.12.2008 €	31.12.2009 €	31.12.2010 €	31.12.2011 €
Aktiva				
A. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital	13.475	13.475	13.475	13.475
B. Anlagevermögen	1.278	1.278	2.360	2.115
C. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	0	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	357	220	21	30
III. Schecks, Kassenbestand, Bundesbank und Postgiroguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	62.319	58.929	51.051	50.645
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Bilanzsumme	77.430	73.902	66.907	66.265
Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	26.950	26.950	26.950	26.950
II. Kapitalrücklagen	0	0	0	0
III. Gewinnvortrag	15.971	18.067	18.678	18.826
IV. Bilanzgewinn/ -verlust	2.097	611,19	147	207
B. Rückstellungen	3.000	3.000	3.009	3.022
C. Verbindlichkeiten	29.413	25.273	18.123	17.260
Bilanzsumme	77.430	73.902	66.907	66.265

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 €	2009 €	2010 €	2011 €
1. Umsatzerlöse	0	0	0	0
2. Sonstige betriebliche Erträge	26.118	28.399	31.411	25.122
Gesamtleistungen	26.118	28.399	31.411	25.122
3. Materialaufwand	0	0	0	0
4. Personalaufwand	0	0	0	0
5. Abschreibungen	0	0	144	245
6. Sonstige betriebl. Aufwendungen	26.118	28.399	31.267	24.877
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.879	825,73	191	271
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.879	825,73	191	271
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	218	215	44	64
9. Sonstige Steuern				
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	1.097	611,19	147	207
10. Entnahme aus Kapitalrücklagen	0	0	0	0
Bilanzgewinn (+) / -verlust (-)	1.097	611,19	147	207

Ostfriesland Tourismus GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Laut Gesellschaftsvertrag ist Gegenstand des Unternehmens die Förderung des Tourismus insbesondere des Tourismusmarketings in den Landkreisen Ammerland, Aurich, Friesland, Leer und Wittmund sowie in den kreisfreien Städten Emden und Wilhelmshaven.

Die Gesellschaft ist befugt, alle Geschäfte durchzuführen oder Maßnahmen vorzunehmen, die den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu fördern geeignet sind. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen, die in einer Rechtsform des privaten Rechts betrieben werden, beteiligen oder solche gründen.

Der Gesellschaftszweck wird zur Zeit im Wesentlichen verwirklicht durch die folgenden Werbemaßnahmen:

1. Erstellung und jährliche Aktualisierung von Werbeträgern (Printmedien wie Kataloge usw.) für die gesamte Region Ostfriesland: a) Reiseführer für das gesamte Gebiet, b) Buchungskataloge

ge für Unterkünfte („Ankommen und Wohlfühlen“), c) Themenkatalog („Radurlaub, Camping- und Reise-mobilurlaub, Landerlebnis“), d) Anforderungskarten für Broschüren a) bis c), e) Internetauftritte.

2. Werbetätigkeiten in Form sogenannter aktiver Werbemaßnahmen für die Region (siehe zu 1.), und zwar auf Messen und Promotionsveranstaltungen, Werbung in Zeitschriften und Kuponwerbung, Presstexte, die an 600 Redaktionen von Printmedien in Deutschland und im Ausland versendet werden. Durch deren Veröffentlichungen werden ausgelöst die Anfragen von interessierten Urlaub suchenden für das Reisegebiet Ostfriesland.

Der im Gesellschaftervertrag definierte Unternehmenszweck wurde im Berichtsjahr erfüllt.

Gesellschaftskapital und Gesellschafter

Stammkapital	42.000 €
Beteiligung der Stadt Emden	6.000 €
Weitere Gesellschafter sind:	
- Landkreis Ammerland	6.000 €
- Landkreis Aurich	6.000 €
- Landkreis Friesland	6.000 €
- Landkreis Leer	6.000 €
- Stadt Wilhelmshaven	6.000 €
- Landkreis Wittmund	4.000 €
- Gemeinde Friedeburg	2.000 €

Aufsichtsrat

Aus jedem Landkreis und aus jeder kreisfreien Stadt wird ein Mitglied in den Aufsichtsrat der Gesellschaft entsandt.

Für die Stadt Emden ist zum Bilanzstichtag 31.12.2011:

Mitglied:
Vertreter:

Frau Maria Winter
Herr Enno Scheffel

Gesellschafterversammlung

In die Gesellschafterversammlung wird je 2.000 € eine Stimme gewährt.

Von der Stadt Emden gehörten der Gesellschafterversammlung zum Bilanzstichtag an:

Oberbürgermeister Bernd Bornemann
Frau Karola Brunken
Frau Fenke Boeters

Geschäftsführung

Herr Kurt Radtke
(Touristikfachwirt)

Tabelle 1: Bilanz

	31.12.2008 T€	31.12.2009 T€	31.12.2010 T€	31.12.2011 T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	17	4	10	24
II. Sachanlagen	3	5	5	3
III. Finanzanlagen	5	5	5	5
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	0	0	7	5
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	62	83	163	289
III. Schecks, Kassenbestand, Bundesbank und Postgiroguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	117	134	118	58
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	10	9
Bilanzsumme	204	230	318	393
Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	42	42	42	42
II. Kapitalrücklagen	888	500	950	650
III. Gewinnvortrag	0	0	-451	310
IV. Bilanzgewinn/ -verlust	-771	-451	-364	-815
B. Rückstellungen	14	23	19	22
C. Verbindlichkeiten	31	109	82	135
D. Rechnungsabgrenzungsposten			40	49
Bilanzsumme	204	230	318	393

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 T€	2009 T€	2010 T€	2011 T€
1. Umsatzerlöse	54	117	223	255
2. Sonstige betriebliche Erträge	0	91,4	288	325
Gesamtleistungen	54	208,7	511	580
3. Materialaufwand	0	-25	80	69
4. Personalaufwand	99	147	248	278
5. Abschreibungen	16	15	9	9
6. Sonstige betriebl. Aufwendungen	304	453	539	664
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	2	2	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-361	-429	-364	-440
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
9. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-361	-429	-364	-440
10. Verlustvortrag	-411	-771	-451	-815
11. Entnahme aus der Kapitalrücklage				750
Bilanzgewinn (+) / -verlust (-)	-771	-451	-815	-505

Lagebericht

Da die OTG eine kleine Kapitalgesellschaft ist, besteht aufgrund der handelsrechtlichen Grundsätze keine Pflicht, einen Lagebericht aufzustellen. Das NKGesVG und die EigBetrVO enthalten neben den Vorschriften hinsichtlich der Prüfung des Jahresabschlusses rechtlich selbständiger privatrechtlicher Unternehmen keine Vor-

schriften, nach der bei diesen Gesellschaften ein Lagebericht zu erstellen ist. Die Gesellschaft hat daher keinen Lagebericht aufgestellt.

Kapitalzuführungen bzw. Kapitalentnahmen haben im Jahr 2011 nicht stattgefunden.

Verkehrsregion-Nahverkehr Ems-Jade GbR

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Verkehrsregion-Nahverkehr Ems-Jade (VEJ) ist es, für ihre Gesellschafter deren gemeinsamen Interessen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) wahrzunehmen. Dazu gehören insbesondere die Entwicklung, Aufbau und Sicherung einer verbundweiten ÖPNV-Konzeption und die Abstimmung der kreisübergreifenden Verkehre und Tarife sowie gegebenenfalls Vereinbarungen mit den Nachbarverbänden. Ebenso nimmt die VEJ die gemein-

samen Interessen gegenüber dem Land, der Landesgesellschaft für Nahverkehr und der DB AG wahr. Weiterhin besteht die Aufgabe der VEJ in der Entwicklung eines Konzeptes für den Schienenpersonenverkehr.

Der im Gesellschaftervertrag definierte Unternehmenszweck wurde im Berichtsjahr erfüllt.

Gesellschaftskapital und Gesellschafter

Kostendeckungsbeitrag der Stadt Emden	23.000,00 €
---------------------------------------	-------------

Weitere Gesellschafter sind:

- Landkreis Aurich
- Landkreis Emsland
- Landkreis Friesland
- Landkreis Leer
- Stadt Wilhelmshaven
- Landkreis Wittmund

Gesellschafterversammlung

In die Gesellschafterversammlung wird je Gesellschafter eine Stimme gewährt. Mitglieder sind die Hauptverwaltungsbeamten sowie je ein Vertreter der Gebietskörperschaften.

Von der Stadt Emden gehörten der Gesellschafterversammlung zum Bilanzstichtag 31.12.2011 an:

Herr Bornemann	Oberbürgermeister
Herr Stolz	Ratsherr

Geschäftsführung

Herr Jürgen Rachner

Tabelle 1: Bilanz

	31.12.2008 T€	31.12.2009 T€	31.12.2010 T€	31.12.2011 T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Sachanlagen	13	9	7	8
II. Finanzanlagen	0	0	0	0
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5	251	200	72
II. Kassenbestand, Postbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks	280	426	474	574
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Bilanzsumme	298	686	681	654
Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Einlagen	243	338	359	462
II. Gewinnrücklagen	0	0	0	0
III. Bilanzgewinn	0	0	0	0
B. Rückstellungen	1	2	10	3
C. Verbindlichkeiten	3	335	293	190
D. Rechnungsabgrenzungsposten	51	12	18	0
Bilanzsumme	298	686	681	654

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 T€	2009 T€	2010 T€	2011 T€
1. Umsatzerlöse	232	376	404	373
2. Sonstige betriebliche Erträge	0	87	0	2
Gesamtleistungen	232	463	404	375
3. Materialaufwand	0	0	0	0
4. Personalaufwand	149	199	211	186
5. Abschreibungen	6	5	3	2
6. Sonstige betriebl. Aufwendungen	84	180	192	190
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10	3	1	4
8. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3	5	0	0
10. Sonstige Steuern	3	3	0	0
Jahresüberschuss	0	0	0	0
11. Entnahme aus Gewinnrücklagen für eigene Anteile	0	0	0	0
12. Gewinnvortrag	0	0	0	0
13. Einstellung in die Rücklagen	0	0	0	0
Bilanzgewinn	0	0	0	0

Lagebericht

Die Gesellschaft ist am 10. Januar 1997 gegründet worden. Gründungs-Gesellschafter sind die Landkreise Aurich, Stadt Emden, Landkreis Emsland, Landkreis Friesland, Landkreis Leer, Stadt Wilhelmshaven und Landkreis Wittmund. Der Kreis der Gesellschafter hat sich nicht verändert.

Die Gesellschaft hat während des ganzen Geschäftsjahres 2011 bestanden.

Gemäß dem Vertragszweck wird die VEJ lediglich für die Gesellschafter zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen im öffentlichen Personennahverkehr tätig. Die

Projekte Einsteigerbus und Urlauberbus sind von den Gesellschaftern Aurich, Emden, Friesland, Leer, Wilhelmshaven und Wittmund beauftragt und werden auch von diesen bezahlt. Darüber hinausgehende Leistungen an einzelne Gesellschafter sind im Geschäftsjahr 2011 nicht erbracht worden.

Der Leistung der VEJ an die Gesellschafter stehen die Kostenanteile der Gesellschafter gegenüber. Der von den Gesellschaftern im Jahr 2011 vertragsgemäß gezahlte und eingeforderte Anteil betrug 402.869,59 Euro, die voll ergebniswirksam wurden.

Im Übrigen wird, was die Geschäftstätigkeit betrifft, auch auf die Ausführungen des Geschäftsführers in der Gesellschafterversammlung am 23.08.2011 verwiesen.

Chemisches Untersuchungsamt Emden GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Die Chemische Untersuchungsamt Emden GmbH wurde zum 31.12.2010 als Ausgründung des optimierten Regiebetrieb Chemisches Untersuchungsamt Emden als Eigengesellschaft der Stadt Emden gegründet. Mit Beschluss vom 24.03.2011 stimmte der Rat dem Verkauf von 74,9 % der städtischen Anteile an Herrn Dr. Döring zu. Die neuen Mehrheitsverhältnisse erlaubten die Abschaffung des Aufsichtsrates der Gesellschaft (Ratsbeschluss vom 29.09.2011)

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung chemisch-analytischer Dienstleistungen, insbesondere die Durchfüh-

rung von Probeentnahmen und chemischen Analysen im Bereich der Wasser-, Boden- und Gasphasenanalytik, die Beprobung und Untersuchung von Feststoffen, wie Altlasten, Kulturböden, Sedimente, Recyclingmaterialien, Straßenaufbruch, Bauschutt, Altholz, Baustoffe, Industrieprodukte und Abfälle sowie die Untersuchung und Bewertung von Boden- und Raumluft und Gasfreiheitsuntersuchungen

Der im Gesellschaftervertrag definierte Unternehmenszweck wurde im Berichtsjahr erfüllt.

Gesellschaftskapital und Gesellschafter

Stammkapital	26.000 €
Beteiligung der Stadt Emden	6.526 €
Weiterer Gesellschafter ist: Dr. Joachim Döring	19.474 €

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung besteht aus drei vom Rat der Stadt Emden gewählten Vertretern, die die Stimme einheitlich abgeben.

Von der Stadt Emden gehörten der Gesellschafterversammlung zum Bilanzstichtag 31.12.2011 an:

Oberbürgermeister Bernd Bornemann
Kai-Uwe Schulze
Heidrun Burfeind

Geschäftsführung

Herr Dr. Joachim Döring

Tabelle 1: Bilanz

			31.12.2011 €
Aktiva			
A.	Anlagevermögen		240.000
B.	Umlaufvermögen		
I.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		248.000
II.	Wertpapiere		154.000
III.	Schecks, Kassenbestand, Bun- desbank und Postgiroguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten		64.000
D.	Rechnungsabgrenzungsposten		3.000
Bilanzsumme			710.000
Passiva			
A.	Eigenkapital		
I.	Gezeichnetes Kapital		26.000
II.	Kapitalrücklagen		326.000
III.	Bilanzgewinn		120.000
B.	Rückstellungen		89.000
C.	Verbindlichkeiten		148.000
Bilanzsumme			710.000

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung

		2011 €
1.	Umsatzerlöse	1.250.000
2.	Sonstige betriebliche Erträge	14.000
Gesamtleistungen		1.264.000
3.	Materialaufwand	669.000
4.	Personalaufwand	118.000
5.	Abschreibungen	46.000
6.	Sonstige betriebl. Aufwendungen	259.000
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.000
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		174.000
8.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	54.000
9.	Sonstige Steuern	
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag		120.000
10.	Entnahme aus Kapitalrücklagen	0
Bilanzgewinn (+) / -verlust (-)		120.000

Weitere Einrichtungen der Stadt Emden

Grundlagen

Die Stadt Emden ist Mitglied bzw. entsendet Vertreter in eine Reihe von Einrichtungen, bei denen es sich jedoch nicht um Unternehmen im Sinne der NKomVG handelt.

Diese Einrichtungen sind nicht Gegenstand des Beteiligungsberichtes, werden jedoch zur Information hier aufgeführt.

- Die Stadtparkasse Emden ist gemäß § 3 Abs. 1 des Niedersächsischen Sparkassengesetzes eine Anstalt des öffentlichen Rechts, bei der die Stadt Emden als Gewährträger fungiert. Die Geschäftstätigkeit der Stadtparkasse ist gemeinwohlorientiert.
- Zweckverbände sind nach § 4 Satz 1 des Zweckverbandsgesetzes öffentlich-rechtliche Körperschaften, die auf der Grundlage freiwilliger Vereinbarungen als Gestaltungsform der interkommunalen Zusammenarbeit zur Verfügung stehen. Sie bieten meist

den Vorteil einer wirtschaftlicheren Aufgabenerfüllung.

- Vereine und Stiftungen sind überwiegend Einrichtungen des privaten Rechts, sie stellen jedoch keine Unternehmen im Sinne der §§ 136 ff. NKomVG dar.
- Zur Erledigung von Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft kann die Gemeinde nach § 136 Abs. 2 NKomVG auch Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe) gründen. Die Eigenbetriebe werden im § 140 NKomVG geregelt und bleiben rechtlich Teil der Gemeinde. Sie bilden nach § 130 NKomVG ein Sondervermögen der Gemeinde.
- Angegeben ist jeweils die Besetzung am 31.12. des Berichtsjahres.

Sparkasse

- Stadtparkasse Emden
Vertreten durch Vorsitzender des Verwaltungsrat Herr Oberbürgermeister Bornemann
Verwaltungsratsmitglied Herr Bongartz
Verwaltungsratsmitglied Herr Mecklenburg
Verwaltungsratsmitglied Herr Haase

Zweckverbände

- Oldenburg-Ostfriesischer Zweckverband für die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen
Verbandsversammlung:
Herr Oberbürgermeister Bornemann
Herr H. Odinga
- Landesbühne Niedersachsen Nord
Verbandsausschuss
Herr Oberbürgermeister Bornemann
Frau Heidrun Burfeind
Aufsichtsrat:
Herr Erster Stadtrat Lutz

Vereine

- Deutsch-Niederländische Heimvolkshochschule e.V., Aurich
Mitgliederversammlung
Frau Heidrun Burfeind
- Centers of Competence e. V.
Mitgliederversammlung:
Fachbereichsleiter/in FB 300
- Kommunalen Feuerlöschkostenausgleich Ostfriesland Verein
Mitgliederversammlung:
Herr Oberbürgermeister Bornemann
Frau Boeters
Herr Scheffel
- Berufsakademie Ostfriesland e.V., Leer
Mitgliederversammlung:
Herr Mecklenburg
- Musikschule Emden e.V.
Mitgliederversammlung:
Frau Burfeind
Herr Strelow
Herr Kronshagen
Herr Oberbürgermeister Bornemann
Herr Stadtrat Lutz
Auf Vorschlag des Gesamtvorstandes acht weitere Mitglieder.
- Volkshochschule Emden e.V.
Mitgliederversammlung:
Stadtrat Lutz
Stadtbaurat Docter
Herr Haase
Herr Strelow
Herr Buisker
Aus dem Mitarbeiterkreis vier weitere Mitglieder.

Bei den beiden letztgenannten Vereinen ist die Stadt selbst formell nicht Mitglied, sie trägt aber einen erheblichen Teil der Kosten. Im Fall der Vereinsauflösung fällt das Vermögen an die Stadt Emden für gemeinnützige Zwecke.

Stiftungen

- Stiftung Johannes `a Lasco Bibliothek Große Kirche
Vertreten durch Kuratoriumsmitglied Herr Oberbürgermeister Bornemann
- Hans-Beutz-Stiftung für Verdienste um Erziehung und Bildung
Stiftungsrat:
Fachbereichsleiter/in FB 600
- Schnedermann-Brons-Stiftung
Beirat:
Herr Haase
Herr C. Brons
Herr Dröst

Sonstige Einrichtungen

- Gesellschaft für bildende Kunst und vaterländische Altertümer
Vertreten durch Vorstandsmitglied Herr Stadtbaurat Docter
(Stellvertreter Herr Mansholt)
Vorstandsmitglied Herr Gregor Strelow
(Stellvertreter Frau Heidrun Burfeind)
- Landschafts- und Kulturbauverband, Aurich
Vertreten durch Verbandsausschussmitglied Herr Docter
- Ostfriesische Landschaftsversammlung
Vertreten durch Herr Ratsherr Mecklenburg
Frau Ratsfrau Lina Meyer
Herr Ratsherr Erich Bolinius

Eigenbetrieb BEE Bau- und Entsorgungsbetrieb Emden

Gegenstand des Eigenbetriebes

Mit Beschluss des Rates der Stadt Emden vom 07.03.2002 wurden die Abteilungen Stadtentwässerung, Abfallbeseitigung und Straßenreinigung des Bau- und Entsorgungsbetriebes (BEE) in einen Eigenbetrieb zum 01.04.2002 überführt.

Seit dem 01.01.2005 gehört das Friedhofs- und Bestattungswesen ebenfalls zum Eigenbetrieb.

Im Wirtschaftsjahr 2008 ist der Eigenbetrieb seinen satzungsmäßigen Aufgaben (Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung, Straßenreinigung sowie das Friedhofs- und Bestattungswesen in Emden) gemäß § 2 Absatz 1 der Betriebssatzung für den Bau- und Entsorgungsbetrieb Emden (BEE) sowie seinen Aufgaben im Rahmen des Betriebes gewerblicher Art nach ökonomischen und ökologischen Grundsätzen nachgekommen.

Stammkapital

Stammkapital	22.000.000 €
Beteiligung der Stadt Emden	100 %

Werksausschuss

Für den Eigenbetrieb wird ein Werksausschuss aus 6 vom Rat gewählten Mitgliedern, sowie aus 3 stimmberechtigten Vertreter(n) / Innen der Bediensteten gebildet.

Dem Werksausschuss gehörten zum Bilanzstichtag 31.12.2011 an:

Heinz Gosciniak	Ratsherr Vorsitzender
Kai-Uwe Schulze	Ratsherr stellv. Vorsitzender
Berendine Bamminger	Ratsfrau
Walter Davids	Ratsherr
Hinrich Odinga	Ratsherr
Bernd Renken	Ratsherr
Sven Domnik	Mitarbeiter
Aloys Kiepe	Mitarbeiter
Richard Weber	Mitarbeiter
Erwin Hoofdmann	Ratsherr, nicht stimmberechtigt
Wilfried Graf	Ratsherr, nicht stimmberechtigt

Leitung des Eigenbetriebes

Zur Leitung des Eigenbetriebes ist als Werkleiter Nils Andersson vom Werksaus-

schuss bestellt. Mit der kaufmännischen Leitung ist Herr Frank Rogga betraut.

Tabelle 1: Bilanz

	31.12.2008 T€	31.12.2009 T€	31.12.2010 T€	31.12.2011 T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	100	87	45	53
II. Sachanlagen	114.583	115.970	115.399	115.633
III. Finanzanlagen	25	25	25	0
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	7	11	8	5
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.474	1.830	1.135	1.762
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	590	302	1	245
C. Rechnungsabgrenzungsposten	13	17	13	12
Bilanzsumme	117.791	118.242	116.627	117.709
Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Stammkapital	22.000	22.000	22.000	22.000
II. Allgemeine Rücklagen	5.189	5.189	5.189	5.189
III. Gewinnvortrag	-554	-593	-851	-822
IV. Bilanzgewinn	-40	-258	29	-318
B. Empfangene Ertragszuschüsse	20.456	19.567	18.623	17.735
C. Rückstellungen	5.743	6.284	6.670	6.222
D. Verbindlichkeiten				
I. gegenüber Kreditinstituten	58.522	59.642	57.909	60.094
II. aus Lieferungen und Leistungen	614	651	1.228	1.259
III. gegenüber der Stadt Emden	391	273	441	986
IV. Gegenüber verb. Unternehmen	21	0	0	0
IV. Sonstige Verbindlichkeiten	196	61	140	154
E. Rechnungsabgrenzungsposten	5.252	5.262	5.250	5.210
Bilanzsumme	117.791	118.242	116.627	117.709

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 T€	2009 T€	2010 T€	2011 T€
1. Umsatzerlöse	15.755	15.489	16.075	16.289
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	70	787	60	55
3. Sonstige betriebliche Erträge	451	235	521	667
Gesamtleistungen	16.276	15.811	16.657	17.011
4. Materialaufwand	5.665	5.241	5.251	6.046
5. Personalaufwand	3.285	3.757	3.670	3.728
6. Abschreibungen auf Sachanlagen	2.572	2.666	3.157	2.966
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	740	763	564	644
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	115	15	6	3
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.662	2.228	2.589	2.554
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.466	1.172	1.431	1.076
10. Steuern	2	40	16	12
Gewinn vor Verzinsung des Eigenkapitals	2.465	1.132	1.415	1.064
11. Verzinsung Eigenkapital der Stadt Emden	2.505	1.390	1.386	1.382
Bilanzgewinn (+) / -verlust (-)	- 40	-258	29	-318

Lagebericht

Wirtschaftliche Aktivitäten und Geschäftsentwicklung

Mit Beschluss des Rates der Stadt Emden vom 07.03.2002 wurden die Abteilungen Stadtentwässerung, Abfallbeseitigung und Straßenreinigung des Bau- und Entsorgungsbetriebes (BEE) in einen Eigenbetrieb überführt. Seit dem 01.01.2005 gehört das Friedhofs- und Bestattungswesen ebenfalls zum Eigenbetrieb.

Im Wirtschaftsjahr 2011 ist der Eigenbetrieb seinen satzungsmäßigen Aufgaben (Abwasserbeseitigung, Abfallbeseitigung, Straßenreinigung sowie dem Friedhofs-

und Bestattungswesen in Emden) gem. § 2 Abs. 1 der Eigenbetriebssatzung für den Bau- und Entsorgungsbetrieb Emden sowie seinen Aufgaben im Rahmen des Betriebes gewerblicher Art (DSD) i.S. des § 1 (1) Nr. 6, § 4 des KStG, § 2 (3) UStG nach ökonomischen und ökologischen Grundsätzen nachgekommen.

Im Bereich Stadtentwässerung wurde im Geschäftsjahr 2010 die zweite Stufe der Gebührenanpassung durchgeführt. Seit dem 01.01.2010 betragen die Gebühren

für die Schmutzwasserentsorgung 2,96 €/m³ (bis 31.12.2009: 2,87 €/m³) und die Gebühren für die Niederschlagswasserbeseitigung 0,39 €/m³ (bis 31.12.2009: 0,37 €/m³). Insgesamt konnte in diesem Teilbereich ein positives Jahresergebnis in Höhe von 429,0 T € erzielt werden, welches zum Teil durch einmalige Geschäftsvorfälle geprägt war.

Im Bereich der Abfallbeseitigung wurde erneut ein negatives Jahresergebnis in Höhe von 588,0 T € ausgewiesen. Die Ursachen für den Jahresfehlbetrag liegen im Wesentlichen in den vom Eigenbetrieb zu tragenden Aufwendungen aus der Reaktivierung der Deponie Normannenstraße in Form von Abschreibungen, Zinsaufwendungen und Nachsorgekosten. Dar-

Ertragslage

Der BEE Eigenbetrieb weist im Berichtsjahr in der Gewinn- und Verlustrechnung einen Gewinn vor Verzinsung des Eigenkapitals aus. Der Betrag wurde nach dem Schema für die Gewinn- und Verlustrechnung nach der Eigenbetriebsverordnung ermittelt, in dem nur die Zinsen des Eigenbetriebes an Kreditinstitute mindernd zu berücksichtigen sind. Danach ergeben sich folgende Ergebnisse vor Verzinsung des Eigenkapitals:

T €	Jahresgewinn- / verlust
1.747,40	Stadtentwässerung
-546,2	Abfallbeseitigung
-38,6	Straßenreinigung
-98,7	Friedhofs- und Bestattungswesen
<u>1.063,90</u>	Jahresgewinn

Der Betrag der kalkulatorischen Verzinsung, die nach dem Niedersächsischen Kommunalabgabengesetz (NKAG) in die Gebühren einzukalkulieren ist, umfasst neben den zuvor genannten Zinsen für Fremdkredite auch die Verzinsung des Eigenkapitals. Diese Eigenkapitalverzinsung wird vom o.a. Jahresgewinn lt. Gewinn- und Verlustrechnung nach der Eig-BetrVO abgezogen und an die Stadt abgeführt. Nach Abzug der Eigenkapitalverzinsung verbleibt für das Geschäftsjahr

über hinaus war im Geschäftsjahr ein Anstieg der Müllverbrennungskosten zu verzeichnen.

Wie in den Vorjahren konnten die mit der Bremerhavener Entsorgungsgesellschaft mbH vertraglich vereinbarten Mindestmüllmengen auch im Geschäftsjahr nicht erreicht werden.

Der Bereich Straßenreinigung erzielte im Geschäftsjahr ein negatives Jahresergebnis in Höhe von 39,6 T €.

Auch der Bereich Friedhof- und Bestattungswesen weist im Geschäftsjahr wie bereits in den Vorjahren aufgabenbedingt ein defizitäres Jahresergebnis in Höhe von 119,2 T € aus.

2011 ein gesamter Jahresverlust in Höhe von Euro -317.682,12. Dieser setzt sich zusammen aus:

T €	Jahresgewinn- / verlust
429	Stadtentwässerung
-588	Abfallbeseitigung
-39,6	Straßenreinigung
-119,1	Friedhof- und Bestattungswesen
<u>-317,7</u>	Jahresverlust

Seit dem Geschäftsjahr 2008 werden die Zuschüsse für die Schmutz- und Regenwasserkanalisation sowie die Zuschüsse für die Abwasserabgabe und das Hauptklärwerk unter den empfangenen Ertragszuschüssen ausgewiesen. Die Zuschüsse werden ebenso wie die bereits in den Vorjahren unter diesem Posten ausgewiesenen Kanalanschlussbeiträge – einheitlich mit 3% jährlich erfolgswirksam aufgelöst (ab 2008 = 3%, 2006 – 2007 = 5%).

Die Auflösung des Investitionszuschusses für den Umbau des Hauptklärwerks erfolgt ab dem Geschäftsjahr 2009 korrespondierend zur Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagen über 25 Jahre mit jährlich 4%.

Die Jahresgewinne bzw. -verluste sollen auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Investitionen und Bestand der Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte

Der BEE Eigenbetrieb hat im Berichtsjahr Investitionen in Höhe von 2.922,3 T € durchgeführt, und zwar:

T €	
2.676,80	Stadtentwässerung
444,4	Abfallbeseitigung
103,3	Straßenreinigung
49,8	Friedhofs- und Bestattungswesen
<u>3.274,30</u>	

Die Finanzierung dieser Investitionen erfolgte im Wesentlichen durch erwirtschaftete Abschreibungen sowie durch die Aufnahme von Darlehen.

Finanzierung

Zum Bilanzstichtag 31.12.2011 weist die Bilanz ein Eigenkapital von 26.048,3 T € aus. Empfangene Ertragszuschüsse bestehen in Höhe von 17.735,0 T €. Lang-,

mittel- und kurzfristige Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen werden in Höhe von 68.716,6 T € ausgewiesen.

